

# Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

## Soziale Bewegungen



### KAMPF UM DIE KÖPFE Der Meinungskampf um die Klimapolitik

**EDITORIAL**

- 2 Kampf um die Köpfe. Der Meinungskampf um die Klimapolitik

**AKTUELLE ANALYSE**

- 6 *Martina Sauer*  
Bürgerschaftliches Engagement türkeistämmiger Migranten

**THEMENSCHWERPUNKT**

- 21 *Achim Brunnengräber*  
Die neue Klima-Geopolitik. Konflikte und Chancen im Klimaschutz durch Deutungsverschiebungen
- 29 *Inga Schlichting/Andreas Schmidt*  
Strategische Deutungen des Klimawandels. Frames und ihre Sponsoren
- 41 *Interview mit Michael Hopf, Greenpeace*  
„Ein Problem und eine Lösung auf die Agenda setzen“
- 44 *Interview mit Joachim Löchte, RWE*  
Unser Ziel ist mehr Sachlichkeit
- 47 *Silke Beck*  
Kommunikation als Schutzschild. Zur Strategie des Weltklimarats IPCC
- 52 *Markus Rhomberg*  
Zwischen „Blame Game“ und Vernachlässigung. Die klimapolitische Debatte in den Massenmedien
- 62 *Axel Bojanowski*  
Sorry, wir wollen nicht stören. Wissenschaftsjournalisten ergründen die Klimaforschung? Eine Relativierung
- 65 *Markus Lehmkuhl*  
Journalismus und Klimaforschung: Ausschnitte einer spannungsreichen Beziehung
- 70 *Mike S. Schäfer*  
„Hacktivism“? Online-Medien und Social Media als Instrumente der Klimakommunikation zivilgesellschaftlicher Akteure
- 79 *Roger Pielke jr.*  
Experten in Blogs. Positive und negative Aspekte

- 83 *Werner Krauss*  
Ausweitung der Kampfzone: Die Klimablogosphäre

- 89 *Jochen Roose*  
Wollen die Deutschen das Klima retten? Mobilisierung, Einstellungen und Handlungen zum Klimaschutz

**PULSSCHLAG**

- 101 *Johannes Hillje/Oliver Quiring*  
Klickaktivismus? Über die Wirkung von politischen Online-Kampagnen
- 106 *Lena Partzsch*  
Social Entrepreneurship – Einordnung einer Aktivitätsform
- 111 *Sandra Kotlenga/Doreen Müller*  
Finanzinvestoren als Vermieter: Hürden und Strategien für Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen

**TREIBGUT**

- 118 Materialien, Notizen, Hinweise

**LITERATUR**

- 123 *Melanie Müller*  
Analysen über die Politikwissenschaften hinaus – Neue und neuere Werke rund um die Klimapolitik (Sammelbesprechung)
- 126 *Volker Mittendorf*  
Wider die Evergreens konservativer Rhetorik (Roth, Roland: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation)
- 128 *Berthold Kuhn*  
Kompendium der Engagementpolitik: Breiter Blickwinkel auf deutschlandbezogene Themenstellungen (Olk, Thomas/Hartnuß, Birger: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement)

**131 ABSTRACTS****139 IMPRESSUM**

**EDITORIAL**

- 2 Kampf um die Köpfe. Der Meinungskampf um die Klimapolitik

**AKTUELLE ANALYSE**

- 6 *Martina Sauer*  
Bürgerschaftliches Engagement türkeistämmiger Migranten

**THEMENSCHWERPUNKT**

- 21 *Achim Brunnengräber*  
Die neue Klima-Geopolitik. Konflikte und Chancen im Klimaschutz durch Deutungsverschiebungen
- 29 *Inga Schlichting/Andreas Schmidt*  
Strategische Deutungen des Klimawandels. Frames und ihre Sponsoren
- 41 *Interview mit Michael Hopf, Greenpeace*  
„Ein Problem und eine Lösung auf die Agenda setzen“
- 44 *Interview mit Joachim Löchte, RWE*  
Unser Ziel ist mehr Sachlichkeit
- 47 *Silke Beck*  
Kommunikation als Schutzschild. Zur Strategie des Weltklimarats IPCC
- 52 *Markus Rhomberg*  
Zwischen „Blame Game“ und Vernachlässigung. Die klimapolitische Debatte in den Massenmedien
- 62 *Axel Bojanowski*  
Sorry, wir wollen nicht stören. Wissenschaftsjournalisten ergründen die Klimaforschung? Eine Relativierung
- 65 *Markus Lehmkuhl*  
Journalismus und Klimaforschung: Ausschnitte einer spannungsreichen Beziehung
- 70 *Mike S. Schäfer*  
„Hacktivism“? Online-Medien und Social Media als Instrumente der Klimakommunikation zivilgesellschaftlicher Akteure
- 79 *Roger Pielke jr.*  
Experten in Blogs. Positive und negative Aspekte

- 83 *Werner Krauss*  
Ausweitung der Kampfzone: Die Klimablogosphäre

- 89 *Jochen Roose*  
Wollen die Deutschen das Klima retten? Mobilisierung, Einstellungen und Handlungen zum Klimaschutz

**PULSSCHLAG**

- 101 *Johannes Hillje/Oliver Quiring*  
Klickaktivismus? Über die Wirkung von politischen Online-Kampagnen
- 106 *Lena Partzsch*  
Social Entrepreneurship – Einordnung einer Aktivitätsform
- 111 *Sandra Kotlenga/Doreen Müller*  
Finanzinvestoren als Vermieter: Hürden und Strategien für Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen

**TREIBGUT**

- 118 Materialien, Notizen, Hinweise

**LITERATUR**

- 123 *Melanie Müller*  
Analysen über die Politikwissenschaften hinaus – Neue und neuere Werke rund um die Klimapolitik (Sammelbesprechung)
- 126 *Volker Mittendorf*  
Wider die Evergreens konservativer Rhetorik (Roth, Roland: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation)
- 128 *Berthold Kuhn*  
Kompendium der Engagementpolitik: Breiter Blickwinkel auf deutschlandbezogene Themenstellungen (Olk, Thomas/Hartnuß, Birger: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement)

**131 ABSTRACTS****139 IMPRESSUM**

## Der Kampf um die Köpfe

### Der Meinungskampf um die Klimapolitik

Der Klimawandel ist einer der größten, vielleicht *die* größte Herausforderung, der die Menschheit gegenwärtig gegenübersteht – wenigstens in den Augen von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon, Microsoft-Milliardär Bill Gates, Physiker Stephen Hawking, Klimaökonom Ottmar Edenhofer und anderen. Die von der Wissenschaft in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend konsensuell beschriebenen und auf menschliche Treibhausgasemissionen zurückgeführten Veränderungen der globalen Durchschnittstemperaturen wirken sich in vielerlei Weise aus (vgl. IPCC 2007): Sie führen zu Gletscher- und Eisschmelze und einem Anstieg des Meeresspiegels. Zugleich werden sich wohl Wüsten und wasserarme Regionen vergrößern, Wasserressourcen werden voraussichtlich knapper. Die Folgen bedrohen existierende Ökosysteme und Biodiversität, auch die Nahrungsmittelproduktion könnte leiden. Hinzu kommen extreme Wetterereignisse wie Fluten oder Stürme.

Mit diesen Veränderungen verbunden sind – teils schwerwiegende – gesellschaftliche Folgen. So dürften neu entstehende oder verstärkte Knappheiten von Ressourcen wie Wasser und die Zunahme regionaler Wetterextreme zu neuen Herausforderungen und Bedrohungen für menschliches Zusammenleben führen. „Gerade Küstenregionen dürften infolge der Klimaänderung und des Anstiegs des Meeresspiegels immer größeren Risiken – einschließlich Küstenerosion – ausgesetzt sein werden“ (IPCC 2007: 25), viele Menschen insbesondere in tiefer liegenden Gebieten werden von Überschwemmungen betroffen sein. Hinzu könnten schwerwiegende ökonomische Folgen kommen – der von der britischen Regierung in Auftrag gegebene Stern Report schätzt, dass sich die weltweiten volkswirtschaftlichen Kosten der momentanen Klimaveränderungen auf etwa fünf Prozent der weltweiten Wirtschafts-

leistung belaufen werden (Stern 2007: 161), und gibt zu bedenken, dass die ärmsten Länder, die wenig zum Problem Klimawandel beigetragen haben, wohl am härtesten getroffen werden würden. Dies wiederum könnte zur Entstehung neuer oder Verschärfung bereits existierender Konflikte in sicherheitspolitischen „Hot Spots“ führen (vgl. WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen 2008), und nicht zuletzt deswegen seien künftig auch massive Migrationsbewegungen von „Klimaflüchtlingen“ (z.B. Jakobeit/Methmann 2007, Morrissey 2009) denkbar.

Beim Klimawandel handelt es sich, so ein vielzitiertes Diktum des Stern Reports, um das „größte Marktversagen aller Zeiten“ – und nötig sei entsprechend ein internationales politisches Handeln mit gemeinsamen, langfristigen Zielen (Stern 2007: xviii). Die grundsätzlichen Handlungsoptionen sind dabei weitgehend klar und lassen sich den Polen Vermeidung („mitigation“) und Anpassung („adaptation“) zuordnen.

Auf der einen Seite steht die Vermeidung des (künftigen) Klimawandels durch eine deutliche Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes weltweit, wobei hochentwickelte Industrieländer und in diesen bestimmte Industrien naheliegender Weise am stärksten von entsprechenden Limitierungen betroffen wären. Die Vermeidungsoption steht in der internationalen Klimapolitik bislang im Mittelpunkt. Das Ziel der internationalen Klimakonferenzen („Conferences of the Parties“, COP) sowie vieler zur Klimapolitik verabschiedeten Beschlüsse – das „Kyoto-Protokoll“ ist das wohl bekannteste Beispiel – besteht darin, einen internationalen Konsens auszuhandeln, bei dem sich die Teilnehmerländer zu einer Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verpflichten. Grundsätzlich wird momentan angestrebt, „den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius über dem Niveau der vorindustriellen Zeit (1850) zu begrenzen“ (Narain 2010: 3).

Auf der anderen Seite steht die Anpassung an die bereits existierenden oder jetzt schon

unvermeidlichen Folgen des Klimawandels durch Schutzmaßnahmen. Diese Optionen haben in den vergangenen Jahren, auch angesichts des vermeintlichen Scheiterns von Vermeidungsbemühungen, an Bedeutung gewonnen. Sie liegen vornehmlich auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene: Hier geht es etwa um Deichbau, um die Unterstützung bestimmter Bau- oder Umbauformen und auch um Versicherungsregelungen, mit denen Betroffene bei klimabedingten Schäden entgolten werden sollen (vgl. Heinrichs/Grunenberg 2009: 17ff., Stehr/von Storch 2008). Hier lassen sich auch technische Entwicklungen als Ersatz für CO<sub>2</sub>-intensive Technologien oder das „Geoengineering“ zuordnen, worunter technische Eingriffe in geochemische resp. biogeochemische Kreisläufe zu verstehen sind, mit denen den Folgen des Klimawandels entgegen gewirkt werden soll (vgl. Crutzen 2008).

Die Umsetzung derartiger Maßnahmen ist aber schwierig. Schon die dem eigentlichen Handeln und politischen Entscheidungen vor-

gelagerte Verständigung über wünschbare Ziele fördert oft so unterschiedliche Positionen zu Tage, dass eine Konsensbildung schwer oder gar unmöglich scheint – das dürfte Beobachtern der Weltklimakonferenzen der vergangenen Jahre ebenso klar sein wie Besuchern von lokalen Dialog-Veranstaltungen zu den Folgen des Klimawandels in der Nordsee-Region. Mitunter sind die wissenschaftlichen Folgenprognosen und -erwartungen umstritten. Klimawandel-„Skeptiker“, die an der Existenz des Phänomens an sich zweifeln, treffen auf „Alarmisten“, die in missionarischer Weise versuchen, die Tragweite der Klimaproblematik deutlich zu machen und ihr andere Problemlagen und Handlungsoptionen unterzuordnen. Vertreter globaler politischer Vermeidungs-Ziele sehen sich Anhängern eher regionaler und lokaler Anpassungsstrategien gegenüber. Vertreter von Industrieländern streiten mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Unternehmerinteressen treffen auf NGOs.



Aus der öffentlichen Kommunikation über den Klimawandel und die (vermeintlich) richtigen politischen Herangehensweisen an die Thematik ist längst ein umkämpftes Feld geworden. Bei der Klimathematik hat sich die Mobilisierung von Bewegungen wie in kaum einem anderen Themenbereich in die Mitte der Gesellschaft und der Politik vorgearbeitet. Damit ist das Problem aber eben keineswegs gelöst, sondern mit der Anerkennung der Problematik ist die Auseinandersetzung um Verantwortlichkeiten und Lösungen erst voll entbrannt. Eine Schlüsselfrage ist dabei, wer die öffentliche Meinung für sich gewinnen kann, um seine Interpretationen des Problems und seine Lösungsstrategien durchzusetzen. Und weil mit den diskutierten Veränderungen immense Kosten für viele verbunden sind, hat die Auseinandersetzung erhebliche Brisanz. Es findet ein Kampf um die Köpfe statt – und dieser Kampf ist Gegenstand dieses Themenheftes.

Das Heft beleuchtet die Auseinandersetzung um und die Strategien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zum Klimathema. Wie agieren Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und NGOs? In welcher Weise versuchen sie, die Öffentlichkeit für ihre Deutungen und Lösungen zu gewinnen? Welche Rolle spielen die Medien? Und welche Entwicklungen lassen sich in der öffentlichen Wahrnehmung, in der Mobilisierung der Öffentlichkeit (in einem weiten Sinne) für Klimafragen und -lösungen erkennen?

Das Heft geht auf diese grundsätzlichen Fragen ein und beleuchtet dabei exemplarisch die prominenten Konflikte in der Klimadebatte. Eingangs beschreibt *Achim Brunnengraber* die wesentlichen klimapolitischen Debatten und zeigt auf, dass diese vornehmlich im Bereich der Vermeidungsstrategien zu verorten sind.

Anschließend betrachten wir in einem ersten thematischen Block die klimabezogene Öffentlichkeitsarbeit unterschiedlicher Akteure. *Inga Schlichting* und *Andreas Schmidt* legen das Feld der Akteure dar, die aktiv zum The-

ma kommunizieren. Sie geben einen Überblick über politische sowie NGO- und Unternehmenskampagnen und können einen Wandel der Themendeutung aufzeigen. Sehr unterschiedliche Akteurspositionen werden auch in zwei Interviews deutlich, die wir mit *Michael Hopf*, dem Pressesprecher von Greenpeace Deutschland, sowie mit *Joachim Löchte* von RWE geführt haben. Sie beschreiben recht unterschiedliche Sichtweisen auf das Klimathema, die sie aber auf ähnliche Weise – wenngleich mit variierendem Erfolg – öffentlich zu vermitteln versuchen. Dies kontrastiert ein Beitrag von *Silke Beck*, in dem sie sich mit der öffentlichen Rolle des UN-Weltklimarates IPCC, mit dessen kommunikativem Krisenmanagement und dem damit einher gehenden Glaubwürdigkeitsverlust beschäftigt.

Der Beitrag von *Markus Rhomberg* setzt sich mit der klimapolitischen Debatte in den Massenmedien auseinander. Er beleuchtet die Selektions- und Präsentationslogiken von Redaktionen und geht auf die Darstellung der Debatte ein. Gefolgt wird er von zwei Beiträgen, die sich eher mit der Praxis der massenmedialen Klima-Darstellung auseinandersetzen. Zunächst beschreibt *Axel Bojanowski* die Rolle und die Schwierigkeiten von Wissenschaftsjournalisten bei der Thematisierung komplexer Themen wie des Klimawandels – und die konkreten Fallstricke dieses spezifischen Themas. Anschließend schildert *Markus Lehmkuhl* den konkreten Konflikt einer Journalistin mit einem Klimawissenschaftler.

Ein weiterer thematischer Block trägt der wohl zentralen Veränderung in der Medienlandschaft der vergangenen Jahrzehnte Rechnung: der Digitalisierung. Zunächst beschreibt *Mike S. Schäfer*, wie die Klimabewegung Online-Medien und Social Media nutzt, um für ihre Themen Aufmerksamkeit zu finden, Bürger zu mobilisieren und sich selbst mit Gleichgesinnten zu vernetzen. Die spezielle Rolle von Weblogs in der Klimadebatte beleuchten im Anschluss zwei Wissenschaftler, die selbst derartige Blogs betreiben: der Politikwissenschaftler *Roger Pielke jr.*, der seit Jahren einer der

aktivsten und renommiertesten US-Blogger zum Thema ist, und der Ethnologe *Werner Krauss*, der maßgeblich am deutschen Blog „Klimazwiebel“ beteiligt ist.

Abschließend stellt *Jochen Roose* die Gretchenfrage für den Kampf um die Köpfe: Welche Mobilisierung für dieses Thema lässt sich finden und was denken und tun die Menschen in Bezug auf den Klimawandel?

Wir schlagen damit einen thematischen Bogen von der strategischen Kommunikation zentraler gesellschaftlicher Akteure über die Ausgestaltung der öffentlichen Debatte bis hin zu den Auswirkungen dieser Kommunikation. Mit dem Themenfeld Klimawandel und Klimapolitik nehmen wir dafür exemplarisch eine große und dauerhaft aktuelle politische Auseinandersetzung in den Blick. In dieser zeigen sich typische Konflikte und Strategien zur Gewinnung und auch Manipulation der öffentlichen Meinung. Die Auseinandersetzung um das Klima ist nicht nur ein zentraler Konflikt unserer Zeit, sondern auch ein Beispiel für die Strategien und Logiken öffentlicher Kampagnen in anderen umstrittenen Politikfeldern.

*Jochen Roose* (Berlin), *Mike S. Schäfer* (Hamburg).

## Literatur

*Crutzen, Paul J.* 2008: An Example of Geo-Engineering. Cooling Down Earth's Climate by Sulfur Emissions in the Stratosphere. In: Arber, S.W. (Hg.): Predictability in Science.

Accuracy and Limitations. Proceeding of Plenary Session, 3-6 November 2006. Vatican City: Pontifical Academy of Sciences.

*Heinrichs, Harald/Grunenberg, Heiko* 2009: Klimawandel und Gesellschaft: Perspektive Adaptionskommunikation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

*IPCC* 2007: IPCC Fourth Assessment Report: Climate Change 2007. Geneva: IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change.

*Jakobeit, Cord/Methmann, Chris* 2007: Klimaflüchtlinge. Hamburg: Greenpeace.

*Morrissey, James* 2009: Environmental Change and Forced Migration. A State of the Art Review (Refugee Studies Center Background Paper). Oxford: University of Oxford, Oxford Department of International Development, Refugee Studies Centre.

*Narain, Sunita* 2010: Klimawandel: Keine gemeinsame Teilhabe an der Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 2012, Heft 32/33, 3-7.

*Stehr, Nico/von Storch, Hans* 2008: Anpassung und Vermeidung oder von der Illusion der Differenz. Reaktion auf H. Ziegler: Adaptation versus mitigation - Zur Begriffspolitik in der Klimadebatte. In: GAIA, Jg. 17, Heft 1, 19-24.

*Stern, Nicholas* 2007: The Economics of Climate Change. The Stern Review. Cambridge: Cambridge University Press.

*WBGU - Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen* 2008: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin, Heidelberg & New York: Springer.

## Bürgerschaftliches Engagement türkeistämmiger Migranten

Martina Sauer

### 1 | Hintergründe und Forschungsstand

Die Einbindung von Migranten in zivilgesellschaftliche Organisationen findet inzwischen breite Unterstützung in der Politik. Zum einen wird durch die stärkere Aktivierung von Migranten eine integratorische Wirkung erwartet, zum anderen ein Ausgleich des infolge des demographischen und des Wertewandels bestehenden Beteiligungsengpasses erhofft (Halm 2011: 15). In den letzten Jahren wurden zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten insbesondere durch den Nationalen Integrationsplan zahlreiche Maßnahmen einerseits im Bereich der interkulturellen Sensibilisierung aufnahmegesellschaftlicher Organisationszusammenhänge, andererseits aber auch im Kontext eines fortschreitenden „Empowerments“ der Migrantenorganisationen geplant oder umgesetzt.<sup>1</sup>

Engagement von Migranten findet nicht nur in mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen statt, sondern auch in eigenethnischen Zusammenschlüssen. Doch sieht sich dieses Engagement mitunter dem Vorwurf ausgesetzt, desintegrativ zu wirken. Nicht selten wird in Migrantenorganisationen ein Zeichen der Herausbildung von „Parallelgesellschaften“ und der Verfestigung von Herkunftslandbezügen erkannt (Koopmans 2005: 105). Eine weit verbreitete Meinung ist nach wie vor, dass zumindest die religiösen und politischen Organisationen zu einer Orientierung auf das Herkunftsland tendieren und/oder durch das Herkunftsland gesteuert sind. Die Arbeiten von Koopmans widerlegen jedoch diese Annahme. Für Deutschland kommt er auf einen Anteil von 53,4% der erwähnten Organisationen, die rein aufnahmelandbezogene Interessen vertre-

ten (Koopmans 2005). Eine Befragung zum Engagement Türkeistämmiger aus dem Jahr 2004 ergab sogar nur 11% der Engagierten, die sich in Organisationen betätigen, die ausschließlich auf das Herkunftsland gerichtet sind (Halm/Sauer 2007: 73f). Zu differenzieren ist mithin nicht nur zwischen dem Engagement von Zuwanderern innerhalb aufnahme- oder herkunftsgesellschaftlicher Organisationen. Auch beim Engagement innerhalb der eigenen Ethnie liegen von Fall zu Fall sehr unterschiedliche Orientierungen, Erwartungen und Ziele der bürgerschaftlichen Tätigkeit vor (Halm 2011: 16f).

Will man verschiedene Arten bürgerschaftlichen Engagements von Migranten unterscheiden, so ist neben der Differenzierung deutscher, eigenethnischer und multikultureller Kontexte die Untersuchung der inhaltlichen Ausrichtung auf das Herkunfts- oder das Zuwanderungsland sinnvoll.

Obwohl inzwischen umfangreiche Befunde zu den Bedingungen und Potentialen bürgerschaftlichen Engagements<sup>2</sup> der Gesamtgesellschaft vorliegen und es auch im politischen Diskurs einen festen Platz auf der Agenda hat, gibt es nach wie vor nur wenige Studien, die sich explizit mit dem Engagement von Migrantinnen und Migranten befassen (Alscher et al. 2009a; Alscher et al. 2009b).

Sowohl die Sonderauswertung des Freiwilligen surveys 2004 (Geiss/Gensicke 2005) zum Engagement von Migranten als auch die spezifische Studie der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) zum freiwilligen Engagement von Türkinnen und Türken – nach Herkunftsland nach wie vor die größte Zuwanderergruppe in Deutschland – aus dem gleichen Jahr<sup>3</sup> zeigten Unter-

schiede nach Art und Umfang im bürgerschaftlichen Engagement der Migrantinnen und Migranten und der Gesamtgesellschaft (Halm/Sauer 2007). So waren türkeistämmige Migranten zwar in ähnlichem Umfang in Vereinen, Verbänden, Initiativen und Gruppierungen aktiv<sup>4</sup>. Allerdings engagierten<sup>5</sup> sich Migranten trotz einer ähnlichen Aktivitätsquote wesentlich seltener als Einheimische.

Die Einschätzung, dass sich das Engagement Türkeistämmiger in erster Linie mit dem Herkunftsland und der Konservierung türkischer Kultur beschäftigt, ist nach diesen Ergebnissen unzutreffend. Die Mehrheit der Engagementgruppen (59%) war in ihrer Tätigkeit und ihrem Inhalt hauptsächlich auf das Leben, die Kultur, die Gesellschaft oder die Politik in Deutschland gerichtet. Nur gut jeder zehnte Engagierte (11%) war in einer Gruppe, deren Tätigkeit hauptsächlich auf die Türkei gerichtet ist. Zwar war die Vertretung migrationspezifischer Interessenlagen ein wichtiges Ziel türkeistämmiger Engagierter und Beteiligter, diese Interessen richteten sich jedoch auf das Aufnahmeland und das Leben in Deutschland.

Die bisherigen Befunde belegen zweierlei: Einerseits ist das türkische Vereinswesen insofern durchaus differenziert, als es kaum als Etablierung einer türkischen Parallelgesellschaft in Deutschland interpretiert werden kann. Vielmehr erfolgt die eigenethnische Organisation selektiv und hauptsächlich in denjenigen Bereichen, in denen kompatible Angebote der Aufnahmegesellschaft tatsächlich fehlen – wie nicht anders zu vermuten – im Bereich Religion, Kultur und im Sport, da kulturelle Differenz zur Aufnahmegesellschaft mitunter auch bei Letzterem eine Rolle spielen mag. Dies bedeutet einen deutlichen Unterscheid zu den Engagementschwerpunkten der deutschen Bevölkerung. Insbesondere fällt das weitgehende Fehlen postmaterialistischer Engagementbereiche ins Auge, ebenso wie die Unterrepräsentation der Frauen. Migrationsspezifische Motive sind zwar nicht unwichtig, stehen aber nicht an der Spitze. Der Unterschied ergibt sich aus

der besonderen Migrationssituation, mit der spezifische Problemlagen, Engagementserwartungen, Restriktionen, aber auch Chancen für Engagement verbunden sind (Halm/Sauer 2007; Halm 2011: 18).

## 2 | Fragestellung und Datenbasis

Sowohl die Sonderauswertung des Freiwilligensurvey als auch die Studie des ZfTI aus dem Jahr 2004 identifizierten eine Reihe möglicher Maßnahmen und Strategien zur Erhöhung des Engagements von (türkeistämmigen) Migranten. Sie fanden sowohl im Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung, aber auch auf kommunaler und regionaler Ebene Niederschlag. Um feststellen zu können, inwieweit sich vor dem Hintergrund gewandelter Rahmenbedingungen das Engagement Türkeistämmiger in den letzten Jahren verändert hat, führte das ZfTI im Rahmen seiner jährlichen Mehrthemenbefragung in Nordrhein-Westfalen 2010<sup>6</sup> eine erneute Befragung zum freiwilligen Engagement Türkeistämmiger<sup>7</sup> durch, die sich sowohl in der Fragestellung und der Definitionen an der bundesweiten ZfTI-Befragung von 2004 einerseits und am Freiwilligensurvey 2009 (Gensicke 2010)<sup>8</sup> andererseits orientierte, um mögliche Veränderungen auch im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bewerten zu können<sup>9</sup>.

Die Daten wurden im Herbst 2010 anhand einer computergestützten, standardisierten Telefonbefragung (CATI) von 1.000 türkeistämmigen Personen ab 18 Jahre aus NRW erhoben. Die Befragung erfolgte durch türkischsprachige Interviewer je nach Wunsch der Interviewpartner auf Deutsch oder Türkisch. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte über das onomastische Verfahren: Anhand von durch das ZfTI zusammengetragenen Listen türkischer Vor- und Zunamen wurden aus einem elektronischen Telefonbuch Haushalte in Nordrhein-Westfalen selektiert, deren Anschluss mit einem türkischen Vor- oder Nachnamen eingetragen ist. Aus dieser „Grundgesamtheit“<sup>10</sup> von rund 100.000 Haushalten

wurde über einen computergenerierten Algorithmus eine Zufallsstichprobe gezogen. Die Zufallsauswahl der zu befragenden Personen im Haushalt wurde dadurch sichergestellt, dass das Haushaltsmitglied befragt wurde, welches zuletzt Geburtstag hatte. Die Befragtengruppe repräsentiert nach Alter, Geschlecht und Erwerbstätigkeit die türkeistämmigen Migranten in NRW nach dem Mikrozensus 2009.<sup>11</sup>

### 3 | Aktivität und bürgerschaftliches Engagement

#### 3.1 | Aktivitäten

Bürgerschaftliches Engagement ist eingebettet in soziale Aktivitäten. Es entsteht in der Regel aus einer kooperativen Beteiligung in Vereinen oder Verbänden, Gruppen, Initiativen und Projekten. Daher wurde zunächst erhoben, ob und in welchem Bereich die Befragten sich „außerhalb von Beruf und Familie *aktiv beteiligen*“<sup>12</sup>. In einer zweiten Stufe wurden dann diejenigen, die sich aktiv beteiligen, nach der Übernahme von Ämtern, Funktion, Aufgaben oder Arbeiten gefragt.<sup>13</sup>

Die Aktivitätsquote der erwachsenen türkeistämmigen Migranten in Nordrhein-Westfalen liegt bei 54%. Der Freiwilligensurvey 2009 nennt als Aktivitätsquote für die Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre 71% (66% im Jahre 1999, 70% im Jahr 2004). 2004 ergab sich für türkeistämmige Befragte bundesweit eine Quote von 64%. Somit ist die Aktivitätsquote der türkeistämmigen Zuwanderer in NRW 2010 geringer als die bundesweite Quote von 2004 und als die bundesweite Quote der Gesamtbevölkerung 2009, der Unterschied zwischen Türkeistämmigen und Gesamtbevölkerung bei der Aktivität in sozialen Bezügen hat sich also vergrößert.

Der Bereich, in dem sich mit 26% die meisten türkeistämmigen Migranten beteiligen, ist die Religion. Fast ebenso viele (23%) beteiligen sich im Bereich Sport. Mit Abstand folgen weitere Lebensbereiche, in denen es um die Gestaltung der Freizeit (Geselligkeit 13%,

Kultur/Musik 11%) oder um das unmittelbare eigene Lebensumfeld (Schule und Kindergarten 11%) geht. Die Beteiligungen in den stärker gemeinwohlorientierten Bereichen, wie dem sozialen Bereich (11%) und in der Jugend- und Bildungsarbeit (10%), liegen auf einem ähnlichen Level. Im Vergleich zur bundesweiten ZfTI-Studie von 2004 hat sich an der Rangfolge der Bereiche nur wenig verändert. Im Freiwilligensurvey 2009 ist die Rangfolge für die Gesamtbevölkerung ähnlich - mit Ausnahme der Religion, die bei den türkeistämmigen Migranten der Bereich mit der häufigsten Beteiligung ist. Unter der Gesamtbevölkerung liegt die Religion in der Rangfolge der Beteiligungsbereiche auf dem 6. Rang.

Die Aktivität findet mehrheitlich nicht in einem ausschließlich türkisch geprägten Kontext statt: Fast die Hälfte (46%) der Migranten sind - bezogen auf die mehrheitliche Nationalität der anderen Gruppenmitglieder - sowohl in deutschen als auch in türkischen oder in internationalen Gruppen aktiv, 17% sind nur in deutschen Organisationen oder Kontexten tätig. Doch immerhin 37% beteiligen sich ausschließlich in Gruppen, in denen die anderen Teilnehmer überwiegend türkischer Herkunft sind. Im Vergleich zur ZfTI-Befragung 2004 ist die Beteiligung nur im türkischen Kontext um 3 Prozentpunkte geringer (Halm/Sauer 2007: 52f). Somit kann in diesem Vergleich nicht von einer Zunahme der Aktivität im ausschließlich eigenethnischen Kontext gesprochen werden.

#### 3.2 | Engagement

Insgesamt engagieren sich 13% aller Befragten und 25% der Aktiven (N = 135). Der Freiwilligensurvey 2009 nennt als Engagementquote für die Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre 36% (34% im Jahre 1999, 36% im Jahr 2004). 2004 ergab sich für türkeistämmige Befragte bundesweit eine Quote von 10%. Somit ist die Engagementquote der türkeistämmigen Zuwanderer in NRW 2010 höher als die bundesweite Quote von 2004 - trotz niedrigerer Aktivitäts-

quote –, aber nach wie vor deutlich niedriger als die bundesweite Quote der Gesamtbevölkerung 2009.

War das Verhältnis von Aktiven und Engagierten Türkeistämmigen 2004 noch 5:1, ist es 2010 in NRW 3:1 (Halm/Sauer 2007: 64). In der Gesamtbevölkerung beträgt 2009 das Verhältnis von Aktiven und Engagierten 1:1.

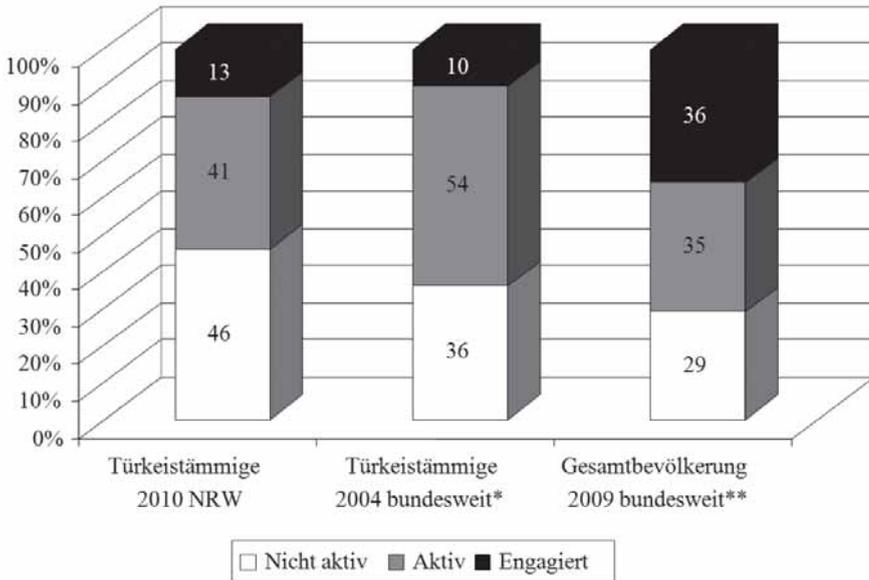
Bestimmte soziale Gruppen weisen eine hohe Engagementquote auf, die sich mit den besonders beteiligten Gruppen decken: Befragte aus der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahre mit langer Aufenthaltsdauer, mit hoher schulischer Qualifizierung, Selbständige und Angestellte mit mittlerem bis höherem Einkommen. So kann man festhalten, dass Personen mit besseren bildungsmäßigen, beruflichen und finanziellen Voraussetzungen häufiger freiwillige Aufgaben übernehmen als andere Gruppen.

### 3.3 | Engagementbereiche

Die meisten Engagierten sind in den Bereichen Religion (28%) und Sport (13%) zu finden, die zugleich auch die wichtigsten Beteiligungsbereiche sind. Danach folgt der Bereich Jugend-/Bildungsarbeit, Kultur/Musik und Soziales mit jeweils 12% der Engagierten und 2% der gesamten türkeistämmigen Bevölkerung, obwohl diese Bereiche bei der Beteiligung auf tieferen Rangplätzen lagen. Auf diese fünf Bereiche konzentrieren sich drei Viertel der Engagierten.

Im Vergleich zur bundesweiten Befragung Türkeistämmiger aus dem Jahr 2004 hat sich die Bedeutung einiger Bereiche erheblich verschoben (Halm/Sauer 2007: 65ff). So hat der Bereich Schule/Kindergarten wesentlich an Bedeutung verloren, dagegen hat der Bereich Jugend- und Bildungsarbeit entsprechend ge-

Abbildung 1: Nicht Aktive, Aktive und Engagierte im Vergleich (Prozentwerte)



Quellen: \* Halm/Sauer 2007: 64, \*\* Gensicke 2010: 16. Eigene Darstellung

wonnen. Obwohl der Bereich Sport damals wie heute auf dem 2. Platz rangiert, ist doch der Anteil der Engagierten dort um 10 Prozent-

punkte zurückgegangen. Deutlich weniger wichtig ist heute darüber hinaus auch die Politik.

Tabelle 1: Engagementbereiche im Vergleich

	Türkeistämmige 2010 NRW		Türkeistämmige 2004 bundesweit*		Gesamt- bevölkerung 2009 bundesweit**
	Prozent	Rang	Prozent	Rang	Rang
Religion	28,1	1	23,5	1	2
Sport	12,6	2	22,1	2	1
Kultur/Musik	11,9	3	13,4	4	4
Sozialer Bereich	11,9	4	10,7	5	5
Jugend/Bildung	11,9	5	2,7	11	10
Schule/Kindergarten	7,4	6	20,8	3	3
Freizeit	5,9	7	3,4	8	6
Berufliche Interessenvertretung	5,2	8	3,4	9	13
Rettungsdienst	1,5	9	4,0	6	7
Umwelt/Natur	1,5	10	0,0	13	8
Politik	0,7	12	4,0	7	9
Gesundheit	0,7	11	3,4	10	11
Wohnort	0,7	13	2,0	12	12

Quellen: \* Halm/Sauer 2007: 65ff, \*\* Gensicke 2010: 18. Eigene Darstellung

In der Gesamtbevölkerung liegt Sport an erster und Religion an zweiter Stelle.<sup>14</sup> Der Bereich Jugend/Bildung hat in der Gesamtbevölkerung eine geringere Bedeutung als bei Türkeistämmigen, der Bereich Schule/Kindergarten jedoch eine deutlich höhere Bedeutung. Weniger Bedeutung in der Gesamtbevölkerung hat darüber hinaus die berufliche Interessenvertretung.

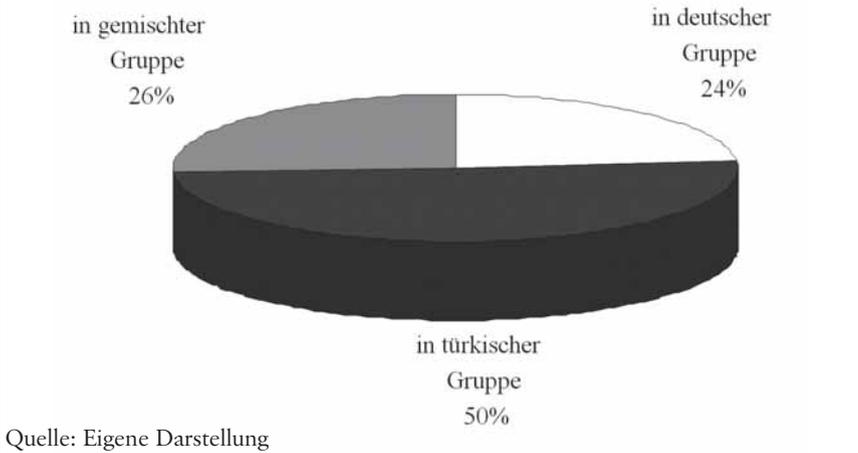
### 3.4 | Ethnischer Kontext des Engagements

Das Engagement der türkeistämmigen Migranten konzentriert sich stärker als die Aktivität auf den türkischen Kontext: 50% engagieren sich in türkischen Gruppen oder Organisationen, zugleich engagieren sich auch 24% in einem deutschen Kontext, 26% in

einem internationalen bzw. gemischten Rahmen. Es überwiegt im Engagement zwar leicht das türkische Umfeld, doch ist der Anteil von 50% Engagierten im nicht ausschließlich türkischen und von 24% in einem rein deutschen Kontext bemerkenswert, zeigt er doch, dass von einer Abschottung des Engagements generell nicht die Rede sein kann und türkeistämmige Migranten durchaus auch Aufgaben und Tätigkeiten in deutschen Gruppen übernehmen.

Die Verteilung des Engagements nach ethnischem Kontext war in der bundesweiten Befragung 2004 unter Türkeistämmigen ähnlich: 52% engagierten sich im türkischen Kontext, 29% und damit etwas mehr Befragte im deutschen Kontext und 19% - also etwas weniger - im gemischten Kontext (Halm/Sauer 2007: 68).

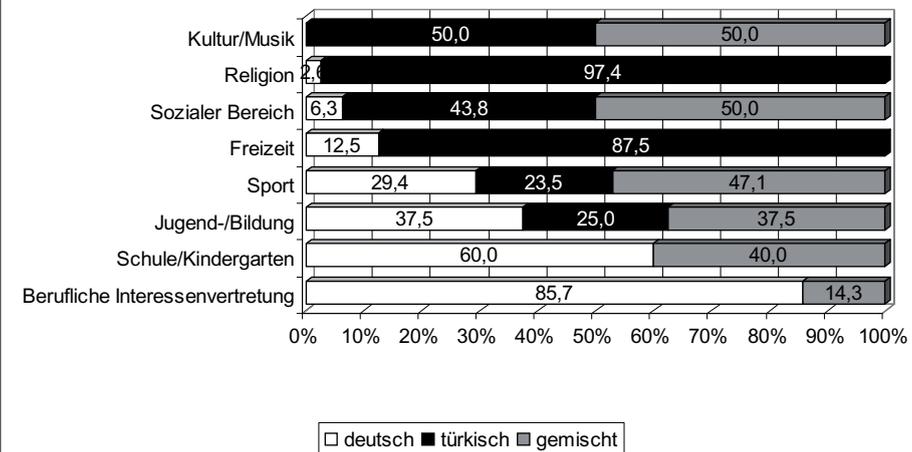
Abbildung 2:  
Engagement der türkeistämmigen Migranten nach ethnischen Kontext (Prozentwerte)



Wie bei der Beteiligung wird deutlich, dass das Engagement im türkischen Kontext nicht grundlegenden Prinzipien der Abschottung folgt, sondern aufgrund mangel-

der Alternativen wie im Bereich Religion und Kultur oder problemorientiert wie in den Bereichen Soziales und Jugendarbeit stattfindet.

Abbildung 3: Ethnischer Kontext des Engagements nach Bereichen (Zeilenprozent)



58% der Engagierten gaben an, eine Vorstands- oder Leitungsfunktion zu haben – 2004 waren dies unter Türkeistämmigen nur 42%. Diese Vorstandsfunktion wird zu 42% in einem türkischen Kontext, jedoch nur zu 22% in einem deutschen Kontext ausgeübt, obwohl sich 24% in einem deutschen Kontext engagieren. Somit scheint für turkeistämmige Migranten die Übernahme von Leitungsfunktionen in deutschen Organisationen etwas schwieriger zu sein als in türkischen Organisationen, obwohl sich dies im Vergleich zur ZfTI-Befragung von 2004 verbessert hat (19% in deutschen Leitungsfunktionen, 29% in deutschem Kontext engagiert).

### 3.5 | Länderorientierung der Organisationen

Der ethnische Kontext der Gruppen sagt noch nichts über die inhaltliche Orientierung der Arbeit aus. So dürften ethnische Zusammenhänge, die sich inhaltlich auf das Aufnahmeland konzentrieren, kaum als Ausdruck von

Segregationsbemühungen gelten, sondern belegen durch die Hinwendung zur Mehrheitsgesellschaft die Integrationsbemühungen der Migranten.

Die Hälfte der Engagementgruppen (50%) ist in ihrer Tätigkeit und ihrem Inhalt hauptsächlich auf das Leben, die Kultur, die Gesellschaft oder die Politik in Deutschland gerichtet, darüber hinaus kombinieren ein Viertel der Gruppen die Länderorientierung. Nur gut jeder zehnte Engagierte (12%) ist in einer Gruppe, deren Tätigkeit hauptsächlich auf die Türkei gerichtet ist. Darüber hinaus fokussieren 13% der Gruppen auf eine internationale Ebene. Im Vergleich zur Erhebung von 2004 weisen diese Zahlen wie die Ergebnisse zu Beteiligung und Engagement nach ethnischen Kontext auf eine zunehmende Hinwendung in Richtung Aufnahmegesellschaft hin. 2004 gaben bundesweit 70% der Engagierten an, ihre Organisation richte ihre Tätigkeit entweder ganz oder teilweise auf Deutschland aus, heute sind dies 75% (Halm/Sauer 2007: 74).

Selbstverständlich variiert der Länderbezug nach Engagementbereichen: Der Türkeibezug

Tabelle 2: Länderbezug der Engagementorganisationen nach wichtigsten Bereichen und ethnischen Kontext (Zeilenprozent)

	Länderbezug			
	Deutschland	Deutschland und Türkei	Türkei	Internationale Ebene
<b>Engagementbereiche</b>				
Religion	39,5	36,8	21,1	2,6
Sport	17,6	35,3	5,9	41,2
Kultur und Musik	75,0	6,3	6,3	12,5
Sozialer Bereich	43,8	31,3	12,5	12,5
Jugend-, Bildungsarbeit	43,8	31,3	18,8	6,3
<b>Ethnischer Kontext</b>				
Deutsch	50,0	15,6	6,3	28,1
Türkisch	44,1	33,8	17,6	4,4
International	60,0	17,1	5,7	17,1
Gesamt	49,6	25,2	11,9	13,3

Quelle: Eigene Darstellung

ist in den Bereichen Religion und in der Jugend- und Bildungsarbeit überdurchschnittlich häufig, dennoch konzentrieren sich die überwiegende Mehrheit von mehr als drei Viertel der Organisationen auch in diesen Bereichen auf Deutschland oder auf beide Länder. Im Sport und im Bereich Kultur existieren kaum Organisationen mit reinem Türkeibezug. Auch unter den eigenethnischen Gruppen und Organisationen ist nur knapp ein Fünftel überwiegend türkeibezogen. Somit macht die Gruppe der Engagierten, die sich im türkischen Kontext bewegen und sich zugleich inhaltlich auf die Türkei beziehen, nicht mehr als 9% aller Engagierten aus. Selbst im religiösen Bereich und in der Jugendarbeit betrifft dies nur ein Fünftel der Engagierten. Die Tätigkeit der überwiegenden Mehrheit beschäftigt sich zumindest *auch* mit dem Leben in Deutschland – auch zu fast drei Vierteln dann, wenn die Mehrheit der Mitglieder aus der eigenen Ethnie stammt.

### 3.6 | Wege in und Motive für das Engagement

Das bürgerschaftliche Engagement erfolgt mehrheitlich nicht aufgrund eigener Initiative, sondern es wird von außen angestoßen. Nur ein Fünftel (19%) der türkeistämmigen Engagierten wurde selbst aufgrund von Erlebnissen oder Erfahrungen aktiv, fast zwei Drittel (62%) wurden extern gefragt oder geworben. Somit benötigen die meisten Engagierten einen äußeren Anstoß, um tatsächlich Aufgaben zu übernehmen. Die wichtigsten Anstoßgeber (29%) sind dabei – wie bereits 2004 – Freunde und Bekannte, die in den jeweiligen Gruppen aktiv sind, gefolgt von leitenden Personen aus der Gruppe. Die Mehrheit der Engagierten hat sich bereits vor Übernahme der Aufgabe in diesem Umfeld bewegt und wurde aus der Gruppe heraus von bereits Engagierten oder Beteiligten aufgrund persönlicher Beziehungen und sozialer Kontakte angeregt, eine Funktion zu übernehmen.

Die Übernahme bürgerschaftlichen Engagements ist in der Regel an bestimmte Erwartungen und Motive geknüpft, die sehr vielfältig sein können. Sie können altruistisch und auf die Verbesserung der Situation Anderer gerichtet sein, aber auch im Eigeninteresse liegen, einer Nutzenkalkulation unterliegen oder hedonistische Orientierungen – Spaß und Selbstverwirklichung – zeigen; häufig besteht eine Mischung unterschiedlicher Motive.

Das wichtigste Motiv für Engagement türkeistämmiger Migranten ist die altruistische Erwartung, anderen Menschen zu helfen. Dicht gefolgt wird es jedoch von der hedonistischen Erwartung „Spaß“ und „mit Menschen zusammenkommen, die einem sympathisch sind“. Auch die nutzenorientierten Erwartungen „Erweiterung der eigenen Kenntnisse und Erfahrungen“ ist ein wichtiger Grund für die türkeistämmigen Engagierten. An fünfter Stelle wird die migrantenspezifische, altruistische Erwartung der Verbesserung der Lebenssituation von Migranten in Deutschland genannt. Auch die Übernahme von Verantwortung und die Entscheidungsmöglichkeiten sind wichtige Gründe und liegen an 6. Stelle. Auf den unteren Rangplätzen liegen die Möglichkeiten zur Nutzung der Tätigkeit für den Beruf, die Vertretung eigener Interessen und die Aufrechterhaltung der Bindung der Migranten an die Türkei. Die Erwartungshaltung insgesamt ist gekennzeichnet von einer Mischung altruistischer, nutzenorientierter und hedonistischer Ziele, die ihre Basis auch in der Migrationssituation haben. Das Engagement der türkeistämmigen Migranten in Deutschland ist überwiegend nicht rückkehrorientiert, aber durchaus mit migrationsspezifischen Erwartungen und Zielen verbunden.

Im Vergleich zur ZfTI-Befragung 2004 nach Rangplätzen sind der soziale Kontakt und die Verbesserung der Lebensbedingungen von Migranten in Deutschland heute wesentlich wichtiger – beide Motive liegen heute 4 Rangplätze höher als 2004. Wichtiger ist heute ebenfalls die Anerkennung, die 3 Rangplätze höher liegt, weniger wichtig ist hingegen die Vertretung der

eigenen Interessen, die um 9 Rangplätze zurückgefallen ist (Halm/Sauer 2007: 106). Vergleicht man die Erwartungen der türkeistämmigen Engagierten mit denen der Gesamtbevölkerung<sup>15</sup>, zeigen sich erstaunlich wenige Unterschiede. Nennenswerte Differenzen sind lediglich bei der Gemeinwohlorientierung zu sehen, die in der Gesamtbevölkerung 2009 auf dem 3. Rang, bei Türkeistämmigen hingegen auf dem 8. Rang liegt (Gensicke 2010: 25).

### 3.7 | Verbesserung der Rahmenbedingungen

Die Förderung des Engagements von Migranten betrifft sowohl die individuellen Engagementvoraussetzungen als auch die organisatorische Ebene. Dort geht es einerseits um die stärkere Befähigung von Migrantenorganisationen, Engagement zu aktivieren, andererseits um die interkulturelle Öffnung der Mehrheitsgesellschaft (Halm 2011: 20f).

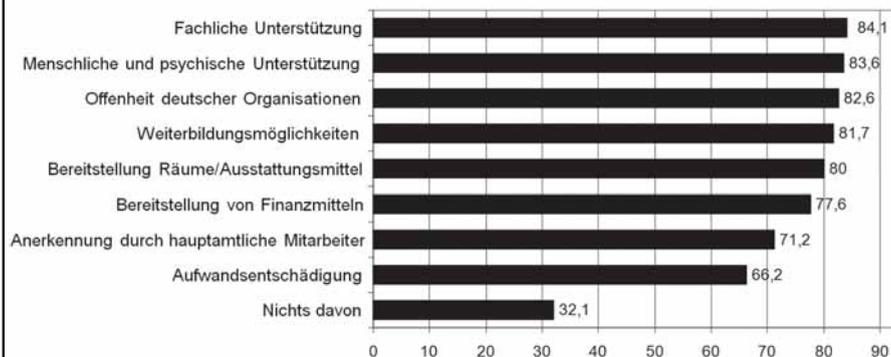
Aus Sicht der Engagierten mangelt es bezogen auf die Organisationen in erster Linie an Unterstützung sowohl in fachlicher als auch in menschlicher und psychischer Hinsicht.

Offenbar fühlen sich zahlreiche Engagierte überfordert oder alleingelassen. Entsprechend wünschen sich 82% mehr Weiterbildungsmöglichkeiten.

Der Befund, dass eine deutliche Mehrheit von 83% der türkeistämmigen Engagierten den Eindruck haben, in deutschen Organisationen nicht willkommen zu sein, ist alarmierend und muss bei der Beurteilung des Engagements der Migranten in eigenethnischen Organisationen und Gruppen unbedingt berücksichtigt werden.<sup>16</sup> Denn auch dadurch wird deutlich, dass als Ziel des eigenethnischen Zusammenschlusses nicht oder zumindest nicht nur das Bestreben der gezielten Abschottung und Desinteresse an der Einbindung in die gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland zugrunde liegt, sondern die Befürchtung, nicht ernst genommen zu werden, nicht willkommen zu sein oder sich Diskriminierung auszusetzen.

Im Vergleich zur ZfTI-Befragung von Türkeistämmigen 2004 sind die wichtigsten Probleme ähnlich geblieben: Das Gefühl, nicht ausreichend für die übernommene Aufgabe

Abbildung 4: Verbesserungswünsche der Rahmenbedingungen bei Organisationen (Prozentwerte, Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Darstellung

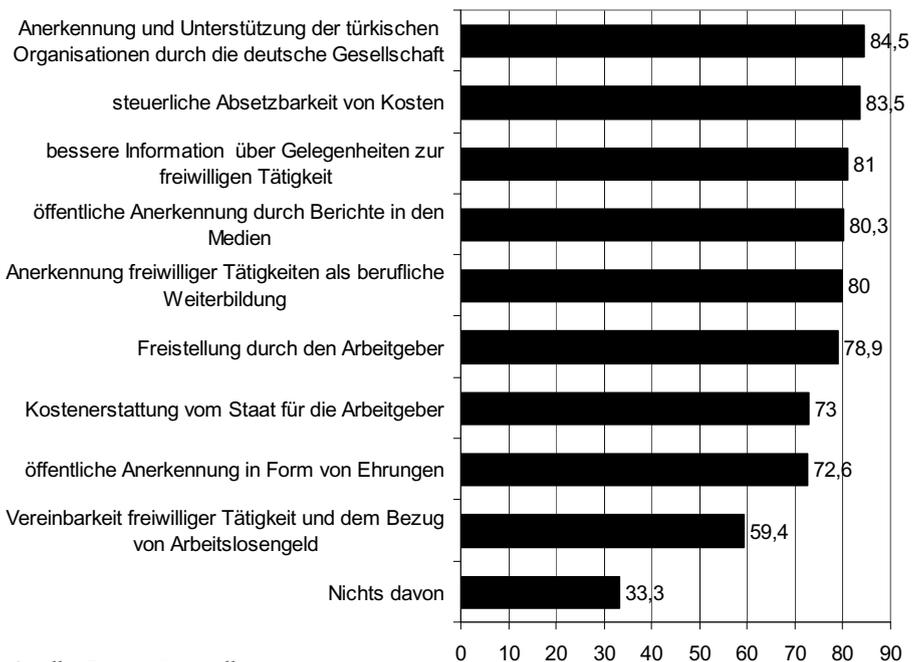
gerüstet zu sein, nicht ausreichend Mittel zur Verfügung zu haben und als Zuwanderer in deutschen Organisationen nicht immer willkommen zu sein (Halm/Sauer 2007: 113).<sup>17</sup>

Bezüglich der Rahmenbedingungen, die im Verantwortungsbereich des Staates, der Arbeitgeber und der Öffentlichkeit liegen, wird von den türkeistämmigen Engagierten am dringendsten die Verbesserung der Anerkennung und der Unterstützung türkischer Gruppen durch die deutsche Gesellschaft gesehen. Dies wirft zusammen mit der Forderung nach mehr Offenheit der deutschen Organisationen für Zuwanderer ein schlechtes Licht auf die Beziehungen zwischen deutschen und türkischen Organisationen und die Akzeptanz des Engagements Türkeistämmiger in der Öffentlichkeit. Aus

Sicht der türkeistämmigen Engagierten stellt sich die Situation so dar, dass einerseits die türkischen Organisationen wenig Anerkennung und Unterstützung finden, zugleich jedoch die deutschen Organisationen nur selten offen für Zuwanderer sind.

Auch 2004 lag den türkeistämmigen Engagierten vor allem die mangelnde Anerkennung der türkischen Organisationen durch die Mehrheitsgesellschaft am Herzen (Halm/Sauer 2007: 116). Danach folgten allerdings die berufsbezogenen Punkte. Bessere Information und Anerkennung war damals eher am unteren Ende der Skala eingestuft. Die Gesamtbevölkerung sah hier als dringendsten Verbesserungswunsch die Verbesserung der Informationen über Tätigkeitsmöglichkeiten, an zweiter Stelle folgte

Abbildung 5: Verbesserungswünsche der Rahmenbedingungen beim Staat und der Öffentlichkeit (Prozentwerte, Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Darstellung

die Anerkennung in den Medien. Danach standen die steuerlichen und berufsbezogenen Probleme (Geiss/Gensicke 2005: 404).<sup>18</sup>

Um die Rahmenbedingungen zu verbessern, sollte vor allem auf die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements der Migranten in deutschen wie in eigenethnischen Organisationen und die weitere interkulturelle Öffnung der mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen hingewirkt werden. Darüber hinaus sollten Anstrengungen unternommen werden, mehr Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die türkeistämmigen Engagierten anzubieten. Auch die Ressourcenausstattung sowohl mit Sach- als auch mit Finanzmitteln ist ein zentraler Punkt, um das Engagement zu unterstützen.

#### 4 | Potenziale

Freiwilliges Engagement ist dynamisch und kein statischer Zustand. Aufgaben werden eine Zeit lang übernommen und wieder abgegeben, möglicherweise wird später erneut diese oder eine andere Aufgabe ausgeübt. Zwar engagiert sich die überwiegende Mehrheit der Türkeistämmigen (86%) derzeit nicht, doch von diesen waren immerhin knapp ein Drittel (31%) früher einmal bürgerschaftlich engagiert, also deutlich mehr als derzeit, was die Dynamik des freiwilligen Engagements auch unter den türkeistämmigen Migranten belegt.

Gut die Hälfte der derzeit Nicht-Engagierten (53%) ist definitiv weder derzeit noch zukünftig an freiwilligem Engagement interessiert. Knapp ein Viertel (24%) schließt freiwilliges Engagement nicht gänzlich aus und ein knappes Fünftel (19%) bejaht die Frage nach Interesse an der Übernahme freiwilliger Aufgaben. Somit könnten von den derzeit nicht Engagierten bis zu 43% motiviert werden, sich zu engagieren. Dieser Anteil war unter Türkeistämmigen 2004 jedoch mit 48% noch höher (Halm/Sauer 2007: 119). In der Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil – bei einem deutlich höheren Anteil derzeit Engagierter – bei 37% (Gensicke 2009: 21f).

#### 5 | Fazit

Das Problem des im Vergleich zur Gesamtbevölkerung geringen, zu 2004 jedoch etwas gestiegenen bürgerschaftlichen Engagements in der türkischen Community liegt nicht in erster Linie in der geringen kollektiven Beteiligung – auch wenn diese geringer als in der Gesamtbevölkerung ist und die Differenz zunimmt –, sondern vor allem beim Übergang von der Beteiligung zum freiwilligen Engagement; daran, dass wenig Beteiligte zur Übernahme von Verantwortung und Aufgaben gebracht werden – und zwar gleichermaßen in eigenethnischen wie in deutschen Gruppen und Organisationen. Somit liegt der erste Ansatz zur Erhöhung des Engagements bei der Schaffung von Gelegenheitsstrukturen für bereits Beteiligte, zu denen auch direkte Zugangswege durch die Organisationen bestehen. Eine Überprüfung und gegebenenfalls Reform der internen Partizipationsstrukturen der aufnahmegesellschaftlichen wie der eigenethnischen Organisationen könnte mehr Beteiligte zum freiwilligen Engagement motivieren.

Ein wichtiges Engagementziel bzw. -motiv der Türkeistämmigen ist neben dem Helfen, Spaß haben, soziale Kontakte und Erfahrungen sammeln auch, die Lebenssituation von Migranten in Deutschland zu verbessern. Dieses Anliegen wird jedoch nur selten und konzentriert auf bestimmte Bereiche von mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen verfolgt. Dennoch zeigt sich beim Vergleich zur bundesweiten Befragung unter Türkeistämmigen 2004 sowohl bei der Beteiligung als auch beim Engagement ein leichter Rückgang derjenigen, die ausschließlich in eigenethnischen Kontexten wirken, sowie eine Zunahme der Orientierung der Tätigkeit der Organisationen auch auf die Aufnahmegesellschaft. Die Existenz eigenethnischer Organisationen ist schon allein durch die hohe Bedeutung der religiösen Zusammenschlüsse gegeben, da es hierzu keine aufnahmegesellschaftlichen Alternativen gibt. Doch sind Selbstorganisationen auch unter integrationspolitischen Vorzeichen un-

abdingbar, in vielen Fällen sogar Ausdruck von Integrationsbestrebungen, insbesondere dort, wo es um die Artikulation migrationspezifischer Interessenlagen und der Verbesserung der Lebenssituation von Migranten in Deutschland geht – wie beispielsweise im sozialen Bereich oder in der Jugend- und Bildungsarbeit. Wo Einheimische und Türkeistämmige gleiche Interessen teilen, besteht auch eine Tendenz zum gemeinschaftlichen Engagement, das durch politische Maßnahmen weiter unterstützt werden kann. Zu berücksichtigen ist jedoch bei der Bewertung des eigenethnischen Engagements auch, dass die weit überwiegende Mehrheit der Engagierten den Eindruck hat, in mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen nicht willkommen zu sein – und dies gilt auch für die Engagierten in deutschen Kontexten.

Auch die eigenethnischen Organisationen richten sich in ihrer Tätigkeit überwiegend und im Vergleich zu 2004 zunehmend auf das Zuwanderungsland. Auch bei Engagierten, die sich in türkeiorientierten Organisationen betätigen, ist die Verbesserung der Lebenssituation in Deutschland das wichtigste Motiv für ihr Engagement, neben der Aufrechterhaltung der eigenen Kultur. Die Bindung an die Türkei spielt nur eine untergeordnete Rolle. Die überwiegende Aufnahmelandorientierung gilt auch für die religiösen Organisationen, die neben der religiösen Unterweisung inzwischen auch vielfältige soziale Aufgaben wahrnehmen. Die Einschätzung, dass sich Migrantenorganisationen in erster Linie mit dem Herkunftsland und der Konservierung türkischer Kultur beschäftigen, ist überholt – wenngleich die Aufrechterhaltung der eigenethnischen Kultur im Unterschied zur Aufrechterhaltung der Bindung an die Türkei ein wichtiges Motiv des Engagements ist.

Für eine Verbesserung des freiwilligen Engagements türkeistämmiger Migranten – Potenzial ist durchaus vorhanden – sind Anstöße von außen notwendig. Zudem müssen Informationskanäle zum Engagement verbessert und an die jeweilige Zielgruppe angepasst werden.

Wichtige Erwartungen an das Engagement sind neben der Absicht, anderen zu helfen, auch Spaß, die Knüpfung sozialer Kontakte und Selbstverwirklichung. Die Aussicht auf selbstlosen Dienst an der Allgemeinheit allein reicht wie bei der Gesamtbevölkerung zur Aktivierung von Engagement nicht mehr aus. Neben dem Altruismus müssen auch die Eigeninteressen berücksichtigt werden. Eine Anpassung der internen Partizipationsstrukturen der Organisationen an diese Bedürfnisse könnte dazu beitragen, die Engagementquote zu verbessern. Organisationen sollten sich bemühen, den Engagierten sowohl Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten einzuräumen und ihre Arbeit anzuerkennen, aber auch fachliche und menschliche Unterstützung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten – mit staatlicher Unterstützung – zu bieten. Natürlich erleichtert eine bessere finanzielle Ausstattung und die Bereitstellung von Ressourcen die Tätigkeit der Engagierten. Auch wenn bereits Maßnahmen formuliert wurden, die insbesondere auf das Empowerment der Migrantenorganisationen einerseits und die interkulturelle Öffnung der mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen andererseits abzielen, scheint hier nach wie vor noch erheblicher Nachholbedarf zu bestehen.

Ein besonderes Problem besteht beim Engagement türkeistämmiger Migranten in deutschen Organisationen: Unter den Migranten herrscht unverändert der Eindruck mangelnder Offenheit der deutschen Organisationen gegenüber Zuwanderern – ob zu Recht oder Unrecht, ist eine sekundäre Frage. Daher ist die Verbesserung der Offenheit der deutschen Organisationen für Zuwanderer eines der wichtigsten Interventionsfelder, um mehr türkeistämmiges Engagement in deutschen Organisationen zu aktivieren.

Ein Beitrag zur Erhöhung des freiwilligen Engagements türkeistämmiger Migranten ebenso wie für die gesamtgesellschaftliche Integration wäre die stärkere Akzeptanz, Anerkennung, Einbeziehung und Unterstützung der Migrantenorganisationen durch die Gesell-

schaft, die aufnahmegesellschaftlichen Organisationen, aber auch durch die Politik. Migranten und ihre Organisationen sollten noch stärker als bisher als gleichberechtigter Teil der Gesamtgesellschaft gesehen, ihre spezifischen Interessen als legitim wahrgenommen, behandelt und anerkannt werden. Ein über Lippenbekenntnisse hinausgehender Bewusstseinswandel, nach dem eigenethnischen Organisationen nicht mehr mit Misstrauen begegnet wird, sondern sie als Chance zur Erzielung von Integration und Gemeinsamkeit wahrgenommen werden, kann durch die Politik unterstützt werden. Zur Steigerung des Engagements türkeistämmiger Migranten ist die umfassende Teilhabe und soziale Anerkennung des Migrantenengagements sowohl in herkunfts- als auch in aufnahmegesellschaftlichen Kontexten wichtig.

*Martina Sauer* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen. Kontakt: sauer@zfti.de

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Bericht der Forschungsgruppe Deutschland des INVOLVE-Projektes gibt einen Überblick über die Bemühungen der letzten Jahre, vgl. INVOLVE-Abschlussbericht 2006: 33. Auch im Nationalen Integrationsplan aus dem Jahr 2007 wurde eine ganze Palette von Aktivitäten in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und den verschiedenen politischen Ebenen benannt, die das bürgerschaftliche Engagement von Migranten unterstützen sollen. Vgl. Die Bundesregierung 2007: 173ff.
- <sup>2</sup> Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements ist nicht immer klar umrissen. So finden Begriffe wie Ehrenamt, zivilgesellschaftliches oder freiwilliges Engagement gleichzeitig und zum Teil synonym Verwendung. Vgl. hierzu auch Alscher et al. 2009b: 6. Zu betonen ist bei der Definition die Freiwilligkeit außerhalb eines beruflichen oder

familiären, aber innerhalb eines sozialen Kontexts.

- <sup>3</sup> Zweisprachige telefonische Befragung von 1.500 türkeistämmigen Migranten in Deutschland ab 16 Jahre im Sommer 2004 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Angleichung der Methode und Fragestellung an den Freiwilligensurvey. Da die Befragung im Freiwilligensurvey ausschließlich auf Deutsch geführt wurde, beteiligten sich dort vergleichsweise viele formal höher gebildete Migranten. Dies führte zu einer Überrepräsentanz der engagierten Migranten. Die ZfTI-Befragung diente als Ergänzung hierzu. Siehe auch Geiss/Gensicke 2005: 347.
- <sup>4</sup> Mit Aktivität (Beteiligung, Gemeinschaftsaktivität) in Vereinen, Gruppen und Initiativen meint der Freiwilligensurvey aktive Teilnahme, aber noch kein freiwilliges Engagement. Allerdings ist die aktive Teilnahme (also über eine passive Mitgliedschaft hinausgehende Beteiligung) oft die Voraussetzung dafür. Vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2005: 49.
- <sup>5</sup> Engagement wird im Freiwilligensurvey als Übernahme von Aufgaben, Ämtern, Funktionen, die über eine „nur“ teilnehmende Aktivität hinausgehen, aber nicht formal sein müssen, definiert. Vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2005: 49.
- <sup>6</sup> Die ZfTI-Mehrthemenbefragung türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten wird seit 1999 jährlich durchgeführt. Sie umfasst einen festen Fragenkatalog zu verschiedenen Bereichen der Integration, sowie einen jährlich wechselnden Befragungsteil, durch den spezifische Themen vertieft werden. Vgl. zur ZfTI-Mehrthemenbefragung Sauer 2011; www.zfti.de.
- <sup>7</sup> Mit türkeistämmig sind Personen mit familiären Wurzeln in der Türkei gemeint, unabhängig ihrer ethnischen Zugehörigkeit (Türken, Kurden, Armenier usw.) und unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.
- <sup>8</sup> Bisher liegt noch keine Auswertung zum Engagement von Migranten 2009 vor. Im

Freiwilligensurvey 2009 wurden 20.000 Personen der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre (!) telefonisch befragt.

<sup>9</sup> Allerdings ist der Vergleich sowohl mit der ZfTI-Befragung des Jahres 2004 als auch mit dem Freiwilligensurvey nur eingeschränkt möglich, da die ZfTI-Mehrthemenbefragung nur Personen mit türkischem Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen (und nicht bundesweit) ab 18 Jahre (und nicht ab 14 Jahre wie im Freiwilligensurvey) erfasst.

<sup>10</sup> Die so generierte Datenbank aus Telefonbucheinträgen enthält zwar wegen nicht eingetragener Telefonanschlüsse nicht alle Haushalte, in denen Personen mit türkischem Migrationshintergrund leben, bietet aber dennoch die umfassendste Möglichkeit, auch Personen mit Migrationshintergrund zu befragen, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Andere bundes- oder landesweiten Verzeichnisse von Personen mit Migrationshintergrund oder ihren Haushalten existieren nicht.

<sup>11</sup> Siehe Details zur Methodik der ZfTI-Mehrthemenbefragung Sauer 2011; [www.zfti.de](http://www.zfti.de).

<sup>12</sup> Fragetext: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich in seiner Freizeit außerhalb von Beruf und Familie zu beteiligen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich in einem oder mehreren dieser Bereiche aktiv in einem Verein, Verband, einer Initiative oder Gruppe beteiligen. Und sagen Sie mir bitte auch, ob es sich dabei um eine vorwiegend deutsche oder vorwiegend türkische Gruppe handelt.

<sup>13</sup> Fragetext: Uns interessiert nun, ob Sie in den Bereichen, in denen Sie freiwillig aktiv sind, auch ein Amt, eine Funktion oder Aufgaben und Arbeiten unbezahlt und außerhalb des Berufs ausüben, die über die normale oder passive Mitgliedschaft hinausgehen. Üben Sie in einem oder mehreren der Bereiche, in denen Sie aktiv sind, ein Amt, eine Funktion oder freiwillige Aufgaben und Arbeiten aus?

<sup>14</sup> Nach dem Freiwilligensurvey 2009 liegt die Religion im Unterschied zum Freiwilligensurvey 2004 nun auf dem 2. Rang, damals

lag dieser Bereich nur auf Rang 6. Diesen Rang hat die Religion auch bei der Beteiligung der Gesamtbevölkerung. Vgl. Gensicke 2010: 18.

<sup>15</sup> Ohne die migrationspezifischen Punkte und die Punkte, die im Freiwilligensurvey 2009 nicht mehr erfasst wurden.

<sup>16</sup> Nach Analysen Halms (2005) gibt es erst seit Kurzem und nur in einigen mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen Konzepte und Bestrebungen, den Migrantenanteil zu erhöhen und sich interkulturell zu öffnen. Vgl. Halm 2005.

<sup>17</sup> In der Gesamtbevölkerung unterschied sich 2004 die Reihenfolge der Problembereiche: Dort lagen auf den ersten Plätzen die mangelnde Ressourcenausstattung, gefolgt von Weiterbildungsmöglichkeiten. Vgl. Geiss/Gensicke 2005: 402. Die aktuelle Veröffentlichung zum Freiwilligensurvey 2009 beinhaltet keine Auswertung zu diesem Thema. Siehe Gensicke 2010.

<sup>18</sup> Die aktuelle Veröffentlichung zum Freiwilligensurvey 2009 beinhaltet keine Auswertung zu diesem Thema. Siehe Gensicke 2010.

## Literatur

*Alscher, Mareike/Datbe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf* 2009a: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.

*Alscher, Mareike/Datbe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf* 2009b: Monitor Engagement. Ausgabe 1: Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

*Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* 2007: 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

*Die Bundesregierung* 2007: Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - neue Chancen. Berlin.

*Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“* 2002: Endbericht. Bundestagsdrucksache 14/8900 vom 03.06.2002.

*Geiss, Sabine/Gensicke, Thomas* 2005: Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. In: Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München, 347-411.

*Gensicke, Thomas* 2010: Monitor Engagement. Ausgabe 2. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004 - 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

*Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine* 2005: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Herausgegeben vom Bundesministerium

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.

*Halm, Dirk* 2005: Ethnic Mainstreaming in deutschen Verbänden. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 58, Heft 5, 278-284.

*Halm, Dirk* 2011: Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft. Bedeutung, Situation und Förderstrategien. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 24, Heft 2, 14-24.

*Halm, Dirk/Sauer, Martina* 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

*INVOLVE* 2006: Beteiligung von Drittstaatsangehörigen an freiwilligem Engagement als Mittel zur Integrationsförderung. Projektabschlussbericht. Herausgegeben vom European Volunteer Centre. Brüssel.

*Koopmans, Ruud* 2005: Migrant Claims-Making Between Transnationalism and National Citizenship. In: Koopmans, Ruud/Statham, Paul /Giugni, Marco/Passy, Florence (Hg.): Contested Citizenship. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.

*Sauer, Martina* 2011: Partizipation und Engagement türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der elften Mehrthemenbefragung 2010. Essen. www.zfti.de.

## Die neue Klima-Geopolitik

### Konflikte und Chancen durch Deutungsverschiebungen

Achim Brunnengräber

Die Zeiten in der internationalen Klimapolitik haben sich geändert, nicht unbedingt zum Besseren. Aber solche Zeiten geben auch Anlass, über vermeintliche Selbstverständlichkeiten nachzudenken. Mindestens drei wesentliche Veränderungen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel lassen sich beobachten: Erstens wird die globale Problemsicht, die auch immer eine diskursive Konstruktion ist und weitreichende Konsequenzen für die politische Bearbeitung des Klimawandels hat, um eine deutlich differenziertere, regional präzisere Problemanalyse ergänzt. Zweitens sind Kräfteverschiebungen auf dem Konfliktfeld Klima kaum zu übersehen. Neue global player, darunter vor allem die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China, fordern Mitsprache ein. Zugleich werden in der Zivilgesellschaft und den Medien die Auseinandersetzungen über den richtigen Weg intensiver, aber auch deutlich konflikthafter (Unmüßig 2011). Und drittens wird den zentralen Problemursachen wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Wer mehr Klimaschutz will, kann sich nicht nur mit den schädlichen Treibhausgasen beschäftigen, sondern muss den gesamten Kohlenstoffzyklus von der Extraktion der fossilen Ressourcen bis zu den schädlichen Emissionen verändern. Nur durch eine Transformation des nuklear-fossilistischen Energiesystems lässt sich die Ökonomie begrünen. Nichts weniger als ein „neuer Gesellschaftsvertrag“ wird dafür als notwendig erachtet (WBGU 2011).<sup>1</sup>

Das „Scheitern“ der internationalen Klimaverhandlungen gründet darauf, dass das Kyoto-Protokoll 2012 ausläuft und die neuen Vereinbarungen kaum mehr Substanz haben. Kon-

krete Maßnahmen werden frühestens 2020 greifen, so die konsensuale Entscheidung 2010 in Durban. Damit wird dem Tempo der dramatischen Klimaveränderungen alles andere als Rechnung getragen. Das „Scheitern“ erzwingt also förmlich eine „realistischere“ Perspektive auf die Möglichkeiten und Grenzen des internationalen politischen Handelns. Die Krise der Klimadiplomatie könnte gar zur Korrektur, zum Umsteuern oder zum Neuanfang führen. Vielleicht bildet sich auf subglobaler Ebene eine „Koalition der Willigen“, d.h. eine Staatengruppe, die sich losgelöst vom internationalen Konsenszwang mit konkreten Maßnahmen zum Klimaschutz als Vorreitergruppe präsentiert (von Weizsäcker 2011: 13). Oder das zivilgesellschaftliche Engagement weitet sich aus und es wächst das – mancherorts schon vorhandene – Bewusstsein in der Öffentlichkeit für dezentrale Klimaschutzmaßnahmen. Oder eine green economy entsteht, in der die Klimapolitik ein integriertes Handlungsfeld darstellt.

Was ist von solchen Vorstellungen zu halten? In diesem Beitrag soll, ausgehend von einer Analyse der prominenten Konfliktlinien in der internationalen Klimapolitik, die sich derzeit neu konstituierende Klima-Geopolitik abgeschritten werden. Die zunächst vorherrschende globale Problemdefinition (Kapitel 1.) und deren thematische Engführung auf die Emissionen (2.) hat zu spezifischen Maßnahmen (3.), einigen Blindstellen und vor allem Konflikten (4.) geführt. Auf dem Diskursfeld schlagen sich diese in einem Prozesse der Re-Nationalisierung nieder (Altwater/Brunnengräber 2011), verbunden mit einer neuen Aufgeschlossenheit zahlreicher Staaten für eine Bündnispolitik jenseits der UN. Daraus resultieren

de Deutungsverschiebungen hinsichtlich des Klimawandels geben wenig Grund zum Klima-Optimismus (5.). Ableiten lassen sich aus ihnen – so die Schlussfolgerung des Beitrags – kaum tatsächliche positive Veränderungen der kulturellen, stofflich-materiellen und politischen Basis des Klimawandels.

## 1 | Politische Zuschreibungen

Das Gemeinschaftsgut Atmosphäre ist einer der Ausgangspunkte dafür, dass heute vom Entstehen einer Weltgesellschaft gesprochen wird. Aus der weltumspannenden Übernutzung der Atmosphäre werden gemeinsame Interessen an ihrem Schutz und eine globale Umweltpolitik abgeleitet. Die Forderung nach einem international abgestimmten Handeln der Staatengemeinschaft ist die Folge. Die Atmosphäre als globales Gemeinschaftsgut zu deuten ist allerdings keine objektive Erkenntnis, sondern eine wissenschaftliche und politische Zuschreibung und damit eine diskursive Konstruktion (Brunnengraber et al. 2008: 60ff, Halfmann 2012: 133). Die globalen Klimamodelle etwa des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) liefern insofern nicht nur Beratungswissen, sondern sind auch eine strategische Ressource für politische Entscheidungsträger.

Die globale Problemzuschreibung führte zur Klimarahmenkonvention, dem Kyoto-Protokoll und den Maßnahmen, die allesamt im top down-Verfahren implementiert werden. Dazu zählen u.a. der Emissionshandel, der Clean Development Mechanism (CDM), die Klimaschutzfonds wie der Adaptation Fund oder das Programm Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD) (zur Entstehung des Kyoto-Regelwerkes vgl. Oberthür/Ott 2000). Auf Grund ihrer Komplexität sind die Regelwerke kaum noch überschaubar. Daher werden mittlerweile auch die Forderungen nach weniger Komplexität und mehr dezentralen Lösungen lauter (Keohane/Victor 2011).

Problematisch wird eine globale Problemzuschreibung, wenn sie eine gleichgerichtete Definition der zu bekämpfenden Probleme nahe

legt und bei deren Bearbeitung auf internationale Lösungsansätze fokussiert. Sie lenkt die Aufmerksamkeit von konkreten nationalen Handlungsansätzen ab und ermöglicht die Verlagerung der Verantwortung auf die globale Ebene (two level game). Dies führt zu zeitlichen Verzögerungen, weil internationale Verhandlungen im Regelfall sehr mühsam und langsam geführt werden. In der internationalen Klimapolitik stieß der Ansatz globalen Umweltmanagements (Görg/Brand 2002) jedoch zunächst auf großen Zuspruch. Solange das Bemühen, im Konzert der internationalen Staatengemeinschaft zu einer Lösung zu kommen, nicht verhallte, dieses Bemühen zumindest der Tendenz nach als erfolgreich angesehen wurde und in einer breiten Öffentlichkeit auch auf Akzeptanz stieß, schienen die globale Problemdeutung und die internationale Politik intrinsisch zusammen zu gehören.

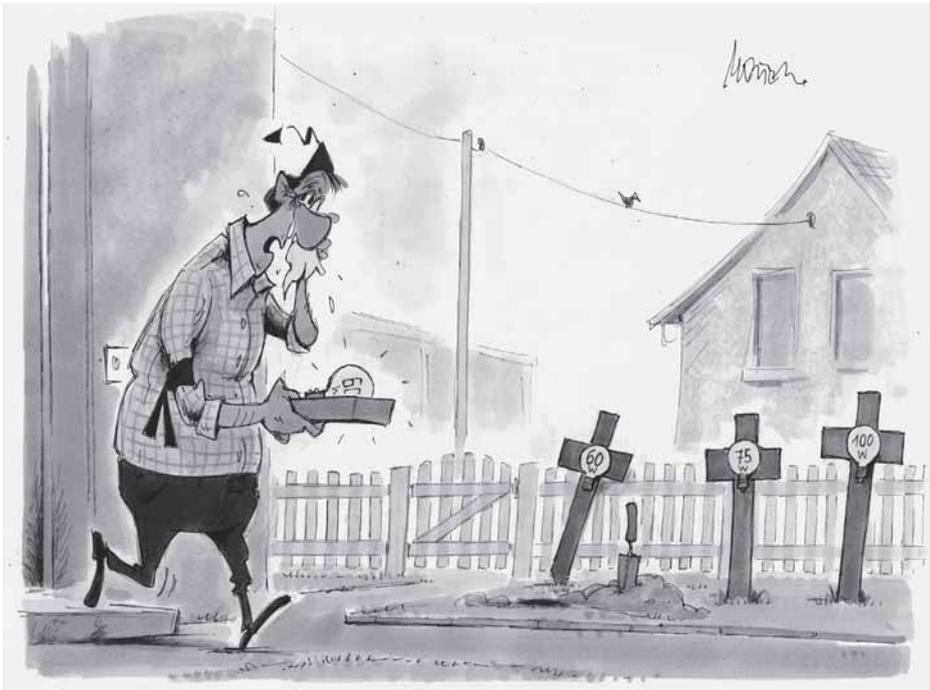
Dass sich mit der globalen Problemdeutung aber nur eine der möglichen Deutungen durchgesetzt hat, zeigt sich nun in Krisenzeiten. Die gesellschaftlichen Widersprüche, die in die internationale Klimapolitik eingeschrieben sind und zu denen sozio-ökonomische Ungleichheiten, Luxus- und Armutsemissionen oder ungleiche Chancen zur Anpassung gehören, wurden im hegemonialen Diskurs verdeckt (Methmann 2011), aber brechen jetzt auf. 20 Jahre nach der Klimarahmenkonvention verschiebt sich scheinbar die Perspektive: Das Weltwirtschaftsforum in Davos macht in seinem Risiko-Bericht 2012 eine Verlagerung von globalen Umweltrisiken zu räumlich differenzierten sozio-ökonomischen Gefahren aus – einen Auftrieb von Nationalismen, Populismus und Abschottung (WEF 2012: 10).

## 2 | Engführung des Problems

Der Klimawandel wird in der internationalen Klimapolitik nicht als zentrales Problem eines ressourcenintensiven Kapitalismus gerahmt, der durch die Verbrennung fossiler Energien angetrieben wird. Insbesondere die input-Seite des Fossilismus bleibt jenseits des Horizonts einer

Politik, die mitigation zum zentralen Ansatzpunkt erklärt. Damit ist nicht alleine die Vermeidung der Emissionen gemeint, sondern auch der Umgang mit ihnen und ihren Auswirkungen. Mitigation zielt etwa auf die Ablagerung der schädlichen Emissionen in der Erdkruste, die Auswirkungen der Treibhausgase auf Ökosysteme oder auf Wälder als Senken von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Bezug auf die output-Seite macht das Problem polit-ökonomisch erst durchsetz- und handhabbar. Den Maßnahmen, die an dieser Seite anpackten, konnte auch von den starken staatlichen wie privatwirtschaftlichen Akteuren zugestimmt werden, die eine Besteuerung der fossilen Energien oder Verbote strikt ablehnten, wenngleich freilich auch dieser Zustimmung politische Auseinandersetzungen vorausgingen. Die Engführung des Wissens ist also ein polit-ökonomischer Deutungsprozess im Rahmen von Aushandlungen, der dem Stand des Klimawissens keinesfalls entsprechen muss.

Eine output-Orientierung herrschte jedoch nicht immer vor. Zu Beginn der klimapolitischen Debatte in den 1980er Jahren wurden grundsätzliche gesellschaftliche Probleme des Klimawandels thematisiert. Dazu gehörten Fragen der Klimagerechtigkeit zwischen Nord und Süd, die weltweite Verteilung der Pro-Kopf-Emissionen, der Zusammenhang von Armut, Reichtum und Umweltzerstörung oder die Frage der historischen Verantwortung für den Klimawandel und den Konsequenzen daraus. Diese Auseinandersetzung fanden ihr vorläufiges Ende, nachdem sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention 1997 auf das Kyoto-Protokoll geeinigt hatten, das 2005 in Kraft trat, und Reduktionsziele und -wege für die Industrieländer festlegte. Seit diesem Zeitpunkt wurde die Engführung zum Programm: Das Kyoto-Protokoll aus Emissionshandel, Technologieförderung und Finanzinstrumenten orientierte sich dabei am gesellschaftlich hegemonialen Projekt des Neoliberalismus (Harvey



2005). Ökonomische Prozesse der Inwertsetzung der Natur, freier Warenhandel, Wachstum und Lebensstil- bzw. Konsumfragen werden nicht als Bestandteil der Krise interpretiert. Schließlich müsste, würde hierin die zentrale Ursache der Krise gesehen, der Klimawandel als Teil einer multiplen Krise der Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsweise angesehen werden (Demirovic et al. 2011). Stattdessen finden Maßnahmen, die sich in das bestehende Wirtschaftsgefüge einpassen, eine größere Akzeptanz als solche, die das bestehende fossilistische Energiesystem in Fragen stellen.

### 3 | Maßnahmen und ihre Wirkung

Die in der Klimapolitik vorherrschenden Maßnahmen sind als das Ergebnis von interessengeleiteten Verhandlungen, einem technischen Steuerungsoptimismus und einer polit-ökonomischen Strategie zu begreifen. Die Mechanismen sind dabei so ausgestaltet, dass die Bilanz der CO<sub>2</sub>-Buchführung auch dann stimmt, wenn tatsächlich gar keine Reduktion von Emissionen erfolgt ist. Wenn zukünftig keine strengeren Minderungsverpflichtungen festgelegt werden, könnte das sogar zu der absurden Situation führen, dass die EU nicht verbrauchte (sprich gebunkerte) Emissionsrechte aus der 1. Verpflichtungsperiode bis 2012 „mitnimmt“ und bis 2020 kaum neue Reduktionsanstrengungen unternehmen müsste.

An anderer Stelle aber sind die Schlupflöcher, die das Kyoto-Protokoll politisch gewollt (!) eröffnet, mittlerweile nicht mehr groß genug, um den Anstieg der Emissionen zu kaschieren. Zum Ausdruck kommt dies in der Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen (1990-2009) in Ländern wie Österreich (+8,8%), Spanien (+31,5%), Portugal (+28,5) oder Kanada (+18,1) (prozentualer Anstieg ohne Veränderungen in Land- und Forstwirtschaft; vgl. UNFCCC 2012). Diese realen Entwicklungen sind ein Grund dafür, dass der vermeintliche Konsens der Staatengemeinschaft zur verbindlichen Reduktion der Emissionen aufbricht. Hinzu

kommen die Schwierigkeiten und Konflikte bei der Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen in den Industrie- wie den Entwicklungsländern. Sie reichen von einem Zuviel an ausgegebenen Emissionsrechten, dem Steuerbetrug durch „geschickten“ internationalen Handel der Zertifikate über den Diebstahl von Zertifikaten bis zu sozialen Konflikten mit der Bevölkerung (etwa bei Vorhaben zur Abspeicherung von CO<sub>2</sub> unter der Erde, der sog. Carbon Capture and Storage-Technologie, CCS).

Im Zuge dieser Entwicklungen sinkt die Akzeptanz gegenüber den international implementierten Klimaschutzmaßnahmen, wenngleich das öffentliche Bewusstsein darüber, dass gegenüber dem Klimawandel politisch etwas unternommen werden muss, ungebrochen groß ist (Weber 2008). Auch grundsätzliche Debatten, ob die Reduktion der Emissionen überhaupt der richtige Ansatz ist, oder nicht eher kontextspezifische und konflikt-sensitive Anpassungsmaßnahmen die sinnvollere Variante im Umgang mit dem Klimawandel darstellen, weichen den Klimakompromiss auf. In Deutschland werden strukturelle wie ökonomische Anpassungsmaßnahmen insbesondere in einem vom Bundesministerium für Finanzen angeregten Gutachten gegenüber mitigation klar präferiert (BMF 2010). Aber auch ein Fokus auf die Anpassung lässt die input-Seite des kapitalistischen Energiesystems außen vor.

### 4 | Blindstellen und Konfliktlinien

Der zunehmende Verbrauch fossiler Energien ist der Hauptgrund für das Anwachsen der schädlichen Emissionen. In Krisenzeiten, in denen das Wachstum schrumpft, kann es zwar auch Erfolgsmeldungen in Sachen Klimaschutz geben (Ziesing 2010), diese sind aber nicht von Dauer. Bisher ist es noch nicht gelungen, Wachstum und Emissionszunahme zu entkoppeln (Altwater 2008). Der rapide ansteigende weltweite Energiebedarf um 1,8 Prozent jährlich und die Prognosen über die zukünftige Nachfrage nach fossilen Brennstoffen (eine

Steigerung um bis zu 70 Prozent (!) bis zum Jahr 2030) sind klimapolitisch mehr als alarmierend. Bereits seit Jahrzehnten liegt der Anteil fossiler Energieträger an der Energiegewinnung weltweit bei über 80 Prozent, im Jahr 2030 wird er nach den Prognosen der Europäischen Kommission sogar bei 88 Prozent liegen, wovon der Ölanteil mit 34 Prozent nach wie vor am größten sein wird. Aber auch die Nachfrage nach Gas und Kohle wird weiter steigen: Der Gasverbrauch vor allem für die Strom- und Wärmeerzeugung wird weltweit um jährlich 2 bis 3 Prozent und der Kohleverbrauch um 2 bis 2,5 Prozent bis zum Jahr 2030 zunehmen. Demgegenüber prognostiziert die EU-Kommission eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch auf gerade mal 30 Prozent bis zum Jahr 2030 (European Commission 2011: 10). Diese Entwicklungen werden bei den jährlichen Klimaverhandlungen nicht thematisiert. Sie verdeutlichen aber, dass eine Trendwende in der auf fossilen Energieträgern basierenden Energiewirtschaft hin zu einer green economy erst noch – und zwar gegen machtvolle Interessen – angestoßen werden muss.

Die Entwicklungen und Trends deuten an, weshalb auf Grund von realen bzw. politischen und ökonomischen, also künstlichen Knappheiten mit erheblichen Konflikten unter Nationalstaaten gerechnet werden muss. Denn die billige Versorgung mit fossilen Energien ist der Schmierstoff für die nationale Wettbewerbsfähigkeit, die auf global umkämpften Märkten immer wieder neu gesichert werden muss. Diese strukturelle Blindstelle der Klimadiplomatie kann jedoch nicht erklären, warum der internationale Konsens in den Klimaverhandlungen brüchig wird. Andere hinsichtlich der Klimapolitik zunächst „externe Effekte“ müssen dafür berücksichtigt werden. Zu diesen zählt das bereits erwähnte Erstarken der BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China, das zu Verschiebungen der Weltordnung führt. Diese Staaten treten seit 2009 (Cancún) selbstbewusster und fordernder auf als jemals zuvor in den internationalen Klimaverhandlungen.

Sicher ist dies auch einer der Gründe, weshalb in Durban der neue „grüne Klimafonds“ (Green Climate Fund, GCF) als finanziell tragende Säule des Klimaregimes beschlossen werden konnte. Er soll zu einem umfassenden Finanz- und Technologietransfer von den Industrie- in die Entwicklungsländer beitragen. 100 Mrd. Dollar sollen ab 2020 jährlich zur Verfügung stehen. Ob dafür etwa die Besteuerung des internationalen Schiffs- und Flugverkehrs erfolgen soll, blieb in Durban unbeantwortet. Auch die Frage, ob das „Konto ohne Guthaben“ (Hermann E. Ott) überhaupt jemals aufgefüllt wird, stellt sich mit einigem Recht.

Denn das beachtliche Wachstum in den BRIC-Staaten bringt neue Konkurrenten auf dem Weltmarkt hervor, deren gesteigerte Nachfrage nach fossilen Energieträgern ganz wesentlich zu einem globalen Anstieg an Treibhausgasen beiträgt. So verzeichnet im Jahr 2010 Brasilien gegenüber dem Vorjahr einen Emissionsanstieg von 11,3 Prozent, Indien von 9,1 Prozent und China von 10,4 Prozent (PWC 2011: 6). Doch weder das Kyoto-Protokoll (die Schwellenländer sind von Emissionsreduktionen freigestellt) noch die Finanztransfers vom Norden in den Süden tragen dieser zunehmenden Mitschuld der Schwellenländer am Klimawandel Rechnung. Die Industrieländer, allen voran die USA, fordern deshalb die BRIC-Staaten auf, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Denn den Industrieländern drohen nationale Wettbewerbsnachteile und eine Infragestellung der ökonomischen Machtbasis, wenn sie kostspielige Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, ihre Konkurrenten jedoch davon ausgenommen sind. Für die BRIC-Staaten hingegen wäre es ein erheblicher Wettbewerbsnachteil, wenn sie nicht – ebenso wie die Industrieländer in ihrer Geschichte – in der Phase ihres wirtschaftlichen Aufstiegs auf billige, fossile Energieträger zugreifen könnten.

Aber auch innerhalb der Gruppe der Industrieländer verändert sich die Klima-Geopolitik. Lange Jahre waren die USA mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der internationalen Klimapolitik isoliert. Der neue Elan, den

US-Präsident Obama und die Demokraten nach dem Regierungswechsel 2008/9 auch in die Klimapolitik bringen wollten, kam dort zum Erliegen, bevor er sich entfalten konnte. Neu ist also nicht die Haltung der USA, die sich eher durch Kontinuität in der Blockadepolitik charakterisieren lässt, sondern die Tatsache, dass die USA nicht mehr alleine sind. Im Dezember 2011 gab Kanada seinen Ausstieg aus dem völkerrechtlich verbindlichen Kyoto-Protokoll bekannt und auch Russland und Japan haben angekündigt, aussteigen zu wollen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum in Durban eine neue politische Strategiedebatte unter den Verhandlungsdelegationen und Beobachtern entfacht ist und seither mit einiger Intensität über eine Klimadiplomatie der zwei Geschwindigkeiten nachgedacht wird. Dazu trägt auch bei, dass der bisherige Konsens unter der Staatengemeinschaft nur zu einem anspruchswissen und aus klimawissenschaftlicher Sicht völlig unzureichenden Ergebnis führte. Als Reaktion auf die Zerfallerscheinung der UN-Klimadiplomatie könnte eine ausgewählte Gruppe aus EU und Schwellen- bzw. Entwicklungsländern (wie den Least-Developed-Countries, LDCs und den kleinen Inselstaaten, AOSIS), schon vorher Ernst machen und sich auf anspruchsvolle Klimaschutzmaßnahmen verständigen. Substantielle Ergebnisse wurden aber auch hierüber in Durban nicht erzielt.

## 5 | (Kein) Grund zum Klimaoptimismus

Die Schwäche der internationalen Klimapolitik muss als Kristallisation der vorherrschenden Machtkonstellationen und Kräfteverschiebungen in der internationalen Politik angesehen werden. In der neuen Klima-Geopolitik stehen die nationalen Interessen im Vordergrund, ist die Bereitschaft zu Finanztransfers gering und stoßen internationale Regelwerke an ihre Grenzen. Oder aber die Regelwerke werden zeitlich und von ihrem Maßnahmenkatalog derart ausgestaltet, dass die Normeinhaltung polit-ökonomischen Interessen wie der

nationalen Wettbewerbsfähigkeit, dem Wachstumsparadigma und dem freien Welthandel nicht grundsätzlich entgegen wirkt. Die internationale Klimapolitik vermochte es bisher nicht, Klimaschutz als positiven Wirtschaftsfaktor darzustellen. Ihre Instrumente zielen lediglich darauf ab, die Emissionen durch eine möglichst kreative Buchführung auf dem Papier zu begrenzen. Die Instrumente sind zudem komplex, schwer zu implementieren und führen teilweise zu erheblichen Konflikten. So wird verständlich, warum es zu Deutungsverschiebungen auf dem Konfliktfeld Klima kommt.

1) Klimawandel als globales Umweltproblem zu sehen, ist nicht mehr vorherrschend. Es wird differenzierter argumentiert, wobei nationale und zunehmend subnationale Besonderheiten größere Beachtung finden. Denn sowohl auf der Verursacher- als auch auf der Betroffenen-seite existieren diesbezüglich erhebliche Unterschiede. Als zu grob erscheint die Zuschreibung, dass vor allem die Menschen in den reichen Industrieländern durch die Nutzung fossiler Energieträger zum Treibhauseffekt beitragen und die Menschen in den Entwicklungsländern von Überschwemmungen, Stürmen oder Dürrekatastrophen besonders betroffen sind.

2) Die Frage der Anpassung erfährt einen deutlich höheren Stellenwert. Das Thema stand lange im Schatten der Auseinandersetzung um verbindliche Ziele zur Emissionsreduktion und die Gestaltung der dafür als erforderlich erachteten marktwirtschaftlichen Instrumente. Heute ist Anpassung aus diesem Schatten herausgetreten und wird als breites Konzept genutzt. Dazu gehören alle Maßnahmen, die dazu beitragen, negative Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels so zu reduzieren, dass die gesellschaftlichen Lebensgrundlagen nicht gefährdet sind. Regional angepasste, baulich-infrastrukturelle Maßnahmen wie etwa Staudämme (gegen Trockenheiten), Deiche (gegen Überflutungen), neue Brücken (die sturmsicher sind), Frühwarnsysteme (gegen einen Zunami) oder (bio)technologische Innovationen (etwa zur

Entwicklung dürreresistenter Saatguts) können dann als Anpassungsmaßnahme verstanden werden. Das macht Anpassung in der Strukturpolitik, der Entwicklungszusammenarbeit oder der Energiepolitik so attraktiv.

3) Anpassung und Klimaschutz können problemlos als zentrale Bestandteile einer umfassenden green economy gedeutet werden. Zum Schwerpunkt wird das Konzept einer green economy bei der Rio plus 20-Konferenz 2012. Der Entwurf des Abschlussdokuments nimmt keine Globalperspektive ein wie noch im Nachhaltigkeitsdiskurs bei der UNCED-Konferenz 1992. Stattdessen betont er nationale Vorteile durch eine Transformation in Richtung erneuerbare Energien bei gleichzeitiger Revitalisierung der krisengeschüttelten nationalen Ökonomien (UNCSD 2012). Auf nationalstaatlicher Ebene sollen neue Arbeitsplätze geschaffen, wirtschaftliches Wachstum generiert oder ein neues dynamisches Anlagefeld für Finanzkapital eröffnet werden, wenn nur die Weichen in Richtung einer nachhaltigen Ökonomie gestellt werden. Die Idee, Klimapolitik mit dem Markt zu versöhnen, erscheint so charmant und faszinierend, dass sie breite Resonanz erfährt (UNEP 2011).

Ist also Klimaoptimismus angesagt oder befinden wir uns gar bereits in der great transformation? Es bleibt doch eine gewisse Skepsis, ob die Versöhnung von Ökologie und Wachstum grundsätzlich gelingen kann. Die Verbrauchstrends (fossiler Energien) und Emissionstrends (schädlicher Treibhausgase) sprechen dagegen. Allerdings verlagern sich im klimapolitischen Diskurs die Schauplätze: Die internationale (output-orientierte) Klimapolitik verliert ihre Anziehungskraft. Die Überlegungen zu einer green economy hingegen ziehen staatliche wie privatwirtschaftliche Akteure magisch an. Sie verheißen die ökologisch-nachhaltige Harmonisierung von Wachstum, fossilem Energieverbrauch sowie von Produktions- und Konsumweise.

Doch die Schwäche der internationalen Klimapolitik geht nicht mit einer Schwäche der machtvollen Interessengruppen aus der

Kohle-, Gas- und Erdölindustrie einher (Rest 2011). Ordnungspolitische bzw. vermeintlich wirtschaftsschädigende Maßnahmen sollen auch in der green economy verhindert, Markt-gängigkeit, Effizienz und ökologische Modernisierung dafür gewährleistet werden. Die staatlichen Entscheidungen unterstützten diese Ziele, neue Betätigungsfelder für die Wirtschaft zu eröffnen, müssen doch die Stabilisierungspakte und die Eurorettung und damit die staatlichen Schuldenberge irgendwie finanziert werden. Besondere Zeiten also für die Klimapolitik. Es ist jedoch fraglich, ob sich mit den Deutungsverschiebungen zugleich auch kulturelle, stofflich-materielle und politische Veränderungen einstellen werden, die auf eine CO<sub>2</sub>-Reduktion hinführen. Es sieht derzeit nicht danach aus.

*Achim Brunnengräber*, geboren 1963, ist Privatdozent an der Freien Universität Berlin sowie Vertretungsprofessor an der Technischen Universität Dresden, Lehrstuhl für Internationale Politik und Zentrum für Internationale Studien (ZIS). Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Internationale Politische Ökonomie, Global Governance sowie Umwelt-, Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik. Kontakt: priklima@zedat.fu-berlin.de.

## Anmerkung

<sup>1</sup> Für hilfreiche Kommentare zu diesem Text danke ich Philip Bedall.

## Literatur

*Altwater, Elmar* 2008: Kohlenstoffzyklus und Kapitalkreislauf – eine „Tragödie der Atmosphäre“. In: Altwater, Elmar/Brunnengräber, Achim (Hg.) (2008): Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierete Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg: VSA, 149-168.

*Altwater, Elmar/Brunnengräber, Achim* (Hg.) 2011: After Cancún: Climate Governance or Climate Conflicts. Wiesbaden: VS.

- BMF – Bundesministerium der Finanzen 2010: Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF. Berlin, Januar 2010. [www.bundesfinanzministerium.de/nr\\_4342/DE/Wirtschaft\\_und\\_Verwaltung/Finanz\\_und\\_Wirtschaftspolitik/Wissenschaftlicher\\_Berat/Gutachten\\_und\\_Stellungnahmen/Ausgewaehlte\\_Texte/0903111a3002,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_4342/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Wissenschaftlicher_Berat/Gutachten_und_Stellungnahmen/Ausgewaehlte_Texte/0903111a3002,templateId=raw,property=publicationFile.pdf) [31.1.2012].
- Brunnengraber, Achim/Dietz, Kristina/Hirschl, Bernd/Walk, Heike/Weber, Melanie (2008): Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.) (2011): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- European Commission 2011: Energy Roadmap 2050. COM(2011) 885/2. Brüssel. [ec.europa.eu/energy/energy2020/roadmap/doc/com\\_2011\\_8852\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/energy/energy2020/roadmap/doc/com_2011_8852_en.pdf) [31.1.2012].
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.) (2002): Mythen globalen Umweltmanagements: „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Halfmann, Jost 2012: Die Atmosphäre als Global Common: Wissenschaftliche und politische Adressierung. In: Morisse-Schillbach, Melanie/Halfmann, Jost (Hg.) (2012): Wissen, Wissenschaft und Global Commons. Baden-Baden: Nomos, 133-151.
- Harvey, David 2005: A brief history of neoliberalism. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Keohane, Robert O./Victor, David G. 2011: The Regime Complex for Climate Change. In: Perspectives on Politics, Jg. 9, Heft 1, 7-20.
- Methmann, Chris 2011: NGOs in der staatlichen Klimapolitik. Zwischen diskursiver Intervention und hegemonialer Verstrickung. In: Brunnengraber, Achim (Hg.) (2011): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen und internationalen Politik. Wiesbaden: VS, 107-134.
- Oberthür, Sebastian/Ott, Hermann E. 2000: Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert. Opladen: Leske + Budrich.
- PWC – PricewaterhouseCoopers LLP 2011: Counting the cost of carbon. Low carbon economy index 2011. [www.ukmediacentre.pwc.com/imagelibrary/downloadMedia.aspx?MediaDetailsID=2007](http://www.ukmediacentre.pwc.com/imagelibrary/downloadMedia.aspx?MediaDetailsID=2007) [1.2.2012].
- Rest, Jonas 2011: Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkurrenz und die Verhinderung der Energiewende. Wiesbaden: VS.
- UNCSD – United Nations Conference on Sustainable Development 2012: The future we want. Zero-draft of the outcome document. January 10, 2012. [www.stakeholderforum.org/fileadmin/files/zerodraft110112.pdf](http://www.stakeholderforum.org/fileadmin/files/zerodraft110112.pdf) [6.2.2012].
- UNEP – United Nations Environment Programme 2011: Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, [www.unep.org/green-economy/GreenEconomyReport/tabid/29846/Default.aspx](http://www.unep.org/green-economy/GreenEconomyReport/tabid/29846/Default.aspx) [17.11.2011].
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change 2012: GHG emission profiles for Annex I Parties and major groups. [http://unfccc.int/ghg\\_data/ghg\\_data\\_unfccc/ghg\\_profiles/items/4625.php](http://unfccc.int/ghg_data/ghg_data_unfccc/ghg_profiles/items/4625.php) (Stand: 1.2.2012).
- Ummüßig, Barbara 2011: NGOs in der Klimakrise. Fragmentierungsprozesse, Konfliktlinien und strategische Ansätze. In: Brunnengraber, Achim (Hg.) (2011): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen und internationalen Politik. Wiesbaden: VS, 45-57.
- von Weizsäcker, Ernst Ulrich 2011: Hoffnungsträger Zivilgesellschaft. Aber nicht von Amerika gegängelt. In: Brunnengraber, Achim (Hg.) (2011): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen als Akteure der nationalen, europäischen

und internationalen Politik. Wiesbaden: VS, 11-15.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.

Weber, Melanie 2008: Alltagsbilder des Klimawandels. Zum Klimabewusstsein in Deutschland. Wiesbaden: VS.

WEF – World Economic Forum 2012: Global Risks 2012. Seventh Edition. An Initiative

of the Risk Response Network. Herausgegeben vom World Economic Forum in Zusammenarbeit mit Marsh & McLennan, Schweizer Re, Wharton Center for Risk Management, Universität Pennsylvania, Zurich Financial Services. [www3.weforum.org/docs/WEF\\_GlobalRisks\\_Report\\_2012.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalRisks_Report_2012.pdf) [31.1.2012].

Ziesing, Hans-Joachim 2010: Wirtschaftskrise beschert Rückgang der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Jg. 60, Heft 9, 76-87.

## Strategische Deutungen des Klimawandels

### Frames und ihre Sponsoren

Inga Schlichting/Andreas Schmidt

#### 1 | Einleitung

Klimawandel und Klimapolitik sind mit weitreichenden gesellschaftlichen Fragen verbunden. Sie betreffen unseren Lebensstil, die ökonomische Prosperität oder die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Deshalb hat die Klimawandelproblematik mittlerweile einen festen Platz auf der Agenda vieler Gesellschaftsakteure: Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Greenpeace treten für mehr Klimaschutz ein. Unternehmen und Wirtschaftsverbände sind bemüht, günstige Geschäftsbedingungen aufrechtzuerhalten. Politische Akteure schließlich bilden Allianzen, um bestimmte Klimapolitiken durchzusetzen.

Begleitet werden diese Aktivitäten oft von einer intensive Öffentlichkeitsarbeit, mit der die Akteure versuchen, die gesellschaftliche Sichtweise auf das Thema zu beeinflussen, um so Unterstützung und Legitimität für ihr Engagement zu gewinnen (vgl. Koopmans/Statham 1999: 375). Diese Kommunikationsarbeit kann man als *strategisches Framing* ver-

stehen. Dabei geht es darum, ein Thema interessengeleitet und zielgerichtet auf eine bestimmte Art zu *rahmen* und bestimmte Problemaspekte in den Vordergrund zu zurücken (vgl. Benford/Snow 2000: 624). Ziel des strategischen Framings ist „to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation“ (Entman 1993: 52). Ob ein Frame bei einer Zielgruppe verfängt, hängt vor allem davon ab, ob er an bestehende Deutungsmuster dieser Gruppe anschließt und kompatibel mit ihren Werthaltungen ist (vgl. Nisbet 2009a: 4).

Im Folgenden möchten wir auf der Basis einer Literaturübersicht die zentralen strategischen Frames der klimapolitischen Debatte mit ihren jeweiligen Trägern bzw. „Sponsoren“ (Gamson/Wolfsfeld 1993: 119) herausarbeiten – ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können. Dem Literaturstand folgend konzentrieren wir uns auf westliche Industrieländer, denn für das Framing von Akteuren aus China, Russland oder dem glo-

balen Süden liegen bisher kaum Studien vor. Im abschließenden Fazit diskutieren wir die Resonanz, die die Frames in verschiedenen Ländern und Zeitperioden erhalten haben, und spekulieren über mögliche Gründe für Unterschiede und Veränderungen.

## 2 | Frames über den Klimawandel

Vier zentrale Frames lassen sich seit Ende der 1980er Jahre in der klimapolitischen Debatte unterscheiden (Tabelle 1).

### 2.1 | „Scientific Uncertainty“-Frame

Vertreter der Mineralöl- und Automobilindustrie sowie konservative Politiker und politisch engagierte Wissenschaftler forcierten Anfang und Mitte der 1990er Jahre vor allem in den USA den Frame der „Scientific Uncertainty“ (Oreskes 2007: 78; Nisbet 2009b: 53). Im Zentrum dieses Frames steht der Zweifel, dass CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Einfluss auf den Klimawandel haben. Ein solcher Einfluss lasse sich durch die Forschung nicht hinreichend belegen, weshalb jegliche politische Regulierung industrieller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortungslos sei und die Wirtschaft ungerechtfertigt belasten würde (z.B. McCright/Dunlap 2000; Newell 2000).

Die These, wissenschaftliche Belege für eine anthropogene Erderwärmung seien schwach oder sogar falsch, dominierte die Öffentlichkeitsarbeit industrienaher, konservativer US Think Tanks in den Jahren von 1990 bis 1997. „There is no scientific consensus that global warming is a problem or that humans are its causes (...) Billions of dollars of research funds have still failed to establish that global warming is a significant problem“ (McCright/Dunlap 2000: 511). Die Klimaforschung an sich wird dabei wiederholt als „Junk-Science“, also „Pseudo-Wissenschaft“ verurteilt. So beschuldigen die Akteure etwa das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), Forschungsergebnisse bewusst gefälscht zu haben. Weniger verbreitet, aber dennoch wiederkehrend

ist die Behauptung, der Klimawandel hätte positive Folgen, falls er tatsächlich eintreten sollte. So wären etwa positive Konsequenzen für die Landwirtschaft zu erwarten, für die Gesundheit und die allgemeine Lebensqualität.

Hinter dem „Uncertainty“-Framing stand eine breite Allianz von Lobbying-Gruppen, allen voran die *Global Climate Coalition* (GCC), einem US-Verband, der sich 1989 als „most prominent voice of industry, both in the United States and internationally“ (Levy 2005: 81) gegründet hatte, um die Interessen etwa der Mineralöl- und Automobilindustrie in der Klimadebatte zu vertreten. Auch einige europäische Unternehmen wie BP oder Shell schlossen sich zunächst der GCC an. Zur Verbreitung des „Uncertainty“-Frames unterstützten die GCC und ihre Verbündeten gezielt die Publikationsarbeit von Forschern, deren Studien den anthropogenen Klimawandel in Frage stellten (vgl. Leggett 2001; Gelbspan 1997: 33). Gleichzeitige förderten sie Sachverständige, die als Experten vor Ausschüssen des US Parlaments vorsprachen (McCright/Dunlap 2003). Und auch die Bush-Administration zählte zu den Anhängern dieser Problemdarstellung: „(...) no one can say with any certainty what constitutes a dangerous level of warming, and therefore what level must be avoided“ (White House 2001, zitiert in Fletcher 2009: 804f.). Ähnliche Muster findet Pearce (2007: 142ff.) für die liberale Howard-Administration in Australien (1996-2007).

In Europa waren systematische Zweifel am Klimawandel weniger verbreitet. Jedoch betrieben auch hier vereinzelte Lobbying-Gruppen wie das *European Science and Environment Forum* (ESEF) Öffentlichkeitsarbeit, um Zweifel am Klimawandel zu schüren. Auch sie kritisierten vor allem die führenden Klimaforscher: „The IPCC undermines its scientific integrity by condoning over-simplified summaries of extremely complex studies that can be easily misinterpreted“ (Gelbspan 1997: 60).

Tabelle 1: Zentrale Frames in der Klimadebatte

Frame	Scientific Uncertainty	Global Economics	Ecological Modernization	Climate Justice
Zentrale Botschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ursachen, Folgen und Handlungsoptionen des Klimawandels sind unklar</li> <li>• Eine politische Regulierung wäre deshalb ökonomisch schädlich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klimawandel ist ein globales Problem</li> <li>• für die Lösung sind alle Verursacher verantwortlich</li> <li>• Kyoto-Protokoll ist unfair, da es Industriestaaten gegenüber Entwicklungsländern benachteiligt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kosten des Klimawandels sind höher als Miti-gationskosten</li> <li>• technische Innovationen können den Klimawandel eindämmen</li> <li>• Veränderung schafft Arbeitsplätze und Wettbewerbsvorteile</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klimawandel ist ein paradigmatisches (globales) Gerechtigkeitsproblem</li> <li>• Zeigt sich v.a. in Asymmetrie zwischen Ursachenverantwortung und Betroffenheit</li> </ul>
Ursache	<ul style="list-style-type: none"> <li>• unklar</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Globale Treibhausgasemissionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nutzung fossiler Energieträger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kapitalistisches Wirtschaftssystem</li> </ul>
Lösung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• weitere Forschung nötig</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbeziehung aller Akteure</li> <li>• Reduzierung von Emissionen global, wo am günstigsten</li> <li>• Verhinderung der Regenwaldrodung in Entwicklungsländern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Technische Innovationen, durch Markt regeneriert, insbes. erneuerbare Energien, Atomkraft, Green coal</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Radikale Veränderung der Wirtschaftsweise, der politischen Strukturen und des Lebensstils notwendig</li> </ul>
Sponsoren	<ul style="list-style-type: none"> <li>• US Mineralöl- und Automobilindustrie</li> <li>• Konservative US Politiker</li> <li>• Politikhane Wissenschaftler</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Politische Akteure etwa in Norwegen, Australien, weitere</li> <li>• Wirtschaftliche Akteure aus der fossilen Energieindustrie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umweltorganisationen wie Greenpeace und WWF in Bezug auf bestimmte technologische Lösungen</li> <li>• Politische Akteure AUS, GB, EU</li> <li>• Industrieakteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umwelt- und Entwicklungsorganisationen</li> <li>• Globalisierungskritische Organisationen</li> </ul>

Heute spielt dieser Frame eine untergeordnete Rolle, hat aber weiterhin Bestand (Rahmstorf/Schellnhuber 2006: 85). Neuen Auftrieb bekam der „Uncertainty“-Frame mit der sogenannten „Climategate“-Affäre“. Aktivisten veröffentlichten kurz vor der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 anonym die E-mailkorrespondenz von Klimaforschern der University of East Anglia in Großbritannien, in der sich die Wissenschaftler u.a. über Methoden der Datenauswertung austauschten. Aussagen zu „tricks“ bei der Datenanalyse wurden in der Folge von klimaskeptischen Bloggern als Belege angeführt, der Klimawandel sei ein Betrug bzw. Produkt einer Verschwörung (Nerlich 2010: 422; Krauss in diesem Heft).

## 2.2 | „Global Economic“-Frame

Mit der Aufnahme der Kyoto-Verhandlungen verschob sich die Argumentation von Regulierungsgegnern auf die Betrachtung des Klimawandels als einem Problem, das nicht nur von Industriestaaten, sondern unter Beteiligung aller Akteure gelöst werden müsse. Den Klimawandel erkennen die Verfechter dieses Frames, den wir hier „Global Economics“ nennen, in der Regel als Problem an, jedoch betonen sie seinen allumfassenden Charakter: Praktisch jeder trage (gleichermaßen) Verantwortung, weswegen eine Lösung nur durch die Kooperation einer Vielzahl von Akteuren erreicht werden könne. Dies betreffe einerseits die nationale Politik, wo es auf eine freiwillige Beteiligung von Industrie, aber auch von Privathaushalten und Kommunen ankomme (vgl. Carvalho 2005: 15). Andererseits ginge das Thema auch alle Akteure der internationalen Ebene gleichermaßen an. Was zähle, seien die *globalen* Emissionen und nicht die der einzelnen Länder (vgl. Hovden/Lindseth 2004: 69).

Finn Kristensen, Anfang der 1990er Jahre norwegischer Energieminister, etwa betonte: „We cannot be occupied with national book-keeping to a degree that we do not do our

utmost to achieve the best possible international effect“ (Hovden/Lindseth 2004: 69). Ähnlich argumentiert mit Blick auf das Kyoto-Protokoll auch das australische Umweltministerium: „(Even) if Australia was to close down completely – turning off every school, hospital, car, truck – a rapidly expanding China would replicate those greenhouse gas savings in just 11 months“ (Stevenson 2008: 11).

Aus dieser Problemsicht folgerten Regierungen wie die australische unter Howard oder die britische unter Thatcher, jeder, der zu dem Problem beitrage, müsse sich auch an seiner Lösung beteiligen – auch Entwicklungsländer: „No one can opt out“ (Thatcher zitiert in Carvalho 2005: 6). Internationale Abkommen, die nicht alle großen Volkswirtschaften einbeziehen, oder unilaterale Maßnahmen lehnen die Verfechter dieses Frames ab – sie würden nur zu einer Verlagerung von Emissionen führen.

Diese Sichtweise betonen auch Vertreter der Industrie: Chrysler-Chef Eaton etwa gab 1997 in einem Zeitungsinterview für die *Washington Post* zu bedenken: „We’re moving toward a solution involving a massive transfer of American wealth that won’t do a thing to keep the polar ice caps from melting, but would severely undermine this country’s international competitiveness“ (Levy 2005: 83).

Anstelle staatlicher Regulierung oder internationaler Abkommen wie dem Kyoto-Protokoll fordern die Verfechter des „Global Economics“-Frames effiziente, marktbasierende Klimaschutzmaßnahmen. Besonders praktikabel seien freiwillige Reduktionsziele der Industrie sowie internationale Projekte des Technologietransfers oder des Regenwaldschutzes (vgl. Hovden/Lindseth 2004: 66; Stevenson 2008: 11). Solche internationalen Projekte seien „practical, immediate measures“, mit denen Industrieländer ihrer Verantwortung gerecht würden und sich gleichzeitig ein „dramatic damage“ von der heimischen Wirtschaft abwenden ließe, so Howard (Kurz et al. 2010: 611). Zudem wird unter dem Dach des „Global Economics“-Frames

argumentiert, Projekte, die nationale Emissionen steigern, könnten international gesehen dem Klima nützen. Vertreter aus Norwegen sind etwa überzeugt: „since Norwegian petroleum products are internationally relatively clean, Norwegian oil and gas production is good climate policy internationally“ (Hovden/Lindseth 2004: 74).

Der „Global Economics“-Frame findet sich in erster Linie bei politischen und wirtschaftlichen Akteuren aus Industrieländern, zum Teil schon seit Ende der 1980er Jahre. Gerade in Ländern mit starker fossiler Brennstoffwirtschaft wie Australien und Norwegen scheint der Frame von Bedeutung zu sein (vgl. Bulkeley 2000: 740; Lindseth 2006). Auf internationaler Ebene wiederum hat sich in den letzten Jahren bei einem zentralen Prinzip der Klimarahmenkonvention, nämlich der „common but differentiated responsibility“, die Betonung verschoben und dem „Global Economics“-Frame angenähert: Statt der differenzierten steht jetzt die gemeinsame Verantwortung der Industrie- und Entwicklungsländer im Vordergrund. Viele Industrieländer machen entsprechend eigene Verpflichtungen von gleichwertigen Zugeständnissen anderer Staaten, auch solchen des Südens, abhängig (vgl. Gupta 2010: 649). Zudem können Industriestaaten seit der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls mit dem *clean development mechanism* und weiteren *flexible instruments* ihren Verpflichtungen durch grüne Projekte in Entwicklungsländern gerecht werden (vgl. Pattberg 2010: 280). Schließlich steht die von den USA, Australien, Korea, China und Indien 2005 gegründete *Asia-Pacific Partnership on Clean Development and Climate* unter der Leitidee des „Global Economics“-Frames. Ziel der Initiative ist es „to develop, demonstrate and implement cleaner and lower emission technologies that allow for the continued economic use of fossil fuels while addressing air pollution and greenhouse gas emissions“ (Stevenson 2008: 12). Insofern scheint die strategische Einflussnahme mittels dieser Problemdeutung durchaus Resonanz zu zeigen.

### 2.3 | „Ecological Modernization“-Frame

Abkommen zur Reduktion von Treibhausgasen versprechen für bestimmte Wirtschaftsbranchen auch Wachstum. Die Regulierungsdebatte hat aus diesem Grund auch den Grundstein für eine neue Auffassung des Klimawandels als Chance für eine „Ecological Modernization“ der Wirtschaft gelegt. Dieser Frame fußt auf ökonomischen Analysen wie denen von Nicholas Stern (2007), die die Auswirkungen des Klimawandels für die Gesellschaft monetarisieren und den deutlich geringeren Kosten von Klimapolitik gegenüberstellen. Vor diesem Hintergrund wird technologischer Fortschritt als Schlüssel zur Eindämmung des Klimawandels dargestellt – gleichzeitig schaffe dieser aber auch Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze. Der Frame ist damit ökonomisch und auch sozial anschlussfähig, weshalb er sowohl unter politischen als auch industriellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Anhänger gefunden hat.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher war eine der ersten, die den Klimawandel aus dieser Perspektive thematisierte. Bereits 1988 warnte sie, die Menschheit hätte „unwittingly begun a massive experiment with the system of the planet itself“ und die Risiken dieses Experiments ließen sich nur durch CO<sub>2</sub>-arme Technologien abwenden (Carvalho 2005: 4f). Carvalho interpretiert die Initiative als einen Versuch Thatchers, sich gegen die politische Konkurrenz der Liberalen zu wappnen. Zudem sei sie auch mit Blick auf Thatchers energiepolitischen Ziele zum Ausbau der nationalen Atomkraft opportun gewesen. Ähnlich deuten Weingart und Kollegen (2002: 49ff) die Warnung des Arbeitskreises Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft 1986 vor der „drohenden Klimakatastrophe“ als Versuch, den Ausbau der deutschen Kernenergie voranzutreiben.

Seine größte Verbreitung fand der „Ecological Modernization“-Frame jedoch mit dem Kyoto-Protokoll 1997. Tony Blair etwa, der mit der Labor Partei 1997 das Amt des Britischen



Premierministers übernahm, griff den Klimawandel als Wirtschaftsmotor für Großbritannien auf und verkündete im selben Jahr in dem Artikel „Facing up to a climate of change“, den er für *The Times* verfasste: „There is money to be made and there are jobs to be created“ (Carvalho 2005: 14f). Die Auffassung vom kapitalistischen Markt als Instrument zur Reduktion von Treibhausgasen spielte dabei eine zentrale Rolle. Und so führte Großbritannien 2002 auch als erstes Land ein nationales Emissionshandelssystem ein (vgl. Schreurs/Tiberghien 2007: 35).

Die europäische Industrie eignete sich ebenfalls früh den „Modernization“-Frame an. Sie versuchte sich als Anführer und aktiver

Gestalter dieses Prozesses zu positionieren (Kolk/Levy 2001; Sullivan et al. 2008). Für Industrien, die wegen ihrer Klimaschädlichkeit unter öffentlichen Druck geraten waren, stellte der Frame zudem eine Möglichkeit dar, gesellschaftliche Legitimation zurückzugewinnen, indem sie die Übernahme von Verantwortung sowie das aktive Herausführen aus der Gefahrensituation in den Fokus rückten. So verkündete Browne als neuer Chef von *BP* 1997 erstmals „we are thinking of corporate responsibility“ (Le Menestrel/de Bettignies 2002: 258). *Shell* Vorstand Watts betonte, die Mineralölindustrie habe „the privilege of being part of the solution“ (Skjaereth/Skodvin 2001: 49).

Mitte der 2000er Jahre gewinnt der Modernization-Tenor schließlich auch in den USA an Bedeutung, der heute weltweit die Industriekommunikation dominiert (vgl. z.B. Sullivan et al. 2008; Ihlen 2009; Smerecnik/Rene-gar 2010). Den Prozess der ökologischen Erneuerung porträtieren die Unternehmen dabei als Chance: „Increasingly, climate change is framed as an opportunity rather than a burden“ (Jones/Levy 2007: 428), wobei diese zumeist interpretiert wird als „first mover advantage (...) earning profits because of a corporate pioneering role that (...) sets the company apart from its competitors“ (Ihlen 2009: 256).

Auch einige christliche, gewerkschaftliche und Umweltorganisationen bedienen den „Ecological Modernization“-Frame: *Greenpeace* etwa ruft zu einer Energierevolution auf, *WWF* möchte einen verantwortlichen Kapitalismus entwickeln und die kanadische Energie- und Papiergewerkschaft fordert eine sozial verträgliche Transformation von fossiler auf regenerative Energiegewinnung (vgl. Doyle 2009: 112; Daub 2010: 124). Dabei werden in erster Linie politische Akteure adressiert, die die Forderungen durch politische Intervention umsetzen sollen.

Tatsächlich fasst die politische Führung vieler Industrienationen den Klimawandel heute als Chance für Erneuerung und Wachstum auf: 2005 etwa stellt in den USA der demokratische Abgeordnete Insee den *New Apollo Energy Project Act* zur Einführung eines Emissionshandelsystems und zur Förderung emissionsarmer Kohlekraftwerke vor „to address jobs, national security and climate change“ (Fletcher 2009: 809). Barack Obama schließlich rückt die *Green Economy* in den Fokus seines Präsidentschaftswahlkampfes 2008 (Waugh 2011: 83f).

#### 2.4 | „Climate Justice“-Frame

Eine Gruppe von Akteuren aus den Reihen von Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechts- und globalisierungskritischen Organisationen

erörtert den Klimawandel primär aus der Gerechtigkeitsperspektive. Den ökonomisch orientierten Frames setzen sie moralische Argumente entgegen.

Dieses „Climate Justice“-Framing fokussiert auf klimawandel- und klimapolitikbezogene Verteilungsfragen und bewertet diese normativ. Ausgangspunkt ist die Charakterisierung des Klimasystems als ein globales, natürliches Allmendegut, das alle Menschen als „Senke“ für Treibhausgasemissionen nutzen. Die Verfechter dieses Frames begründen damit einen kooperativen Rahmen, der – so die (meist implizite) Argumentation – Gerechtigkeit als Verteilungsmaßstab relevant macht (vgl. Dolšák 2009: 554; Shue 1992). Gerechtigkeit wird dabei oft als Gleichheit verstanden: „the atmosphere is a common resource to which (...) no individual person has a stronger claim than any other“ (Kammaing 2008: 675).

Eine Reihe von Aspekten des Klimawandels gelten vor diesem Hintergrund als ungerecht. Im Zentrum steht das Auseinanderfallen von Ursachenverantwortung für und Betroffenheit vom Klimawandel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern einerseits und zwischen den Generationen andererseits (vgl. Pettit 2004: 102; Walker 2009: 370ff). Zudem wenden sie den Begriff auf weitere Zusammenhänge an, z.B. auf ethnische Diskriminierungen in Bezug auf ökologische Risiken durch Industrieanlagen oder die ungleiche Verletzbarkeit der Geschlechter (vgl. Dawson 2010: 327; Schalatek 2011: 148ff). Aber auch die bestehende Klimapolitik greifen die Akteure als ungerecht an. *Rising Tide*, ein NGO-Netzwerk für Klimagerechtigkeit, etwa kritisierte im Jahr 2000 das Kyoto-Protokoll als „promot(ing) the self-interest of corporations and industrialized nations and marginalis(ing) issues of global equity and the environment“ (Roberts/Parks 2009: 394). Das Netzwerk *Never Trust a COP* bemängelte während des Klimagipfels in Kopenhagen 2009, „that the market-based solutions

proposed (...) rest upon the very same capitalist logic that caused the problems in the first place“ (Askanius/Uldam 2012: 2). Manche Organisationen schließlich kritisieren die Verfahren der Klimapolitik z.B. hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten von Akteuren aus Entwicklungsländern als unfair (vgl. Okereke 2010: 465; Schalatek 2011: 151f).

Vielfach diskutieren die Kritiker diese Ungerechtigkeiten in einem größeren Zusammenhang von Ungleichgewichten zwischen dem globalen Norden und Süden sowie allgemein zwischen privilegierten und benachteiligten sozialen Gruppen (vgl. Pettit 2004: 104; Okereke 2010: 466). Die Ursachen dafür lägen primär in der kapitalistischen Verwertungslogik und vermachteten Gesellschaftsstrukturen: „Climate change is the symptom, Capitalism is the crisis“ (Askanius/Uldam 2012: 2). Hierfür machen sie insbesondere internationale Institutionen wie die Weltbank verantwortlich, aber auch große Konzerne und westliche Regierungen stehen in der Kritik. Die Kampagne *Greenhouse Gangsters vs. Climate Justice* der US-amerikanischen NGO *CorpWatch* etwa adressierte 1999 die Ölindustrie als „one of the major culprits behind global warming“ (Dawson 2010: 327).

Folglich lehnen die Akteure rein technologische Lösungen als ein „greenwashing“ des neoliberalen Weltwirtschaftssystems ab (Askanius/Uldam 2012: 30f). Nötig seien vielmehr grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsweise, des Lebensstils und sozialer Organisationsstrukturen, inklusive demokratischer Kontrolle über die (Energie-) Industrie (vgl. Dawson 2010: 328; Schlembach 2011). Konkreter sind die Forderungen hinsichtlich spezifischer Verteilungsfragen: Für die zukünftige Aufteilung von Emissionsrechten fordern die Aktivisten Gleichheit und die Anerkennung der ökologischen Grenzen, womit sowohl der intra- als auch der intergenerationellen Gerechtigkeit Genüge getan würde. Der australische Zweig von *Friends of the Earth* beispielsweise tritt für das Kon-

zept des *environmental space* ein „which can be defined as the amount of (...) resources that each person can use without causing irreversible damage to the Earth“ (Star 2005: 7f). Die Kosten für klimawandelbedingte Schäden und notwendige Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern wiederum sollten mit Blick auf die „ecological debt“ der Industrieländer von diesen übernommen werden – dies fordert u.a. der Zusammenschluss von Entwicklungsländern *G77 + China* (Roberts/Parks 2009: 393).

Hinter diesem Frame steht die sogenannte Klimagerechtigkeitsbewegung, die sich aus kleineren, basisnahen und gegenüber der Politik oppositionell bis konfrontativ auftretenden Umwelt- und globalisierungskritischen Gruppen zusammensetzt. Vor allem auf internationaler Ebene hat ihre Bedeutung gegenüber anderen Strömungen der zivilgesellschaftlichen Klimabewegung offenbar zugenommen (vgl. Pettit 2004: 105; Rest 2011). Neben dieser Bewegung folgen auch politische Akteure aus Entwicklungs- und Schwellenländern diesem Interpretationsschema (vgl. Kasa et al. 2008: 115f.). Und schließlich tragen eine Reihe von *think tanks* und wissenschaftlichen Einrichtungen mit der Entwicklung von Konzepten wie dem *environmental space*, der *ecological citizenship* oder der *greenhouse development rights* zur Verbreitung des Gerechtigkeitsframes bei (vgl. Roberts/Parks 2009: 394, 398).

Jedoch haben die Lösungsvorschläge der Klimagerechtigkeitsbewegung bisher kaum Eingang in die offizielle politische Debatte gefunden – wenn auch das generelle Anliegen nach Gerechtigkeit von einiger Bedeutung ist und sich z.B. in verschiedenen Vertragstexten der internationalen Klimapolitik niedergeschlagen hat (vgl. Ringius et al. 2002: 11f; Moellendorf 2009: 248ff).

### 3 | Fazit

Wir haben vier zentrale Frames herausgearbeitet, die Akteure aus verschiedenen Gesell-

schaftsbereichen und Länder zur Vertretung ihrer klimapolitischen Interessen nutzen. Die Resonanz und Legitimität der verschiedenen Frames hat sich in dem von uns betrachteten Zeitraum ab Ende der 1980er Jahre deutlich verschoben und variiert zudem zwischen verschiedenen Ländern. Die Stärke der Deutungs-koalition und die kulturelle Anschlussfähigkeit scheinen dabei eine zentrale Rolle zu spielen:

Um den „Uncertainty“ Frame zu verbreiten, setzte die US-Industrie stark auf Verbindungen zu Wissenschaftlern, die Zweifel am Klimawandel mit ihren Studien untermauerten. Dieser Frame fand zunächst unter Politikern und in der allgemeinen Bevölkerung einigen Anklang – vermutlich auch, weil das Deutungsmuster der wissenschaftlichen Unsicherheit bereits für andere Themen etabliert und bekannt war. Mit zunehmendem wissenschaftlichem Konsens verlor der Frame jedoch an

Glaubwürdigkeit (vgl. Weingart et al. 2000: 268; Levy 2005: 91).

Wirtschaftsnahe Kräfte verlagerten ihre Kommunikation deshalb mit den Kyoto-Verhandlungen auf den „Global Economics“-Frame, dem sich auch eine Reihe politischer Akteure der westlichen Welt angeschlossen haben. Dieser Deutungs-koalition aus Privatwirtschaft und Politik ist es scheinbar am meisten gelungen, gesellschaftliche Legitimation für ihre Positionen zu erreichen. Ein wichtiger Grund hierfür ist sicherlich, dass der Frame an zentrale Werte westlicher Gesellschaften anknüpft – allen voran Individualismus, der gerade in den USA groß geschrieben wird (vgl. Waugh 2011: 89ff).

Der „Ecological Modernization“-Frame schließt ebenfalls an diese Werte an, findet aber seit den 2000er Jahren vor allem in Europa Unterstützung – möglicherweise weil in



diesem Zusammenhang auch staatliche Regulierung ein Rolle spielt, die in korporatistischen und sozialdemokratischen Systemen stärker akzeptiert wird als etwa in den USA (Esping-Andersen 2003). Neben Privatwirtschaft und Politik umfasst die breite Koalition hinter dem „Ecological Modernization“-Frame auch wissenschaftliche Akteure und Teile der Umweltbewegung – die in einigen Ländern Europas deutlich stärker als in den USA und durch grüne Parteien auch direkt im politischen System vertreten ist (Rucht 1999).

Der „Climate Justice“-Frame schließlich wird von der schwächsten Koalition getragen; sie besteht in erster Linie aus peripheren politischen Kräften wie kleineren NGOs und politischen Akteuren aus Entwicklungsländern. Aufgrund seiner radikalen Problemdiagnose und Lösungsvorschläge scheint er im *mainstream* der westlichen Welt weniger anschlussfähig zu sein. Möglicherweise ändert sich dies jedoch im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise: Kapitalismus- und globalisierungskritische Bewegungen gewinnen derzeit offenbar Unterstützer und erhalten für ihre Positionen weit über die üblichen Kreise hinaus Legitimität. So könnte auch der „Climate Justice“-Frame zukünftig größeren Widerhall finden.

*Inga Schlichting* arbeitet als Kommunikationswissenschaftlerin am KlimaCampus der Universität Hamburg. Kontakt: inga.schlichting@zmaw.de.

*Andreas Schmidt* arbeitet als Soziologe am KlimaCampus der Universität Hamburg. Kontakt: andreas.schmidt@zmaw.de.

## Literatur

*Askanius, Tina/Uldam, Julie* 2012: Political identity and radical politics: mediating COP15 activism on YouTube. In: Cammaerts, Bart, Patrick McCurdy & Alice Mattoni (Hrsg.): *Mediation and Protest Movements*. Bristol & Wilmington: Intellect Books.

*Benford, Robert D./Snow, David A.* 2000: Framing Processes and Social Movements. In: *Annual Review of Sociology*, Jg. 26, 611-639.

*Bulkeley, Harriet* 2000: Discourse coalitions and the Australian climate change policy network. In: *Environment and Planning C: Government and Policy*, Jg. 18, Heft 6, 727-748.

*Carvalho, Anabela* 2005: Representing the Politics of the Greenhouse Effect. In: *Critical Discourse Studies*, Jg. 2, Heft 1, 1-29.

*Daub, Shannon J.* 2010: Negotiating Sustainability: Climate Change Framing in the Communications, Energy and Paperworkers Union. In: *Symbolic Interaction*, Jg. 33, Heft 1, 115-140.

*Dawson, Ashley* 2010: Climate Justice: The Emerging Movement against Green Capitalism. In: *South Atlantic Quarterly*, Jg. 109, Heft 2, 313-338.

*Dolšák, Nives* 2009: Climate Change Policy Implementation: A Cross-Sectional Analysis. In: *Review of Policy Research*, Jg. 26, Heft 5, 551-570.

*Doyle, Julie* 2009: Climate Action and Environmental Activism. In: Boyce, Tammy & Justin Lewis (Hrsg.): *Climate Change and the Media*. New York: Lang, 103-116.

*Entman, Robert M.* 1993: Framing. Towards Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication*, Jg. 43, Heft 4, 51-58.

*Esping-Andersen, Gosta* 2003: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.

*Fletcher, Amy L.* 2009: Clearing the Air: The Contribution of Frame Analysis to Understanding Climate Policy in the United States. In: *Environmental Politics*, Jg. 18, Heft 5, 800-816.

*Gamson, William A./Modigliani, Andre* 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 95, Heft 1, 1-37.

*Gamson, William A./Wolfsfeld, Gadi* 1993: *Movements and Media as Interacting*

Systems. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Jg. 528, 114-125.

*Gelbspan, Ross* 1997: *The Heat Is On*. New York: Basic Books.

*Gupta, Joyeeta* 2010: A History of International Climate Change Policy. In: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, Jg. 1, Heft 5, 636-653.

*Hovden, Eivind/Lindseth, Gard* 2004: Discourses in Norwegian Climate Policy: National Action or Thinking Globally? In: *Political Studies*, Jg. 52, Heft 1, 63-81.

*Ihlen, Øyvind* 2009a: Business and Climate Change. In: *Environmental Communication: A Journal of Nature and Culture*, Jg. 3, Heft 2, 244-262.

*Jones, Charles A./Levy, David L.* 2007: North American Business Strategies Towards Climate Change. In: *European Management Journal*, Jg. 26, Heft 6, 428-440.

*Kamminga, Menno R.* 2008: The Ethics of Climate Politics: Four Modes of Moral Discourse. In: *Environmental Politics*, Jg. 17, Heft 4, 673-692.

*Kasa, Sjur/Gullberg, Anne/Heggelund, Gørild* 2008: The Group of 77 in the International Climate Negotiations. In: *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics*, Jg. 8, Heft 2, 113-127.

*Kolk, Ans/Levy, David* 2001: Winds of Change: Corporate Strategy, Climate Change and Oil Multinationals. In: *European Management Journal*, Jg. 19, Heft 5, 501-509.

*Koopmans, Ruud/Statham, Paul* 1999: Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. In: *Mobilization: An International Quarterly*, Jg. 4, Heft 2, 203-221.

*Kurz, Tim/Augoustinos, Martha/Crabb, Shona* 2010: Contesting the ‚national interest‘ and maintaining ‚our lifestyle‘: A discursive analysis of political rhetoric around climate change. In: *British Journal of Social Psychology*, Jg. 49, Heft 3, 601-625.

*Le Menestrel, Marc/Bettignies, Henri-Claude de* 2002: Processes and Consequences

in Business Ethical Dilemmas: The Oil Industry and Climate Change. In: *Journal of Business Ethics*, Jg. 41, Heft 3, 251-266.

*Leggett, Jeremy* 2001: *The Carbon War*. New York.

*Levy, David L.* 2005: Business and the Evolution of the Climate Regime. In: Levy, David L. & Peter J. Newell (Hrsg.): *The Business of Global Environmental Governance*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press, 73-104.

*Lindseth, Gard* 2006: Scalar Strategies in Climate-Change Politics: Debating the Environmental Consequences of a Natural Gas Project. In: *Environment and Planning C: Government and Policy*, Jg. 24, Heft 5, 739-754.

*McCright, Aaron M./Dunlap, Riley E.* 2000: Challenging Global Warming as a Social Problem: An Analysis of the Conservative Movement's Counter-Claims. In: *Social Problems*, Jg. 47, Heft 4, 499-522.

*McCright, Aaron M./Dunlap, Riley E.* 2003: Defeating Kyoto: The Conservative Movement's Impact on U.S. Climate Change Policy. In: *Social Problems*, Jg. 50, Heft 3, 348-373.

*Moellendorf, Darrel* 2009: Treaty Norms and Climate Change Mitigation. In: *Ethics & International Affairs*, Jg. 23, Heft 3, 247-265.

*Nerlich, Brigitte* 2010: ‚Climategate‘: Paradoxical Metaphors and Political Paralysis. In: *Environmental Values*, Jg. 19, Heft 4, 419-442.

*Newell, Peter* 2000: *Climate for Change*. Cambridge: Cambridge University Press.

*Nisbet, Matthew C.* 2009a: Communicating Climate Change: Why Frames Matter for Public Engagement. In: *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, Heft März-April.

*Nisbet, Matthew C.* 2009b: Knowledge Into Action. In: D'Angelo, Paul & J.A. Kuypers (Hrsg.): *Doing news framing analysis: Empirical and theoretical perspectives*. New York: Routledge, 43-83.

- Okereke, Chukwumerije* 2010: Climate Justice and the International Regime. In: Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change, Jg. 1, Heft 3, 462-474.
- Oreskes, Naomi* 2007: The Scientific Consensus on Climate Change. In: DiMento, Joseph F. & Pamela M. Doughman (Hrsg.): Climate Change. What It Means for Us, Our Children, and Our Grandchildren. Cambridge, Massachusetts: MIT PRESS, 65-98.
- Patberg, Philipp* 2010: Public-Private Partnerships in Global Climate Governance. In: Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change, Jg. 1, Heft 2, 279-287.
- Pearse, Guy* 2007: High and Dry: Penguin.
- Pettit, Jethro* 2004: Climate Justice: A New Social Movement for Atmospheric Rights. In: Ids Bulletin-Institute of Development Studies, Jg. 35, Heft 3, 102-106.
- Rahmstorf, Stefan/Schellnhuber, Hans J.* 2006: Der Klimawandel - Diagnose, Prognose, Therapie. München: C.H. Beck.
- Rest, Jonas* 2011: Von der NGOisierung zur bewegten Mobilisierung. In: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 85-105.
- Ringius, Lasse/Torvanger, Asbjørn/Underdal, Arild* 2002: Burden Sharing and Fairness Principles in International Climate Policy. In: International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics, Jg. 2, Heft 1, 1-22.
- Roberts, J. T./Parks, Bradley C.* 2009: Ecologically Unequal Exchange, Ecological Debt, and Climate Justice. In: International Journal of Comparative Sociology, Jg. 50, Heft 3-4, 385-409.
- Rucht, Dieter* 1999: The Impact of National Contexts on Social Movement Structures. In: McAdam, Douglas (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Cambridge: Cambridge University Press, 185-204.
- Schalatek, Liana* 2011: Zwischen Geschlechterblindheit und Gender Justice. In: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 135-161.
- Schlembach, Raphael* 2011: How Do Radical Climate Movements Negotiate their Environmental and their Social Agendas? In: Critical Social Policy, Jg. 31, Heft 2, 194-215.
- Schreurs, Miranda A./Tiberghien, Yves* 2007: Multi-Level Reinforcement: Explaining European Union Leadership in Climate Change Mitigation. Global Environmental Politics. In: Global Environmental Politics, Jg. 7, Heft 4, 19-46.
- Shue, Henry* 1992: The Unavoidability of Justice. In: Hurrell, Andrew & Benedict Kingsbury (Hrsg.): The International Politics of the Environment. Oxford: Clarendon Press, 373-397.
- Skjaereth, Jon B./Skodvin, Tora* 2001: Climate Change and the Oil Industry. Common Problems, Different Strategies. In: Global Environmental Politics, Jg. 1, Heft 4, 43-64.
- Smerecnik, Karl/Renegar, Valerie* 2010: Capitalistic Agency. In: Environmental Communication: A Journal of Nature and Culture, Jg. 4, Heft 2, 152-171.
- Star, Cassandra* 2005: Notions of Ecological Citizenship in Climate Justice Campaigns. Ecopolitics XVI: Transforming Environmental Governance for the 21st Century. Brisbane. 4-6.7.2005.
- Stern, Nicholas* 2007: The Economics of Climate Change. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stevenson, Hayley* 2008: Creating a Climate of Convenience: Australia's Response to Global Climate Change (1996-2007). In: Energy & Environment, Jg. 19, Heft 1, 3-20.
- Sullivan, Roy/Crossley, Rachel/Kozak, Jennifer* 2008: Corporate Greenhouse Gas Emissions Management. In: Sullivan, Roy (Hrsg.): Corporate Response to Climate Change. Sheffield: Greenleaf, 9-25.
- Walker, Gordon* 2009: Globalizing Environmental Justice. In: Global Social Policy, Jg. 9, Heft 3, 355-382.

*Waugh, Charles* 2011: The Politics and Culture of Climate Change. In: Stewart, Mart A. & Peter A. Coclanis (Hrsg.): Environmental Change and Agricultural Sustainability in the Mekong Delta: Springer Netherlands, 83-99.

*Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra* 2000: Risks of Communication:

Discourses on Climate Change in Science, Politics, and the Mass Media. In: Public Understanding of Science, Jg. 9, Heft 3, 261-283.

*Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra* 2002: Von der Hypothese zur Katastrophe. Opladen: Leske + Budrich.

## „Ein Problem und eine Lösung auf die Agenda setzen“

### Interview mit Michael Hopf, Greenpeace

**FJNSB:** Wie wichtig ist Greenpeace das Thema Klimawandel?

**Michael Hopf:** Für Greenpeace ist es das wichtigste Thema. Die Organisation fokussiert ihre Kampagnen meistens auf die Ursachen für Klimawandel: Energie, Verkehr, Urwaldzerstörung. Nur mit Veränderungen in diesen Bereichen kann man das Klima schützen. Gleichzeitig verfolgt Greenpeace auch die internationale und nationale Klimapolitik. Zudem beschäftigen wir uns mit den Auswirkungen des Klimawandels, beispielsweise auf die Arktis.

**FJNSB:** Was sind Ihre Hauptbotschaften und wichtigsten Adressaten zu diesem Thema?

**Michael Hopf:** Die Botschaften und Adressaten hängen immer von den aktuellen Themen und ihrer Dynamik ab. Generell sind es immer diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass es bei der Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, bei der Energiewende oder in der Energie- und Klimapolitik nicht vorangeht. Auch andere Akteure aus den betroffenen Branchen sind Adressaten, im Grunde alle Akteure des jeweiligen Politikfeldes. Einer NGO wie unserer, die auf Information und Aufklärung setzt, ist es zudem wichtig, dass viele Menschen das Engagement mitbekommen. Sie sollten wahrnehmen, dass Greenpeace ein Problem und eine Lösung auf die Agenda setzen will, und diese

Absicht möglichst teilen und unterstützen. Dafür sind auch die Medien als Adressaten wichtig. Wenn diese mit ihren professionellen Filtern die Relevanz eines Themas bestätigen, indem sie es aufgreifen, ist das ein wichtiges Signal. Für viele Bezugsgruppen sind allerdings die Mechanismen und Filter des social web inzwischen wichtiger geworden.

**FJNSB:** Welche Instrumente der Kommunikation setzen Sie dabei ein?

**Michael Hopf:** Greenpeace setzt alle Instrumente der Kommunikation ein, jeweils in der passenden Kombination. Eine einzelne Kampagne vermittelt daher keinen vollständigen Eindruck. Wir haben in den vergangenen Monaten unter anderem aufgedeckt, dass Autohersteller versuchen, die Einführung niedrigerer CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Autos in der EU zu verhindern. VW sticht dabei als größter europäischer Autobauer besonders hervor, stellt sich zugleich aber als umweltfreundlich dar. Greenpeace hat dies in einer Kampagne mit verschiedenen Mitteln angeprangert. In einem Report wurden die Beweise für das wahre Gesicht von VW mit den üblichen Mitteln der Pressearbeit veröffentlicht. Gleichzeitig startete eine Internet-Kampagne, die das Star Wars-Motiv eines erfolgreichen VW-Spots aufgreift und weiterdreht: Greenpeace produzierte einen Viralspot,

der im Internet erfolgreich lief und bis jetzt 460.000 Mitmacher veranlasste, sich auf unserer Homepage zu engagieren ([www.vwdarkside.com/de](http://www.vwdarkside.com/de)). In manchen EU-Ländern plakatierten Aktivisten Motive aus dem Viralspot, andere traten öffentlich mit Star Wars-Kostümen auf, besuchten VW-Filialen und produzierten davon weitere Filme und Fotos für das Internet. Die Verzahnung von offline- und online-Protest ist Greenpeace sehr wichtig. Inzwischen gab es Aktionen am VW-Werk in Wolfsburg. Viele ehrenamtliche Gruppen informieren an Ständen über die Kampagne.

Im Juli gingen Greenpeace-Aktivisten gegen die geplante Ausbeutung der Ölreserven in der Arktis vor. Sie kletterten auf eine Plattform und verlangten, den Notfallplan einzusehen. Die Kommunikation zur Aktion betonte auch die Gefahren für das Klima durch die weitere Ausbeutung von Öl. Zudem wurde erklärt, dass der weiterhin hohe Verbrauch von Fahrzeugflotten wie der von VW den Bedarf nach mehr Öl erzeugt. Mit klassischer Pressearbeit wurden die Proteste in der Arktis bekannt gemacht. Im Internet wurde die Geschichte mit weiteren Mitteln und Geschichten verbreitet. Einige Geschichten lassen sich im Internet noch Monate später erzählen – wie die vom Hilfskoch an Bord des Greenpeace-Schiffes, der sich erst nach der Tour als Bassist von The Clash entpuppte.

Diese Kampagnen beziehen sich auf die CO<sub>2</sub>-Verminderungen in der EU und deren Position für die Weltklimaverhandlungen. Zudem beteiligt sich Greenpeace in Deutschland an der Debatte zur Energiewende, liefert Expertise zu Ölunfällen oder zu Elektroautos, nimmt zur Weltklimakonferenz COP Stellung und vieles mehr.

**FJNSB:** (Inwiefern) Spielen die COPs als internationale Events dabei eine herausgehobene Rolle?

**Michael Hopf:** COPs spielen für Greenpeace vor allem dadurch eine herausgehobene Rolle, dass bei diesen Großereignissen der internationalen Politik viel auf dem Spiel steht. Wir

machen keine Kampagnen zu COPs, aber eine größere, international besetzte Greenpeace-Gruppe beobachtet immer den Verlauf der Verhandlungen. Sie kommentiert und informiert Delegationen anderer Länder, die zu wenige Leute vor Ort haben, um alle Foren zu verfolgen, und arbeitet mit anderen NGOs zusammen. Aktivisten präsentieren Probleme und Lösungen in symbolischen Bildern, die für die Medien oft interessant sind. Redaktionen weisen wir rechtzeitig darauf hin, wer vor Ort den Verlauf der Konferenz beurteilen kann. Die Greenpeace-Experten sind als Gesprächspartner vor und während der Klimagipfel sehr gefragt.

**FJNSB:** Was sehen Sie als Aufgabe der Medien in diesem Bereich – und werden die Medien dieser Aufgabe gerecht?

**Michael Hopf:** Die sogenannten Qualitätsmedien decken Klimawandel vor allem in Print und online oft sehr gut ab, kenntnisreich und mit guten Analysen. Viele stellen Dossiers bereit. Da das Internet die meisten Informationen vorrätig hält und diese den meisten zugänglich sind, gibt es für fast jeden Interessierten die Chance, sich gut zu informieren.

Ich würde mir von den Medien darüber hinaus wünschen, dass sie Einzelereignisse öfter in einen größeren Zusammenhang stellen. Bei Berichten über VW reichen heute nicht mehr die Quartalszahlen, die Innovationen oder die Beurteilung der unternehmerischen Leistung. Auch die Rolle von Unternehmen, ihre Verantwortung und die Richtung ihrer Einflussnahme sollten stärker ins Blickfeld gerückt werden. Und wenn sich Umwelt- und Wirtschaftsminister über Maßnahmen zur Energiewende streiten, gehört es zwar auch dazu, über den Zustand der Koalition zu spekulieren. Aber es sollte vor allem klar werden, worum es in der Substanz geht und welche Folgen eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung hätte.

**FJNSB:** Wo sehen Sie Stärken und Schwächen der Kampagnenarbeit von Greenpeace zum Klimathema?

**Michael Hopf:** Zu unseren Stärken zählt generell, dass viele Menschen bereit sind, sich aktiv einzusetzen. Zudem sind wir international aufgestellt und können mehrere Stränge des Klimathemas verfolgen. Wir können mit unseren Schiffen aus schwer erreichbaren Regionen berichten, die sonst unbeachtet bleiben. Wir waren in der Lage, die Chancen des Webs zu nutzen und bieten für Mitmacher Gelegenheiten, sich an Kampagnen zu beteiligen. Mit unserer Expertise sind wir in der Lage, gut analysieren und urteilen zu können. Es gelingt uns häufig, Kompliziertes einfach darzustellen. Wir stehen nicht unter dem Zwang, erst umfassende Pläne zu erarbeiten, sondern können sehr zügig und improvisiert handeln. Wichtig ist auch unsere finanzielle Unabhängigkeit, die uns in Deutschland 570.000 Förderer bieten, sie stärkt unsere Glaubwürdigkeit. Das alles ergibt eine Reputation, mit der wir gut arbeiten können.

Zu den Schwächen zählt, dass unsere Arbeit alle Probleme spiegelt, die das Klimathema mit sich bringt. Die Abhängigkeit von der Wissenschaft, die Unsicherheit über die Folgen des Klimawandels, die Menge und Dichte der Informationen können schnell überfordern, wenn man Zusammenhänge erklärt. Die Zerstörung indonesischer Urwälder für Palmöl-Plantagen oder andere Geschichten aus dem Ausland haben als internationale Themen für Medien meist keine große Relevanz. Die Forschung liefert zwar ein differenziertes Bild zu den Interessen der Leser an Themen aus dem Ausland, aber das ändert nichts an der generellen Linie. Zudem ist das wesentliche Thema Energieversorgung eine in weiten Teilen technische Debatte, die nur schwer auf Interesse stößt. Wir versuchen, die Relevanz dieser Themen immer neu zu zeigen. Letztlich sind auch die begrenzten Ressourcen eine Schwäche.

**FJNSB:** Wen sehen Sie als Kontrahenten bei Ihrer Arbeit? Was sind deren Stärken und Schwächen?

**Michael Hopf:** Spätestens die Klimakonferenz in Kopenhagen hat gezeigt, dass wesentliche

Teile der Industrie sich einer Lösung in den Weg stellen, besonders Autohersteller und Energiekonzerne. Daher sind für uns derzeit RWE, Vattenfall und VW die Kontrahenten.

Diese verfügen über wesentlich mehr Ressourcen als wir und erheblichen Einfluss. Die Wirtschaft verfügt ohnehin über ein gewisses Erpressungspotential, da sie Arbeitsplätze bietet und notwendige Waren erzeugt. Allerdings werden Energie- und Ölkonzerne mit ihren Geschäftsmodellen in der Öffentlichkeit wohl niemals Bestwerte in Sachen Sympathie erreichen. Und nun kommt noch der derzeitige Trend hinzu, dass Menschen immer weniger Vertrauen in Unternehmen haben. Dafür müssen sie Lösungen finden. Oft ist es ein Problem, dass die Unternehmensführung einen sehr verengten Blick auf die Rolle ihres Unternehmens hat. Sie nimmt oft nicht die Verantwortung für die Auswirkungen ihres Kerngeschäfts wahr. Mit der Größe des Unternehmens steigen auch die Unübersichtlichkeit und die Zahl der Geschäftspartner, die einige Risiken für die Reputation des Unternehmens mit sich bringen können. Dabei unterlaufen auch Fehler. Sehr viel hängt davon ab, wie offen die Chefetage ist für Probleme, die im eigenen Verantwortungsbereich entstehen können. Und ob sie diese rechtzeitig erkennt und löst oder eben erst nachträglich und unter Druck.

**FJNSB:** Was glauben Sie: Wird Greenpeace den Kampf um die Köpfe in Sachen Klima gewinnen?

**Michael Hopf:** Greenpeace ist nicht der einzige Akteur, der überzeugen will. Es gibt auch nicht mehr viel zu gewinnen, denn in vielen Köpfen sind die Probleme des Klimawandels schon angekommen. Das Umweltbewusstsein ist in Deutschland hoch. Aber Wissen alleine führt nicht zum Handeln. Es gibt zu wenige Gelegenheiten und Anreize, daran muss sich etwas ändern. Daher bietet Greenpeace Aktionen zum Mitmachen an. Das Internet hat viele neue Möglichkeiten eröffnet. So können wir nun Filmwettbewerbe organisieren, in denen

Filmemacher Spots zur Blockade des Klimaschutzes durch VW einreichen. Es gibt weitere Beispiele: Die Stadtwerke Lübeck haben Bürgern angeboten, sich finanziell an der Energiewende zu beteiligen und erhofften sich zwei Millionen Euro. Tatsächlich kamen bis November sieben Millionen Euro zusammen, von 760

Bürgern. Das zeigt, wenn es Gelegenheiten zum Handeln gibt, werden sie ergriffen.

*Michael Hopf* ist der Chef vom Dienst der Pressestelle von Greenpeace Deutschland. Kontakt: michael.hopf@greenpeace.de. Das Interview führte *Mike S. Schäfer*.

## „Unser Ziel ist mehr Sachlichkeit“

### Interview mit Joachim Löchte, RWE AG

**FJNSB:** Wie wichtig ist RWE das Thema Klimawandel?

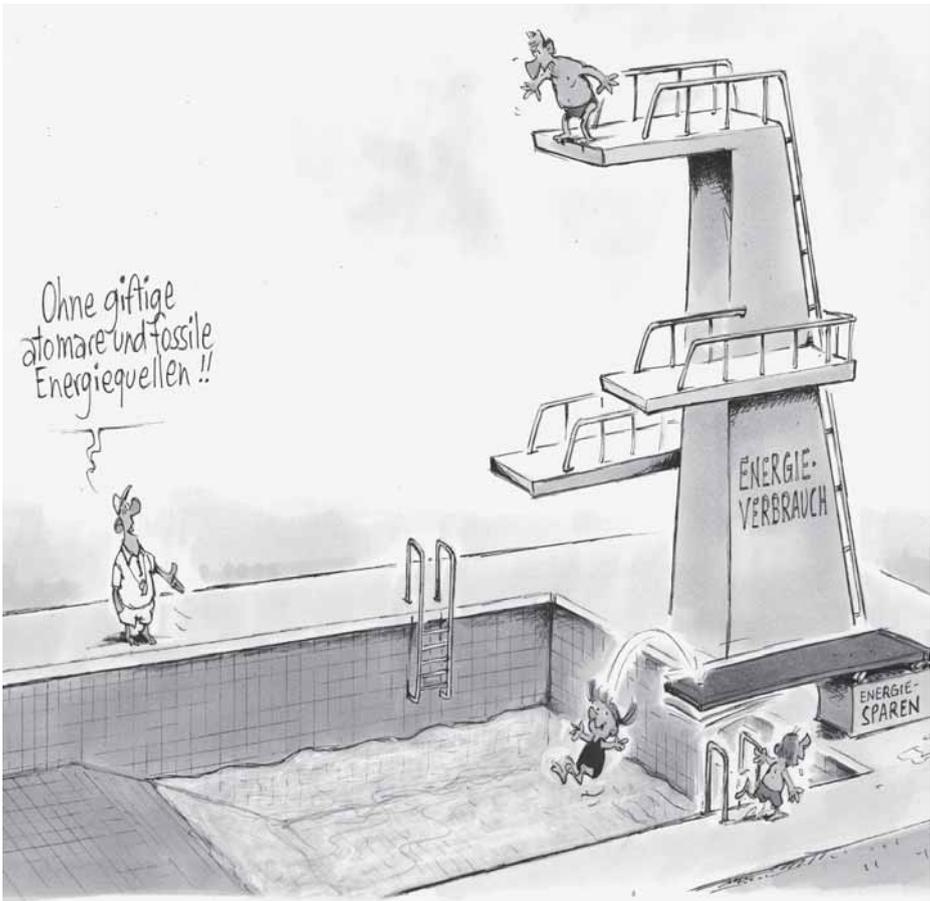
**Joachim Löchte:** Der Klimawandel und die daraus abgeleiteten politischen Ziele sind für RWE von hoher Bedeutung. Sie bilden wichtige Eckpfeiler für unser Geschäft. Unsere Unternehmensstrategie spiegelt das wider: RWE wird nachhaltiger, internationaler, robuster. Unser Erzeugungsportfolio im Jahr 2025 soll zu je einem Drittel aus Gas, sauberer Kohle und erneuerbaren Energien bestehen. Sehr wichtig sind uns auch unsere internationalen Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern oder anderen Industriestaaten. Auch sie sind elementarer Bestandteil unserer Klimaschutzstrategie. Denn Emissionen machen nun einmal nicht vor Ländergrenzen halt.

**FJNSB:** Was sind Ihre Hauptbotschaften und wichtigsten Adressaten zu diesem Thema?

**Joachim Löchte:** Wir ergreifen alle Möglichkeiten, um CO<sub>2</sub>-Emissionen kosteneffizient und versorgungssicher zu reduzieren. Bis 2050 wollen wir die Stromversorgung CO<sub>2</sub>-neutral gestalten. Dies stellt uns vor enorme Herausforderungen. Wir investieren Milliarden in Effizienz und erneuerbare Energien, um weniger CO<sub>2</sub> je erzeugte Megawattstunde Strom

auszustößen und die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, die Stromerzeugung aus fossilen Quellen effizienter und emissionsärmer zu machen: Bis 2015 wollen wir alle unsere neuen Gas- und Kohlekraftwerke mit einer Gesamtkapazität von über 12.400 Megawatt in Betrieb genommen haben. Außerdem bauen wir die erneuerbaren Energien massiv aus. Bis Ende 2014 sollen Anlagen mit einer Kapazität von insgesamt 4.500 Megawatt in Bau oder Betrieb sein. Bis 2015 investieren wir in dem Bereich deshalb rund 5 Mrd.

Grundsätzlich geht es uns um konsistente Kommunikation mit allen Stakeholdern – aber den Dialog mit unseren Stakeholdern führen wir in den Regionen unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Es gibt unterschiedliche Interessenlagen, unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen und Markterfordernisse. Doch überall, wo wir aktiv sind, gilt als zentrale Prämisse, dass wir die Bürger, die von unseren Vorhaben betroffen sind, frühzeitig in unsere Planungen einbeziehen. Unser Stakeholderdialog findet im Wesentlichen auf zwei Ebenen statt: Auf nationaler und europäischer Ebene sind Politik, Gesetzgeber, Analysten und Investoren sowie international agierende Nicht-



regierungsorganisationen (NGOs) unsere wesentlichen Ansprechpartner. Die Kommunen, Anwohner und Kunden zählen zu den regionalen Stakeholdern. Wichtig sind uns auch die Mitarbeiter.

**FJNSB:** Welche Instrumente der Kommunikation setzen Sie dabei ein?

**Joachim Löchte:** Klimawandel ist kein Thema für eine einzelne Kampagne. Es zieht sich durch unsere gesamte Kommunikation hindurch. Bestes Beispiel ist unsere Kampagne zum Thema intelligente Energie. Im Moment läuft unser neuer Spot im Fernsehen, in dem wir versuchen, deutlich zu machen, dass intelligen-

te Energieversorgung und entsprechende Nutzung wirksam zu einer Entlastung des Klimas beitragen können. Ähnliche Beispiele sind eine Printkampagne zu RWE Smartline Strom, einem effizienten Stromangebot, oder unsere Energieeffizienzberatung, über die man sich im Internet unter [energiewelt.de](http://energiewelt.de) informieren kann.

**FJNSB:** (Inwiefern) Spielen die Weltklimakonferenzen (COPs) als internationale Events dabei eine herausgehobene Rolle?

**Joachim Löchte:** Keine - wir sind keine COP-Akteure. Wir beobachten die Konferenzen aber natürlich und bewerten die möglichen Konsequenzen für unser Unternehmen.

**FJNSB:** Was sehen Sie als Aufgabe der Medien in diesem Bereich – und werden die Medien dieser Aufgabe gerecht?

**Joachim Löchte:** Teils, teils. Seriös recherchierende Journalisten, die sachgerecht und ausgewogen über Klimawandel und -forschung informieren, erfüllen ihre Aufgabe gut. Andere arbeiten eher holzschnittartig: Sie spiegeln fast schon so etwas wie ein Feindbild ‚Energieversorger‘ wider. Die Vorschläge des IPCC, auch andere Verursacher des Treibhausgases CO<sub>2</sub> und andere Sektoren wie z.B. die Landwirtschaft mit einzubeziehen, werden von einigen Medien komplett ignoriert.

**FJNSB:** Wie verläuft die Koordination der Kommunikation zwischen den unterschiedlichen nationalen ‚Filialen‘ von RWE?

**Joachim Löchte:** Wir richten uns hier auch nach den unterschiedlichen Stakeholdern aus. Die Kollegen aus dem Bereich Public Affairs / Energiepolitik z.B. haben ein Büro in Brüssel und Berlin. Beide fungieren als Schnittstelle für die deutschen bzw. europäischen, politischen Themen.

Auch die Pressestelle der RWE AG ist eng vernetzt mit den Pressestellen der verschiedenen RWE-Gesellschaften in Deutschland und im Ausland. Sie führen wöchentliche Telefonkonferenzen durch und tauschen sich auch bilateral häufig aus. Ähnlich ist es bei den Kollegen im Bereich Corporate Social Responsibility für NGO's. In den Niederlanden, UK und Deutschland haben wir eigene Unternehmensbereiche dazu.

**FJNSB:** Wo sehen Sie selbst Stärken und Schwächen der Kampagnenarbeit von RWE zum Klimathema?

**Joachim Löchte:** Wie gesagt: Klimawandel ist kein Kampagnenthema. Dennoch muss ich sa-

gen, dass unsere Themen sicher komplexer sind als z.B. bei Konsumgüterherstellern. Es ist sicher nicht einfach für Außenstehende, den Bezug zwischen Energieeffizienz und Klimaschutz zu sehen. Dass mehr Energieeffizienz weniger Stromverbrauch und somit weniger CO<sub>2</sub> und damit mehr Klimaschutz bedeutet, ist für manchen nicht auf den ersten Blick erkennbar.

**FJNSB:** Wen sehen Sie als Kontrahenten bei Ihrer Kommunikation? Was sind deren Stärken und Schwächen?

**Joachim Löchte:** Kommunikation ist kein Krieg, sondern ein Ringen um öffentliche Wahrnehmung. Die Stärke von NGOs ist in vielen Fällen die Deutungshoheit. NGOs und Journalisten tragen aber keine wirtschaftliche Verantwortung für Investitionen. Das macht es manchmal schwierig, mit finanziellen oder wirtschaftlichen Argumenten zu ihnen und in die Öffentlichkeit durchzudringen.

**FJNSB:** Was glauben Sie: Wird RWE den Kampf um die Köpfe in Sachen Klima gewinnen?

**Joachim Löchte:** Unser Ziel ist mehr Sachlichkeit. Wenn das, was wir machen, gewürdigt wird, haben wir schon einen wichtigen Schritt erreicht. Daran arbeiten wir unentwegt. Unter anderem mit unseren Produkten wie intelligenten Netzen, hocheffizienten Gas- und Kohlekraftwerken und den erneuerbaren Energien. Diese Produkte werden sich langfristig durchsetzen.

*Joachim Löchte leitet den Bereich Corporate Responsibility/Umweltschutz bei der RWE AG in Essen. Kontakt: joachim.loechte@rwe.com. – Das Interview führte Mike S. Schäfer.*

## Kommunikation als Schutzschild Zur Strategie des Weltklimarats IPCC

Silke Beck<sup>1</sup>

Der Weltklimarat (*Intergovernmental Panel on Climate Change* - IPCC)<sup>2</sup> wurde 1988 von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in Kooperation mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ins Leben gerufen. Seine Aufgabe ist es, den Stand der Forschung zum Treibhauseffekt, zu dessen beobachteten und projizierten Auswirkungen sowie zu den politischen Reaktionsmöglichkeiten (Anpassungs- und Minderungsoptionen) umfassend, objektiv, offen und transparent zusammenzutragen und zu bewerten.

Die Kommunikation mit der breiteren Öffentlichkeit stellte für den Weltklimarat jedoch lange Zeit kein Thema dar. Dies änderte sich Ende 2009 schlagartig. Im Umfeld der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention entfachte eine Kontroverse um die Veröffentlichung von E-Mails, die vom Server der University of East Anglia (UK) illegal entwendet wurden („Climategate“). Es handelt sich dabei auch um die Korrespondenz von Forschern, die – wie Phil Jones – führende IPCC-Autoren sind. Es folgten die Entdeckung von Fehlern in den jüngsten IPCC-Berichten von 2007 („Gletschergate“).<sup>3</sup> Thematisiert werden in Folge nicht nur einzelne Fehler wie der berühmte Zahlendreher, sondern auch Probleme der Qualitätssicherung und die Verlässlichkeit von Peer-Review-Verfahren. Gleichzeitig rücken auch bestimmte exklusive und autoritäre Formen der Governance des Panels und bestimmter Forschergruppen ins Blickfeld.

### 1 | „Pachauri-Gates“

Kritik und Angriffe auf den Rat stellen keine Neuheit dar, sondern haben seine Entwicklung

von Anfang an begleitet. In dem Maße, in dem der IPCC politisch an Gewicht und Einfluss gewann, rückte er auch in den Mittelpunkt der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit (Beck 2009). Als er 2007 – zusammen mit dem ehemaligen amerikanischen Vize-Präsidenten Al Gore – mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, stand er endgültig im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Dass die Angriffe seit Anfang der 1990er Jahre nicht zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Klimaforschung geführt haben, ist maßgeblich auf die Anstrengungen des Weltklimarats zurückzuführen, neue Herausforderungen – wie dem Ruf nach mehr politischer Relevanz – einzugehen und eine entsprechende organisatorische Lösung zu finden. Im Hinblick auf die Ereignisse von 2010 stellt sich jedoch die Frage, ob die spontane Reaktion von Seiten des IPCC-Establishments und die vom IPCC eingeleiteten Reformstrategien hinreichen, um die Glaubwürdigkeit des Rates aufrechtzuerhalten: Als Zweifel am Zeitpunkt der klimawandelbedingten Gletscherschmelze – die bereits für 2035 anstatt korrekterweise für 2350 prognostiziert wurde – auftraten und in den Medien thematisiert wurden, tat der IPCC-Vorsitzende Pachauri diese mit dem Hinweis ab, die entsprechende indische Studie sei nicht begutachtet gewesen und es handle sich von daher um „Voodoo-Wissenschaft“.<sup>4</sup> Mit mehr als einem Monat Verspätung und unter Druck gab der Rat schließlich zu, dass in diesem Falle ein einziger und gleichzeitig zu vernachlässigender Fehler durch das System gerutscht, aber inzwischen korrigiert worden sei. Auch in anderen Fällen hat Pachauri Kritik einfach beiseite gewischt. Als erste Rücktrittsforderungen laut

wurden, erklärte sich Pachauri zur „unsinkbaren Molly Brown“ – eine Anspielung auf die amerikanische Frauenrechtsaktivistin Margaret („Molly“) Tobin Brown, die als Überlebende des Untergangs der Titanic berühmt wurde. Auch er werde nicht sinken, sagte Pachauri, sondern im Gegenteil noch „viel höher“ steigen. Diese Reaktion zeigt die Selbstgefälligkeit und Ignoranz des IPCC-Vorsitzenden. Pachauri gibt sich frei von Selbstzweifeln und Selbstkritik: „[B]ased on the performance that we show to the whole world and the leadership that I provide to the IPCC, these opinions by a few motivated individuals will be washed away“ (Bagla 2010).

Schuld an der Misere sind in seinen Augen entweder die Skeptiker, die von der Industrie alimentiert würden, die unausgeglichene Darstellung und „Verschwörung“ in den Medien

sowie die fehlende Bildung auf Seiten der Bevölkerung. Seine Verteidigungsstrategie ist es, die Überbringer *unbequemer* Nachrichten zu diskreditieren, anstatt sich inhaltlich mit den Kritikpunkten – wie beispielsweise dem Zahlendreher – auseinanderzusetzen. Vertreter des IPCC versuchen den Nachweis anzutreten, dass einzelne, wissenschaftlich zweitrangige Forscher im Verbund mit den Medien Fehler des IPCC skandalisieren und die Öffentlichkeit damit ungerechtfertigt alarmieren (Rahmstorf 2010). Die Versuche, ausschließlich außerhalb der eigenen Reihen Sündenböcke zu suchen, führen zu einer *Überhitzung* der Diskussion. Diese schlägt sich darin nieder, dass die Diskussionen als Austragungsort für den Kampfsport zwischen Klimaforschern dienen, bei der die Medien und die Öffentlichkeit die Kampfritter darstellen (Schneider 2009).



Im Juni 2010, also wenige Monate nachdem die Fehler wie der Zahlendreher weltweit durch die Medien gegangen waren, schrieb der Vorsitzende Pachauri eine E-Mail an Autoren einer seiner drei Arbeitsgruppen. In dieser E-Mail riet er ihnen, sich von den Medien fern zu halten.<sup>5</sup> Diese Aussage kann sowohl als eine Phobie vor den Medien als auch als ein Maulkorb verstanden werden. Die Autoren, an die die E-Mail adressiert war, dürften nicht im Namen der Institution sprechen, sondern sollten Anfragen an eine dafür autorisierte Stelle weiterleiten.<sup>6</sup> In einer zweiten Mail entschuldigte sich Pachauri für Missverständnisse, die möglicherweise aus dieser Mail hervorgegangen seien. Er betonte, dass die Art und Weise, in welcher der Rat mit der Öffentlichkeit kommuniziert, ein lebenswichtiges Thema sei und der IPCC eine transparente und offene Organisation darstelle.

## 2 | Der Reformprozess

Die IPCC-Governance-Struktur und die Verfahrensregeln wurden in der Folge mehreren Begutachtungen unterzogen. Im August 2010 veröffentlichte der InterAcademy Council (IAC), die internationale Dachorganisation der Wissenschaftsakademien, ein Gutachten über die Prozesse und Verfahren des IPCC.<sup>7</sup> Trotz einzelner Kritikpunkte, so eine der zentralen Schlussfolgerungen, böten die Grundaussagen des vierten Sachstandsberichts weiterhin eine robuste Basis für die internationale Klimapolitik. Allerdings identifizierte der IAC die Kommunikation als eine der zentralen Schwächen des IPCC und empfahl die Entwicklung einer umfassenden Kommunikationsstrategie, die Transparenz sowie schnelle und professionelle öffentliche Reaktionen gewährleisten solle. Sie solle auch festlegen, wer im Namen des IPCC sprechen dürfe (IAC 2010a: 65-69).

Ob die IAC-Vorschläge umgesetzt werden, entscheidet der Klimarat selbst. Dies hat er auf der 32. und 33. Vollversammlung im Oktober 2010 und Mai 2011 verhandelt. Im Mai 2011 verabschiedete der IPCC die Grundzüge

seiner Kommunikationsstrategie. Er definierte die Regierungen und politischen Entscheidungsträger unter dem Dach der UNFCCC als seine primäre Zielgruppe, wohingegen die Vereinten Nationen, IPCC-Beobachterorganisationen, die wissenschaftliche Gemeinschaft, Nichtregierungsorganisationen, die Wirtschaft und die breitere Öffentlichkeit eine nachgeordnete Rolle zugewiesen bekommen (IPCC 2011). Auf seiner 34. Vollversammlung im November 2011 (IPCC-XXXIV/Doc. 20) wurde zur Enttäuschung vieler Beteiligten zudem festgehalten, dass selbst nach über einem Jahr Reformdiskussion die Kommunikationsstrategie noch unvollständig sei und ein kritisches Defizit in der Umsetzung der IAC-Empfehlungen darstelle.<sup>8</sup>

Die bis dato vorgelegte Kommunikationsstrategie beruht auf dem sogenannten Defizitmodell der Wissenschaftskommunikation und versucht, anstehende Probleme durch mehr und bessere Information und ihre effektivere Kommunikation zu lösen (Bowman et al. 2010; Lloyd 2011; Risbey 2008). Folgende Grundzüge prägen diese Strategie:

- Kommunikation dient der Verbreitung der zuvor produzierten wissenschaftlichen Ergebnisse. Auf diese Weise wird die Wissenschaft der Politik und Öffentlichkeit vor- und übergeordnet und die Distanz zwischen beiden bleibt gewahrt. Entsprechend sind auch nur Einflussmöglichkeiten der Wissenschaft auf die Politik, nicht aber die umgekehrte Einflussnahme vorgesehen.
- Die Kommunikationsstrategie dient dazu, die öffentliche Rezeption der IPCC-Befunde zu kontrollieren, die exklusive Deutungshoheit des Rates über ihre Interpretation zu sichern und auf diese Weise seine privilegierte Rolle als alleiniger Hüter der Wahrheit aufrechtzuerhalten.
- Die Strategie sieht keine genuine wechselseitige oder interaktive Kommunikation zwischen der IPCC-Führung und den Adressaten vor. Diese werden zu ungebildeten und passiven Ressourcen degradiert. Damit verbunden wird ihr Informationsbedarf ausgeblendet.

Die Grenzen dieser Strategie treten bereits zutage. Obwohl der Rat den wissenschaftlich eindeutigen Nachweis erbracht hat, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist, führte dies bislang nicht zu politischem Handeln und öffentlichem Vertrauen in Experten, was viele Wissenschaftler in zunehmendem Maße enttäuscht. Um öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten, riskieren sie es, den Klimawandel immer mehr zu dramatisieren und damit nicht nur ihre wissenschaftliche Glaubwürdigkeit zu unterminieren, sondern auch Ermüdungserscheinungen zu provozieren (Kerr 2009).

### 3 | Vertrauen durch mehr oder weniger Transparenz?

Es ist eine empirisch offene Frage, ob die eingeschlagene Kommunikationsstrategie des IPCC ausreichen wird, öffentliches Vertrauen zu schaffen. Es ist anzunehmen, dass mehr Information das Problem des fehlenden Vertrauens nicht lösen wird, wenn dieses nicht durch einen Mangel an Information verursacht wird. Nicht die wissenschaftliche Qualität der Berichte, sondern die Performanz der IPCC-Repräsentanten, hat schließlich den Verlust des Vertrauens in den Rat ausgelöst. Dieser steht damit nicht nur vor der Herausforderung, Informationen sachlich zu vermitteln, sondern muss auch nachweisen, dass und warum diese glaubwürdig sind (Jasanoff 2010).

Ähnlich argumentiert auch der IAC: Mit der öffentlichen Aufmerksamkeit, so eine seiner Schlussfolgerungen, wandelten sich auch die Rahmenbedingungen und das Umfeld des IPCC. Die Diskussion werde nun nicht mehr nur in wissenschaftlichen Kreisen, sondern auch in der medial vermittelten „globalen“ Öffentlichkeit ausgetragen und münde in einen Kampf um die *öffentliche Wahrnehmung*. Deshalb müssen die Aussagen des Weltklimarats – so das IAC-Gutachten – nicht ausschließlich der Begutachtung durch die Wissenschaft, sondern zunehmend auch durch die Öffentlichkeit standhalten. Dieser Wandel wird durch neue Medi-

en, insbesondere durch das Entstehen einer globalen Blogosphäre, gefördert (vgl. auch Pielke in diesem Heft). Dadurch, dass der IPCC – wie IAC-Vorsitzende Shapiro folgert – unter dem „öffentlichen Mikroskop“ operiert, werden Transparenz und Rechenschaftspflichtigkeit (Accountability) zu einer wachsenden „Verpflichtung“ (Shapiro 2010). Auch unabhängige Wissenschaftler aus der Blogosphäre, die mittlerweile oft in die Rolle von – öffentlich höchst glaubwürdigen – „Wachhunden“ schlüpfen, fordern mehr Öffentlichkeit und Transparenz in der Klimaforschung und Politikberatung (Hulme und Ravetz 2009).

Der IPCC geht mit der Forderung nach mehr öffentlicher Transparenz und Zugänglichkeit in besonderer Weise um: Er konzentriert sich auf Fragen der internen Qualitätskontrolle und versucht, entsprechende Verfahren gegenüber denjenigen Wissenschaftlern und Regierungen transparenter zu gestalten, die bereits in unterschiedlicher Form an seiner Arbeit beteiligt sind. Er zögert hingegen, Fragen der Öffnung gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit aufzugreifen und behandelt sie als Fragen der effizienten Kommunikation. In der laufenden Diskussion neigt die IPCC-Führung dazu, Transparenz und öffentliche Zugänglichkeit als Risiko für die öffentliche Glaubwürdigkeit zu betrachten und in die Defensive zu gehen. Wenn bestimmte Züge wie interne Kontroversen oder Unsicherheiten nach außen hin thematisiert werden, dann habe das zwangsläufig einen Autoritätsverlust zur Folge. Zahlreiche empirische Studien hingegen zeigen, dass Transparenz und Zugänglichkeit nicht nur die Resonanz- und Anschlussfähigkeit, sondern auch die Glaubwürdigkeit und Robustheit des IPCC steigern könnten (Jasanoff 2010). Der Vorwurf, dass eine kleine Elite von politisch motivierten wissenschaftlichen Überzeugungstätern permanent hinter verschlossenen Türen wissenschaftliche Verfahren korrumpiere, Daten manipulierte und auf diese Weise Politik und Öffentlichkeit „betrüge,“ um Alarm zu schlagen, kann nur dann ausgeräumt wer-

den, wenn der Rat seine Türen nicht schließt, sondern öffnet. Dadurch, dass außerwissenschaftliche Akteure Zugang zu den Entscheidungs- und Begutachtungsverfahren erhalten, werden sie auch in die Lage versetzt, die Glaubwürdigkeit der IPCC-Befunde selbst einzuschätzen (Beck 2009).

Die Zukunft des Rats wird also auch maßgeblich davon abhängen, ob und in welcher Weise es ihm gelingt, auf diese Herausforderungen zu reagieren, und entsprechende organisatorische Lösungen zu entwickeln. Einer der Gründe dafür, dass es dem IPCC immer wieder gelungen ist, seine wissenschaftliche und politische Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, ist in seiner Lern- und Reformfähigkeit zu sehen. Die Kommunikationsstrategie bleibt ein neuralgischer Punkt in der Umsetzung der Reform. Es wird nicht ausreichen, die bereits eingeschlagene Strategie effizienter zu machen und auf ein Mehr des Immergleichen zu setzen. Ein Kurswechsel aus der Defensive in die Offensive ist nötig. Um aus der Wagenburg auszubrechen, wird es notwendig sein, sich aktiv mit den medial vermittelten Öffentlichkeiten auseinanderzusetzen und mit neuen Formaten und Formen der Kommunikation zu experimentieren.

*Silke Beck* ist Senior Scientist am Department Umweltpolitik des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung - Leipzig. Kontakt: [silke.beck@ufz.de](mailto:silke.beck@ufz.de).

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Dieser Artikel ist im Rahmen des BMBF-Projekts „Nested Networks: Neue Formen der Governance der globalen Umweltforschung“ entstanden.
- <sup>2</sup> Vgl. Selbstdarstellung des IPCC, online: [www.de-ipcc.de/de/119.php#Wer\\_ist\\_IPCC](http://www.de-ipcc.de/de/119.php#Wer_ist_IPCC) [28.06.2010].
- <sup>3</sup> In dem im 2007 veröffentlichten Bericht des Weltklimarats steht, die Gletscher des Himalaya würden mit großer Wahrscheinlichkeit bis zum Jahr 2035 schmelzen. Peter Lem-

ke, führender IPCC-Autor, hat eine mögliche Erklärung für die mysteriöse Jahreszahl: „Vor vielen Jahren habe ein russischer Forscher einmal geschätzt, die Himalaya-Gletscher könnten im Jahre 2350 verschwunden sein. Womöglich passierte irgendwo ein Zahlendreher, aus 2350 wurde 2035 – und danach schrieb einer vom anderen ab“ (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/peinlicher-fehler-des-weltklimarats-schmelzendes-vertrauen-1.51668> [20.01.2012]).

- <sup>4</sup> Zur Chronologie des Zahlendrehers siehe <http://www.zeit.de/2010/05/U-IPCC-Kasten> [20.01.2012].
- <sup>5</sup> Letter from Rajendra K. Pachauri to Coordinating Lead Authors, Lead Authors, and Review Editors for the Fifth Assessment Report (AR5) from 5 July 2010 (ref: 7004-10/IPCC/AR5), see also <http://dotearth.blogs.nytimes.com/2010/07/10/climate-panel-struggles-with-media-plan> [20.01.2012].
- <sup>6</sup> [http://www.cjr.org/the\\_observatory/mediaphobia\\_at\\_the\\_ipcc.php](http://www.cjr.org/the_observatory/mediaphobia_at_the_ipcc.php) [20.01.2012].
- <sup>7</sup> Vgl. IAC-Homepage: <http://reviewipcc.interacademycouncil.net> [28.06.2010].
- <sup>8</sup> ENB Vol. 12 No. 522 – Thirty-fourth Session of the Intergovernmental Panel on Climate Change – Summary and Analysis [20.01.2012].

## Literatur

*Bagla, Pallava* 2010: Extended Interview: Climate Science Leader Rajendra K. Pachauri Confronts the Critics. In: *Science*, Jg. 327, Heft 5965, 510-511.

*Beck, Silke* 2009: Das Klimaexperiment und der IPCC. Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik in den internationalen Beziehungen. Marburg: Metropolis.

*Bowman, Thomas E./Maibach, Edward/Mann, Michael E./Somerville, Richard C. J./Seltzer, Barry J./Fischhoff, Baruch/Gardiner, Stephen M./Gould, Robert J./Leiserowitz, Anthony/Yohe, Gary*

2010: Time to Take Action on Climate Communication. In: Science, Jg. 330, Heft 6007, 1044.

*Hajer, Maarten A.* 2009: Authoritative Governance: Policy Making in the Age of Mediatization. Oxford, UK: Oxford University Press.

*Hulme, Mike/Jerome R. Ravetz* 2009: „Show Your Working’: What ‘ClimateGate’ means.“ BBC News, 1 December.

*IAC (InterAcademy Council)* 2010a: Climate change assessments: Review of the processes and procedures of the IPCC. Amsterdam: InterAcademy Council.

*IPCC (International Panel on Climate Change)* 2011: Decisions taken with respect to the review of IPCC processes and procedures communications strategy (IPCC 33rd Session, 10-13 May 2011, Abu Dhabi). Abu Dhabi: IPCC.

*Jasanoff, Sheila* 2010: Testing Time for Climate Science. In: Science, Jg. 328, Heft 5979, 695-696.

*Kerr, Richard A.* 2009: Amid Worrisome Signs of Warming, ‘Climate Fatigue’ Sets In. In: Science, Jg. 326, Heft 5955, 926-928.

*Oreskes, Naomi/Conway, Eric M.* 2010: Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming. London: Bloomsbury Press.

*Rahmstorf, Stefan* 2010: Klimaforscher-Bashing beim SPIEGEL. [www.wissenslogs.de/wblogs/blog/klimalounge/medien-check/2010-04-01/klimaforscher-bashing-beim-spiegel](http://www.wissenslogs.de/wblogs/blog/klimalounge/medien-check/2010-04-01/klimaforscher-bashing-beim-spiegel) [28.06.2010].

*Risbey, James S.* 2008: The new climate discourse: Alarmist or alarming? In: Global Environmental Change, Jg. 18, Heft 1, 26-37.

*Schneider, Stephen H.* 2009: Science as a contact sport: inside the battle to save Earth’s climate. Washington, DC: National Geographic.

*Shapiro, Harold* 2010: What now for the IPCC? <http://www.climatespectator.com.au/commentary/what-now-ipcc> [31.03.2011].

## Zwischen „Blame Game“ und Vernachlässigung Die klimapolitische Debatte in den Massenmedien

Markus Rhomberg

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, denen sich die moderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu stellen hat. In diesem Thema manifestieren sich wechselseitige Abhängigkeiten, vielfältige Konstellationen von Akteuren und Unsicherheiten der globalisierten Gesellschaft. Diese unterschiedlichen Varianten und Bedrohungsszenarien werden vor allem in der massenmedialen Debatte sichtbar. Gleichzeitig zeigt sich bei der Beobachtung des Klimawandels, wie abhängig die Berichterstattung von äußeren Um-

welteinflüssen ist und wie kurzfristig die mediale Agenda konstruiert wird. War zumindest aus kontinentaleuropäischer Perspektive der Klimawandel das dominierende Thema der Jahre 2009 und 2010, so hat ihn nun fast gänzlich die Finanz- und Wirtschaftskrise verdrängt. Deutlich wurde dies in der Etatdebatte des Deutschen Bundestags im November 2011. Wenige Tage vor dem Klimagipfel in Durban verweist Kanzlerin Merkel lediglich ganz am Rande auf den Klimawandel.

Neben der Intensität der Debatte hat sich auch ihr Fokus verschoben. In der Berichterstattung ist der Klimawandel von einem wissenschaftlichen Thema zu einem politischen geworden. Die Analyse der klimapolitischen Debatte in den Medien steht im Vordergrund dieses Beitrags. Es soll deutlich werden, wie das Klimathema in die mediale Berichterstattung gekommen ist und sich als Thema entwickelt hat, um daraus verständlich zu machen, wie die Art der Berichterstattung den politischen Umgang mit dem Thema heute maßgeblich beeinflusst.

Der Fokus des Beitrags liegt auf Deutschland, wobei die Ergebnisse mit den Entwicklungen in anderen Ländern verglichen und kontrastiert werden.

## 1 | Klimawandel als schwieriges Medienthema

Nach der breiten medialen Aufmerksamkeit in den Jahren 2007 und 2009, in denen die UN-Klimakonferenzen in Bali und Kopenhagen stattfanden, zeigt sich heute, dass der Klimawandel nicht als wichtiges Zukunftsthema weit oben auf der gesellschaftlichen und der politischen Agenda steht. In Deutschland und in Europa wird um die politische Zukunft der Europäischen Union, um Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrise und um die Energiewende gerungen. Insbesondere Letztere hat nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima den Klimawandel zunächst von der medialen Agenda verdrängt und diesen in einen neuen Bedeutungszusammenhang gesetzt. Der Klimawandel wird von der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Energiewende nicht nur von der medialen Agenda verdrängt, in der politischen Berichterstattung findet sich immer öfter die Frage, ob nicht zunächst diese Probleme politisch gelöst werden sollten, um sich dann erst dem Klimathema zu widmen. Zuletzt verweist Heike Göbel in der FAZ vom 26. November 2011 darauf, dass sich in einer Broschüre zur Halbjahresbilanz der schwarz-gelben Koalition das Wort Klimawandel nicht mehr finde: „Aber

statt Klimaschutz haben wir ja nun Energiewende. Vermutlich ersetzen die zuständigen Ministerien gerade in Nacharbeit in allen Vorschriften, Reden und Planungen das Wort ‚Klimaschutz‘ durch Energiewende“.

Aus der Medienlogik ist diese Verschiebung verständlich. Sowohl durch die anschauliche Illustration der Proteste in Griechenland – mit dem impliziten Verweis, dass dies vielleicht auch im Rest Europas geschehen könnte – als auch die eindrücklichen Bilder aus Fukushima und den Verweis auf die Katastrophe in Tschernobyl, rückt der Klimawandel zwangsläufig in den Hintergrund. Auf einer abstrakten Ebene erfüllen beide Ereignisse zentrale Faktoren der medialen Selektions- und Darstellungsmechanismen. Sie eignen sich für eine Visualisierung, die möglichen Konsequenzen sind durch historische Rückgriffe fühl- und erlebbar, die Problemverursacher sind klar markierbar und die mediale Darstellung kann eindeutig polarisieren.

All dies erfüllt der Klimawandel nicht! Zwar bieten extreme Wetterereignisse anschauliches Bildmaterial, die seriöse Wissenschaft wehrt sich aber in aller Regel dagegen, hier eine direkte Verbindung zu sehen, weil das Problem des globalen Klimawandels eben keine einfachen Kausalketten erlaubt. Zuletzt zeigte sich diese Sprach- und Bildlosigkeit bei der Vorstellung des Extremwetter-Berichts des UNO-Klimarats im November 2011. Bereits die Markierung jener Ereignisse als Phänomene des Klimawandels fällt schwer. Ebenso mangelt es aufgrund der Seltenheit extremer Wetterphänomene an Daten, was Vorhersagen extrem kompliziert macht. Gleichzeitig erwarten Medien aber konkrete Aussagen, wie sich in der Pressekonferenz bei der Vorstellung des Berichts zeigt. Spiegel Online berichtet von der Frage einer Journalistin bei der Vorstellung des Berichts: „Was hat die Erdlawinen in Uganda in diesem Jahr ausgelöst?“. Die Antwort der UNO darauf? Jeder Erdbeben habe viele Ursachen, ob die Klimaerwärmung eine Rolle spiele, lasse sich kaum beweisen. Dies entspricht aber gerade nicht den Erwartungen, die insbesondere

die Politik, aber auch die Gesellschaft, an die Klimaforschung haben. Sie fordern „konkrete Ergebnisse“ von der Klimaforschung, wie es der damalige dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen im Vorfeld des Gipfels in Kopenhagen 2009 treffend formulierte.<sup>1</sup>

Die ernsthafte Klimaforschung verweist immer wieder darauf, dass die Konsequenzen des Klimawandels erst in Zukunft zu erkennen sein werden. Sie arbeitet bei der Abschätzung der möglichen Folgen des Klimawandels mit Szenariomodellen, um Projektionen für die Zukunft abgeben zu können. Zukünftige Entwicklungen können nicht im Vorhinein bestimmt werden, sondern die Wissenschaft kann nur mögliche Pfade abschätzen, die unter bestimmten Bedingungen eintreten könnten, aber nicht müssen. Funtowitz und Ravetz (1985) prägten in den 1980er Jahren für solche Phänomene den Begriff der „postnormalen Wissenschaft“. Seriöse Wissenschaftler müssen in ihren konkreten Aussagen zum Klimawandel unsicher bleiben, gleichzeitig ist wissenschaftliche Expertise aber von großer Bedeutung für politisches Entscheidungshandeln. Zudem zählt der Klimawandel auch zu jenen unsichtbaren Umwelttrisiken, die nicht unmittelbar durch die menschlichen Sinne wahrgenommen werden können (Beck 1992).

Der Klimawandel hat also aus einer Mediaperspektive mit erheblichen Startschwierigkeiten zu kämpfen: Er kann nicht eindeutig vermittelt werden; er besteht aus komplexen Wirkungszusammenhängen, die nur sehr schwer erklärbar sind; er kann nicht auf anschauliche Bilder verweisen, weil die möglichen Folgen erst in der Zukunft liegen. Zudem kann nicht einmal genau beschrieben werden, wie diese Konsequenzen aussehen werden. Setzt man den Klimawandel mit dem deutschen Projekt der „Energiewende“ in Bezug, wird ebenso augenscheinlich, dass diese gegeneinander ausgespielt werden können. Beide sind „wicked“, also tückische Probleme. Das eine Problem kann nicht gelöst werden, ohne das andere im Blick zu behalten. Etwa ist der Bau neuer Kohlekraftwerke mit dem Ziel, von Atomkraft unabhän-

giger zu werden, nicht mit dem Klimaschutz kompatibel (Stehr/Rhomberg 2012, i.E.). Statt einer kombinierten Debatte wird die Klimapolitik der Bundesregierung aber durch die Energiewende von der öffentlichen Agenda verdrängt, ganz nach dem Motto: Jetzt muss sich die Politik um die Energiewende kümmern, Maßnahmen für den Klimaschutz folgen dann später (Novy/Rhomberg 2011). So bleibt am Ende in den Medien weitgehend verborgen, dass die tatsächlichen Emissionen von globalen Treibhausgasen trotz Wirtschaftskrisen dem pessimistischen der Emissionsszenarien des IPCC entsprechen. Zudem sinken die Chancen, das so genannte Zwei-Grad-Ziel bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zu erreichen, sofern dies überhaupt noch als realistisch angesehen werden kann. Daten des US-amerikanischen Energieministeriums aus dem November 2011<sup>2</sup> zeigen, dass die globale Erwärmung langfristig auf höchstens zwei Grad Celsius über der globalen Mitteltemperatur vor der Industrialisierung beschränkt werden soll. In den Gipfeldokumenten findet sich zwar eine Nennung dieses Ziels, völkerrechtlich bindend ist es aber nicht: „Um das letztliche Ziel der Konvention, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf einem Niveau, das eine gefährliche Störung des Klimasystems vermeidet, zu stabilisieren, zu erreichen, werden wir, in Anerkennung der wissenschaftlichen Sicht, wonach der Temperaturanstieg unter 2° Celsius bleiben sollte, auf der Grundlage von Fairness und im Rahmen nachhaltiger Entwicklung unser langfristiges Handeln zur Bekämpfung des Klimawandels verstärken“ (UNFCCC 2010).

Dennoch lässt sich die gesellschaftliche Wahrnehmung von Umweltproblemen und insbesondere des Klimawandels zu großen Teilen auf die Berichterstattung der Medien zurückführen. Um Luhmanns Einstieg in die „Realität der Massenmedien“ (1996) abzuwandeln: Das, was wir über den Klimawandel wissen, wissen wir aus den Massenmedien. Dies gilt umso mehr aus den oben beschriebenen Schwierigkeiten. Arlt und Kollegen (2010) weisen völlig zurecht darauf hin, dass die An-

zeichen des Klimawandels zwar durch bestimmte unmittelbar beobachtbare Phänomene wie heiße Sommer, schneearme Winter oder verheerende Stürme durch Individuen definiert werden. Ebenso erkennen Taddicken und Nevela (2011), dass das soziale Umfeld ein bedeutsamer Einflussfaktor für die individuelle Einstellung zum Klimawandel ist. Aber dennoch haben die Medien eine zentrale Rolle bei der Vermittlung des Phänomens.

## 2 | Wandel der Klimaberichterstattung

Lange Zeit waren Klimadebatten fast ausschließlich auf das System der Wissenschaft konzentriert und blieben der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Massenmediale Aufmerksamkeit erlangte das Thema Klimawandel erst, als die Politik diesen zu einem ihrer Themen machte. Wilkins und Patterson (1991) beobachteten den Perspektivwechsel von Wissenschaft zu Politik in den Jahren 1987 und 1988. Studien analysierten dies unter anderem für Großbritannien und Frankreich (Brossard et al. 2004; Carvalho 2005).

Die deutsche Debatte ist da eine Ausnahme. Das Wissenschaftssystem erreichte im Jahr 1986 nämlich zunächst alleine öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimawandel. Mit Hilfe der medialen Regeln lässt sich dies gut erklären. Forscher bezeichneten ihre Szenarioberechnungen öffentlich als „drohende Klimakatastrophe“. Das Mediensystem sprang auf diese Dramatisierung an und wendete sich dem Thema zu. Aufgeweckt durch die Medienberichterstattung, begann auch das politische System, sich mit Fragestellungen des Klimawandels zu beschäftigen. Das Wissenschaftssystem seinerseits war (negativ) überrascht von dem großen medialen Echo und bemühte sich, den Begriff der „Klimakatastrophe“ durch den weniger dramatischen Begriff des „Klimawandels“ zu ersetzen (Weingart et al. 2002). Für den deutschen Fall lässt sich also erkennen, dass die Wissenschaft den Begriff der Klimakatastrophe – bewusst oder unbewusst – medialisierte, und dass die Politik dieses politisch

entscheidungsbedürftige Thema erst nach der medialen Publikation für sich entdeckte.

Dieser Prozess der Politisierung und anschließenden Mediatisierung (Hjarvard 2008; Krotz 2007) von Themen ist kein für die Klimadebatte oder die Wissenschaft spezieller Prozess, sondern eher die Regel. Ein Thema profitiert von den Möglichkeiten der öffentlichen Machtdemonstration von Politikern und wird medial insbesondere dann interessant, wenn es in der politischen Sphäre angekommen ist und es darum geht, im Luhmann'schen Sinne Macht zu demonstrieren und Entscheidungen zu treffen. Issues werden für die Medien insbesondere dann interessant, wenn Eindeutigkeit hergestellt und Entscheidungen getroffen werden.

In der historischen Aufarbeitung der medialen Klimaberichterstattung zeigt sich, dass insbesondere die Politik bzw. politische Ereignisse die Zyklen der Medien treiben. Davon unbenommen sind natürlich jene Ereignisse aus dem Wissenschaftssystem, die den medialen Selektionsmechanismen gut entsprechen, wie Meldungen, die sich mit Studien zu CO<sub>2</sub>-Emissionen beschäftigen und dramatische Szenarien an die Wand malen, aber auch Ereignisse wie „Climategate“, die sich medial skandalisieren lassen (Beck 2010). In der Regel sind es aber politische Ereignisse, durch die der Klimawandel in den vergangenen Jahren in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt ist. Schäfer, Ivanova und Schmidt (2011) können in einer ländervergleichenden Analyse von 23 Staaten zeigen, dass die mediale Aufmerksamkeit für den Klimawandel oft zu ähnlichen Zeitpunkten steigt, insbesondere rund um politische Ereignisse wie die internationalen Konferenzen der Vertragsparteien der UNFCCC (Klimarahmenkonvention) und des Kyoto-Protokolls (Conferences of the Parties).

Warum wird aber die Wissenschaft in der Klimaberichterstattung immer mehr von der Politik verdrängt? Solange der Klimawandel offen für wissenschaftliche Deutungen und Interpretationen war und sogar Zweifler des Klimawandels als vertrauenswürdige wissenschaftliche Akteure in den Medien auftreten

konnten, war das Thema für die Medien interessant. In ihrer Berichterstattung konnten sie die Debatte innerhalb der Klimaforschung als Konflikt darstellen. Mittlerweile ist die Front jener gebröckelt, die einen menschengemachten Klimawandel nicht als Faktum anerkennen. Zwar gibt es harte Debatten innerhalb der Klimaforschung selbst, wie denn dem Problem des Klimawandels zu begegnen ist (vgl. auch 3.), diese Unterscheidungen sind aber zu komplex und zu uneindeutig, um in den Medien behandelt werden zu können.

An diese Stelle tritt nun die Politik, die den Klimawandel im Vorfeld des bisher größten und prominentesten Gipfels in Kopenhagen im Jahr 2009 ganz oben auf ihre Agenda setzte, aber gleichzeitig seit dem Scheitern dieses Gipfels in Konflikten darüber verfangen ist, wie ein globales Klimaschutzabkommen zu erreichen sei. Diese Offenheit bietet Raum für Konfliktberichterstattung, den die Politik selbst gerne annimmt. Nun finden politische Schuld-

zuweisungen statt, wer denn verantwortlich für das Scheitern von Kopenhagen ist. In der Analyse des Kopenhagener Gipfels lassen sich wie in einem Brennglas jene Muster der medialen Berichterstattung aufzeigen, die stilbildend für die politische Debatte sind. Dies zeigt explizit eine Studie von Eide und Kunelius (2010). Die Autoren greifen zunächst den Vorwurf auf, dass die journalistischen Berichtersteller eine Mitschuld hätten, indem sie die Existenz eines Klimawandels durch balancierte Berichterstattung, also dem Einräumen von Platz auch für Zweifler, zu lange offen gehalten hätten. Eide und Kunelius gehen dann einen Schritt weiter und stellen die These auf, dass die Medien auch aus diesem Grund sich vor dem Kopenhagener Gipfel ziemlich klar auf Seiten des IPCC positioniert und somit die politischen Akteure bereits im Vorfeld unter Druck gesetzt hätten, ein multilaterales Abkommen zu schließen. Sie nennen diesen Zusammenschluss „Advocacy for Hope“ und führen unter ande-



rem ein gemeinsames Editorial an, das in 56 Tageszeitungen weltweit vor dem Gipfel erschienen ist, und von den Politikern ein breites Abkommen forderte. Sie entdeckten in einer Medieninhaltsanalyse zudem inhaltlich ähnliche Beiträge in anderen Medien. Im Vorfeld des Gipfels und während des Gipfels selbst spielten Wissenschaftler und aktuelle Forschungsergebnisse kaum eine Rolle. Die Nachrichten waren vor allem von politischen Akteuren dominiert, die Wissenschaft blieb stumm.

Je höher die Erwartungen im Vorfeld des Gipfels aber von den Medien aufgebaut wurden, desto größer war auch die mediale Enttäuschung über die politischen Ergebnisse. Die Einschätzung in den Schlagzeilen lautete „Trübsinn“ („gloom“), „collapse“, „failure“ oder „fiasco“. In einer differenzierten Kommentierung der Ergebnisse zeigte sich aber auch, dass gerade Medien aus jenen Ländern, die bis zum Schluss in die Verhandlungen involviert waren, die Ergebnisse weit positiver bewerteten als die Medien jener Länder, deren Verhandler nicht mehr in die Schlussphase involviert waren. So kam es zu der unerwarteten Balance in der Berichterstattung zwischen der New York Times und der Xinhua Daily News aus China. In den Medien wurde aber nicht nur das Scheitern der politischen Akteure kritisiert, sondern auch der UN-Prozess als solcher.

Neben der Kritik durch die Medien nutzten die politischen Akteure dieses Forum für gegenseitige Schuldzuweisungen („Blame Game“). In einer Konfliktstellung befinden sich insbesondere die traditionellen Industrieländer und die BRIC-Staaten.<sup>3</sup> Die traditionellen Industriestaaten werfen BRIC-Ländern wie China, Indien oder Brasilien vor, die Dringlichkeit des Klimaproblems nicht erkannt zu haben. Die BRIC-Länder wiederum beschuldigen die traditionellen Industriestaaten, die BRIC-Bedürfnisse für wirtschaftliches Wachstum nicht anzuerkennen und verweisen darauf, dass der wirtschaftliche Erfolg dieser Staaten auf der historischen Ausbeutung der Klimaressourcen aufgebaut ist.

### 3 | Klimapolitik in den Medien

Das Thema Klimawandel ist als solches politisch wie kaum ein anderes Thema. Die Politik muss Entscheidungen treffen, die substantielle gesellschaftliche Kollektivgüter wie Infrastruktur, Mobilität oder Energie betreffen. Politische Entscheidungen zum Klimawandel auf allen politischen Ebenen – von der lokalen, regionalen, nationalen und supranationalen bis hin zur globalen Ebene – haben Auswirkungen auf heutige und zukünftige Generationen. Wie aber genau dieses politische Thema verhandelt wird, ist dann von vielen Faktoren, nicht zuletzt von der Medienberichterstattung abhängig.

Politische Akteure des Klimawandels agieren in der öffentlichen Debatte auf verschiedenen geographischen Ebenen und auch politische Entscheidungen fallen auf unterschiedlichen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen. Am interessantesten für die Medienberichterstattung ist aber, und das zeigen auch die oben genannten Kopenhagen-Ergebnisse, die globale Ebene. Bresio und Pronzini (2010) zeigen in ihrer Studie zur Klimaberichterstattung Schweizer Printmedien, dass als Verantwortliche für die Lösung des Klimaproblems (hier im Sinne von Vereinbarungen) in der Regel einzelne Staaten oder Nationengruppen markiert werden, insbesondere Regierungsvertreter der westlichen Industrieländer. Betrachtet man aber die aktuellen Daten zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen, lässt sich erkennen, dass vor allem in den bevölkerungsreichen Schwellenländern wie Indien und China die Nutzung von Kohle zur Energiegewinnung immer breiter um sich greift, wie der bereits oben zitierte Bericht des US-amerikanischen Energieministeriums für das Jahr 2010 zeigt. Diese Schwellenländer sind aber ebenso wenig Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls, wie auch die USA das Protokoll nicht ratifiziert haben. Jene Länder, die als Verantwortliche für die Lösung medial markiert werden, sind also nicht die Hauptemissions-träger. Insofern sind die politische und die

mediale Realität nicht kongruent. Darauf komme ich zurück.

Diese Verortung des Problems auf eine globalen Ebene – obwohl ebenso lokale Strategien zur Lösung des Klimaproblems beitragen könnten –, fasst Carvalho (2010: 172) zusammen, zeigt sich aber aufgrund der Fokussierung der Berichterstattung auf internationale Regierungskonferenzen. Dadurch würde der öffentliche Eindruck entstehen, die internationale bzw. die globale Ebene seien der geeignete Ort, um Klimaentscheidungen zu treffen: „(...) people tend to rank climate change higher as a problem for the world than as a problem for their own country or region. Furthermore, by constructing climate change primarily as a global political issue, these discourses construct citizen agency as minute“. Politiker auf den nationalen Ebenen können dieses „Blame Game“ weiter forcieren, um den Problemdruck für Handlungen auf der nationalen und lokalen Ebene mit dem Hinweis auf die globalen Hindernisse zu verringern. Wir sehen diese Strategie aber nicht nur für die Klimapolitik, die Forschungen zu ähnlichen Problemen zwischen den Nationalstaaten und der EU-Ebene im Kontext einer Europäischen Öffentlichkeit sind vielfältig. Auch hier schreiben immer wieder nationalstaatliche Politiker unliebsame Entscheidungen medial der Europäischen Union zu, um sich vor der eigenen Bevölkerung zu profilieren (Pfetsch/Heft 2009).

In der Klimadebatte kommt aber ein weiterer Umstand hinzu. Die Problematik des „Blame Game“ zwischen lokalen Akteuren und supranationaler Ebene wird durch die gewählte Strategie gegen den Klimawandel verstärkt. Auch hier bildet der Kopenhagen-Gipfel ein gutes Beispiel. Es war das explizite Ziel dieser Konferenz, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu verabschieden. Die mit hoher Medienaufmerksamkeit versehene Strategie des „Zwei-Grad-Ziels“ steht damit in direkter Verbindung. Die Fixierung auf dieses Ziel und damit eine Reduktionsstrategie ist aber keineswegs selbstverständlich. In der öffentlichen Debatte wird, so Stehr (2004: 50),

nur die Emissionsvermeidung als „tugendhaftes Verhalten“ dargestellt. Die Einschränkungen einer lediglich auf die Vermeidung abstellenden Politik sowie die Möglichkeiten einer „aktiven Klimavorsorgepolitik“ werden aber nur in geringem Maße thematisiert (auch Krauss/Storch 2005). Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern ist weltweit zu beobachten (Boykoff/Roberts 2007). Für Deutschland kann Post (2008) zeigen, dass zumindest in der öffentlichen Debatte und der Berichterstattung zu großen Teilen über die Minderung von Emissionen, nicht aber über Anpassungs- und Adaptionstrategien diskutiert wird. Ebenso findet in der medialen Diskussion kaum Beachtung, dass sich die möglichen Erfolge der Vermeidungspolitik erst in ferner Zukunft zeigen werden.

Welche Gründe sind nun denkbar für die Fokussierung auf die Reduktionsstrategie durch die Medien? Zunächst kann man festhalten, dass die weltweite Klimapolitik immer noch durch das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 geprägt wird. Prins und Rayner (2007: 973) beschreiben dies als eine „symbolically important expression of governments’ concern about climate change“. Der Kyoto-Prozess befasst sich vor allem mit Fragen der Minderung von Emissionen, also der Reduktion von Treibhausgasen, aber er schenkt Strategien der Anpassung an den Klimawandel kaum Aufmerksamkeit. Durch diesen Fokus auf Milderungs- und Reduktionsstrategien hat das politische System andere Strategien zur Herangehensweise an den Klimawandel aus der öffentlichen und medialen Debatte verabschiedet. Dies setzt das politische System selbst aber unter Druck: Mit dem Fokus auf Reduktion als einzige Möglichkeit, um dem Klimawandel zu begegnen, beraubt sich die Politik möglicher Alternativen. Die Fortschreibung des 2012 auslaufenden Kyoto-Prozesses wird zum alleinigen Indikator für politischen Erfolg oder Misserfolg in der öffentlichen Wahrnehmung. Die Politik beharrt derzeit noch auf Kyoto, weil sie mit dem öffentlichen Einverständnis, dass auch andere Strategien maß-

voll wären, einen Teil ihrer Definitionsmacht einbüßen würde. Zwar ist die Anpassungsthematik mittlerweile auch in der politischen Debatte angekommen, wie die Ergebnisse des COP-16 Treffens in Cancun, das 2007 EC Green Paper on Adaptation, die IPCC-Reports oder auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen (2010) zeigen. Dennoch gilt der Befund von Post (2008) grundsätzlich noch immer: Deutsche Nachrichtenmedien präsentieren vor allem Informationen über die Reduktion von Treibhausgasen, über Gesetzesvorhaben und Steuervorschläge zur Reduktion oder sie unterstützen die Wirtschaft symbolisch bei neuen Entwicklungen zur Reduktion. Kyoto wird in der Berichterstattung mit Reduktion verbunden, die Kontinuität bzw. Anschlussfähigkeit einer Nachricht wird so definiert. Rezipienten kennen Kyoto bzw. haben zumindest eine vage Idee von diesem Thema und verbinden es mit Reduktion. Die Medien können an dieses Vorwissen anschließen.

Die enge Verbindung der Klimapolitik mit dem Deutungsrahmen „Kyoto“ fokussiert die mediale Berichterstattung auf die Strategie der Minderung. Solche Verbindungen und Interpretationsrahmen werden als Framing bezeichnet. Framing beschreibt die Selektion, Exklusion und Betonung spezifischer Themeneigenschaften, durch die der sachliche Gehalt eines Themas kontextualisiert oder gerahmt wird. Die gewählte Perspektive der Medieneinstellung lenkt die Bewertung durch den Rezipienten bewusst oder unbewusst in eine bestimmte Richtung. Die Rezipienten sind dabei nicht vollkommen passiv. Die individuellen Erfahrungen und das soziale Wissen des Einzelnen setzen diese Interpretationen letztendlich in Gang (Entman 1993). Für die Klimadebatte könnte man also schließen: Kyoto ist ein dominantes Schlagwort in der Berichterstattung, das Kyoto-Protokoll beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Minderung. Deshalb dominieren Fragen der Minderung die Berichterstattung.

Das Kyoto-Protokoll ist ebenso ein Vertragswerk, das die mächtigen Industrienationen dieser Welt einschließt (Elite-Nationen). Geschlossen wurde es von den Regierungsverantwortlichen dieser Länder (Elite-Personen). Durch die Elitenfokussierung der Medien bleibt Kyoto ebenso präsent wie durch den hauptsächlich politischen Diskurs, der darum geführt wird. Deshalb sind Fragen der Minderung stärker im politischen Diskurs verankert als Fragen der Anpassung. Die Massenmedien folgen aber – wie oben gezeigt – insbesondere dem politischen System.

Der Kyoto-Prozess bietet weitere Vorteile für die mediale Präsentation. Er ist eindeutig, weil er im Grunde auf Zahlen ausgerichtet ist: Zahlen des Ausstoßes von Emissionen, Zahlen der Reduktion in bestimmten Zeiträumen, Ranglisten der Emissionsreduzierer oder Ranglisten der Reduktionsverweigerer. Kyoto schafft eine auch medial vermittelbare Vergleichbarkeit unter den verschiedenen Ländern. Die Medien können zeigen, welche Länder in den vergangenen Jahren ihre Vorgaben versucht haben zu erfüllen, im Vergleich zu welchen Ländern diese besser dastehen oder auch nicht. In der Luhmann'schen Nachrichtenfaktoren-Logik ist dies der Wert von Quantitäten. „Quantitäten sind immer informativ, weil eine bestimmte Zahl keine andere ist als die genannte – weder eine größere noch eine kleinere. Und das gilt unabhängig davon, ob man den Sachkontext versteht“ (Luhmann 1996: 59f). Durch diese Form der Berichterstattung können einfach und für alle nachvollziehbar „Schuldige“ markiert werden. Die Etablierung eines „Blame Games“ wie nach dem Kopenhagen-Gipfel funktioniert noch besser, wenn zur Unterstützung der Argumentation Ranglisten vorgewiesen werden können.

#### 4 | Fazit

Nach dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 hatte es das Klimathema sehr schwer, auf der Agenda der Medien und der Politik zu bleiben. Nach dem nicht erfolgreichen Ausgang

des Gipfels, der auch medial als Niederlage dokumentiert wurde, haben andere Themen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Euro-Schuldenkrise und die Energiewende in Deutschland die Agenda von Politik und Medien übernommen.

Das mag auch daran liegen, dass die mediale Debatte zum Klimawandel insbesondere von der Politik dominiert wird, die Wissenschaft spielt auch in der historischen Evolution der Klimadebatte nur eine geringe Rolle. Insbesondere politische Ereignisse tragen dazu bei, den Klimawandel in den Medien prominent zu platzieren. Bei den Strategien gegen den Klimawandel geht es insbesondere um Fragen der Reduktion, während Anpassungsstrategien in den medialen Hintergrund geraten. Die bessere Medieneignung der Reduktionsstrategie im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll mag dafür eine Ursache sein.

*Markus Rhomberg* ist Juniorprofessor für Politische Kommunikation an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Kontakt: markus.rhomberg@zeppelin-university.de.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,798406,00.html> [21.11.2011]

<sup>2</sup> <http://www.time.com/time/health/article/0%2C8599%2C2098671%2C00.html#ixzz1ckjq7Adz> [17.11.2011].

<sup>3</sup> Als BRIC-Staaten werden Brasilien, Russland, Indien und China bezeichnet.

## Literatur

*Arlt, Dorothee/Hoppe, Imke/Wolling Jens* 2010: Klimawandel und Mediennutzung. Wirkungen auf Problembewusstsein und Handlungsabsichten. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft*, Jg. 58, Heft 1, 3-25.

*Beck, Silke* 2010: Vertrauen geschmolzen? Zur Glaubwürdigkeit der Klimaforschung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 32/33, 15-21.

*Beck, Ulrich* 1992: *Risk Society. Towards a New Modernity*. London: SAGE.

*Boykoff, Max/Roberts, Timmons J.* 2007: *Media Coverage of Climate Change: Current Trends, Strengths, Weaknesses*. In: *Human Development Report 2007/2008*. New York: Human Development Report Office.

*Bresio, Cristina/Pronzini, Andrea* 2010: Unruhe und Stabilität als Form der massenmedialen Kommunikation über Klimawandel. In: *Voss, Martin (Hg.): Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag, 283-300.

*Brossard, Dominique/Shanahan, James/McComas, Katherine* 2004: Are Issue-Cycles Culturally Constructed? A Comparison of French and American Coverage of Global Climate Change. In: *Mass Communication & Society*, Jg. 7, Heft 3, 359-377.

*Bundesministerium der Finanzen* 2010: *Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen*. Berlin.

*Carvalho, Anabela* 2005: Representing the politics of the greenhouse effect. In: *Critical Discourse Studies*, Jg. 2, Heft 1, 172-179.

*Carvalho, Anabela* 2010: Media(ted) discourses and climate change: a focus on political subjectivity and (dis)engagement. In: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, Jg. 1, Heft 2, 172-179.

*Eide, Elisabeth/Kunelius, Risto* 2010: Domesticating Global Moments. A transnational study on the coverage of the Bali and Copenhagen Climate Summits. In: *Eide, Elisabeth/Kunelius, Risto/Kumpu, Ville* 2010: *Global Climate - Local Journalism. A Transnational Study of How Media Make Sense of Climate Summits*. Global Journalism Research Series 3. Bochum: projektverlag, 11-50.

*Entman, Robert M.* 1993: Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, Jg. 43, Heft 4, 51-8.

*Funtowicz, Silvio/Ravetz, Jerome* 1985: Three types of risk assessment: a methodological analysis. In: *Whipple, Chris/Covello, Vin-*

cent T. (Hg.): Risk Analysis in the Private Sector. New York: Plenum Press, 217-231.

*Hjarvard, Stig* 2008: The Mediatization of Society. In: Nordicom Review, Jg. 29, Heft 2, 105-134.

*Krauss, Werner/Storch, Hans* von 2005: Culture Contributes to Perceptions of Climate Change. In: Nieman Reports, Jg. 99, Heft 59.

*Krotz, Friedrich* 2007: The meta-process of ‚mediatization‘ as a conceptual frame. In: Global Media and Communication, Jg. 3, Heft 3, 256-260.

*Luhmann, Niklas* 1996: Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.

*Novy, Leonard/Rhomberg, Markus* 2011: Nachhaltig kommunizieren - Nachhaltigkeit kommunizieren. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Politik nachhaltig gestalten. Wie man nachhaltige Politik macht, kommuniziert und durchsetzt. Gütersloh: Bertelsmann, 169-190.

*Palfreman, Jon* 2006: A Tale of Two Fears: Exploring Media Depictions of Nuclear Power and Global Warming. In: Review of Policy Research, Jg. 23, Heft 1, 23-43.

*Pfetsch, Barbara/Heft, Annett* 2009: Europäische Öffentlichkeit - Entwicklung transnationaler Medienkommunikation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 23/24, 36-41.

*Post, Senja* 2008: Klimakatastrophe oder Katastrophenklima? Die Berichterstattung über den Klimawandel aus Sicht der Klimaforscher. Frankfurt am Main: Verlag R. Fischer.

*Prins, Gwyn/Rayner, Steve* 2007: Time to Ditch Kyoto. In: Nature, Heft 449, 973-975.

*Schäfer, Mike S./Ivanova, Anna/Schmidt, Andreas* 2011: Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit? Medienaufmerksamkeit für den

Klimawandel in 23 Ländern. In: Studies in Communication | Media, o. Jg., Heft 1, 131-148.

*Stebr, Nico* 2004: Plädoyer für eine andere Klimapolitik. In: Berliner Republik, Jg. 5, 50-56.

*Stebr, Nico/Rhomberg, Markus* 2012: Global Environmental Problems. In: Ritzer, George (Hg.): The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Globalization. Hoboken: Wiley-Blackwell. Erscheint im April 2012.

*Taddicken, Monika/Neverla, Irene* 2011: Klimawandel aus Sicht der Mediennutzer. Multifaktorielles Wirkungsmodell der Medien- erfahrung zur komplexen Wissensdomäne Klimawandel. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 59, Heft 4, 505-525.

*United Nations Framework Convention of Climate Change (UNFCCC)* 2010: Report of the Conference of the Parties on its fifteenth session, held in Copenhagen from 7 to 19 December 2009. Part two: Action taken by the Conference of the Parties at its fifteenth session, 30.3.2010, [http://unfccc.int/documentation/documents/advanced\\_search/items/3594.php?rec=j&preref=600005735#beg](http://unfccc.int/documentation/documents/advanced_search/items/3594.php?rec=j&preref=600005735#beg) [21.11.2011].

*Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra* 2002: Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien. Opladen: Leske + Budrich.

*Wilkins, Lee/Patterson, Philip* 1991: Science as a Symbol: The Media Chills the Greenhouse Effect. In: Wilkins, Lee/Patterson, Philip (Hg.): Risky Business: Communicating Issues of Science, Risk and Public Policy. Westport, CT: Greenwood Publishing Group, 159-176.

## Sorry, wir wollen nicht stören.

### Wissenschaftsjournalisten ergründen die Klimaforschung? Eine Relativierung

Axel Bojanowski

Als „verspätetes Ressort“ bezeichnen wir Wissenschaftsjournalisten unser Wissenschaftsressort. Berichten über Forschung haben die meisten Medien erst eine eigene Rubrik zugebilligt, als andere Ressorts wie „Wirtschaft“, „Sport“, „Reise“ oder „Kultur“ lange etabliert waren. Noch heute konkurrieren Artikel aus der Wissenschaft oft mit Unterhaltungsnachrichten um einen Platz wie etwa mit Geschichten aus Königshäusern. Um Neuigkeiten aus der Klimaforschung prominent zu platzieren, müssen Wissenschaftsjournalisten einige Überzeugungsarbeit leisten.

Wir Wissenschaftsjournalisten treffen uns alljährlich in Bremen für drei Tage auf der Tagung „WissensWerte“, dort schwören wir uns auf unseren Beruf ein. Den Themen der meisten Seminare zufolge decken wir falsche Forschungsergebnisse auf, lassen uns nicht von Wissenschafts-PR ins Bockshorn jagen und enthüllen Abhängigkeiten im Forschungsbetrieb. Wir halten Distanz zu Wissenschaftlern.

Gestärkt mit den imponierenden Berichten der Kollegen fahren wir zurück in unser Büro, wo die Einladung zur Pressekonferenz eines renommierten Klimainstitutes auf dem Schreibtisch liegt. Bei der Pressekonferenz werden zur Einstimmung aufs Thema beklemmende Filme von Wetterkatastrophen gezeigt. Dann sprechen sechs Professoren jeweils fünf Minuten über die beklemmenden Resultate ihrer Klimamodellierungen.

Der Meeresspiegel drohe um „sieben Meter“ anzusteigen, warnt ein Professor mit finstrem Blick. „Sieben Meter“, notiert der Wissenschaftsjournalist. In Artikeln, Film- und Radiobeiträgen kommen die Professoren ausführlich zu Wort. Journalisten wollen „Wissenschaft

für Laien verständlich machen“, auch das war ein Thema auf der „WissensWerten“. Sieben Meter höherer Meeresspiegel lässt sich gut veranschaulichen: „Ganze Hafenstädte versinken in den Fluten.“ Am nächsten Tag erreicht den Journalisten eine E-Mail eines Professors: Der Artikel sei ja „ganz schön geworden, herzlichen Glückwunsch!“, schreibt er.

Wissenschaftsjournalismus müsse „journalistischer“ werden, also vor allem kritischer, lautet eine alljährliche Forderung auf der „WissensWerten“. Von Journalismus spricht man bekanntlich, wenn sich mit aufeinandertreffenden Interessen, Erwartungen, Behauptungen, Ergebnissen oder Traditionen distanziert auseinander gesetzt wird.

Wer sich als kritischer Wissenschaftsjournalist zu erkennen geben möchte, wählt einfach erweise zwischen zwei Möglichkeiten: Zum einen bietet sich ein lakonischer Artikel an über die „Propheten der Klimakatastrophe“, der zeigt, dass der UN-Klimarat Forschungsergebnisse systematisch verschweigt. Solche Artikel verschaffen Beachtung als Querdenker. Besser noch zur kritischen Profilierung aber eignen sich herablassende Verrisse über die „Klimaleugner“. Klimaforscher stellen uns ihre Widerlegungen der skeptischen Kritik am „Konsens der Klimaforscher“ in komprimierter Form gerne zur Verfügung, das erleichtert die Arbeit.

Leider gibt es neben „Leugnern“ noch die Zweifler, was die Sache noch komplizierter macht: Umfragen unter Klimaforschern, etwa jene unter deutschen Forschern von der Kommunikationswissenschaftlerin Senja Post, zeigen, dass es einen Konsens in der Klimaforschung zu den meisten Fragen nicht gibt –

viele Klimatologen machen sogar erhebliche Zweifel geltend. Und auch der UN-Klimabericht liest sich gemessen an den Erwartungen eines „Konsenses“ über weite Strecken wie ein klimaskeptisches Machwerk – ganz anders als die knappe Zusammenfassung für die Politiker, die stets vorangestellt wird. Über diese Forschungsdebatten zu berichten, kann Wissenschaftsjournalisten allerdings in die Ecke der „Klimaleugner“ manövrieren und damit in Erklärungsnot bringen.

Außerdem gibt es ein weiteres Dilemma: Es geht um die Bewahrung der Umwelt. Tausende Forschungsergebnisse geben Anlass zur Sorge, das sollten selbst die ärgsten Zyniker nicht bezweifeln. Andererseits ist das Unwissen groß. „Natürlich sei vieles Spekulation“, räumt der Professor mit der Sieben-Meter-Meeresspiegel-Prognose nach der Pressekonferenz unter vier Augen ein. „Aber würden Sie in ein Flugzeug steigen, das mit einer Wahrscheinlichkeit von zehn Prozent abstürzt?“ Tja.

Seit Wissenschaftler im 18. Jahrhundert in Laboren verschwanden, erfährt die Öffentlichkeit nur noch indirekt, was in der Forschung geschieht. Zunächst wendeten sich Wissenschaftler in Büchern und Vorträgen noch direkt ans Bürgertum. Aber spätestens mit dem Aufkommen der Massendemokratie in den 1920er-Jahren mussten Wissenschaftler verstehen, dass der Diskurs mit dem Publikum unbefriedigend ist, denn Massenmedien orientieren sich an den Bedürfnissen aller und eben nicht exklusiv an denen der Wissenschaftler. Die intellektuellen Stars der Gesellschaft erkannten, dass sie Journalisten brauchten, um das Licht der Aufklärung an die normalen Menschen weitergeben zu können. „Sie müssen uns helfen, den Trägern des Staates klar zu machen, dass der Wissenschaftsfinanzierung ein Prioritätsanspruch zusteht“, forderte der Stifterverband „Wissenschaft Nord“ 1963.

Wissenschaftsjournalisten kamen ihm gerne entgegen. Sie begriffen sich „als Übersetzer“, warben damit, „Fachsprache ins verständliche Deutsch zu übertragen“. Auch heute wollen Wissenschaftsjournalisten Forschung auf Hoch-

glanz bringen. In der Klimaforschung müssen sie aber nicht nur die Ergebnisse übermitteln. Beim Thema Umwelt sind auch die gesellschaftlichen Folgerungen wichtig.

Was liegt näher, als für die Deutungen ihrer Ergebnisse die Klimaforscher selbst zu fragen? Und zwar am liebsten diejenigen, die sich selber für fähig halten, ihre Meinung einer großen Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Mitunter scheint die Regel zu gelten: Je aggressiver ein Wissenschaftler, desto glaubwürdiger wirkt er. Wenn sich Klimaforscher über Artikel beschwerten, geben manche Medien ihnen gerne Gelegenheit, die Berichte mit eigenen Artikeln ausführlich zu korrigieren. Denn wahrscheinlich hat der Journalist einen Fehler gemacht. Warum hätte sich der Wissenschaftler sonst so echauffiert? Im Zweifel, so schreibt der Wissenschaftsjournalist Ralf Groetker, im Zweifel müsse man dem Wissenschaftler mehr Glauben schenken als dem Journalisten. Die wichtigste Frage für Journalisten lautet demzufolge: „Was bedeutet das, Herr Professor?“ Fragt sich aber dann noch, der Meinung welches Wissenschaftlers mehr Gewicht eingeräumt werden soll?

Hat ein Journalist in der täglichen Hektik tatsächlich einen Fehler gemacht, wird dafür gerne absichtliche Desinformation unterstellt. Hat er einen Fehler gemacht und korrigiert sich, wird die Korrektur zum Nachweis seiner Unfähigkeit angepriesen. Manche Forscher schreiben ihre Vorwürfe direkt an die Chefredaktion. Oder sie organisieren E-Mail-Kampagnen gegen einzelne Journalisten, vorzugsweise gegen freie Journalisten: Dafür empfehlen sie dann anderen Wissenschaftlern, Beschwerde-E-Mails an Redaktionen zu schreiben. Alles im Dienst an der Wahrheit, versteht sich. Den Ruf der Wissenschaftler in den Redaktionen hat das nicht verbessert.

Dabei tun Journalisten offenbar viel dafür, dass Klimaforscher zufrieden sind. Das zeigen Studien der Soziologen Hans Peter Peters und Harald Heinrichs über die Berichterstattung von Klimaforschung in Deutschland. Es gebe kaum Konflikte zwischen Wissenschaftsjourna-

listen und Klimaforschern. Zwar beschwerten sich Wissenschaftler „gelegentlich über die begrenzte Fachkompetenz der Journalisten“, schreiben Peters und Heinrichs. Aber diesen Makel glichen Wissenschaftsjournalisten aus durch eine „starke Co-Orientierung und eine geteilte Kultur“ mit den Klimaforschern. „Die Interessen von Klimaexperten und Journalisten stimmen offenkundig überein“, resümieren Peters und Heinrichs (Peters/Heinrichs 2005).

Pressekongressen zur Klimaforschung sind harmonische Treffen, man ist mitunter gar entzückt über das Wiedersehen. Auf der UN-Klimakonferenz in Bali etwa hielten der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, eine Podiumsdiskussion, als sich plötzlich der zu spät gekommene britische Regierungsberater Nicholas Stern hektisch den Weg durch die Zuschauer aufs Podium bahnte. Er entschuldigte sich fürs Zuspätkommen. Eine britische Journalistin juchzte hingerissen: „Er ist großartig!“ Portraits über Klimaforscher lesen sich wie Hymnen.

Zugegeben, manchmal übermannen auch uns Journalisten geradezu unanständige Phantasien. Wenn zum Beispiel die Rede darauf kommt, dass es erhebliche Ungereimtheiten in der Klimarekonstruktion der vergangenen Jahrhunderte zu geben scheint, oder dass Kohlenstoff- und Wasserkreislauf schlecht verstanden sind, oder dass sich die Wärmebilanz der Erde nicht schließen lässt – dann inspiriert dies kritische Fragen. Aber tonangebende Wissenschaftler sagen uns, dass solche Unsicherheiten ausreichend berücksichtigt worden seien. Na also.

Soziologen haben den Konflikt zwischen Klimaforschung und Journalismus längst beschrieben. Auf der „WissensWerten“ sprachen sie von der „vereinnahmenden Erwartungshaltung der Wissenschaft gegenüber den Medien“. Journalisten sollten mit journalistischen Relevanzkriterien, die sich an Bedürfnissen der Öffentlichkeit orientierten, nach der Wahrheit suchen. Mit den Relevanzkriterien der Wissenschaft gebe es oft keine Überschneidung.

Führende Klimaforscher jedoch pochen auf die Relevanzkriterien der Wissenschaft. Deutungen von Forschungsergebnissen nach den Kriterien der breiteren Öffentlichkeit könnten Verwirrung stiften, sagen sie. Verwirrung aber schade letztlich dem entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel. Und wollen wir Wissenschaftsjournalisten an den Folgen Schuld sein? Zwar zitieren auch wir gerne die alte Leitmaxime von Qualitätsmedien, Journalisten sollten sich mit keiner Sache gemein machen, auch nicht mit einer Guten. Aber machen wir uns denn gemein?

*Axel Bojanowski* ist Diplom-Geologe und Wissenschaftsredakteur bei SPIEGEL ONLINE. Kontakt: [axel\\_bojanowski@spiegel.de](mailto:axel_bojanowski@spiegel.de).

Mehr Infos hier: <http://www.spiegel.de/extra/0,1518,670762,00.html>

## Literatur

*Peters, H.-P./Heinrichs, H. 2005:* „Öffentliche Kommunikation über Klimawandel und Sturmflutrisiken. Bedeutungskonstruktion durch Experten, Journalisten und Bürger“, Jülich: Forschungszentrum Jülich.

## Journalismus und Klimaforschung: Ausschnitte einer spannungsreichen Beziehung

Markus Lehmkuhl

Mit Blick auf seine potentiellen gesellschaftlichen Wirkungen lassen sich grob zwei Modi unterscheiden, in denen der Journalismus Befunde aus den Klimawissenschaften aufgreift: Erstens verhilft er wissenschaftlich ermittelten Wahrheitsbehauptungen zu außerwissenschaftlicher Geltung. Zweitens stellen Journalisten auch den Geltungsanspruch wissenschaftlicher Wahrheitsbehauptungen in Frage – oft gerade solcher, die dank der Medienberichterstattung erst außerwissenschaftlich Geltung erlangt haben (Gamson 1999; Carvalho 2007; Hornschuh 2007). Dies hat in der Vergangenheit mehrfach Anstoß unter Klimaforschern erregt. Ich möchte im Folgenden für jeden der genannten Modi ein Beispiel anführen und davon ausgehend die zu Grunde liegenden Konflikte beleuchten:

(1) Am 8. Januar 2004 erschien im Wissenschaftsjournal „Nature“ eine Studie, in der eine Forschungsgruppe um den englischen Ökologen Chris D. Thomas die Ergebnisse einer Simulationsstudie präsentierte. Untersucht wurden die Auswirkungen von Klimaveränderungen auf gut 1.000 Tierarten aus unterschiedlichen Regionen der Welt. Hauptbotschaft: „We predict, on the basis of mid-range climate-warming scenarios for 2050, that 15-37 % of species in our sample of regions and taxa will be committed to extinction (...). These estimates show the importance of rapid implementation of technologies to decrease greenhouse gas emissions and strategies for carbon sequestration“ (Thomas et al. 2004: 145).

Dieser Befund fand für kurze Zeit eine vergleichsweise große Resonanz im Journalismus. Die Frankfurter Rundschau wartete am Erscheinungstag des Wissenschaftsjournals mit

einer dramatisch klingenden Nachricht auf: „Der Klimawandel bedroht Millionen Arten. Britische Studie sagt immenses Tier- und Pflanzensterben voraus – Bis zu 35 Prozent der Gattungen betroffen“ (Knauer 2004). In der Berliner Zeitung wusste man es etwas genauer: Der „Klimawandel gefährdet eine Million Spezies“ (Brotmerkel 2004). Die Süddeutsche Zeitung traute dem Reiz der großen Zahlen nicht und machte es konkret: „Sumpfhuhn in Gefahr“ (Klein 2004). Am Rhein war man etwas beruhigter: „Bis 2050“, titelte der Bonner Generalanzeiger, „könnten hunderte Tier- und Pflanzenarten aussterben“<sup>1</sup>.

Diese Art der Berichterstattung alarmierte eine Reihe von Klimaforschern. Eine Gruppe aus Oxford äußerte die Besorgnis, die Medienberichterstattung sei überaus gefährlich, weil sie eine bloße Schätzung als Gewissheit erscheinen lasse. Dies berge Risiken für die Glaubwürdigkeit der Klimaforschung, sollte die Schätzung der binnenwissenschaftlichen Validitätsprüfung nicht standhalten. Die Gruppe machte Vorschläge, wie man einen – in ihrer Wahrnehmung – sensationalisierenden, inakkuraten Medienrummel unterbinden könne. Die großen Zeitschriften sollten durch gesonderte Pressemitteilungen nunmehr auf solche Klimastudien hinweisen, in denen „clear and unequivocal findings“ abgedruckt seien. Im Übrigen forderten sie Wissenschaftler dazu auf, durch Briefe an betreffende Redaktionen Korrekturen fehlerhafter Berichterstattung einzufordern (Ladle et al. 2004).

(2) Am 8. Februar 2010 erschien in der Frankfurter Rundschau und dem Kölner Stadtanzeiger ein Artikel, der den Geltungsanspruch zweier Aussagen im jüngsten Sachstandsbericht

des Weltklimarates IPCC (2007: 50) über Afrika in Frage stellte. Weder für die Behauptung, dass 75 bis 250 Millionen Afrikaner infolge des Klimawandels erhöhter Wasserknappheit ausgesetzt seien, noch für die Behauptung, dass einige Länder Afrikas infolge von Dürren mit bis zu 50 prozentigen Ernteaussfällen zu rechnen hätten, gebe es eine tragfähige wissenschaftliche Basis (Meichsner 2010). Dies bewertete die Journalistin als skandalös, auch weil die Botschaften des IPCC von erheblichem Einfluss auf die politische Beurteilung der Lage in Afrika unter anderem durch die UN seien.

Dieser Artikel bzw. die darin enthaltenen Vorwürfe an das IPCC, die auch von der Sunday Times verbreitet wurden, kritisierte daraufhin der Potsdamer Klimaforscher Stefan Rahmstorf in mehreren Beiträgen seines Blogs „KlimaLounge“ recht scharf.<sup>2</sup> Im Großen und Ganzen, so Rahmstorf, seien die Vorwürfe frei erfunden. Die gesamte mediale Berichterstattung Ende 2009 und Anfang 2010 über tatsächliche oder vermeintliche Fehler im IPCC-Bericht stellte er als Medienskandal dar, „in dem einige Journalisten die Öffentlichkeit mit völlig übertriebenen oder ganz erfundenen Pseudo-Skandalen irregeführt haben. Viel zu viele sind ihnen dabei naiv und willig gefolgt, ohne die Farce zu durchschauen“ (20.2.2010). Diese Berichte hätten „die öffentliche Meinung (nach diversen Umfrageergebnissen) erheblich beeinflusst und Zweifel an der Wissenschaft gesät. Und dabei geht es (...) um ein Thema, das für die Zukunft der Menschheit von zentraler Bedeutung ist“ (26.4.2010). Der Artikel in der FR repräsentierte für Rahmstorf ein Beispiel dafür, dass eine Journalistin dem kritiklos folge, was einzelne „Klimaskeptiker“ in die Welt setzten.

In einem Brief an die Frankfurter Rundschau drängte er darauf, die aus seiner Sicht fehlerhafte Berichterstattung zu korrigieren. Tatsächlich distanzierte sich das Blatt – anders als der Kölner Stadtanzeiger – öffentlich von seinem eigenen Bericht, obwohl die Vorwürfe Rahmstorfs im Wesentlichen substanzlos waren. Der Fall erregte Aufsehen, weil Rahms-

torf seine Kritik an dem Artikel mit unwahren Behauptungen über die Autorin des Artikels „würzte“, die geeignet waren, ihren Ruf zu beschädigen. Dafür wurde er vom Landgericht Köln Anfang 2011 verurteilt.

Diese Einzelfälle machen einige wesentliche Charakteristika der öffentlichen Klimadebatte deutlich (ausführlich Lehmkuhl 2006; Lehmkuhl 2011). Anstoß erregten im ersten Fall der von einigen Wissenschaftlern als dramatisierend empfundene Ton, die Ausblendung methodisch bedingter Unsicherheiten und die als unzulässig empfundene Vereinfachung der Forschungsergebnisse. Dies ist typisch für die Debatte: Oftmals werden mit großen Irrtumsvorbehalten getroffene wissenschaftliche Aussagen durch die Medien in einem Maß pointiert, das den Wissenschaftlern unangemessen erschien.

Auch der zweite Fall ist typisch: Hier wurde durch eine Journalistin der gesellschaftliche Geltungsanspruch zweier wissenschaftlicher Aussagen bestritten. Und es wurden Zweifel an der Validitätsprüfung durch das IPCC geäußert – einer Instanz, die ja im Gegenteil gerade dafür sorgen soll, wissenschaftlich als gesichert geltende Wahrheitsbehauptungen zum Thema Klima zusammenzutragen. Die Kritik der Journalisten gilt Wissenschaftlern – in diesem Fall Stefan Rahmstorf – als riskant, weil sie die Glaubwürdigkeit des IPCC beschädigen und Zweifel am anthropogenen Klimawandel befördern könnten.

In beiden Fällen zieht der Journalismus nur deshalb die Kritik von Klimaforschern auf sich, weil er als hoch bedeutsam eingestuft wird. In Anlehnung an das Diktum Niklas Luhmanns (2009: 151), wonach wir nahezu alles, was wir über die Welt wissen, aus den Massenmedien wissen, lässt sich bezogen auf das hier interessierende Thema präzisierend feststellen: Die Vorstellungen der meisten Menschen über den Klimawandel, seine Existenz, Ursachen und Folgen dürften letztlich Ergebnis journalistischer Vermittlungsanstrengungen sein. Diese summieren sich – vielfach gebrochen und verstärkt durch den direkten Austausch der Men-



schen untereinander – zu einer nicht genau fassbaren, flüchtigen Einheit, die politisch im Gewand einer „öffentlichen Meinung“ von hoher Relevanz sein kann (Luhmann 1992).

Charakteristisch für solche Konflikte zwischen Klimaforschung und Journalismus ist ebenfalls, dass sie sich im Regelfall nicht auf die Gesamtheit der journalistischen Klimaberichterstattung beziehen, sondern auf eine unsystematisch erhobene, nicht näher bestimmte kleinere Anzahl von Berichten. Anhand weniger, selektiv ausgewählter Artikel wird die gesamte Vermittlungsleistung des Journalismus bewertet und der einzelne Artikel so in seiner Bedeutung systematisch überschätzt. Die Berichterstattung wird ausgehend von Einzelfällen mit Merkmalen belegt, bei denen unklar ist, ob es sich tatsächlich nicht lediglich um Reproduktionen dessen handelt, was Klimaforscher für medien-typisch halten.

Zugleich bleibt durch die Fokussierung der Medienkritik auf einzelne journalistische Produkte der Blick auf die gesellschaftlichen Leistungen des Journalismus systematisch verstellt. Die lassen sich nur ungenügend beschreiben

durch den Bezug auf einzelne journalistische Produkte. Stattdessen entfaltet Journalismus gesellschaftliche Thematisierungsleistungen vor allem dann, wenn er konsonant, d.h. zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Thema in einer Vielzahl von Beiträgen aufgreift. Auch eine differenzierte, unterschiedliche Perspektiven integrierende, diskursive Behandlung eines Sinnzusammenhangs wird man höchst selten auf der Ebene des einzelnen Artikels beobachten können.

Im Ergebnis lässt sich konstatieren, dass die in konkreten Konfliktfällen durch die Fokussierung auf den Einzelfall zwangsläufig unsichtbar bleibende Leistung des Journalismus tendenziell zu seiner Geringschätzung führt. Ein Ergebnis mag das Bestreben von Wissenschaftlern sein, Journalismus kontrollieren, reglementieren oder gar umgehen zu wollen.

Dies offenbart eine Ignoranz gegenüber Einsichten, die den Sozialwissenschaften entstammen. Darin sehe ich eine der wesentlichen Ursachen dafür, dass sich die Beziehungen zwischen Journalismus und Klimaforschung zuweilen in polarisierten Konflikten Bahn brechen.

Erstens betrifft das die ausgeprägte Unfähigkeit einzelner Klimaforscher, im Journalismus etwas anderes zu sehen als einen passiven Vermittler von wissenschaftlichem Wissen an eine Laienöffentlichkeit. Entsprechend wird Journalismus oft darauf verpflichtet, wissenschaftliches Wissen und Forschungsbefunde in die Öffentlichkeit zu spiegeln respektive zu übersetzen. Dabei zeigen die Sozialwissenschaften sowohl theoretisch als auch empirisch, dass diese Sicht irreführend ist. Journalismus hat eine Schlüsselrolle bei der gesellschaftlichen Konstruktion von Bedeutung. Er ist aktiver Konstrukteur, dessen Identität sich seiner Bindung an das Publikum verdankt (Kohring 2005). Würde der Journalismus wissenschaftliche Ergebnisse nur mit einer Vielzahl in der Methode begründeter Vorbehalte kommunizieren, wie im ersten Beispiel gefordert, setzte er sich der Gefahr aus, dass seine Botschaften in einer Laienöffentlichkeit gar nicht mehr anchlussfähig wären (Carvalho 2007).

Darüber hinaus zeugen die Beispiele zweitens von einer Ignoranz gegenüber den Mechanismen, die wissenschaftliche Botschaften überhaupt zu massenmedialer Aufmerksamkeit verhelfen. Und dazu zählen ganz wesentlich die Popularisierungsbemühungen der wissenschaftlichen Zeitschriften, insbesondere der „high impact journals“ wie *Nature* und *Science*. Diese haben durchaus nicht nur Interesse an „clear and unequivocal findings“, sondern auch an möglichst spektakulären Resultaten, die ein bevorzugter Bezugspunkt für wissenschaftliche Kritik sind, eben weil sie so spektakulär sind (Franzen 2011a; Franzen 2011b).

Drittens ist die vorgeschlagene wissenschaftliche Vorselektion von Resultaten, die risikolos öffentlich werden könnten, weil sie aus wissenschaftlicher Sicht eindeutig sind, fragwürdig. Es setzte voraus, dass sich diese Eindeutigkeit mit Hilfe wissenschaftlicher Validitätsprüfung herstellen ließe. Und es setzt die Möglichkeit voraus, dass Journalismus die so hergestellte wissenschaftliche Übereinkunft in seine Repräsentationen übernimmt, was ihn zu einem PR-Organ der Wissenschaft degenerieren ließe.

Viertens ignorieren die Vorschläge die grundlegende Problematik einer Medienkritik, die sich auf die „Fehler“ in der Berichterstattung konzentriert. Die bestehen im Wesentlichen darin, dass die konsensuale Identifizierung von Fehlern im Regelfall unmöglich ist, sofern nicht lediglich einfache Faktenfehler in den Blick genommen werden. Was als Fehler bezeichnet wird, hängt stark von der Perspektive ab, die eingenommen wird. Unter anderem deshalb wurde in den Sozialwissenschaften Mitte der 90er Jahre eine Abkehr von Ansätzen propagiert, die unter dem Label der „Accuracy-Studien“ zuvor dutzendfach durchgeführt worden waren (Evans/Priest 1995).

Als Quintessenz bleibt festzuhalten, dass sich in den geschilderten Konflikten zwischen Journalismus und Klimaforschung eine Ignoranz der naturwissenschaftlichen Klimaforschung gegenüber sozialwissenschaftlichen Einsichten offenbart, die auch bezogen auf andere Zusammenhänge beklagt worden ist, etwa die Politikberatung (von Storch/Stehr 2011) oder die naturwissenschaftlich dominierte Definition des Klimaproblems an sich, die Einflüsse sozialer Praktiken ausblendet (Hulme 2011).

Allerdings lassen sich Vorwürfe nicht nur an die Adresse der Klimaforschung richten. Der Journalismus bemüht sich aus meiner Sicht zu wenig darum, relevante Expertise aus den Sozial- und Geisteswissenschaften in die Klimaberichterstattung zu integrieren. Und nicht zuletzt sind die Sozialwissenschaften selbst nicht ausreichend bestrebt, ihren Einsichten gesellschaftliche Geltung zu verschaffen.

*Markus Lehmkuhl* ist Sozialwissenschaftler und Journalist und arbeitet am Forschungszentrum Jülich und der Freien Universität Berlin. Kontakt: [m.lehmkuhl@fz-juelich.de](mailto:m.lehmkuhl@fz-juelich.de)

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Bonner Generalanzeiger vom 8. Januar 2004: 32.

<sup>2</sup> <http://www.scilogs.de/wblogs/blog/kimalounge/medien-check/2010-02-20/fehler-ipcc-bericht> (16.11.2011).

## Literatur

- Brotmerkel, A.* 2004: Artenschwund. Klimawandel gefährdet eine Million Spezies. In: Berliner Zeitung, 9. Januar, 7.
- Carvalho, A.* 2007: Ideological cultures and media discourses on scientific knowledge: re-reading news on climate change. In: Public Understanding of Science, Jg. 16, Heft 2, 223-243.
- Evans, W./Hornig Priest, S.* 1995: Science content and social context. In: Public Understanding of Science, Jg. 4, 327-340.
- Franzen, M.* 2011a: Medien und ihre Resonanzeffekte in der Wissenschaft. In: wpk Quarterly, Quartalszeitschrift der WPK – Die Wissenschaftsjournalisten, Jg. 9, Heft 2, 15-19.
- Franzen, M.* 2011b: Breaking News: Wissenschaftliche Zeitschriften im Kampf um Aufmerksamkeit. Baden-Baden: Nomos.
- Gamson, W.* 1999: Beyond the Science-Versus-Advocacy Distinction. In: Contemporary Sociology, Jg. 28, Heft 1, 23-26.
- Hornschub, T.* 2007: Mieses Klima in der Klimaberichterstattung. In: wpk Quarterly, Quartalszeitschrift der WPK – Die Wissenschaftsjournalisten, Jg. 5, Heft 2, 2-6.
- Hulme, M.* 2011: Meet the humanities. In: Nature Climate Change, Jg. 1, 177-179.
- IPCC* 2007: Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Core Writing Team, Pachauri, R.K and Reisinger, A.(eds.)]. IPCC, Geneva, Switzerland: [http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4\\_syr.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf) [02.11.2011]
- Klein, J.* 2004: Sumpfhuhn in Gefahr. Artensterben durch Klimawandel. In: Süddeutsche Zeitung, 8. Januar, 9.
- Knauer, R.* 2004: Klimawandel bedroht Millionen Arten. Britische Studie sagt immenses Tier- und Pflanzensterben voraus. Bis zu 35 Prozent der Gattungen betroffen. In: Frankfurter Rundschau, 8. Januar, 16.
- Kobring, M.* 2005: Wissenschaftsjournalismus. Forschungsüberblick und Theorieentwurf. Konstanz: UVK.
- Ladle, R.J./Jepson, P./Araújo, M.B./Whittaker, P.J.* 2004: Dangers of crying wolf over risk of extinctions. In: Nature, No. 428, 799.
- Lehmkuhl, M.* 2006: Merkmale der Berichterstattung über Risiken. In: Wissenschaft & Umwelt INTERDISZIPLINÄR. Katastrophen in Natur und Umwelt, Jg. 10, 115-126.
- Lehmkuhl, M.* 2011: Ideologie und Klimawandel oder: Wie man Journalisten mundtot macht. In: wpk Quarterly, Quartalszeitschrift der WPK – Die Wissenschaftsjournalisten, Jg. 9, Heft 2, 4-8.
- Luhmann, N.* 2004: Die Beobachtung der Beobachter im politischen System: Zur Theorie der Öffentlichen Meinung. In: Wilke, J. (Hg.): Öffentliche Meinung. Theorie, Methoden, Befunde. Freiburg/München: Alber, 77-86.
- Luhmann, N.* 2009: Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS.
- Meichsner, I.* 2010: Neue Fehler beim Klimarat. IPCC macht aus Nordafrika ganz Afrika. In: Frankfurter Rundschau, 08. Februar. Noch online verfügbar unter anderem Titel: <http://www.ksta.de/html/artikel/1264185820994.shtml> [02.01.2012].
- Stebr, N./von Storch, H.* 2011: Der die Welt rettende Professor ist gescheitert. In: spiegel-online, 11.12.2011: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,802850,00.html> [02.01.2012].
- Thomas, Ch.D./Cameron, A./Green, R.E./Bakkenes, M./Beaumont, L.J./Collingham, Y.C./Erasmus, B.F.N./Siqueira, M.F.de/Grainger, A./Hannah, L./Hughes, L./Huntley, B./Jaarsveld, A.S. van/Midgley, G.F./Miles, L./Ortega-Huerta, M.A./Peterson, A.T./Phillips, O.L./Williams, S.E.* 2004: Extinction risk from climate change. In: Nature, No. 427, 145-148.

## „Hacktivism“? Online-Medien und Social Media als Instrumente der Klimakommunikation zivilgesellschaftlicher Akteure

Mike S. Schäfer

### 1 | Klimapolitik als kommunikative Herausforderung

Anthropogener Treibhausgasausstoß, steigende globale Durchschnittstemperaturen, das 2-Grad-Ziel, der CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel, das Kyoto-Protokoll – der menschengemachte Klimawandel und die Kosten und Effekte der gesellschaftlichen Bearbeitung seiner Folgen liegen für viele Deutsche weitab ihrer konkreten Lebenswelt. Klimawandel und Klimapolitik sind oftmals nicht unmittelbar wahrnehmbar und erreichen die Menschen daher vornehmlich als kommunikative Konstruktionen.<sup>1</sup>

Bei der Entstehung dieser Konstruktionen spielt interpersonale Kommunikation allerdings eine bemerkenswert geringe Rolle. Zwar haben Menschen durchaus eigen(willig)e Vorstellungen zum Klimathema (Weber 2008), aber sie bilden sich diese Vorstellungen offensichtlich vor allem auf der Basis medial erhaltener Informationen. So ergab eine repräsentative Befragung von 3.000 Deutschen, die 2010 am Hamburger KlimaCampus durchgeführt wurde,<sup>2</sup> dass Medien und gerade Fernsehen, Radio, Zeitungen sowie Nachrichtenmagazine häufiger als klimabezogene Informationsquelle dienen als Kontakte zu Familie und Freunden, und dass sich die Befragten bei diesem Thema auch eher auf Medienquellen verlassen als auf interpersonale Kontakte (s. Abbildung 1 und 2, ähnliche Ergebnisse finden sich in Stamm et al. 2000, Synovate 2010).

Medien sind also wichtig für die Klimakommunikation, und innerhalb des Medienspektrums stellen bisher vor allem Massenmedien wie Fernsehen, Radio und Printmedien die zentralen Quellen dar. Allerdings haben „neue“

bzw. Online-Medien in den vergangenen Jahren in mehrererlei Hinsicht aufgeschlossen. Allgemein und über das Klimathema hinaus werden sie bereits heute von großen Bevölkerungsteilen intensiv und zunehmend genutzt. 2003 nutzte in Deutschland erstmals mehr als die Hälfte der Bevölkerung das Internet, seither ist dieser Anteil jährlich gewachsen und lag 2011 bereits bei 73,3%. Die Nutzungsdauer wuchs ebenfalls kontinuierlich auf aktuell 137 Minuten pro Tag. Längst sind Online-Medien eine relevante Quelle für politische Informationen: 61% nutzten 2011 das Internet, um sich über aktuelles Geschehen im In- und Ausland zu informieren (alle Zahlen aus der ARD-ZDF-Onlinestudie.de 2011).

Online-Medien und insbesondere so genannte Social Media (auch als „Web 2.0“ bekannt) haben zudem ein Wirkungspotenzial, das in mancherlei Hinsicht über jenes „alter“ Massenmedien hinaus geht. Das zeigt sich deutlich beim Klimathema: Die althergebrachten Massenmedien erreichen zwar ein relativ großes Publikum zu diesem Thema, zugleich bleiben ihre Wirkungen aber beschränkt. Studien zeigen, dass Massenmedien in der Lage sind, Umwelt- oder Klimathemen auf die Agenda des Publikums oder der Politik zu setzen (z.B. Arlt et al. 2011, Sampei/Aoyagi-Usui 2009) und themenspezifische Informationen zu vermitteln (z.B. Taddicken/Neverla 2011, Stamm et al. 2000). Aber von Massenmedien angestoßene Meinungs- oder Verhaltensveränderungen lassen sich kaum zeigen. Hans Peter Peters und Harald Heinrichs begründen dies damit, dass massenmediale Inhalte vom Publikum mit diesen persönlichen Erfahrungen, Einstellungen, politischen Orientierungen und sozialen Kon-

Abbildung 1:  
Wie oft erfahren Sie aus den folgenden Informationsquellen etwas über den Klimawandel?

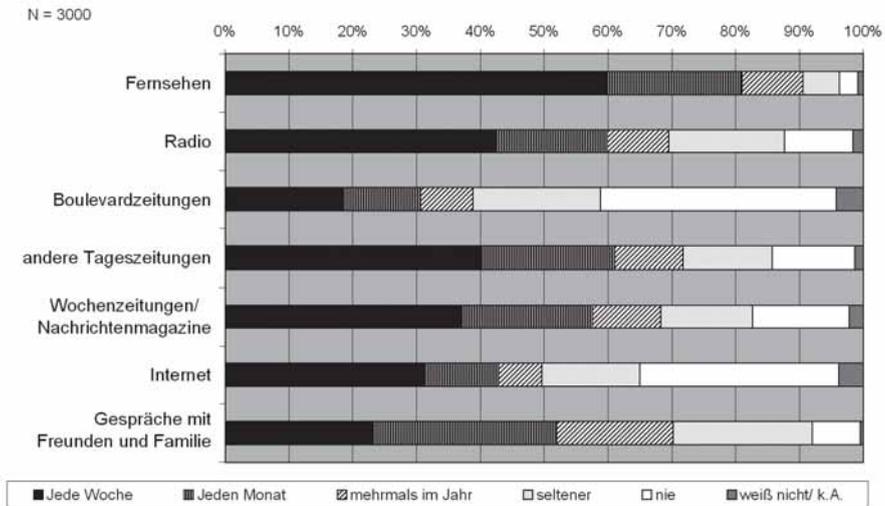
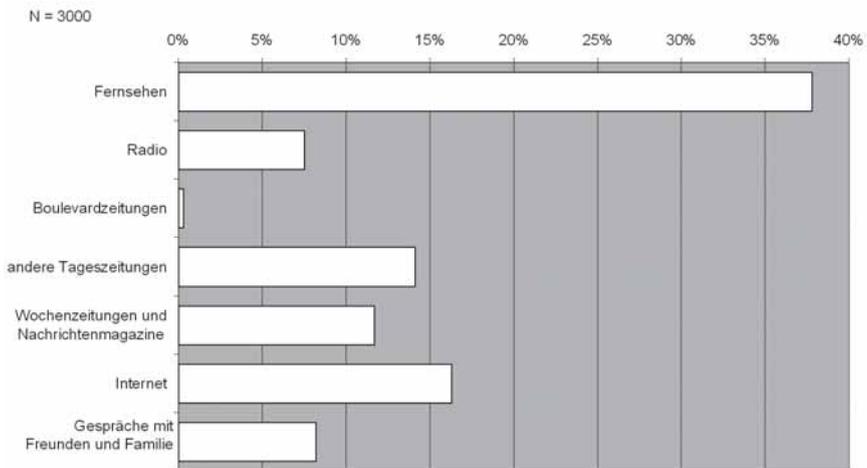


Abbildung 2:  
Auf welche dieser Informationsquellen würden Sie sich im Zweifelsfall am stärksten verlassen?



texten abgeglichen und bei mangelnden Übereinstimmungen eher verworfen als übernommen werden. Das „persuasive Potenzial“ von Massenmedien sei beim Klimathema, so die Autoren, eher gering (Peters/Heinrichs 2005: bes. 153ff.).

Online-Medien haben gegenüber Massenmedien den Vorteil, dass sie nahezu unbegrenzten Raum sowie multimediale und interaktive Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Und in Social Media – also bei Weblogs, Wikis, sozialen Netzwerken wie Facebook, Video- und Foto-

sharing-Communities wie YouTube oder Flickr usw., bei denen User zu Produzenten („Producer“) werden und Inhalte austauschen – kommt ein weiterer Vorteil hinzu: Informationen und Meinungen werden im Rahmen von Gemeinschaften vermittelt, zu denen Menschen selbst beitragen und sich zugehörig fühlen können, in denen nicht nur fachliche, sondern auch soziale Informationen ausgetauscht werden und in denen vielfältige Formen des wechselseitigen Austauschs möglich sind. Social-Media-Kommunikation ist face-to-face-Kommunikation damit ähnlicher als massenmediale Kommunikation. Und dies birgt ein starkes Wirkungspotenzial, denn eine Reihe von Studien zeigen, dass derartige Kommunikation besser dazu geeignet ist, um Informationen mit Relevanz zu versehen (z.B. Kiesler et al. 1984, Straus 1997) und möglicherweise auch Verhaltensänderungen zu induzieren.

## 2 | Online-Medien und Klimabewegung

Angesichts dieser Vorteile stehen Online-Medien im Mittelpunkt der Klimakommunikation vieler gesellschaftlicher Akteure. Das gilt für Unternehmen und Politik, wenn sie etwa wie Vattenfall Online- und Offline-Petitionen einsetzen, um gegenüber politischen Entscheidungsträgern ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu demonstrieren. Dies gilt aber auch – und insbesondere – für soziale Bewegungen. Denn bei ihnen handelt es sich um „schwache“ (Neidhardt 1994: 34) Akteure in dem Sinne, dass sie üblicherweise über weniger Ressourcen, Kontakte und Einfluss verfügen als andere gesellschaftliche Organisationen. Daher sind sie stärker auf die Mobilisierung öffentlicher Meinung angewiesen, um ihre Ziele realisieren zu können. Und für viele von ihnen stellen die niedrigen Kosten sowie die Potenziale einer schnellen und weiten Verbreitung von Informationen via Internet starke Anreize für eine online-orientierte Kommunikation dar.

Entsprechend ist Online-Kommunikation ein Teil des kommunikativen Portfolios fast

aller sozialen Bewegungen. Es gibt zwar nur wenige Organisationen, die wie das 2007 gegründete Kampagnen-Netzwerk „Avaaz“ ([www.avaaz.org](http://www.avaaz.org)) ausschließlich auf Online-Kommunikation setzen. Aber für so gut wie alle Bewegungen – im Klimabereich und darüber hinaus – spielt die Kommunikation über das Internet oder Social Media heute eine Rolle. Das zeigen breit angelegte Befragungen und Kommunikationsanalysen in den USA und Kanada (Greenberg et al. 2011), den Niederlanden (Brunsting/Postmes 2002), Australien (Hall/Taplin 2008) oder bei transnationalen NGOs (Seo et al. 2009).

Allerdings nutzen unterschiedliche Bewegungen Online-Medien für sehr unterschiedliche Zwecke. Diese lassen sich in den drei Dimensionen Informieren, Aktivieren und Vernetzen bündeln.

### Informieren:

Zunächst einmal nutzen viele Umwelt- und Klima-NGOs ihre Internet-Auftritte, um Informationen zur Verfügung zu stellen – über sich selbst, die eigenen Themen und Ziele sowie über vergangene, laufende und künftige Events und Aktionen. Verbunden mit der Möglichkeit, online eine (wenigstens von der technischen Warte her) nahezu unbegrenzte Menge an Informationen verfügbar machen und multimedial darbieten zu können, liegt auch ein Vorteil darin, dass die bereit gestellten Informationen inhaltlich auf spezifische Zielgruppen zugeschnitten werden können.

Die Zielgruppe, die die meisten Umwelt- und Klima-NGOs dabei offensichtlich als am relevantesten empfinden, ist aber interessanterweise eine ganz andere, als es hochfliegende Hoffnungen auf eine Demokratisierung der öffentlichen Debatte durch das Internet erwarten lassen: Journalisten resp. Massenmedien. Viele Kommunikationsbemühungen von Klima-Gruppen nutzen das Internet nur als zusätzlichen Kommunikationskanal neben Pressemitteilungen, Pressekonferenzen usw., um traditionelle Massenmedien wie Zeitungen, Radio oder Fernsehen anzusprechen. So zeigt Jungmi

Jun (2011) in seiner Untersuchung von 60 zivilgesellschaftlichen „climate change organizations“, dass die große Mehrheit (61,7%) ihre Internet-Auftritte vor allem dafür nutzt, um in virtuellen „news rooms“ oder „press rooms“ Informationen für Medien anzubieten. In ähnlicher Weise demonstrieren Libby Lester und Brett Hutchins (2009), dass große australische Umweltorganisationen wie Greenpeace Australia oder die Wilderness Society ihre Kommunikationsbemühungen sowohl online als auch offline vor allem darauf ausgerichtet haben, massenmediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Zudem demonstrieren die Autoren, dass die genannten Organisationen auch den Erfolg ihrer Online-Kommunikation daran messen, wie viel massenmediale Präsenz sie auf diese Weise generieren konnten. Ähnliche Ergebnisse finden sich in vielen anderen Studien (z.B. Cottle 2008, Kavada 2010).

Die im Internet ebenfalls verfügbaren und über tradierte Pressearbeit hinaus gehenden Potenziale von Social Media werden dagegen deutlich seltener genutzt. Aber es gibt sie – etwa in Form der vielen existierenden Klima-Blogs (vgl. die Beiträge von Roger Pielke jr. und Werner Krauss in diesem Heft). Zudem wurde auch deutlich gemacht, wie Organisationen zum Beispiel den Microblogging-Dienst Twitter bei Umwelt- und Klimathemen nutzen: Während sie damit zunächst nur kurze Mitteilungen an viele verstreute Empfänger senden, können diese Empfänger im nächsten Schritt die gleiche Nachricht weiter schicken und damit einen Schneeballeffekt erzielen (Mooney et al. 2009).

### **Aktivieren:**

Mit derartigen Informationsbemühungen ist häufig ein Handlungsanstoß verbunden: Bewegungen setzen Online-Medien ein, um Menschen von etwas zu überzeugen und zu Anschlusshandlungen zu motivieren.

Eine erste – und recht diffuse – Zielgruppe ist dabei die breitere Öffentlichkeit. Viele Umwelt- und Klima-Bewegungen versuchen, diese zu einer Reduktion umwelt- oder klima-

schädlichen Verhaltens zu animieren, Menschen also beispielsweise davon zu überzeugen, weniger oft mit dem Auto zu fahren oder in den Urlaub zu fliegen, privat und beruflich Energie zu sparen, lokale Produkte zu kaufen, ihren Stromanbieter zu wechseln usw. Dieses Anliegen kommunizieren sie üblicherweise über Internetseiten, auf denen sie teils aber nicht nur Informationen vermitteln, sondern gleich direkte Handlungsangebote machen – wie etwa Greenpeace, die online über eine Schwesterorganisation den Abschluss eines Energieversorgungsvertrages anbietet (unter [www.greenpeace-energy.de](http://www.greenpeace-energy.de)). Mitunter kommen aber auch innovative(re) Formen der Kommunikation zum Einsatz, die zur Aktivierung einer breiteren Öffentlichkeit das spezifische Potenzial von Social Media zu nutzen versuchen. Ein Beispiel ist die US-amerikanische Facebook-App(lication) „Global Warming’s Six Americas“, die Nutzer des sozialen Netzwerks zunächst Fragen über ihre Einstellungen zum Klimawandel beantworten lässt und sie auf dieser Basis einem der sechs Einstellungstypen zum Thema Klimawandel zugeordnet, die ein Team um Anthony Leiserowitz (2010) beschrieben hat („alarmed“, „concerned“, „cautious“, „disengaged“, „doubtful“, „dismissive“). Anschließend erhalten die Nutzer über Facebook Vorschläge für Verhaltensänderungen, die an ihr persönliches Profil angepasst sind. Ähnlich arbeitet die „Student switch off“-Initiative, die mit passgenauen Hinweisen auf Facebook-Seiten dafür sorgen will, dass in britischen Studentenwohnheimen häufiger Licht und Heizungen ausgeschaltet werden (O’Neill/Boycoff 2011: 244f.).

Neben einer Änderung des umwelt- bzw. klimabezogenen Verhaltens versuchen viele Organisationen, Unterstützung für die eigene Sache einzuwerben – durch den Abschluss einer Mitgliedschaft, zu der häufig direkt online Gelegenheit gegeben wird, bzw. durch finanzielle Unterstützung, die mittels Online-Appellen (Ward et al. 2003: 654), speziellen Website-Bereichen für Spenden (Jun 2011) oder Merchandising-Verkäufen (Costanza-Chock



tational action“ (Brunsting/Postmes 2002: 526). Ein Beispiel aus dem Feld des Klimaaktivismus ist die gezielte Störung der Online-Präsenz der CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Handelsbörse „European Climate Exchange“, Hacker ersetzten deren Internetseite am 23. Juli 2010 für fast 24 Stunden mit einer gefälschten Präsenz, die mit dem ironischen Werbespruch „Super Promo – Climate on Sale: Guaranteed Profit!“ auf die Problematik des Emissions-Zertifikate-Handels hinweisen sollte (s. Abb. 3). Auch der unter dem Schlagwort „Climategate“ bekannt gewordene Diebstahl der eMail-Korrespondenz einiger Klimawissenschaftler der britischen University of East Anglia im November 2009, dessen Urheber bis heute nicht bekannt sind, wird von einigen Kommentatoren einer klimaskeptischen Gruppe zugerechnet, die darauf gezielt habe, die kurz darauf stattfindende Weltklimakonferenz COP 15 in Kopenhagen zu torpedieren.

### **Vernetzen:**

Zudem lässt sich das Internet – naheliegender Weise – auch als ideales Instrument zur Vernetzung von Gruppen und Organisationen nutzen. Eine erste Variante dessen ist die Vernetzung von einzelnen Organisationen, die sich online unter gemeinsamen Dachmarken zusammenfinden. Auf globaler Ebene gibt es mehrere (untereinander teils ebenfalls miteinander vernetzte) Online-Plattformen, die einzelnen Umwelt- und Klima-Gruppen die Möglichkeit regionen- oder länderübergreifender Koordination und Kooperation bieten. Eine der sichtbarsten Plattformen dieser Art ist sicherlich die über 300 NGOs aus unterschiedlichen Ländern umfassende Internetpräsenz *tckctck* ([www.tckctck.org](http://www.tckctck.org)), hinter der die Global Campaign for Climate Action steht. Eine ähnliche Plattform auf nationaler Ebene ist die britische Stop Climate Chaos Coalition ([www.stopclimatechaos.org](http://www.stopclimatechaos.org)), in der sich mehr als 100 Gruppen von Klima-Aktivisten zusammengefunden haben.

Eine zweite Variante sind Plattformen, die nicht primär zivilgesellschaftliche Organisatio-

nen, sondern Individuen miteinander in Kontakt bringen wollen und dazu Social Media-Instrumente einsetzen, die es ihren Mitgliedern oder Interessenten ermöglichen, sich mit Gleichgesinnten auch für Aktionen außerhalb des Internet zusammen zu finden. Dies ermöglichen nahezu alle Plattformen zumindest am Rande – auch *tckctck* oder die Stop Climate Chaos Coalition haben beispielsweise eigene Seiten auf Facebook, die individuelle Kontaktaufnahme möglich machen. Aber diese Funktion steht bei einigen Organisationen deutlich stärker im Mittelpunkt als bei anderen. Ein entsprechendes Beispiel ist das global agierende Netzwerk *OneClimate.net* ([www.oneclimate.net](http://www.oneclimate.net)), das sich explizit als Entwickler medialer Community-Werkzeuge präsentiert und Klimaaktivisten eine entsprechend elaborierte Online-Community bietet. Mitglieder können sich mit Ortsangaben und Postleitzahlen anmelden und werden vom System automatisch auf Gleichgesinnte sowie klimabezogene Veranstaltungen und Aktionen in der Umgebung hingewiesen. Zudem ermöglicht *OneClimate* den Austausch der Community-Mitglieder untereinander (s. Abb. 4). Ein deutsches Beispiel ist die WWF Jugend ([www.wwfjugend.de/community](http://www.wwfjugend.de/community)), auf deren Seite sich Jugendliche mithilfe individueller Profile darstellen, nacheinander suchen und ebenfalls online vernetzen können.

Schließlich gibt es eine dritte Form von Aktivitäten, die wiederum Überlappungen zu den eben genannten Formen aufweist, deren Schwerpunktsetzung aber noch einmal eine andere ist: Plattformen, die weniger die Vernetzung *im* Internet fördern wollen, sondern vor allem auf eine Vernetzung und Wirksamkeit *außerhalb* des Internet zielen und dafür Elemente sozialer Netzwerke nutzen. Auch dies ist bei Seiten wie *tckctck* oder *OneClimate* durchaus möglich und erwünscht, steht aber anderswo viel stärker im Vordergrund. Bestes Beispiel dafür sind die stark durch Social Media unterstützten Kampagnen, die Al Gore im Anschluss an seinen Film „An Inconvenient Truth“ ab 2006 in den USA und seitdem auch

Abbildung 4



in einer Reihe anderer Länder initiierte (vgl. Nisbet/Kotcher 2009: 341ff.): „The Climate Campaign“ (ab 2006), die „We Campaign“ (ab 2008) und das heute noch aktive „Climate Reality Project“ (<http://climateralityproject.org>). Diese Kampagnen starteten mit dem Ziel, Meinungsführer, d.h. in ihren Communities möglichst einflussreiche Personen dafür auszubilden, eine Version der im „Inconvenient Truth“-Film und in den Vorträgen Al Gores verwendeten Klimawandel-Präsentation in lokalen Settings zu halten. Mehrere tausend Personen erhielten seit 2006 ein entsprechendes Vortragstraining, an dem in der Regel auch Al Gore persönlich teilnahm, und bekamen anschließend Zugang zu einer – für andere verschlossenen – Internet-Community. Dort konnten sie Vortragserfahrungen und Probleme sowie veränderte Präsentationsvarianten austauschen, erhielten wöchentliche eMails mit weiteren Informationen und motivierenden Worten nebst Ratschlägen von erfahrenen Rednern zur Verbesserung ihrer Präsentationen. Die Online-Plattform der Kampagnen wurde im Verlauf der Zeit immer wichtiger und zunehmend ausgebaut – mit Möglichkeiten, an Petitionen teilzunehmen, Videosharing-Optionen

und einer immer elaborierteren Social-Networking-Komponente inklusive eines Belohnungssystems, bei dem Nutzer, die eine bestimmte Zahl Freunde ins Netzwerk einbrachten, den Status von „We Leaders“ oder „Climate Champions“ verliehen bekamen.

### 3 | Der Weg nach Vorn

Die Klima-Debatte wird schon jetzt in hohem Maße medial und – wie die vielfältigen Beispiele zeigen – in signifikantem Umfang in Online-Medien ausgetragen. Und es wäre möglich, dass der Umfang und die Polarisierung dieser Debatte in den nächsten Jahren noch steigen, wenn im Zentrum des Streits nicht mehr vorrangig die wissenschaftliche Basis für die Diagnose eines menschengemachten Klimawandels steht, sondern es um die (Um)Verteilung der Kosten für internationale Treibhausgas-Reduktionsbemühungen, für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern, für den Umgang mit Klimaflüchtlings oder die Folgen durch klimatische Entwicklungen verschärfter gewaltsamer Konflikte geht. Spätestens dann werden die Interessen und Ressourcen vieler gesellschaftlicher Akteure

tangiert, die sich daraufhin öffentlich und online engagieren werden.

Entsprechend wichtig sollten zivilgesellschaftliche Organisationen den Einsatz von Online-Medien und Social Media nehmen. Zwar gehören Internetauftritte und -aktionen bereits zum Handlungsrepertoire vieler zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Zusammenstellung der einschlägigen Aktivitäten im Klimabereich hat aber gezeigt, dass das Gros der Organisationen und Aktionen nach wie vor im Wesentlichen auf traditionelle Formen der Pressearbeit setzt, die sie lediglich in das Internet verpflanzt oder durch das Internet unterstützt. Für viele Gruppen stellen Massenmedien nach wie vor die zentralen Zielgruppen dar, die über Internetseiten anzusprechen versucht werden. Damit wird die einfachste und kostengünstigste, aber auch die wohl am wenigsten durchschlagskräftige Form der Online-Kommunikation – die Präsentation von Informationen via Internetseiten – am häufigsten genutzt.

Umgekehrt werden die vermutlich am stärksten persuasiv und mobilisierend wirkenden Wege der Online-Kommunikation, die stärker auf Elemente von Social Media setzen, vernachlässigt. Das hat sicherlich handfeste Gründe – immerhin sind Internetseiten deutlich schneller vorbereitet als aufwändigere Online-Aktivitäten, die eben auch ein gehöriges Maß an Ressourcen und Know-How erfordern. Aber die Organisationen der Klima-Bewegung – und auch darüber hinaus – sollten sich das Potenzial diese Kommunikationsformen vergegenwärtigen. Wenn es gelingen sollte, die weitreichenden Hoffnungen in das demokratisierende und mobilisierende Potenzial des Internet zumindest teilweise einzulösen, dann bieten Social Media momentan den wohl besten Ort dafür. Auch deswegen ist davon auszugehen, dass diese Instrumente künftig wichtiger und weiter ausgebaut werden, weil sie sich für deutlich mehr Zwecke einsetzen lassen als ‚herkömmliche‘ Internetseiten. Dies werden aber auch andere Interessensgruppen für sich entdecken – etwa politische Institutionen, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen usw. bis hin zu so genannten „Klimaskeptikern“

(O’Neill/Boykoff 2011: 246f.). Schon diese wachsende Konkurrenz sollte viele Bewegungen zum Nachdenken über mögliche Erweiterungen eigener Online-Strategien ermuntern.

Flankiert werden sollten diese Bemühungen im Bereich der – vor allem Social Media-gestützten – Online-Kommunikation durch eine Intensivierung der sozialwissenschaftlichen Erforschung dieses Bereichs. Gerade über die längerfristigen Wirkungen von Online- und Social Media weiß man noch zu wenig, weil die entsprechende Forschung bis jetzt zu wenig Zeit hatte, um klare Ergebnisse zu produzieren. Es gibt also noch Forschungsbedarf, und gerade im Verbund mit sozialen Bewegungen wäre es sinnvoll, diesen einzulösen.

*Dr. Mike S. Schäfer* ist Juniorprofessor am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Hamburg und leitet die Forschungsgruppe „Media Constructions of Climate Change“ am Bundesexzellenzcluster „CliSAP“. Kontakt: mike.schaefer@zmaw.de.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Ich danke Sarah Pleger, Jochen Roose, Andreas Schmidt und Inga Schlichting für hilfreiche Kommentare zu diesem Artikel.
- <sup>2</sup> Die Studie wurde im Rahmen des von der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft geförderten Bundes-Exzellenzclusters „Integrated Climate System Analysis and Prediction (CliSAP)“ (Fördernummer EXC 177) an der Universität Hamburg gefördert. An ihr haben neben dem Autor auch Anita Engels, Herrmann Held, Otto Hüther, Irene Neverla, Beate Ratter and Monika Taddicken mitgearbeitet.

## Literatur

ARD-ZDF-*Onlinestudie.de* 2011: ARD-ZDF-*Onlinestudie* 2011. [www.ard-zdf-onlinestudie.de](http://www.ard-zdf-onlinestudie.de) [19.3.2012].

*Arlt, Dorothee/Hoppe, Imke/Wolling, Jens* 2011: Climate change and media usage: Ef-

fects on problem awareness and behavioural intentions. In: *International Communication Gazette*, Jg. 73, Heft 1-2, 45-63.

*Askanius, Tina/Uldam, Julie* 2011: Online social media for radical politics: climate change activism on YouTube. In: *International Journal of Electronic Governance*, Jg. 4, Heft 1-2, 69-84.

*Brunsting, Suzanne/Postmes, Tom* 2002: Social movement participation in the digital age - Predicting offline and online collective action. In: *Small Group Research*, Jg. 33, Heft 5, 525-554.

*Costanza-Chock, Sasha* 2003: Mapping the Repertoire of Electronic Contention. In: *Opel, Andy/Pomper, Donnaly* (Hg.): *Representing Resistance - Media, Civil disobedience, and the global justice movement*. Westport: Praeger, 173-191.

*Cottle, Simon* 2008: Reporting demonstrations: The changing media politics of dissent. In: *Media, Culture & Society*, Jg. 30, Heft 6, 853-872.

*Fanenbruck, Gloria* 2010: *The Role of New Media in Protest Organisation. A Case Study of „The Wave“ climate change protest in London, UK, 5th December 2009*. Rotterdam: Faculty of History and Arts, Erasmus University Rotterdam (Masters Thesis).

*Greenberg, Josh/Knight, Graham/Westerlund, Elizabeth* 2011: Spinning climate change: Corporate and NGO public relations strategies in Canada and the United States. In: *International Communication Gazette*, Jg. 73, Heft 1-2, 65-82.

*Gunkel, David* 2005: Editorial: Introduction to hacking and hacktivism. In: *New Media & Society*, Jg. 7, Heft 5, 595-597.

*Hall, Nina L./Taplin, Ros* 2008: Room for climate advocates in a coal-focused economy? NGO influence on Australian climate policy. In: *Australian Journal of Social Issues*, Jg. 43, Heft 3, 359-379.

*Jun, Jungmi* 2011: How climate change organizations utilize websites for public relations. In: *Public Relations Review*, Jg. 37, Heft 3, 245-249.

*Kavada, Anastasia* 2010: Activism Transforms Digital: The Social Movement Perspective. In: *Joyce, M.* (Hg.): *Digital Activism Decoded*. New York & Amsterdam: International debate and education association, 101-118.

*Kiesler, Sara/Siegel, Jane/McGuire, Timothy W.* 1984: Social Psychological Aspects of Computer-Mediated Communication. In: *American Psychologist* Jg. 39, Heft 10, 1123-1134.

*Leiserowitz, Anthony/Maibach, Edward/Light, Andrew* 2010: *Global Warming's Six Americas*. New Haven: Yale University and George Mason University.

*Lester, Libby/Hutchins, Brett* 2009: Power games: environmental protest, news media and the internet. In: *Media, Culture & Society*, Jg. 31, Heft 4, 579-595.

*Mooney, Peter/Winstanley, Adam C./Corcoran, Padraig* 2009: Evaluating Twitter for Use in Environmental Awareness Campaigns. In: *Winstanley, Adam* (Hg.): *Proceedings of the China-Ireland Information and Communications Technologies Conference (CICT 2009)*. Maynooth: Department of Computer science, NUI Maynooth, 83-86.

*Neidhardt, Friedhelm* 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: *Neidhardt, Friedhelm* (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.

*Nisbet, Matthew C./Kotcher, John E.* 2009: A Two-Step Flow of Influence? Opinion-Leader Campaigns on Climate Change. In: *Science Communication*, Jg. 30, Heft 3, 328-354.

*O'Neill, Saffron/Boykoff, Maxwell* 2011: The role of new media in engaging individuals with climate change. In: *Whitmarsh, Lorraine et al.* (Hg.): *Engaging the public with climate change: Communication and behaviour change*. London: Earthscan, 233-251.

*Peters, Hans Peter/Heinrichs, Harald* 2005: *Öffentliche Kommunikation über Klimawandel und Sturmflutrisiken. Bedeutungskonstruktion durch Experten, Journalisten und Bürger*. Jülich: Forschungszentrum Jülich.

*Sampei, Yuki/Aoyagi-Utsui, Midori* 2009: Mass-media coverage, its influence on

public awareness of climate-change issues, and implications for Japan's national campaign to reduce greenhouse gas emissions. In: *Global Environmental Change*, Jg. 19, Heft 2, 203-212.

Seo, Hyunjin/Kim, Young Ji/Yang, Sung-Un 2009: Global activism and new media: A study of transnational NGOs' online public relations. In: *Public Relations Review*, Jg. 35, Heft 2, 123-126.

Stamm, Keith R./Clark, Fiona/Reynolds Eblaca, Paula. 2000: Mass communication and public understanding of environmental problems: The case of global warming. In: *Public Understanding of Science*, Jg. 9, Heft 3, 219-237.

Straus, Susan G. 1997: Technology, Group Process, and Group Outcomes: Testing the Connections in Computer-Mediated and Face-

to-Face Groups. In: *Human-Computer Interaction* Jg. 12, Heft 3, 227-265.

Synovate 2010: *Climate Change Global Study 2010*. Bonn: Deutsche Welle.

Taddicken, Monika/Neverla, Irene 2011: Klimawandel aus Sicht der Mediennutzer. Multifaktorielles Wirkungsmodell der Medien- erfahrung zur komplexen Wissensdomäne Klimawandel. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Jg. 2011, Heft 4, 505-525.

Ward, Stephen J./Gibson, Rachel/Lusoli, Wainer 2003: Online Participation and Mobilisation in the UK: Hype, Hope and Reality. In: *Parliamentary Affairs*, Jg. 56, Heft 4, 652-668.

Weber, Melanie 2008: *Alltagsbilder des Klimawandels. Zum Klimabewusstsein in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

## Experten in Blogs. Positive und negative Aspekte

Roger Pielke Jr.

2004 verlangte ich von den Studierenden eines Seminars zu *science and technology policy* ein kreatives Abschlussprojekt. Ein Student schlug vor, einen Blog zum Seminarthema anzulegen, der auch von unserem Forschungszentrum genutzt werden könnte. Internetblogs waren mir damals kaum ein Begriff – und mein Eindruck war, dass der Student sich mit dem Projektvorschlag eher vor ernsthafter Arbeit drücken wollte.

Acht Jahre später betreibe ich selbst zwei Blogs, einen zum Themenfeld Wissenschaft, Politik und Innovation, den anderen zu Sportpolitik. Beide sind heute ein unentbehrlicher Teil meines täglichen Forschens und Lehrens. In den vergangenen Jahren beschäftigte sich mein Wissenschaftspolitik-Blog schwerpunktmäßig mit Klimaforschung und Klimapolitik. Er

wurde für mich zu einer wichtigen Quelle in diesem Themenbereich und war unerlässlich für die Arbeit an meinem letzten Buch *The Climate Fix: What Scientists and Politicians Won't Tell You About Global Warming*.

Trotzdem das Bloggen ein außerordentlich dankbarer und produktiver Teil meines Forschens und Schreibens geworden ist, gibt es auch Kehrseiten. Wenn sich Experten in Blogs äußern, hat dies meines Erachtens nach immer eine Reihe Vor- und Nachteile. Im Folgenden werde ich einige davon, am Beispiel des vielbeachteten und kontrovers diskutierten Klimathemas, diskutieren.

Ein Blog ist zunächst einmal nicht mehr als ein öffentliches Notizbuch. Anfang 2012 listete Technorati, eine Blog-Suchmaschine, insgesamt 1.290.260 Blogs auf (mein Wissen-

schaftsblog rangierte damals unter den besten 0,1% der dort gelisteten Blogs). Viele Menschen nutzen Blogs, um ihre persönlichen Erfahrungen, ihr Familienleben und ihre Meinung zu teilen. Zunehmend werden Blogs jedoch auch von Wissenschaftlern sowie anderen Experten genutzt, um ihre Arbeit und ihre Perspektiven zu kommunizieren. Vor der Entwicklung des Internets zum sozialen Medium wurden Expertenansichten überwiegend durch die Leserbriefseiten der führenden Zeitungen verbreitet. Heutzutage kann gewissermaßen jeder eine Leserbriefseite erstellen und sie in der gesamten Welt verbreiten.

In zahlreichen Forschungsbereichen sind Blogs zu einem wichtigen und auch politisch relevanten Forum der wissenschaftlichen Debatte geworden. Der US Chronicle of Higher Education beispielsweise berichtete, dass in der Bloggerszene viele wichtige ökonomische Themen in Echtzeit diskutiert würden: „Now debates that once took place in conferences or classrooms are carried out publicly and can be preserved and indexed. And, because of the conventions of blogging, economists' thoughts are expressed in far more accessible prose than is typically found in scholarly journals.“<sup>1</sup> Der Economist argumentiert, dass das Bloggen zu ökonomischen Themen eine Plattform für Ideen außerhalb des Mainstreams geboten habe, was zu einer Wiederbelebung der Debatte führte und neue Denkansätze stimulierte.<sup>2</sup>

Aber nicht alle sind glücklich mit dieser Egalisierung des intellektuellen Spielfeldes. Paul Krugman, Wirtschaftsnobelpreisträger und Autor einer vielgelesenen Kolumne in der New York Times (für die er auch einen ebenso gut frequentierten Blog schreibt) beispielsweise befürchtet eher, dass Blogs eine aggressive, von Vorurteilen geprägte Haltung in die Debatte einbringen, wenn er erklärt: „[T]here is no such thing in modern America as a pundit respected by both sides. [And] there are people writing about economic issues who are a lot less confrontational than I am; how often do you hear about them?“<sup>3</sup> Starke Persönlichkeiten, gelegentlich unzensurierte und oft hochtheoretische

Diskurse sowie teilweise obskure Themen verleihen der von Experten dominierten Bloggerszene ein gewisses Wild-West-Flair, bei dem man nur dann einen Saloon betreten sollte, wenn man sich bereit fühlt für das, was dort passieren kann.

Meiner Erfahrung nach gibt es kein Thema, das in der Blogosphäre mit mehr Leidenschaft diskutiert wird und mehr Einfluss auf die Debatte außerhalb dieser Sphäre hatte als der Klimawandel, insbesondere seit 2005. Leider ist es im Nachgang der Kopenhagener Klimakonferenz von 2009, die in Bitterkeit und Unsicherheit endete, ruhiger um das Thema geworden. Zwar mag das Thema innerhalb der Bloggerszene nach wie vor intensiv diskutiert werden, seine Verankerung in der allgemeinen öffentlichen Debatte ist seitdem jedoch deutlich weniger stark. Meine Erfahrung als eher moderater Klimablogger, der teils in vielbeachtete Debatten involviert war, bot mir dennoch ein Training unter verschärften Bedingungen und hielt interessante Lektionen bezüglich des Bloggens von Experten für mich bereit.

## 1 | Drei positive Aspekte des Bloggens in der Klimadebatte

*Blogs helfen, einen öffentlichen Dialog mit Experten in die Praxis umzusetzen.*

Blogs bieten einen direkten und unmittelbaren Mechanismus, um Wissenschaftler und andere Experten mit einer größeren Gemeinschaft in Kontakt zu bringen. Für diejenigen, die eine intensivere Verbindung von Experten und Öffentlichkeit wünschenswert finden, waren und sind Blogs insofern eine wichtige Neuerung. Ein frühes und prominentes Beispiel eines solchen Blogs ist RealClimate.org, der von einer international zusammengesetzten Gruppe von Atmosphärenforschern aus Wissenschafts- und Regierungskreisen betreut wird. Das Feld ist gewachsen und inzwischen nehmen viele Experten aus Wirtschaft, Politik sowie den Natur- und Sozialwissenschaften die

Gelegenheit wahr, ihre Forschung in der Bloggerszene zu kommentieren und sich an politischen Diskussionen zu beteiligen. Heutzutage gibt es Dutzende von klimabezogenen Blogs, die von Experten betrieben werden. Der Einbezug solcher Stimmen hat nicht nur die Vernetzung zwischen Experten erleichtert, er hat auch die Bandbreite der verfügbaren Informationen zum Klimathema erweitert, differenziert und kontroverser gestaltet.

*In ihrer Gesamtheit sind Blogs eine unschlagbare Informationsquelle für diejenigen Experten, die in der Lage sind, komplexe und widersprüchliche Informationen sinnvoll zu nutzen.*

Experten wie politische Entscheidungsträger, Journalisten und Wissenschaftler (egal ob anerkannt oder nicht) produzieren nicht nur Bloginhalte, sie konsumieren sie auch. Meine Erfahrung ist, dass Blogs eine bessere Quelle für gute Forschungsideen bieten als wissenschaftliche Zeitschriften, Konferenzen oder E-Mailisten. Blogs ersetzen diese anderen Kommunikationsmittel nicht, stellen jedoch eine sinnvolle Ergänzung dar. Im Rahmen meiner Forschung konsultiere ich täglich viele Blogs. Sie waren unschätzbar wertvoll bei der Arbeit an meinem Klimabuch und leisten derzeit einen wertvollen Beitrag bei meinen Forschungen zum Thema Innovation. Auch im Unterricht nutze ich Blogs als effektive Ergänzung der Forschungsliteratur, weil sie oft besser zugänglich und unterhaltsamer sind als die üblichen Lehrbücher und wissenschaftlichen Artikel.

*Blogs bieten einen umfassenden Überblick über die Argumente einer Diskussion – substantielle, logische, politische etc.*

Es gibt eine Menge Rauschen und viele unzuverlässige Informationen im Internet – auch in vielen Blogs. Einem Experten, mit der Fähigkeit, Argumente, Behauptungen, Daten und Methoden unabhängig zu bewerten, können Blogs jedoch als reichhaltige Ressource dienen, die sich durch ein hohes Maß und eine große Bandbreite an Beteiligung sowie einzigartige

Schnelligkeit auszeichnet. Schließlich umfasst ein einfaches *peer-review*-Verfahren, mit dem Zeitschriften die Güte eines wissenschaftlichen Artikels bewerten, in der Regel zwei bis fünf Gutachter, die innerhalb eines Monats Kommentare zur Qualität des Textes abgeben. Im Vergleich dazu bin ich oft in Blogdiskussionen und -debatten mit Dutzenden von Beteiligten involviert, von denen viele professionelle Gutachter sind, und bei denen Hunderte oder sogar Tausende von Kommentaren über Stunden, Tage und Wochen ausgetauscht wurden. Diese Form der Aufmerksamkeit ist der Inbegriff dessen, was der Wissenschaftsphilosoph Jerry Ravetz als „*extended peer review*“ bezeichnet hat. Sinnvoll genutzt, kann es die Qualität eines Forschungsprodukts in einer Weise verbessern, die im Rahmen eines einfachen *peer-review*-Verfahrens nie möglich wäre. Der offene und erweiterte *review* kann zudem dazu beitragen, (auch) bei Nicht-Experten Vertrauen in Forschungsergebnisse und deren Entstehung zu erzeugen.

## 2 | Drei negative Aspekte des Bloggens in der Klimadebatte

*Blogs offenbaren politische Unterschiede zwischen Experten – ein positiver Aspekt. Aber damit werden schnell alle Argumente durch eine politische Brille betrachtet, was das Publikum dazu zwingt, sich auf eine Seite zu stellen.*

Wenn Experten Argumente präsentieren, die theoretisch, komplex oder nuanciert (oder alles zusammen) sind, kann es für die allgemeine Öffentlichkeit schwierig werden, diese Argumente zu bewerten. Es passiert dann leicht, dass die Bewertung eines Arguments nicht nur durch dessen Güte, sondern durch andere Faktoren zustande kommt. Solche anderen Faktoren können z.B. die generelle Glaubwürdigkeit des Urhebers sein, oder dessen bzw. deren Art der Präsentation. Sehr oft wird auch ein klarer politischer Filter als Ersatzfaktor benutzt: Wichtig ist dann, auf welcher Seite einer Diskussion ein Experte (vermeintlich) zu verorten

ist oder welche Vorteile sich daraus ergeben könnten, dass der Experte recht hat oder auch nicht. Die Experten selbst tragen zu dieser Dynamik bei, wenn sie die Argumente ihrer Gegner – zum Teil sogar in dem Wissen, dass die öffentliche Debatte empfänglich für solche Behauptungen ist – auf Grundlage dieser sekundären Merkmale kritisieren, statt auf die Argumente selbst einzugehen. Im Endeffekt kann dies in jedem Fall dazu führen, dass eine theoretische Debatte in eine rein politische Diskussion zwischen rivalisierenden „Lagern“ abgeleitet. In der Klimadebatte ist dies oft vorgekommen. Es ist extrem schwierig, in Blog-Diskussionen den Fokus auf jene Fragen aufrecht zu erhalten, die durch Logik oder Daten gelöst werden können, da diese oft von wertorientierten Debatten überlagert werden.

*Blogs verwischen Autorität und machen Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Transparenz innerhalb von Sachverständigenorganisationen dadurch umso wichtiger.*

Jeder kann einen Blog ins Leben rufen. Und jeder kann einen Experten oder eine Sachverständigenorganisation kritisieren. Dabei kann es vorkommen, dass einzelne Blogger Organisationen, die nicht konsequent auf die Wahrung des in sie gesetzten Vertrauens und damit die eigene Legitimation achten, in eine Krise stürzen können. Die Probleme des *Intergovernmental Panel on Climate Change* in den vergangenen Jahren belegen anschaulich, wie eine Organisation, die einst unhinterfragtes Vertrauen genoss, dieses innerhalb sehr kurzer Zeit verlieren kann. Das IPCC selbst hat dazu durch die fehlende Transparenz seiner Abläufe beigetragen – zum Beispiel fehlte dem IPCC eine klare Regel, wie es mit Interessenskonflikten umgehen soll. Dies wurde problematisch, als ein Blogger aufdeckte, dass einer der zentralen Befunde in einem Bericht zu erneuerbaren Energien von einem Interessensvertreter aus dem Bereich erneuerbarer Energien dort platziert worden war. Welchen Wert auch immer dieser Befund de facto gehabt haben mag – auf Grund der fehlenden Transparenz und der ungeschick-

ten Reaktion des IPCC auf die Kritik aus den Blogs hatte das Panel seine Legitimation nach diesem Vorfall verloren. In einem Zeitalter des einfachen Zugangs zu Informationen müssen Sachverständigenorganisationen lernen, offener und transparenter zu werden, auch wenn das nicht immer komfortabel ist.

*Blogs können Unsicherheiten bei der allgemeinen Öffentlichkeit über Entscheidungsoptionen erhöhen und dadurch die Rolle des ehrlichen Vermittlers umso wichtiger werden lassen.*

Wo es eine einzige oder einige wenige autoritative Stimmen gibt, scheint der Grad an Unsicherheit bezüglich der gegebenen Informationen weniger ausgeprägt zu sein als da, wo viele Stimmen verschiedene Perspektiven und Meinungen zum Ausdruck bringen. Dies kann, abhängig vom Kontext, gut oder schlecht sein. Diese Dynamik bedeutet, dass es in einigen Fällen eigentlich weniger Unsicherheit darüber gibt, was eine gute Entscheidung ausmacht, als von der Öffentlichkeit angenommen – als Beispiel könnte man die wahrgenommene Verbindung von Impfung und Autismus anführen, trotz der die Mehrheit der Experten Impfungen als gute Sache ansieht. Ein anderer Kontext, bei dem es gut für die Öffentlichkeit wäre, zu verstehen, dass es ein höheres Maß an Unsicherheit bei der Entscheidungsfindung gibt als von den Experten im Allgemeinen geäußert, ist der Klimawandel. Über viele Jahre hinweg präsentierten Experten einen globalen verbindlichen Vertrag als die einzige Option, um der Zunahme von Treibhausgasen zu begegnen. Diese Ansicht ist im Zuge der desaströsen Kopenhagener Konferenz von 2009 kollabiert. Bei Sachverhalten wie Impfungen und Klimastrategien würden Entscheidungsfindungsprozesse verbessert, wenn Institutionen sensibler für moderne Kommunikationstechniken wären. Denn diese können Menschen helfen, nicht nur wissenschaftliche Themen zu verstehen, sondern auch Entscheidungsalternativen und deren Konsequenzen.

Bloggen hat Konsequenzen für Individuen und Kollektive. Die Aufmerksamkeit auf diese Konsequenzen zu richten, kann helfen zu entscheiden, ob man für oder gegen diese Form der Kommunikation ist. Und, falls man sich dafür entscheidet, wie man unter Beachtung aller zweifellos vorhandenen kritischen Aspekte das Beste daraus macht. Bloggen ist heutzutage Teil einer Vielzahl von *social media* Technologien, die sich weiterentwickeln und offen sind für neue Möglichkeiten des Dialogs von Experten untereinander und mit der breiteren Öffentlichkeit. Die sinnvolle Nutzung solcher Hilfsmittel wird jedoch unsere permanente Aufmerksamkeit erfordern.

*Dr. Dr. h.c. Roger Pielke jr.* ist Professor für „Environmental Studies“ am Center for

Science and Technology Policy Research der University of Colorado in Boulder und bloggt zu „Science, Innovation, Politics“ unter <http://rogerpielkejr.blogspot.de>. Kontakt: [rpielkejr@gmail.com](mailto:rpielkejr@gmail.com)

Übersetzung von *Yamina Ebrt*.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> <http://chronicle.com/article/Dim-Sum-for-the-Mind-/130263/> [zuletzt geprüft: 01.02.2012].

<sup>2</sup> <http://www.economist.com/node/21542174> [zuletzt geprüft: 01.02.2012].

<sup>3</sup> <http://krugman.blogs.nytimes.com/2012/01/04/the-nonsense-problem> [zuletzt geprüft: 01.02.2012].

## Ausweitung der Kampfzone: Die Klimablogosphäre

Werner Krauss

### 1 | Einleitung

In der Literatur zu sozialen Medien werden wissenschaftliche Blogs als eine Chance für Wissenschaftler beschrieben, ihre Arbeiten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sich selbst oder die eigene Institution darzustellen (Ashlin/Ladle 2006). Blogs werden auch als eine Möglichkeit für junge Forscher angesehen, „manche hierarchische Strukturen in der deutschen Forschungslandschaft zu umgehen“ und „frischen Wind ins Gefüge“ zu bringen (Lugger 2009). Andere hingegen warnen davor, dass die typische Blog-Mischung aus Wissenschaft und persönlicher Meinung nicht immer in der „scientific community“ auf Akzeptanz stößt (Bonetta 2007). Die Zuwachsraten der Blogs sind

dennoch enorm; so stellt sich zum Beispiel die „Geoblogosphere“ als eine schnell wachsende Gemeinschaft von vor allem jungen, männlichen Geowissenschaftlern dar, die in ihren Blogs eigene Ideen, Reviews von wissenschaftlichen Artikeln und Erlebnisse aus der eigenen Forschung präsentieren (Geißler 2011). Dieses weitgehend harmonische Bild steht allerdings in einem deutlichen Kontrast zur Klimablogosphäre, die sich als eine Ausweitung der politisierten Klimadebatte ins Internet erweist. Auch wenn Klimablogs die oben genannten Elemente aufweisen, so sind Grenzüberschreitungen zwischen der wissenschaftlichen und politischen Sphäre ihr eigentliches Kennzeichen. Klima ist ein heißer Gegenstand, der wissenschaftlich, politisch und medial aufgeladen ist.

### 1.1 | Die deutschsprachige Blogosphäre

Während in der deutschen Klimadebatte so genannte Klimaskeptiker eine im Vergleich zu Nordamerika eher untergeordnete Rolle spielen (von Storch/Krauss 2005), so gilt dies nicht für das Internet. Ein Großteil derjenigen Blogs, die thematisch auf den Klimawandel ausgerichtet sind, lässt sich einem von zwei Lagern zuordnen: die einen, die sogenannten Warner oder Alarmisten, betrachten den anthropogenen Klimawandel und die Bedrohung, die von ihm ausgeht, als eine wissenschaftliche Tatsache; die anderen, die sogenannten Klimaskeptiker, schätzen den Einfluss des Menschen oder die Relevanz des Klimawandels geringer ein. Beide Seiten wollen die Öffentlichkeit über die wissenschaftliche Wahrheit zum Klimawandel aufklären und gleichzeitig die Wissenschaft vor ideologischer Verunreinigung oder politischer Instrumentalisierung retten. Vor allem aber beziehen sich beide Seiten in ihren Posts immer

wieder aufeinander, als ob ein faustischer Pakt sie aneinander gekettet hätte. Die gesellschaftliche Brisanz dieser Debatte drückt sich in der enorm großen Zahl an anonymen Kommentaren aus, die (in beiden Lagern) weit in der Mehrheit gegenüber solchen mit Namensnennung sind.

### 1.2 | Die Blogosphäre als nervöses System

Im Sinne des Ethnologen Michael Taussig (1992) verstehe ich die Blogosphäre als ein nervöses System, in dem die diskursive Hegemonie über den Klimawandel und damit verbunden über gesellschaftspolitische Vorstellungen, ausgefochten wird. Der Begriff „nervöses System“ weckt die Assoziation an gesellschaftliche Nervenbahnen, welche die Sorge des Bloggers um seine Reputation mit der Furcht vor dem drohenden Weltuntergang und/oder dem gesellschaftlichen Verfall, die beide der Rede



über die Klimakatastrophe immanent sind, verbindet. Kurz, in Klimablogs geht es immer wieder um „das Große und Ganze“ der eigenen Existenz und des Weltgeschehens – und sie bieten zumindest in dieser Hinsicht ein realistisches Abbild einer Gesellschaft in Zeiten des Klimawandels.

Im Folgenden werde ich einen kurzen Überblick über den harten Kern der Klimablogosphäre geben und darstellen, wie sich einzelne Blogs in dieser Debatte positionieren. Es lässt sich dabei eine relativ klare Aufteilung feststellen: auf Seite der Warner sind vor allem Blogs von oft prominenten Vertretern der Klimawissenschaften zu finden, auf der Seite der Skeptiker hingegen bloggen zumeist so genannte Laien, die allerdings ebenfalls oft über einen akademischen Hintergrund oder fachnahe Berufserfahrung z. B. als Ingenieure oder Techniker verfügen. Die Algorithmen von Suchmaschinen sorgen dafür, dass oft ganz ungleichgewichtige Spieler in den Suchergebnissen nebeneinander stehen – die digitale Realität stimmt mit der analogen nicht unbedingt überein. Durch die Blogosphäre entstehen vielmehr, wie ich zum Schluss zeigen werde, ganz neue Öffentlichkeiten, die in keine vorgefertigten Kategorien passen und dennoch eine Vorschau auf zukünftige Entwicklungen geben.

## 2 | Klimablogs

Meine Sicht auf die Blogosphäre und meine Interpretation beruhen auf meiner mehr als zweijährigen „teilnehmenden Beobachtung“ als Ethnologe und aktiver Blogger auf dem Blog *Die Klimazwiebel* (s.u.). Die Auswahl der Klimablogs, die ich im weiteren Verlauf vorstelle, resultiert aus diesen Erfahrungen und beansprucht keinesfalls Vollständigkeit. Es handelt sich um exemplarische Blogs aus beiden Lagern, und mein Augenmerk richtet sich auf ihre institutionelle Verfassung, ihre Positionierung in der Klimadebatte und ihre wissenschaftspolitische Ausrichtung.<sup>1</sup>

### 2.1 | ETH Klimablog

<http://blogs.ethz.ch/klimablog/> [zuletzt geprüft: 09.02.12]

Die eidgenössische technische Hochschule Zürich (ETH) betreibt einen eigenen professionellen Klimablog, der im November 2009 zuerst versuchsweise ins Leben gerufen wurde, um neue Formen der universitären Öffentlichkeitsarbeit zu testen, und sich dann fest etabliert hat. Professionell heißt hier, dass das Blog von zwei Redakteurinnen betreut wird. Autoren sind Professoren, Forscher und Studierende der ETH sowie Gastautoren aus Wissenschaft und öffentlichem Leben. Das ETH Klimablog grenzt sich unmissverständlich von den Aktivitäten der Skeptiker in der Blogosphäre ab, die von diesen unverhältnismäßig dominiert werde. Vielmehr soll „Wissenschaft aus erster Hand“ vermittelt werden, um die breite Bevölkerung, Wirtschaft, Politik und anderes Fachpublikum zu informieren. Der akademisch-wissenschaftliche Charakter wird durch die Nennung des akademischen Grades der Autoren – meist Professoren – verstärkt, und anonyme Kommentare sind generell nicht zugelassen.

### 2.2 | KlimaLounge

<http://www.scilogs.de/wblogs/blog/klima-lounge> [zuletzt geprüft: 09.02.12]

Die KlimaLounge ist das wahrscheinlich bekannteste deutschsprachige Klimablog, das von drei Klimaforschern gegründet wurde, von denen Stefan Rahmstorf vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung der bekannteste ist. Rahmstorf ist Berater der Bundesregierung und Mitbegründer des populären amerikanischen Klimablogs [realclimate.org](http://realclimate.org). Die KlimaLounge verteidigt aggressiv die These vom anthropogenen Klimawandel, und insbesondere Rahmstorf wirft dabei seine wissenschaftliche Reputation immer wieder in die Waagschale und erwidert minutiös die Argumente der Skeptiker. Das Blog erregte Aufsehen und erreichte seine höchste Kommentardichte durch eine Klimawette über die Temperaturentwicklung

im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends, und missliebige Journalisten oder Medienmeldungen werden offen zur Rechenschaft gezogen – was, wie erst kürzlich, auch in Gerichtsverhandlungen enden kann.

### 2.3 | Die Klimazwiebel

<http://klimazwiebel.blogspot.com> [zuletzt geprüft: 09.02.12]

Die Klimazwiebel gibt es seit Dezember 2009. Ihre Besonderheit besteht darin, dass sie neben naturwissenschaftlichen Klimaforschern auch Soziologen und einen Ethnologen als Herausgeber und Stammautoren hat. Wie auch das ETH-Klimablog nimmt die Klimazwiebel das Etikett des „honest broker“ für sich in Anspruch, positioniert sich aber deutlich anders in der Klima-Blogosphäre. Als Reaktion auf Debatten um den Hockeystick und später Climategate suchte die Klimazwiebel von Anfang an den Dialog mit den Skeptikern, ohne jedoch von der grundlegenden Annahme des menschengemachten Klimawandels als einer Tatsache abzurücken. Das Blog ist zweisprachig, um sich auch in der anglo-amerikanischen Klimadebatte Gehör zu verschaffen. Auch wenn vier Herausgeber und Autoren des Blogs vom Helmholtz Zentrum Geesthacht sind, legen die Autoren Wert auf die Unabhängigkeit des Blogs. Das prominenteste Mitglied der Klimazwiebel ist der renommierte (und streitbare) Klimaforscher Hans von Storch, und ihre Autoren experimentieren mit postnormalen sowie Natur-, Sozial- und Kulturwissenschaften übergreifenden Ansätzen.

### 2.4 | Primaklima

<http://www.scienceblogs.de/primaklima/> [zuletzt geprüft: 09.02.12]

Primaklima ist ein Beispiel für ein Blog, das von einem einzelnen Klimawissenschaftler, Georg Hoffmann, betrieben wird. Nach eigener Aussage ist seine Richtlinie der wissenschaftliche Standard des Weltklimaberichts des *Intergovernmental Panel of Climate Change*

(IPCC). In seinen Posts diskutiert er regelmäßig wissenschaftliche Veröffentlichungen oder Ereignisse aus der internationalen Klimaszene aus einer oftmals persönlich gefärbten Sicht, woraus sich meist längere und intensiv geführte und betreute Diskussionen ergeben. Andererseits wählt Hoffmann auch regelmäßig Persönlichkeiten aus, die sich öffentlich zum Klimawandel geäußert haben, um sie mit der Verleihung des Preises „Klimaschmök des Monats“ an den digitalen Pranger zu stellen – ein Beispiel für den schmalen Grat zwischen dem Werben um Leserschaft, aufklärerischer Absicht und Rufmord, auf dem viele Blogs balancieren.

### 2.5 | EIKE

<http://www.eike-klima-energie.eu/> [zuletzt geprüft: 09.02.12]

EIKE steht für „Europäisches Institut für Klima und Energie“ mit dem Wahlspruch „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit. Umweltschutz: Ja! Klimaschutz: Nein!“ Das Institut unterhält einen Fachbeirat mit internationalen Wissenschaftlern zumeist mit Professorentiteln, die aber in der Klimawissenschaft über keine Reputation verfügen. Es ist vielleicht am ehesten mit US-Lobbygruppen von Klimaskeptikern zu vergleichen, mit denen sie auch in engem Kontakt stehen. Wie diese veranstaltet EIKE in seiner Mission gegen Klimaschutz und Energiewende auch Symposien und Tagungen, und einzelne Mitglieder versuchen gezielt (und manchmal auch erfolgreich), in die Medien zu kommen. Auf ihrem Blog finden sich vor allem Posts zur Klimaforschung sowie zur Energie- und Umweltpolitik, die oft in scharfem polemischen Ton angegriffen und als grüne Weltverschwörung angeprangert werden.

### 2.6 | ScienceSkeptical Blog

<http://www.science-skeptical.de/> [zuletzt geprüft: 09.02.12]

Das Motto dieses im Oktober 2009 von interessierten Laien (mit teilweise akademischen

Hintergrund) ins Leben gerufenen Blogs lautet „Wissenschaft kritisch hinterfragt“ und erweitert den Begriff des Skeptikers: Die Autoren wenden sich nicht nur gegen die These eines bedrohlichen menschengemachten Klimawandels, sondern auch gegen einen naiven Expertenglauben und die Wechselwirkung zwischen einer politisierten Wissenschaft und der Umwelt-, Energie- und Gesellschaftspolitik. Die strikte Trennung von Wissenschaft und Politik und das Plädoyer für eine freie Wirtschaft als Regulator und Motor technologischer Innovationen sind immer wiederkehrende Topoi. Erstaunlicherweise veröffentlicht der Großteil der ca. 15 Stammautoren unter Pseudonym, was auf die Brisanz des Klimathemas auch für andere gesellschaftliche Bereiche außerhalb der Universität schließen lässt. Ihre Hauptautoren schalten sich oft in Diskussionen auf anderen Blogs ein oder verlinken Debatten von anderen Blogs auf ihrer eigenen Seite. Diese Offenheit ist nicht in allen Lagern anzutreffen, ist aber ein Indiz für den oft engen Kommunikationszusammenhang innerhalb der Klimablogosphäre.

### 2.7 | NoTricksZone

<http://notrickszone.com/> [zuletzt geprüft: 09.02.12]

NoTricksZone ist ein Beispiel für ein von einem interessierten Laien mit naturwissenschaftlicher Ausbildung verfasstes Skeptiker-Blog. P. Gosselin, ein in Deutschland lebender Amerikaner mit naturwissenschaftlicher Ausbildung, diskutiert ebenfalls neuere Klimaforschungen aus einer kritischen Skeptikerperspektive. Für ihn ist der anthropogene Klimawandel nur eine faule Entschuldigung für Politiker für ihre Versäumnisse auf wichtigeren Gebieten wie Armut, Unternahrung oder Erziehung. Eine große Lust an Debatten und Diskussionen vermischt sich hier oft mit einer Neigung zu starker Polemik. So beschäftigt er sich in einem jüngeren Beitrag damit, dass der gegenwärtig warme Winter meteorologischen Berechnungen nach voraussichtlich noch sehr kalt werden wird

und sich daher die „kooks“ (die Spinner), die immer noch behaupten, dass es zu warm wird, noch warm werden anziehen müssen.

### 3 | Neue Öffentlichkeiten

Die Klimablogosphäre vermittelt, wie diese exemplarisch ausgewählten Blogs zeigen, ein ganz eigenes Bild, das sich von der in Deutschland gewohnten Mehrheitsmeinung deutlich unterscheidet. Doch man sollte sich nicht davon täuschen lassen, dass Skeptiker in der deutschen Klimadebatte nur eine untergeordnete Rolle spielen. Das Internet unterläuft die in den traditionellen Medien vorherrschende Meinung und eröffnet einen neuen Blick auf die gesellschaftliche Dynamik in Zeiten des Klimawandels. Wer einen Einblick in die nationalen Befindlichkeiten der globalen Klimadebatte gewinnen möchte, tut gut daran, sich in den deutschsprachigen Klimablogs umzusehen. Doch darüber hinaus hat die Klimablogosphäre weitreichende Wirkungen auf die wissenschaftliche und politische Klimadebatte. Sie erweist sich tatsächlich als ein nervöses System, das die Gegenwart abtastet, neue Öffentlichkeiten schafft und die Zukunft auszuloten versucht.

Die Zahl der Klicks der meisten Blogs ist erstaunlich hoch (im Schnitt mehrere hundert pro Tag), was aber wenig darüber aussagt, welchen Einfluss sie auf die gesellschaftliche Meinungsbildung haben. In der Blogosphäre findet durch Vernetzung mit vor allem anglo-amerikanischen Blogs ein Anschluss an die internationale Diskussion statt, und sie dient als ein Innovationspool und Experimentierfeld für neue Ideen. Gleichzeitig findet ein oft fließender Übergang von der Blogosphäre in die Berichterstattung der Printmedien und ihrer immer zahlreicher werdenden online-Ausgaben statt. Die Qualität der Klimaberichterstattung hat sich dadurch geändert, und der anfängliche Klima„katastrophismus“ in der deutschen Presse weicht immer öfter einem auch die Wissenschaften kritisch beobachtenden Journalis-

mus. Nicht nur werden in den Blogs Artikel aus den Medien diskutiert, sondern Journalisten lesen Blogs, um wiederum über neueste Entwicklungen auf dem Laufenden zu sein.<sup>2</sup>

### 3.1 | Die Ausweitung der Kampfzone

Eine ähnliche Rückwirkung hat die Blogosphäre auch auf die Klimawissenschaften selbst, indem sie offizielle wissenschaftliche Verlautbarungen mit ihrem oft pädagogisch-didaktisch ausgerichteten Diskurs auf den Prüfstand stellt und zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion macht. Die Beteiligung prominenter Klimaforscher verschiedener Lager trägt dazu bei, die gesellschaftliche Relevanz der Blogs zu erhöhen. Die Wissenschaft öffnet und verändert sich durch diese Medialisierung in vielerlei Hinsicht: der Prozess der Politikberatung, die Verwissenschaftlichung der Politik und die gleichzeitige Politisierung der Wissenschaft werden kritisch hinterfragt; das geschlossene System der Peer-Review und die Zugänglichkeit von Artikeln, die hinter den Paywalls der wissenschaftlichen Journale versteckt sind, gerät unter Druck und wird aufgeweicht. Oft genug erweisen sich Blogs bereits als eine, wenn schon nicht alternative Form der Peer-Review, so zumindest als eine kritische Schnittmenge aus interessierten und engagierten Bürgern und Experten, der sich die Wissenschaften immer öfter stellen müssen.

Die Klimawissenschaften werden zunehmend aus der Komfortzone des Elfenbeinturms vertrieben und müssen sich den Anmaßungen der Blogosphäre stellen. Diese steht für eine erweiterte Öffentlichkeit, die immer mehr erkennt, dass sie, in den Worten von Buckminster Fuller (in Sloterdijk 2011), nicht mehr nur Passagier, sondern selbst Crew im Raumschiff Erde mit seiner defekten Klimaanlage ist. Die Zukunft der Atmosphäre ist eben so offen wie die der Blogosphäre, die allerdings auf der Reise dorthin ein immer gewichtigeres Wort mitzureden haben wird.

*Werner Krauss* ist Ethnologe am Helmholtz Zentrum Geesthacht, Institut für Küstenforschung und forscht derzeit zur Ethnologie des Klimawandels. Kontakt: werner.krauss@gmail.com

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Die Darstellung der einzelnen Blogs resultiert aus meinen eigenen Beobachtungen, Selbstbeschreibungen auf den jeweiligen Websites sowie der Auswertung eines schriftlichen Fragebogens. Für die Beantwortung desselben möchte ich mich herzlich bei den Bloggern der *klimazwiebel*, des *ETH Blogs*, von *science-skeptical* und *primaklima* bedanken. Es versteht sich, dass ich allein für die jeweilige Darstellung und eventuelle Zerrbilder verantwortlich bin.
- <sup>2</sup> Wobei die Berichterstattung von *spiegel-online* sicherlich besonders häufig zitiert wird und gleichzeitig am meisten auf die schnellen Ausschläge der Klimablogosphäre reagiert.

### Literatur

- Ashlin, Alison/Ladle, Richard J.* 2006: Environmental Science Adrift in the Blogosphere. In: *Science*, Jg. 312, Heft 5771, 201.
- Bonetta, Laura* 2007: Scientists Enter the Blogosphere. In: *Cell*, Jg. 129, Heft 3, 443-445.
- Geißler, Lutz* 2011: The State of the Geoblogosphere - Geoscience Communication in the Social Web. [www.geonetzwirk.org/2011/10/04/the-state-of-the-geoblogosphere-geoscience-communication-in-the-social-web/](http://www.geonetzwirk.org/2011/10/04/the-state-of-the-geoblogosphere-geoscience-communication-in-the-social-web/) [zuletzt geprüft: 26.1.2012].
- Lugger, Beatrice* 2009: Die puren Stimmen der Wissenschaft. Blogs bringen eine neue Dynamik in Wissenschaft und Medien. *Gegenworte*, Jg. 19, Heft 21, 27-29.
- Sloterdijk, Peter* 2011: Wie groß ist „groß“? In: Crutzen, P. J./Davis, M./Mastrandrea, M. D./Schneider, S. H./Sloterdijk, P.: *Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 93-112.

*Taussig, Michael* 1992: *The Nervous System*. London, New York: Routledge.

*von Storch, Hans/Krauss, Werner* 2006: *Culture Contributes to the Perception of Cli-*

*mate Change*. In: *Niemann Reports*, Jg. 59, Heft 4, 30-35. [www.niemann.harvard.edu/reportsitem.aspx?id=100600](http://www.niemann.harvard.edu/reportsitem.aspx?id=100600) [zuletzt geprüft: 26.1.2012].

## Wollen die Deutschen das Klima retten?

### Mobilisierung, Einstellungen und Handlungen zum Klimaschutz

Jochen Roose

Mittlerweile stehen schon die Plakatwände. Die Bundesregierung verkündet die Energiewende und wirbt dafür, dass die damit verbundenen Belastungen als Preis für die Energiewende akzeptiert werden. Die Hoffnung auf solche Bereitschaft scheint nicht völlig unberechtigt. Für den Bau nun benötigter neuer Stromtrassen, dem zentralen zu erwartenden Konflikt, haben zumindest die großen Umweltverbände Zurückhaltung signalisiert. Es könnte also gelingen.

Eine solche für Politikentwicklungen recht radikale Wende war erwartbar angesichts der Dramatik des Klimaproblems und des 2-Grad-Ziels, nach dem die globale Erwärmung im Durchschnitt nicht höher liegen soll als zwei Grad Celsius im Vergleich zum Niveau vor der Industrialisierung.<sup>1</sup> Deutschland baut kurzfristig und mit großem Aufwand seine Energieversorgung um – ein eindrucksvoller Schritt mit weitreichenden Folgen für ein Industrieland.

Doch: Halt! In Wirklichkeit hat die kurzfristige Dynamik der Energiewende mit dem Klimawandel nur wenig zu tun. Die Energiewende in Deutschland wird öffentlich vor allem mit der Abkehr von der Atomenergie verbunden. Wenige Tage nach dem nuklearen Unfall im japanischen Fukushima hat die Bundesregierung beschlossen, bis 2022 aus der Atomenergie vollständig auszusteigen. Bis 2050 soll die Energieversorgung in Deutschland zu großen Teilen auf erneuerbare Energien umge-

stellt werden, doch kurzfristig bedeutet der Ausstieg aus der Atomenergie wahrscheinlich eine Zunahme von klimaschädlichen Emissionen durch konventionelle Energieerzeugung.<sup>2</sup> Der Atomausstieg ist also gerade keine Klimaschutzpolitik. Der deutsche Schritt wird im globalen Vergleich noch interessanter. Russland, China und Indien setzen in ihrer Energiepolitik verstärkt auf die Atomenergie und haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Atomkraftwerken in Betrieb genommen.<sup>3</sup> Auch die USA setzten bis zum Unfall in Fukushima wieder verstärkt auf die Atomenergie (Davis 2011). Der deutsche Weg ist eher ein Sonderweg, gerade weil damit die Schwierigkeiten zunehmen, die selbst gesteckten Ziele zur Emissionsreduktion zu erfüllen.

Die politische Dynamik des Atomthemas in Deutschland ist eindrucksvoll. Doch wie steht es mit einer politischen Dynamik der Klimaproblematik? Dass ein momentaner Atomunfall mehr Mediendynamik und politische Aufmerksamkeit generieren kann als die sich schleichend vollziehende Klimaproblematik, ist gut erklärbar (vgl. Rhomberg in diesem Heft). Die Frage ist aber, ob die Klimathematik neben dem Widerstand gegen die Atomenergie in der deutschen Umweltbewegung Fuß fassen konnte, und wie die Frage eines Klimawandels und der daraus möglicherweise folgenden Veränderungsnotwendigkeiten in der öffentlichen

Meinung gesehen wird. Im Folgenden gehe ich zunächst auf die Aktivitäten der Umweltbewegung in Bezug auf die Klimathematik ein, insbesondere im Vergleich zu Protest gegen Atomenergie (1). In einem zweiten Schritt frage ich dann, was die deutsche Bevölkerung über die Klimaveränderung denkt, ob also die Frage des Klimawandels als wichtiges Problem wahrgenommen wird und von welchen Akteuren eine Lösung erwartet wird (2), um dann klimaverträglicheres Handeln zu betrachten (3). Diese verschiedenen Ansätze dienen der Suche nach einer gesellschaftlichen Transformationsdynamik hin zu einer klimaverträglicheren Politik und Lebensweise. Für die Atomfrage hat sich eine solche Dynamik ergeben, können wir in Hinblick auf den Klimawandel mit einer ähnlichen Dynamik rechnen?

### 1 | Klima und Atom in der Umweltbewegung

Das Klima-Thema in der Umweltbewegung aufzuspüren, ist nicht ganz einfach.<sup>4</sup> Eine ganze Reihe von Themen mit Relevanz für das Klima wurde in der Umweltbewegung aufgenommen, bevor diese Relevanz einer breiten Öffentlichkeit oder auch nur den Experten bekannt war. Dies gilt beispielsweise für den Einsatz gegen Luftverschmutzung, für den Schutz der Wälder oder die Nutzung erneuerbarer Energien.

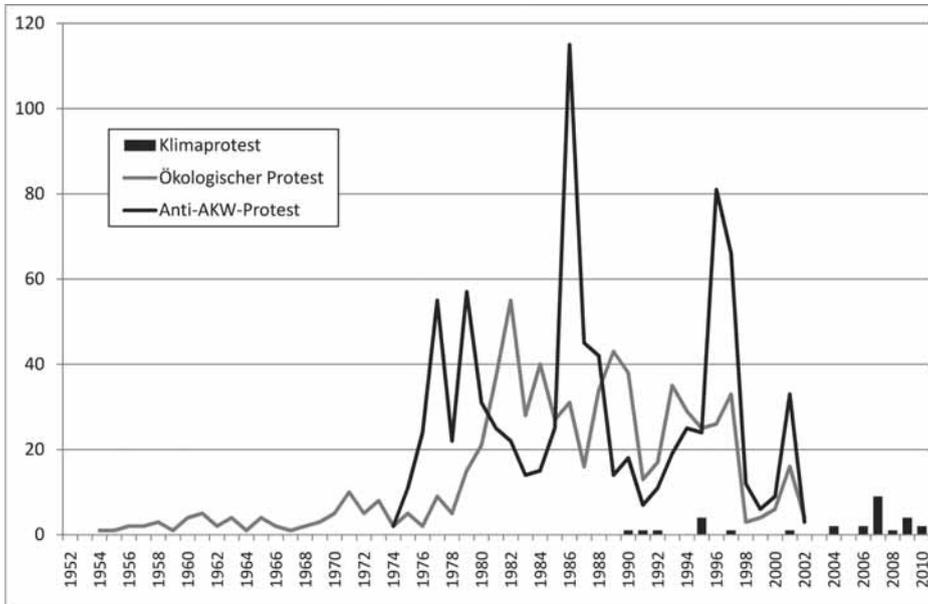
Eine explizite Thematisierung von Klimaschutz in Umweltprotesten beginnt ab 1990 mit einzelnen Protesten. Die systematische Analyse von Protestereignissen durch das PRODAT-Projekt hat auf der Basis von zwei Tageszeitungen (Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Rundschau) ausgehend von einer Stichprobe alle berichteten Proteste in Deutschland von 1950 bis 2002 erfasst.<sup>5</sup> Ab Beginn der 1970er Jahre weisen einzelne Proteste auf Probleme der Luftverschmutzung hin, zunächst eher bezogen auf lokale Probleme, später wird Luftverschmutzung genereller thematisiert. Ab Mitte der 1980er Jahre ist Waldsterben das dominante Thema in der ökologischen Debat-

te. Die These, wonach die dramatische Luftverschmutzung zu einem Absterben der Nadelwälder in Deutschland innerhalb der nächsten 20 Jahre führen wird, bestimmt für einige Zeit die öffentliche Debatte und wird auch zum Protestgegenstand (Schäfer/Metzger 2009). Diese Proteste fallen allerdings in eine breitere Mobilisierungswelle ökologischer Proteste. Mit Beginn der 1990er Jahre wird Klimaschutz zum expliziten Thema der deutschen Umweltbewegung. Dabei spielt auch FCKW eine Rolle, das allerdings zunächst nicht so sehr in Hinblick auf Klimaschäden in der Atmosphäre als vielmehr mit Blick auf konkrete Gesundheitsgefährdung thematisiert wird.<sup>6</sup> Nach dem Verbot von FCKW 1991 wird das Klimathema allgemeiner in den Blick genommen. Bei einem insgesamt niedrigen Niveau an ökologischen Protesten nimmt die Klimaproblematik einen erheblichen Anteil ein.

Die PRODAT-Studie endet mit dem Jahr 2002 und damit bevor die Klimadebatte an Dynamik gewinnt. Auf Basis der Daten des Hamburger Projektes „Global Media Map of Climate Change“ (vgl. Schäfer u.a. 2011) habe ich daher zusätzlich analog zur PRODAT-Kodierung für die Süddeutsche Zeitung alle Klimaproteste zwischen 2003 und Juni 2010 erhoben.<sup>7</sup> Bei der Interpretation der Daten ist also zu beachten, dass nur eine der beiden Zeitungen berücksichtigt wurde, die PRODAT zugrunde liegt. Allerdings berichtet die Süddeutsche Zeitung nach einer vergleichenden Untersuchung der Protestberichterstattung deutlich weniger Proteste als die Frankfurter Rundschau (Eilders, 2001: 289).<sup>8</sup> Auch fehlt für diesen Zeitraum der Vergleich mit ökologischen Protesten insgesamt.

Die Fortschreibung der Daten zu Klimaprotesten zeigt einen erheblichen Bedeutungsgewinn dieses Themas. Vor allem 2007, im Kontext des G 8-Gipfels in Heiligendamm, wurde die internationale Klimaproblematik häufiger Protestthema in Deutschland. Doch auch jenseits dieses Großereignisses ist Klimaprotest in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre trotz der schmalen Datenbasis messbar.

Abbildung 1:  
 Proteste zu Anti-Atom, ökologischen Themen insgesamt und Luft- und Klimaschutz



Der Vergleich mit dem Atomkonflikt ist eindrucksvoll. Die Klimaproblematik entwickelt keine auch nur annähernd ähnliche Dynamik und Prominenz wie der Konflikt um die Atomenergie. Der Protest gegen Atomkraftwerke und vor allem die Frage der Lagerung von Atommüll sind die wichtigsten Protestthemen der Umweltbewegung. Ab Mitte der 1970er Jahre wird die Atomenergie zum beherrschenden Thema der deutschen Umweltbewegung und behält diesen Status praktisch bis heute. Dies dokumentiert nicht zuletzt die enge Verwobenheit von Umweltbewegung und Widerstand gegen die Atomenergie. Blühdorn nennt die Ablehnung der Atomenergie „the common denominator of all movement organizations and initiatives“ (1995: 172).

In den 1990er Jahren gehen die Proteste der Umweltbewegung insgesamt deutlich zurück. Die deutsche Vereinigung, aber auch der

verbreitet auftretende Rechtsradikalismus werden dominante Themen, auch für Protest und soziale Bewegungen. Zudem wurde 1988 der Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf aufgegeben, das letzte große, nukleare Bauprojekt. In den Folgejahren ist es aber neben anderen, oft lokalen Umweltproblemen die Lagerung des Atommülls, die für die Dynamik in der Umweltbewegung sorgt. Diese Frage ist eng mit dem Betrieb der Atomkraftwerke verbunden, denn die Bewegung verfolgt explizit eine „Verstopfungsstrategie“, mit der die ungelöste Lagerungsfrage zu einem Abschalten der Atomkraftwerke führen soll. Die Proteste gegen Atommülltransporte bleiben die größten Umweltproteste in Deutschland, auch nach dem Beschluss über den Ausstieg aus der Atomenergie.

Proteste sind nur eine Form der Willensäußerung von sozialen Bewegungen, wenn auch

eine wichtige. Insbesondere große Umweltorganisationen agieren auch mit Lobbying oder der Veröffentlichung von wissenschaftlichen Ergebnissen und politischen Stellungnahmen (Roose 2006). Die Umweltverbände mischen sich auch in dieser Weise bei der Klimapolitik intensiv ein (vgl. Schlichting und Schmidt in diesem Heft). Über die relative Bedeutung des Klimathemas im Vergleich zu anderen Themen geben die Jahresberichte der Umweltorganisationen Auskunft. Eine Durchsicht der Jahresberichte der vier größten und im Netzwerk der Bewegung zentralen Umweltorganisationen (Rucht/Roose 2001) dokumentiert eine erhebliche Bedeutung des Themas Klimaschutz.<sup>9</sup> Im Bericht für 2009, dem Jahr der Klimakonferenz in Kopenhagen, war bei allen Organisationen der Klimaschutz das oder ein zentrales Berichtsthema. Auch 2007 benennen Greenpeace und der WWF Klimaschutz als ihr Hauptthema (vgl. auch das Interview mit Michael Hopf in diesem Heft). Ab 2005 taucht Klimaschutz als wichtiges Thema in den Jahresberichten regelmäßig auf, oftmals prominenter als das Atomenergiethema. 2010 allerdings wird die Ablehnung der Atomenergie wieder zu einem zentralen Thema der Umweltorganisationen.

Die Themenkonkurrenz zwischen Widerstand gegen die Atomenergie und Klimaschutz in der Umweltbewegung ist nicht ganz eindeutig entschieden. Bei den Protestaktivitäten steht die Ablehnung der Atomenergie und aktuell vor allem der Atommülltransporte klar im Vordergrund. Bei diesem Thema sind neben den großen Umweltorganisationen lokale Bürgerinitiativen an den Orten von Nuklearanlagen und möglichen Endlagern sehr aktiv. Die Klimathematik hat aber ab Mitte der 2000er Jahre auch an Bedeutung gewonnen. Zudem arbeiten die großen Umweltorganisationen intensiv an dem Thema. Zeitweilig konnte das Thema Klimaschutz die Atomenergie weiter nach hinten drängen. Sobald aber im Bereich der Atomenergie neue Diskussionen aufkommen, wie die Verlängerung der Laufzeiten 2010, wird die gesamte Bewegung sofort wieder

aktiv. Diese unmittelbare Reaktion auf aktuelle politische Entwicklungen ist eine Besonderheit des Atomenergie-Themas, das seine Sonderstellung in der Umweltbewegung deutlich macht. Die Klimathematik hat ab Mitte der 1990er und vor allem zehn Jahre später ab 2005 an Bedeutung gewonnen, ohne in einem auch nur annähernd ähnlichen Maße prägend für die Umweltbewegung zu werden.

## 2 | Klimawandel in der Bevölkerungsmeinung

Die Umweltbewegung wird von einem recht kleinen, besonders interessierten und engagierten Teil der Bevölkerung getragen, die nicht zuletzt die Mehrheitsmeinung beeinflussen wollen (Rucht 1994b). Gleichwohl ist die Bevölkerungsmeinung nicht allein eine Reaktion auf Aktivitäten der Umweltbewegung, sondern wird durch vielfältige Argumente, Werte und Einstellungen beeinflusst. Eine einfache Kausalthese von Bewegungsaktivität hin zu öffentlicher Meinung wäre zu simpel gedacht.

Klimawandel wird in Deutschland als ein wichtiges Thema angesehen, allerdings neben anderen Themen, die vielfach als noch wichtiger angesehen werden. Dabei sind die Ergebnisse aus Umfragen problematisch. Die Ergebnisse verändern sich in kurzer Frist recht deutlich. Aktuell diskutierte Probleme haben einen relativ starken Effekt auf den wahrgenommenen Problemhaushalt. Zudem ist aber der Kontext der Befragung wichtig. Wird eine Befragung konkret zu Umweltfragen ausgeführt, zeigen sich in der Regel mehr Menschen über die Umwelt besorgt als in anderen, thematisch unspezifischen Umfragen. Im Politbarometer, einer monatlichen allgemeinen politischen Umfrage in Deutschland, rangiert das Umweltthema, bei dem die Klimafrage eingeschlossen ist, zwischen 2000 und 2011 durchweg bei weniger als zehn Prozent der Befragten unter den beiden wichtigsten politischen Themen.<sup>10</sup> Kurzzeitig intensiv diskutiert wird 2011 dagegen das Thema Atomenergie. Im Nachgang der Katastrophe von Fukushima nennt über

die Hälfte der Bevölkerung Atomenergie als eines der wichtigsten politischen Themen. Gegen Ende des Jahres 2011 wird Atomenergie aber nur noch selten genannt.

Die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“ fragt nach den beiden wichtigsten politischen Aufgaben und kommt durchweg zu höheren Werten.<sup>11</sup> Zwischen 2002 und 2006 ist der Anteil von Menschen, die Umweltschutz (und darin enthalten auch Klimaschutz) als eine der beiden wichtigsten politischen Aufgaben ansehen, von 14 Prozent auf 26 Prozent gestiegen, geht dann aber bis 2010 auf 20 Prozent zurück. Das Eurobarometer hat im September 2009 nach den wichtigsten globalen Problemen gefragt und dabei eine Liste von möglichen Problemen vorgegeben.<sup>12</sup> 39 Prozent der Deutschen sehen die Klimaproblematik als eines der beiden wichtigsten globalen Probleme an, 20 Prozent sogar als das wichtigste globale Problem überhaupt. Im internationalen Vergleich

liegt Deutschland damit im oberen Mittelfeld (vgl. EB 72.1 und Brechin 2010).

Was denken die Deutschen aber im Detail über die Klimaproblematik? Die Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 hat eine Reihe von konkreteren Fragen erhoben zu Ansichten über Auswege und angemessene Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie dem Einsatz verschiedener Akteure (nationale und lokale Politik, Industrie, Umweltverbände) und eigenen Einwirkungsmöglichkeiten auf Politik und den Klimawandel selbst. Ausgehend von diesen Ansichten über den Klimawandel, die sich gewissermaßen als Ergebnis des Kampfes um die Köpfe verstehen lassen, konnten drei unterschiedliche Sichtweisen identifiziert werden: das aktive Transformationsstreben, die Status Quo-Orientierung und die machtlose Politikorientierung.<sup>13</sup>

Das *aktive Transformationsstreben* wird von der deutlich größten Gruppe vertreten, die mit



43 % fast die Hälfte der Bevölkerung ausmacht. Kennzeichen dieser Gruppe ist, dass nach ihrer Einschätzung die BürgerInnen maßgeblich zum Klimaschutz beitragen können in ihrem Alltagshandeln (Zustimmung 99 %), durch Druck auf die Politik (Zustimmung 95 %) und durch Mitarbeit in Umweltverbänden (Zustimmung 97 %). Die Unzufriedenheit mit dem Beitrag zum Klimaschutz durch die Bundesregierung, Städte und Gemeinden, die BürgerInnen und die Industrie ist groß in dieser Gruppe. Jeweils mehr als zwei Drittel sind der Ansicht, von diesen Akteuren werde nicht genug oder eher nicht genug getan für den Klimaschutz. Allein die Umweltverbände werden in dieser Frage positiver beurteilt, aber immerhin 64 Prozent der Menschen in dieser Gruppe ist der Ansicht, auch die Umweltverbände würden nicht genug oder eher nicht genug für den Klimaschutz tun. Konkrete Maßnahmen, deren Wichtigkeit in der Umfrage einzuschätzen war, werden derweg für sehr wichtig oder eher wichtig gehalten. Den Umstieg auf erneuerbare Energien und politischen Druck auf die Wirtschaft unterstützt die Gruppe des aktiven Transformationsstrebens am stärksten. Einen Widerspruch zu Wirtschaftswachstum kann die Gruppe dabei nicht erkennen. Der Aussage, Wirtschaftswachstum sei zur Finanzierung der Umstellungen erforderlich, stimmen 84 Prozent zu. Die Überzeugung, Deutschland könne die Probleme des Klimawandels bewältigen, ist leicht überdurchschnittlich.

Unter den Menschen, die durch ein aktives Transformationsstreben gekennzeichnet sind, finden sich leicht überdurchschnittlich WählerInnen von SPD und Grünen und auch religiöse Menschen sind etwas mehr vertreten. Die höheren Bildungsgruppen sind etwas überrepräsentiert und es gibt etwas mehr Menschen mit Kindern. Diese Unterschiede sind allerdings gering. Die Sichtweise des aktiven Transformierens in Bezug auf den Klimawandel durchdringt letztlich alle Gesellschaftsschichten, was auch durch die Größe dieser Gruppe deutlich wird.

Die *Status Quo-Orientierung* ist kennzeichnend für 31 Prozent der Menschen in Deutschland. Auch in dieser Gruppe trauen sich die Menschen tendenziell einen Einfluss auf die Klimaproblematik durch eigenes Handeln und Druck auf die Politik zu, wenn auch die Zustimmung etwas verhaltener ist. Entscheidend ist der Unterschied bei der Ansicht über notwendige Veränderungen. Die in der Umfrage genannten Klimaschutzmaßnahmen, wie gesetzliche Vorschriften zur Energieeffizienz, Wärmedämmung von Häusern oder Besteuerung klimaschädlicher Produkte, werden in dieser Gruppe nicht als sehr wichtig angesehen. Eine knappe Mehrheit findet die Maßnahmen eher wichtig, aber ein beachtlicher Anteil ist auch der Meinung, die Maßnahmen seien weniger oder überhaupt nicht wichtig. In der übrigen Bevölkerung gibt es solche Einschätzungen praktisch nicht. Die Zustimmung zur Energiewende ist in dieser Gruppe ebenfalls deutlich verhaltener als im Rest der Bevölkerung und auch politischer Druck auf die Wirtschaft zugunsten klimafreundlicherer Produktionsweisen wird in dieser Gruppe allenfalls moderat befürwortet. Die Klimaschutzaktivitäten durch Bundesregierung, Lokalpolitik und von den Bürgerinnen werden von einer Mehrheit in dieser Gruppe als ausreichend angesehen. Auch der Industrie wird ein vergleichsweise gutes Zeugnis ausgestellt, wenn auch die Klimaschutzaktivitäten kritischer gesehen werden als im Fall der Politik und BürgerInnen. Zu wenig Aktivität attestiert diese Gruppe aber vor allem den Umweltverbänden.

In der Gruppe der Menschen mit Status Quo-Orientierung sind WählerInnen von CDU/CSU und FDP leicht überrepräsentiert, die Kinderlosen sind etwas häufiger, genauso wie die Unreligiösen. Auch in diesem Fall sind die Unterschiede zu den anderen Gruppen nicht sehr prägnant. Eine klare Identifikation der Gruppe nach diesen Kriterien ist nicht möglich.

Die *machtlose Politikorientierung* ist die Perspektive auf die Klimaproblematik der dritten Gruppen, die 26 Prozent der Bevölkerung

umfasst. Für diese Gruppe ist kennzeichnend, dass sie den BürgerInnen keinen Einfluss bei der Klimaproblematik zutraut. Alltagshandeln wird noch in Maßen als einflussreich angesehen, doch an einen Einfluss der Bürger auf die Politiker glaubt diese Gruppe kaum. Die in der Umfrage genannten konkreten Maßnahmen werden durchweg stark unterstützt. Auch die Umstellung auf erneuerbare Energien befürwortet diese Gruppe. Die Politik, insbesondere die Bundesregierung, wird als der entscheidende Akteur gesehen, um Klimaschutz zu erreichen. Allerdings findet die Arbeit von Politik und Wirtschaft unterdurchschnittliche Zustimmung. Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und mehr noch mit der Industrie in Bezug auf Klimaschutz ist hier am größten. Da kann es kaum überraschen, dass die Aussage, Deutschland werde die aus dem Klimawandel resultierenden Probleme erfolgreich bewältigen, im Vergleich die geringste Unterstützung findet.

Menschen, die dem Klimawandel mit einer machtlosen Politikorientierung begegnen, wählen etwas überproportional die Linkspartei oder wollen nicht wählen. Die unteren Einkommensgruppen sind etwas überrepräsentiert. Auch Frauen sind in dieser Gruppe etwas häufiger, wobei die Unterschiede zu den anderen Gruppen wiederum gering sind. Die Einschätzungen zum Klimaschutz sind zum einen nicht sehr stark unterschiedlich in der Bevölkerung, die Gruppen unterscheiden sich eher graduell, aber nicht fundamental. Vor allem aber lassen sich die Haltungen zum Klimawandel nicht klar soziodemographisch oder nach politischer Orientierung unterscheiden.

Klimaschutz als politisches Thema, aber auch als Handlungsaufgabe an die BürgerInnen ist in der deutschen Gesellschaft angekommen. Die Sicht auf Klimaschutz, die in Deutschland am häufigsten vertreten ist, schreibt den BürgerInnen als politische Akteure und für Entscheidungen in ihrem Alltagsleben eine Schlüsselrolle zu. Zudem wird klar ein Handlungsbedarf in Politik, Wirtschaft und Alltagsleben anerkannt. Es sind jeweils Minderheiten,

die diesen Handlungsbedarf entweder weniger sehen, wie bei der Status Quo-Orientierung, oder die eigenen Einflusschancen als gering einschätzen, wie bei der machtlosen Politikorientierung. Bemerkenswert bleibt dabei, dass die Unterschiede zwischen den Gruppen nicht sehr groß sind. Auch bei der Status Quo-Orientierung und deutlicher noch bei der machtlosen Politikorientierung wird die Klimaproblematik anerkannt, nur in geringerem Ausmaß. Eine klare Ablehnung des Problems als solchem oder eines Handlungsbedarfs ist nur sehr selten zu finden. Dieser Konsenshaltung entspricht auch die sehr geringe politische Lagerbildung bei diesem Thema. Die Gruppen unterscheiden sich in ihren Wahlabsichten nur sehr wenig.

Klimaschutz ist ein Konsensthema. Alle erkennen es an, die Klimafragen polarisieren nicht. Damit entsteht aber auch keine rechte Konfliktdynamik, weil es zumindest vordergründig am Konflikt fehlt. Alle sind sich scheinbar einig. Doch wenn es diese konsensuelle Problemwahrnehmung gibt, wie sieht es dann mit der Problemlösung, dem aktiven Klimaschutz aus?

### 3 | Aktiver Klimaschutz

Einstellungen allein tragen zum Klimaschutz nur mäßig bei, am Ende wird die Eindämmung des Klimawandels von klimaverträglichem Handeln abhängen. Daher geht der abschließende Blick auf das Verhalten der Menschen.

Eine Vielzahl von Handlungen in unserem Alltagsleben, aber auch politisches Handeln oder Handeln im Beruf, hat Implikationen für das Klima. Standardisierte Umfragen können immer nur punktuelle Ausschnitte von möglichen klimarelevanten Verhaltensweisen abfragen, auch qualitativen Studien fällt es schwer, die ganze Komplexität zu erfassen und eine repräsentative Abbildung ist ohnehin nicht möglich. Insofern kann die Analyse hier nur ausschnitthaften Charakter haben. Dennoch werden auf diese Weise einige grundlegende Tendenzen deutlich.<sup>14</sup>

Konkrete eigene Aktivitäten sind abgesehen von Mülltrennung vor allem beim Energiesparen verbreitet. 83 Prozent der Deutschen geben an, nicht benötigte elektrische Geräte abzuschalten und 65 Prozent haben energieeffiziente Geräte gekauft (Borgstedt et al. 2010: 37). Andere Aktivitäten sind dagegen seltener. Jeweils rund ein Drittel der Deutschen geben an, ein verbrauchsarmes Auto gekauft zu haben, die Benutzung des Privatwagens zu reduzieren oder umweltfreundliche Verkehrsmittel zu benutzen (EB 72.1, eigene Auswertung). 18 Prozent der Deutschen vermeiden nach Möglichkeit kurze Flüge (EB72.1). Acht Prozent der Deutschen beziehen Ökostrom und drei Prozent gaben an, schon einmal verursachte Klimagase finanziell kompensiert zu haben. Vier Prozent der Befragten haben sich für Geldanlagen im Bereich der erneuerbaren Energien entschieden (Borgstedt et al. 2010: 37). Bei Kaufentscheidungen generell achten nach eigenen Angaben 47 % darauf, dass die Produkte langlebig sind. 24 Prozent vermeiden bei Textilien Schadstoffe und 19 Prozent kaufen gezielt Produkte, welche die Umwelt nur gering belasten. Insbesondere jene Aktivitäten, die keinen sehr großen Aufwand bedeuten oder zumindest die Lebensweise nicht grundlegend verändern, werden von einem Teil der Menschen im Alltagsleben umgesetzt. Hier schlägt sich das Umwelt- und Klimabewusstsein in konkreten Handlungen nieder (Diekmann/Preisendörfer 1998, Pirani/Secondi 2011). Bei vielen möglichen Aktivitäten zum Klimaschutz bleibt aber eine Mehrheit jeweils inaktiv.

Die oben in Bezug auf ihre Wahrnehmung der Klimaproblematik identifizierten Gruppen unterscheiden sich nur zum Teil in Hinblick auf ihre Aktivitäten. Eine Auswahl von Produkten nach Langlebigkeit oder Schonung der Umwelt findet sich eher bei den Aktiv-Transformationsorientierten und wenig bei den Machtlos-Politikorientierten. Auch bei direkt finanziell relevanten Handlungen, wie Ausgleichszahlungen und Geldanlagen gibt es geringe Unterschiede, die vor allem auf die un-

terschiedlichen Einkommen in den Gruppen zurückgehen.

Deutlichere Unterschiede im Verhalten gibt es dagegen zwischen diesen beiden Gruppen und den Status Quo-Orientierten. Die Status Quo-Orientierten achten dem selbst berichteten Verhalten nach etwas weniger auf Klimaverträglichkeit. Interessanterweise sind die Unterschiede aber nicht sehr groß. Ökostrom nutzen in dieser Gruppe immerhin fünf Prozent, unter allen übrigen sind es neun Prozent. Mülltrennung nehmen unter den Status Quo-Orientierten 84 Prozent vor, bei den übrigen sind es 92 Prozent. Dies sind zwar nennenswerte Unterschiede, insgesamt scheint aber die einfache Zugänglichkeit zu klimafreundlichen Handlungsalternativen entscheidend zu sein. Die Klimaproblematik als solche wird eben kaum in Abrede gestellt. Die Differenzen bewegen sich auf der Ebene von Einschätzungen der Dringlichkeit, des Problemausmaßes oder richtiger Lösungsmaßnahmen.

#### 4 | Fazit

Die Klimaproblematik, so lässt sich die Lage in Deutschland zusammenfassen, ist in Deutschland angekommen. Die Umweltbewegung hat das Klimathema intensiv aufgenommen, Klimaschutz ist Gegenstand von politischen Forderungen und Protest. Viele Menschen in Deutschland teilen die Ansicht, Klimaschutz sei wichtig, insbesondere als globales Problem. Auch wenn die Klimaproblematik nicht die punktuelle Stoßkraft entwickelt, wie es beispielsweise die Frage der Atomenergie vermochte, so hat das Thema doch einen festen Platz auf der politischen Tagesordnung Deutschlands erreicht.

Diese Verankerung der Klimaproblematik zeigt sich nicht nur auf der pauschalen Ebene, sondern auch bei den Einschätzungen der Deutschen zu konkreteren Fragen. Die Deutschen sehen die Politik, aber auch sich selbst in der Pflicht und befürworten zu großen Teilen konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz. Es lohnt, sich die Abstraktheit des Klimaproblems vor

Augen zu halten, um die Besonderheit einer solchen kulturellen Entwicklung einschätzen zu können. Während Wetter beobachtet werden kann, ist Klima abstrakt (Beck 2007). Zudem basieren alle Diagnosen und Prognosen in der Klimafrage auf komplexen wissenschaftlichen Untersuchungen und Schlussfolgerungen. Dennoch ist die Klimaproblematik durch die gesamte Gesellschaft hindurch klar anerkannt.

Ein genauere Blick hat gleichwohl Unterschiede aufgezeigt. Drei unterschiedliche Deutungszusammenhänge des Klimawandels lassen sich finden. Die größte Gruppe begegnet dem Thema mit einer aktiven Transformationsorientierung. Das bedeutet, Politik, Wirtschaft, aber auch die BürgerInnen sind aufgefordert, das Problem in gemeinsamer Anstrengung zu lösen. Die Sichtweise der machtlosen Politikorientierung erkennt ebenfalls die Dringlichkeit des Problems an, bleibt aber bei den eigenen Einflusschancen skeptisch. Und schließlich wird bei der Status Quo-Orientierung das Problem zwar anerkannt, hier herrscht aber die Meinung vor, die getroffenen Maßnahmen seien bereits weitgehend ausreichend oder würden sich ohne massive Einflussnahme entwickeln. Erstaunlich, aber eben auch ein Zeichen der gesellschaftsweiten Anerkennung der Problematik ist dann, dass konkrete Handlungen zum Schutz des Klimas in allen drei Gruppen ähnlich weit verbreitet sind. In Bezug auf das Alltagshandeln zeigt sich zudem, dass Einstellungen nicht direkt zum Klimaschutz führen. Hier kommt eine Vielzahl anderer Faktoren hinzu. Am Ende gibt es dann doch eine Reihe von Aktivitäten zum Klimaschutz, insbesondere die aufwändigeren, die nur von einer Minderheit in die Tat umgesetzt wird.

Dieser Konsens über die Wichtigkeit und Dramatik des Klimawandels, die Einigkeit und Einhelligkeit der Meinungen scheint sich eher als Schwierigkeit zu erweisen. Der Vergleich mit dem Atom-Thema macht dies deutlich. Die Klimaproblematik gilt als wichtig, aber es entsteht keine Dynamik, weil es an Konflikt fehlt.

Klimaschutz kann nicht polarisieren, weckt keine Emotionen. Solange es nicht sehr aufwändig ist, werden die Klimaschutzaktivitäten umgesetzt, doch der fundamentale gesellschaftliche Wandel hin zu einer klimaverträglichen Lebensweise ist noch in sehr weiter Ferne. Und es gibt auch keinen Konflikt um den Weg dorthin, sondern alle sind sich einig, dass etwas passieren *müsste*.

Die Veränderung von Alltagspraktiken erweist sich als das große, zu lösende Problem unserer Zeit. Dies mag an eingelebten Gewohnheiten und Praktiken liegen, an zu hoch empfundenen Umstellungskosten oder mangelndem Wissen vor allem über konkrete Alternativen. Als Lösung böte sich einerseits die Politik an. Es ist eine politische Aufgabe, klimaverträglichere Alternativen zu fördern und verfügbar zu machen. Andererseits erfordert ein Wandel von Lebensweisen mehr als ein paar politische Stellschrauben in einer Demokratie realistisch erreichen können. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen spricht in seinem 2011er Hauptgutachten von der Notwendigkeit einer – nach der Industrialisierung der zweiten – „Großen Transformation“ (WBGU 2011). Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, ein Konflikt mit seiner Polarisierung und Dynamik könnte helfen, diesen grundlegenden sozialen Wandel in Gang zu bringen. Der allgemeine Konsens scheint dies bisher zu ersticken. Der Kampf um die Köpfe scheint weitgehend gewonnen, der Kampf um die Hände, um das Tun hat noch nicht einmal richtig begonnen.

*PD Dr. Jochen Roose* ist Juniorprofessor für Soziologie europäischer Gesellschaften und arbeitet zu sozialen Bewegungen, politischer Soziologie, Kulturosoziologie und Methoden der empirischen Sozialforschung. Kontakt: jochen.roose@fu-berlin.de

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Eine Geschichte des 2-Grad-Ziels findet sich bei Jaeger und Jaeger (2011).

- <sup>2</sup> Derzeit sind in Deutschland nach Angaben des BUND 15 Kohlekraftkraftwerke geplant oder im Bau. [bund.net/themen\\_und\\_projekte/klima\\_energie/kohlekraftwerke\\_stoppen/geplante\\_standorte/](http://bund.net/themen_und_projekte/klima_energie/kohlekraftwerke_stoppen/geplante_standorte/) [20.1.2012].
- <sup>3</sup> Vgl. die Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde: [www.iaea.org/programmes/a2/](http://www.iaea.org/programmes/a2/) [16.12.2011].
- <sup>4</sup> Zur Umweltbewegung allgemein vgl. Rucht (1994a: 240ff.), Brand (1999, 2008) und Roose (2012).
- <sup>5</sup> Zu Details der Studie vgl. Rucht (2001).
- <sup>6</sup> Proteste allein gegen FCKW und Ozon werden hier nicht als Klimaproteste verstanden. Nur wenn die Klimathematik explizit genannt ist, fallen solche Proteste in die hier berichtete Kategorie.
- <sup>7</sup> Ausgangsmaterial war dabei eine Zusammenstellung aller Berichterstattung der Zeitung zur Klimathematik, die mir Mike S. Schäfer, Ana Ivanova und Andreas Schmidt dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hat. Franziska Scholl hat die Kodierung übernommen, auch dafür mein Dank.
- <sup>8</sup> Eilders (2001) konnte in ihrem Vergleich für das Jahr 1993 ohne thematische Einschränkung in der PRODAT-Stichprobe der Süddeutschen Zeitung 291 Proteste identifizieren, in der Frankfurter Rundschau 425. 158 Proteste davon kamen in beiden Zeitungen vor. In Eilders Studie erhöhte sich also die Protestanzahl durch die Hinzunahme der Frankfurter Rundschau um den Faktor 1,92. Ob dieses Ergebnis auch auf die hier betrachteten Klimaproteste in den 2000er Jahren übertragbar ist, muss aber Spekulation bleiben.
- <sup>9</sup> Betrachtet wurden hier die Jahresberichte zwischen 2002 und 2010 von Greenpeace Deutschland, Naturschutzbund Deutschland (NABU) und dem Worldwide Fund for Nature Deutschland (WWF) sowie dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) von 2005-2010. Zu den Organisationen vgl. auch Markham (2008) und Take (2002).
- <sup>10</sup> [www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/#Probl1](http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1) [17.1.2012].
- <sup>11</sup> Die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“ wird alle zwei Jahre mit leicht wechselndem Frageprogramm vom Umweltbundesamt finanziert, aber von unterschiedlichen WissenschaftlerInnen ausgeführt. Vgl. [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de), [www.klimabewusstsein.de](http://www.klimabewusstsein.de) sowie die jeweiligen Ergebnisberichte (Kuckartz 2000, Kuckartz 2002, Kuckartz/Rheingans-Heintze 2004, Kuckartz et al. 2006, Wippermann et al. 2008, Borgstedt et al. 2010).
- <sup>12</sup> Weiterhin zur Auswahl standen: internationaler Terrorismus; Armut, Mangel an Lebensmitteln und Trinkwasser; Verbreitung von Ansteckungskrankheiten; globaler wirtschaftlicher Abschwung; Proliferation von Nuklearwaffen; bewaffnete Konflikte; Zunahme der Weltbevölkerung; anderes. EB 72.1.
- <sup>13</sup> Die Identifikation dieser Gruppen ist Ergebnis einer Clusteranalyse mit vorgeschalteter Hauptkomponentenanalyse. Aufgenommene Variablen sind: Wir brauchen einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien; Um mit dem Klimawandel und anderen Umweltproblemen klar zu kommen, brauchen wir vor allem ein hohes Wirtschaftswachstum. Denn die dafür notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld; Die Politik müsste viel stärkeren Druck auf die Wirtschaft ausüben, um eine klimaverträgliche Produktionsweise zu erreichen, auch wenn dadurch die Wirtschaft in einzelnen Bereichen belastet wird; Mit der Nutzung von erneuerbaren Energien, wie Sonne, Wind und Biomasse, wäre Deutschland unabhängiger von anderen Ländern, weil weniger Energie importiert werden muss; Wird von den folgenden Akteuren in Deutschland genug für den Klimaschutz getan? Bundesregierung; Städte/Gemeinden; Bürgerinnen und Bürger; Umweltverbände; Industrie; Nun möchten wir Sie bitten, die folgenden Maßnahmen für den Klimaschutz zu bewerten. Gesetzliche

Vorschriften zur Energieeffizienz von elektrischen Geräten, Zusätzliche Besteuerung von besonders klimaschädlichen Produkten, Deutlich bessere Wärmedämmung von Häusern, Staatliche Förderung von Investitionen, die zu Energieeinsparung in Wohnhäusern führen, Staatliche Förderung der Landwirtschaft beim Schutz naturnaher Biotope (z.B. Moore) und fruchtbarer Böden; Wie sehr sind Sie davon überzeugt, dass wir in Deutschland die Probleme, die aus dem Klimawandel resultieren, bewältigen können? ; Die Bürgerinnen und Bürger können durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten wesentlich zum Klimaschutz beitragen. Der Druck von Bürgerinnen und Bürgern auf die Politik kann wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz herbeiführen, Bürgerinnen und Bürger können durch ihr Engagement in Umwelt- und Naturschutzverbänden wesentlich zum Klimaschutz beitragen. Bei allen Fragen gab es jeweils vier Antwortkategorien. Die Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation führte nach Kaiser-Kriterium und Scree Plot zu einer fünf Faktorenlösung, die 58 % der Gesamtvarianz aufklärt. Die anschließende Two Step Clusteranalyse bei SPSS (Bacher et al. 2004) erbrachte eine mäßig trennscharfe Lösung für drei Cluster. N=2008 (gewichtet). Die Studie ist bei der gesis unter der Nummer ZA 5072 zugänglich (siehe auch Borgstedt et al. 2010). Die folgende Auswertung bezieht sich auf Differenzen bei den Originalvariablen, nicht den Faktoren der Hauptkomponentenanalyse.

<sup>14</sup>Neben der schon oben (2.) herangezogenen Studie Umweltbewusstsein in Deutschland (Borgstedt et al. 2010) greife ich hier auch auf eine aktuelle Eurobarometerumfrage EB 72.1 zurück (siehe [ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb\\_special\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm) [20.1.2012]).

## Literatur

*Bacher, Johann/Wenzig, Knut/Vogler, Melanie* 2004: SPSS TwoStep Cluster. A First

Evaluation. Arbeits- und Diskussionspapiere 2004-2. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Universität Erlangen-Nürnberg. In: Erlangen-Nürnberg: [http://www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/a-u-d-papiere/a\\_04-02.pdf](http://www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/a-u-d-papiere/a_04-02.pdf) [20.1.2012].

*Beck, Ulrich* 2007: Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt&M.: Suhrkamp.

*Blühdorn, Ingolfur* 1995: Campaigning for Nature: environmental pressure groups in Germany and generational change in the ecology movement. In: Blühdorn, Ingolfur/Krause, Frank/Scharf, Thomas (Hg.): The Green Agenda. Environmental Politics and Policy in Germany. Keele: University Press, 167-220.

*Borgstedt, Silke/Christ, Tamina/Reusswig, Fritz* 2010: Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Berlin: Umweltbundesministerium. [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de) [20.1.2012].

*Brand, Karl-Werner* 1999: Transformationen der Ökologiebewegung. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, 237-256.

*Brand, Karl-Werner* 2008: Umweltbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die soziale Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M., New York: Campus, 219-244.

*Brechin, Steven R.* 2010: Public opinion: a cross-national view. In: Lever-Tracy, Constance (Hg.): Handbook of Climate Change and Society. London: Routledge, 179-209.

*Davis, Lucas W.* 2011: Prospects for U.S. Nuclear Power After Fukushima. In: Berkeley: Energy Institute Haas, [https://ei.haas.berkeley.edu/pdf/working\\_papers/WP218.pdf](https://ei.haas.berkeley.edu/pdf/working_papers/WP218.pdf) [20.1.2012].

*Diekmann, Andreas/Preisendörfer, Peter* 1998: Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Low- und High-Cost-Situationen. Eine empirische Überprüfung der Low-Cost-Hypothese. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 27, Heft 6, 438-453.

- Eilders, Christiane* 2001: Die Darstellung von Protesten in ausgewählten deutschen Tageszeitungen. In: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/M., New York: Campus, 275-311.
- Jaeger, Carlo C./Jaeger, Julia* 2011: Three Views of Two Degrees. In: Regional Environmental Change, Jg. 11, Heft 1, S15-S26.
- Kuckartz, Udo* 2000: Umweltbewusstsein in Deutschland 2000. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Umweltbundesministerium. [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de) [20.1.2012].
- Kuckartz, Udo* 2002: Umweltbewusstsein in Deutschland 2002. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Umweltbundesministerium. [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de) [20.1.2012].
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan/Rheingans-Heintze, Anke* 2006: Umweltbewusstsein in Deutschland 2006. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Umweltbundesministerium. [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de) [20.1.2012].
- Kuckartz, Udo/Rheingans-Heintze, Anke* 2004: Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Umweltbundesministerium. [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de) [20.1.2012].
- Markham, William T.* 2008: Environmental Organizations in Modern Germany. Hardy Survivors in the Twentieth Century and Beyond. New York: Berghahn.
- Pirani, Elena/Secondi, L.* 2011: Eco-Friendly Attitudes: What European Citizens Say and What They Do. In: International Journal of Environmental Research, Jg. 5, Heft 1, 67-84.
- Roose, Jochen* 2006: Auf dem Weg zur Umweltlobby. Zur Vertretung der Umweltinteressen in Deutschland. In: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 270-287.
- Roose, Jochen* 2012: The institutionalization of Environmentalism in Germany. In: Doyle, Timothy/MacGregor, Sherilyn (Hg.): Global Perspectives on Environmentalism. Two Volumes. New York: Praeger, in Vorbereitung.
- Rucht, Dieter* 1994a: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Rucht, Dieter* 1994b: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 337-358.
- Rucht, Dieter* 2001: Anlage, Methode und externe Validierung von Prodat. In: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M.: Campus, 315-322.
- Rucht, Dieter/Roose, Jochen* 2001: Neither Decline nor Sclerosis. The Organisational Structure of the German Environmental Movement. In: West European Politics, Jg. 24, Heft 4, 55-81.
- Schäfer, Mike S./Ivanova, Ana/Schmidt, Andreas* 2011: Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit? Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel in 23 Ländern. In: Studies in Communication/Media, Jg. 1, Heft 1, 133-148.
- Schäfer, Roland/Metzger, Birgit* 2009: Was macht eigentlich das Waldsterben. In: Masius, Patrick/Sporenberg, Ole/Sprenger, Jana (Hg.): Umweltgeschichte und Umweltzukunft. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, 201-227.
- Take, Ingo* 2002: NGOs im Wandel. Von der Graswurzel auf das diplomatische Parkett. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* 2011: Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten 2011. Berlin: WBGU.
- Wippermann, Carsten/Calmbach, Marc/Kleinhüchelkotten, Silke* 2008: Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Umweltbundesministerium. [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de) [20.1.2012].

## ANALYSE

## Klickaktivismus?

### Über die Wirkung von politischen Online-Kampagnen

Online-Kampagnen sind zu einem wichtigen Instrument der politischen Kommunikation geworden. In der Zivilgesellschaft sind in den letzten Jahren Akteure entstanden, deren Organisation, politisches Handeln und Einbinden von Bürgern vollständig auf Online-Kommunikation beruhen. *Avaaz* und *Campact* ([www.avaaz.org](http://www.avaaz.org); [www.campact.org](http://www.campact.org)) sind hierfür prominente Beispiele. Ihr Online-Aktivismus manifestiert sich in themenbezogenen Kampagnen (z.B. Online-Petitionen und E-Mail-Kampagnen), deren Hauptmerkmal die Beteiligung möglichst vieler Bürger ist. Während solche „Online-Beteiligungskampagnen“ viele Bürger mobilisieren können, hat sich die Forschung bisher nur deskriptiv mit dem Phänomen auseinandergesetzt (vgl. Kavada 2009; Earl 2006), Erkenntnisse zur Wirkung des Online-Aktivismus auf die Politik aber noch nicht geliefert. Hier setzt der vorliegende Beitrag an. Die übergeordnete Fragestellung lautet: *Welche Wirkung haben zivilgesellschaftliche Online-Kampagnen auf etablierte politische Akteure?*

Ob Online-Kampagnen eine neue Teilhabealternative darstellen, soll explorativ durch zehn Leitfadeninterviews mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und Online-Experten der dort vertretenen Parteien untersucht werden.

## 1 Theoretische Grundlagen

### 1.1 Online-Partizipation durch zivilgesellschaftliche Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure (ZGA) wie Bürgerinitiativen, Verbände und Interessengruppen üben in demokratischen Gesellschaften die Funktionen Interessensaggregation, Interessenartikulation und Partizipation aus (vgl. Straßner 2006: 11). Analog zum Diskurs über die

Chancen des Internets für demokratische Gesellschaften im Allgemeinen hat auch eine Diskussion über die Potenziale des Webs für ZGA eingesetzt. Neben Vorteilen für die innere Organisation und Koordination, der Außen- und Binnenkommunikation und der Erweiterung der Handlungsrepertoires (vgl. Baringhorst 2009: 612ff) wird dabei ein erhöhtes Mobilisierungspotenzial von Bürgern im Netz für kurzfristig angelegte Partizipation in themenbezogenen Kampagnen gesehen. So konstatieren Ward und Gibson (2009: 37): „[M]obilizing once-off protests or creating rapid ephemeral networks is where the internet makes the biggest impact.“

Zwar gilt Online-Partizipation generell noch als Randerscheinung in unserer Gesellschaft (vgl. Emmer/Wolling 2010), zwei Entwicklungen bekräftigen aber das Potenzial der Online-Mobilisierung durch ZGA: Erstens wenden sich die Menschen durch zunehmende Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft von traditionellen Mitgliederorganisationen (z.B. Gewerkschaften, Parteien) ab und beteiligen sich stattdessen punktuell und themenbezogen an temporären Initiativen (vgl. Rucht 2010). Zweitens sind in den letzten Jahren auf Online-Kommunikation und Partizipation beruhende ZGA wie *Avaaz* und *Campact* entstanden, die in der Lage sind, für thematisch eingegrenzte politische Forderungen massenhaft Bürger zu unaufwendigen Partizipationshandlungen im Netz zu bewegen. Dass die Beteiligungszahlen durchaus mit vergleichbaren traditionellen Formen kollektiver Bürgerbeteiligung mithalten können, wird im folgenden Abschnitt gezeigt.

### 1.2 Online-Beteiligungskampagnen von ZGA

Die für diesen Beitrag relevanten politischen Kampagnen sind durch drei zentrale Merkmale charakterisiert: Initiator der Kampagne ist ein ZGA, Adressaten sind politische Entscheidungsträger und die Teilhabe und Mobilisierung möglichst vieler Bürger ist die Kampagnenstrategie. Im Kern geht es um die „Mobili-

sierung möglichst vieler Unterstützer als Basis, die dann gemeinsam eine bestimmte Idee oder Position ‚nach oben‘ (bottom-up) – also zu den Entscheidungsträgern – transportieren“ (Meier 2009: 127). Typische Formen von Online-Beteiligungskampagnen sind Online-Petitionen, entweder formell über das Petitionstool der Bundesregierung oder informell über die Webseite des ZGA organisiert, sowie E-Mail-Kampagnen. Letztere beinhalten meist ein Online-Formular, über das eine E-Mail an einen Politiker oder eine Partei geschickt werden kann (vgl. Earl 2006: 362). Informelle Online-Petitionen und E-Mail-Kampagnen werden z.B. von *Avaaz* eingesetzt. *Avaaz*-Petitionen in den Jahren 2010 und 2011 gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken (181.609 Unterzeichner) und für eine energiepolitische Wende (113.916 Unterzeichner) sowie eine E-Mail-Kampagne zur Bundespräsidentenwahl 2009 mit 29.642 beteiligten Bürgern erwecken den Eindruck, dass hier eine substantielle Art unkonventioneller Bürgerbeteiligung durch das Netz ermöglicht wird. Die Mobilisierungskraft der informellen Online-Petitionen scheint höher zu sein als jene von formalen Online-Petitionen: Laut Jungherr und Jürgens (2010: 144) kamen seit 2008 nur 14 von 886 formalen E-Petitionen auf über 10.000 Unterstützer.

Insgesamt könnte durch neuartige Online-NGOs webbasierte Teilhabe einen Schritt aus dem Nischendasein machen. Diese Form politischer Online-Partizipation lässt sich durch vier zentrale Merkmale kennzeichnen:

- Das Engagement und die Partizipationskosten eines Einzelnen sind relativ gering. Teilhabe wird in zeitlich unaufwendigen Aktivitäten angeboten und erst durch die Bündelung einer hohen Anzahl Beteiligter werden die Kampagnen bedeutend.
- Formale Mitgliedschaft wie z.B. in Parteien oder Gewerkschaften gibt es bei solchen Organisationen nicht. Mitglied ist, wer sich über ein Online-Formular mit einer E-Mail-Adresse und einigen wenigen persönlichen Daten registriert.
- Innerhalb der ZGA ist die Partizipation der „Mitglieder“ eher gering. Diese können zwar partiell bei der Themensetzung mitbestimmen, die hauptsächliche Entscheidungskompetenz liegt aber meist in den professionalisierten Organisationsspitzen bei gut vernetzten Experten.
- Die Mitglieder der Online-NGOs fungieren nicht nur als Unterstützer politischer Forderungen, sondern auch als Multiplikatoren der Online-Kampagnen, indem sie über soziale Netzwerke oder E-Mail selbst andere Bürger mobilisieren (vgl. Kavada 2009).

### 1.3 Leitfadeninterviews mit etablierten politischen Akteuren

Politische Wirkung wird bei dieser Studie nicht nur als Erfolg bzw. Misserfolg im Sinne der Manifestierung politischer Forderungen im politischen Output (z.B. Gesetze) verstanden. Vielmehr soll auch die Ebene der individuellen politischen Akteure als aktive Rezipienten der Kampagnen und somit deren Bewertung von Kampagnenmerkmalen in die Operationalisierung des Wirkungsbegriffs einbezogen werden. Die Forschungsfrage wird daher in drei Unterfragestellungen untergliedert:

- Wie bewerten politische Akteure zentrale Eigenschaften von Online-Kampagnen (Involvement, Repräsentativität, Stärken, Schwächen)?
- Welchen Einfluss haben Online-Kampagnen auf den Meinungsbildungsprozess von Bundestagsabgeordneten?
- Welche Wirkung haben Online-Kampagnen im Vergleich zu klassischen Offline-Beteiligungsformen?

Zur Beantwortung der Fragestellungen wurden zehn Leitfadeninterviews mit fünf Bundestagsabgeordneten, pro Partei ein Abgeordneter und den fünf „Online-Experten“, also den Zuständigen für die onlinebasierte Öffentlichkeitsarbeit der Bundesverbände der Parteien, durchgeführt.<sup>1</sup> Sowohl die individuellen Abgeordneten als auch die Parteizentralen sind Adressaten von Online-Kampagnen und somit

geeignete Interviewpartner für die vorliegenden Studie.

## 2 Ergebnisse

### 2.1 Bewertung zentraler Eigenschaften von Online-Kampagnen

Eher positiv gestimmte Abgeordnete sehen als zentrale Stärke von Online-Kampagnen die erweiterte Beteiligungsmöglichkeit, die sich im Gegensatz zum Wahlakt nur auf einzelne, für den Bürger als relevant angesehene Themen konzentriert. Das Plus an Bürgerbeteiligung, das durch Online-Kampagnen entsteht, beziehen die Abgeordneten insbesondere auf junge Menschen. Die Online-Experten führen zusätzlich die schwache Organisationsbindung als Triebfeder für mehr Beteiligung an („man muss keine Organisation heiraten“, MS).

Als Schwäche empfinden die Politiker, dass sie bei Online-Kampagnen vermehrt mit unbekanntem Akteuren konfrontiert werden, deren inhaltliche Kompetenz und Seriosität sie zeitlich bedingt meist nicht überprüfen können und somit eher von ihnen Abstand nehmen. Die Online-Experten argumentieren bei den Schwächen vorrangig mit technischen Manipulationsmöglichkeiten der Kampagnen, z.B. eine fehlende E-Mail-Verifizierung beim Unterzeichnen von Petitionen („Double Opt-In“). Mitunter kritisieren die Online-Experten zudem das nicht zielgerichtete Adressieren von Politikern sowie eine mangelnde Dialogorientierung bei E-Mail-Kampagnen:

„[E]ine absolute Schwäche ist, dass man wirklich einfach nur durch das einfache Anklicken auf eine Taste sämtliche MdBs und vielleicht noch die Bundesgeschäftsstellen anschreibt. [D]ann schreibt ein Mitarbeiter irgendwo eine Standardantwort und alle sind nur abgenervt davon und die Leute erreichen damit nichts, weil sie nerven nur. Sie schaffen damit keinen Dialog.“ (TD)

Skeptisch steht die Mehrheit der Befragten auch dem Maß an Einbezogenheit und Mitgestaltungsmöglichkeit der Bürger (Involvement) bei typischen Kampagnenformen wie

E-Mail-Kampagnen oder Online-Petitionen gegenüber:

„[Die Beteiligung] ist nicht echt, nicht ehrlich. Sondern sie wird vorgegaukelt. [...] [D]ie Kampagne ist ja schon sozusagen fertig formuliert. Da ist ja ein nachträgliches, demokratisches Abstimmen über verschiedene Wege oder verschiedene Formulierungen [...] nicht mehr möglich. Außer mein Kreuz drunter machen, kann ich mich nicht beteiligen.“ (MdB4)

Die Online-Experten bewerten das Involvement ähnlich gering wie die Abgeordneten, differenzieren aber zwischen verschiedenen Kampagnenformen. Höheres Involvement der Bürger können demnach Kampagnen erreichen, an deren Konzeption die Bürger online mitarbeiten, oder solche Online-Kampagnen, die mit Aktivitäten in der realen Welt kombiniert werden. Diese Aktivitäten werden folglich auch höher bewertet. Repräsentativ für die Bevölkerungsmeinung können die Kampagnen-Experten und Angeordneten zufolge nicht sein.

### 2.2 Einfluss auf die Meinungsbildung von Bundestagsabgeordneten

Die befragten Abgeordneten nehmen Online-Kampagnen grundsätzlich in ihren Meinungsbildungsprozess auf. Allerdings sind die Kampagnen nur „ein Teil eines Informationspaketes“ (MdB4) und haben letztlich wenig Einfluss auf die abschließende Positionierung. Die Online-Experten schätzen die Wirkung der Kampagnen auf die Meinungsbildung von Entscheidungsträgern ähnlich gering ein. Aus den Interviews lassen sich aber sowohl Faktoren herausfiltern, die das Ausbleiben eines Kampagneneinflusses auf die Meinungsbildung befördern, als auch Faktoren, die einem gewissen Kampagneneinfluss auf die Positionierung von Politikern förderlich sind.

Gegen einen Kampagneneinfluss spricht aus Sicht der Abgeordneten, dass die Kampagnen, auch wenn hunderttausendfach unterstützt, meist nur ein Argument in einer Debatte vertreten („ein Argument wird ja dadurch, dass es tausendfach wiederholt wird, nicht besser“,

MdB2). Zudem herrscht der Eindruck vor, dass im Internet eine sehr einseitige Interessenvertretung stattfindet, da bestimmte Gesellschaftsgruppen im Internet aktiver und stärker repräsentiert sind als andere. Darüber hinaus trägt die Altersstruktur und teils die traditionelle Arbeitsweise des gesamten Bundestags („Das Faxgerät ist hier schon noch Kommunikationsmittel Nummer eins“, MdB4) zu einem geringen Einfluss der Kampagnen bei. Die Online-Experten sehen die geringe Einflusskraft insbesondere in den tendenziell eher destruktiven Kampagneninstrumenten begründet. Massenhaftes Versenden von E-Mails hält demnach nur den Bürobetrieb auf und führt dazu, dass die Politiker mit Gegenmaßnahmen wie Spam-Filtern reagieren.

Doch die Interviews zeigen, dass die Kampagnen nicht vollkommen wirkungslos bleiben: Online-Kampagnen können die Willensbildung von Politikern offenbar insofern beeinflussen, dass sie zur Gewichtung von Themen und Einschätzung von Durchsetzbarkeit politischer Vorhaben beitragen. Online-Kampagnen scheinen hierbei für die Politik nicht repräsentative Volksmeinungen zu liefern, sehr wohl aber eine Indikatorfunktion für die Wichtigkeit bestimmter Themen zu erfüllen, wie folgende Zitate illustrieren:

„Natürlich geht die Frage, wer unterstützt irgendwas, welche politischen Meinungsbildungsprozesse zeichnen sich ab, in welchen Organisationen bildet sich welche Mehrheit? Natürlich fließt das in die politische Lagebewertung mit ein.“ (MdB2)

„[W]enn ich jetzt sagen kann, eine Petition bei Avaaz zum Atomausstieg hat 180.000 gekriegt und eine Petition, keine Ahnung, zur Freilassung der gefangenen Journalisten in Weißrussland hat 10.000 gekriegt, dann kann ich Themen gewichten.“ (SR)

Der Kampagne förderlich ist es zudem, wenn der initiiierende ZGA dem Abgeordneten bereits bekannt ist. E-Mail-Kampagnen werden eher beachtet, wenn die Botschaften von den Bürgern individualisiert werden. Die

Online-Experten betonen außerdem, dass die mitunter alternative Themenagenda der Internetgemeinde auf klassische Medien und die gesamte Öffentlichkeit ausstrahlen kann und Online-Kampagnen somit auch als „Frühwarnsysteme“ für die etablierte Politik fungieren. Der Einfluss auf Abgeordnete kann zudem höher sein, wenn die adressierten Politiker eine gewisse Online-Affinität besitzen.

### 2.3 Wirkung von Online-Kampagnen im Vergleich zu Offline-Kampagnen

In den Interviews wurde die Wirkung der typischen Online-Kampagnenformen (Online-Petition, E-Mail-Kampagne) mit der Wirkung ihrer Offline-Pendants (Offline-Petition, Briefkampagne) verglichen. Den Abgeordneten zufolge ist die Wirkung tendenziell gleich. Im Fall von formalen Petitionen werden Online- und Offlinevariante auch deshalb gleich behandelt, weil es ein geregelteres Verfahren gibt, das beim Einreichen beider Petitionsformen beim Bundestag eingehalten werden muss. Dennoch scheint ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber der Online-Variante aufgrund der niedrigen Hemmschwelle der digitalen Unterschrift vorzuherrschen. Zudem ist für manche Abgeordnete der direkte Austausch auf der Straße mit anderen Bürgern ein wichtiges Element einer standhaften Meinungsbildung.

Auch einige Online-Experten sehen die Niedrigschwelligkeit und unnachhaltige Meinungsbildung im Internet als Schwächung in der Wirkung von Online-Kampagnen an. Andere Experten sehen keinen Unterschied, stattdessen aber ähnliche zwischenmenschliche Diskursstrukturen über Politik im Internet wie in der realen Welt. Prinzipiell macht es aber keinen Unterschied für Politiker und Experten, ob eine Petition online oder offline zustande kommt, sofern es sich um formale Petitionen handelt. Die Online-Experten bewerten das Mitzeichnungsverfahren des Online-Petitionensystems des Bundestags sogar als komplizierter als ein Offline-Verfahren. In der Gegenüberstellung von E-Mails und Briefen messen die Politiker einem Postbrief zwar noch eine

höhere Wertigkeit zu, bezüglich der Bearbeitungszeit und im Austausch mit anderen Parlamentariern ist der elektronische Weg aber offenbar im Vorteil:

„Wenn ich sagen kann: ‚Wir alle kriegen doch momentan Tausende von Mails‘ [...], dann ist das ein psychologisch nutzbares Argument in der internen Auseinandersetzung. Also, man kann das natürlich einsetzen, um die Meinungsbildung in der eigenen Fraktion, in dem eigenen Ausschuss, im Parlament zu befördern.“ (MdB2)

Die Befragten wurden bei diesem Themenkomplex zudem gefragt, wie sie die quantitative und qualitative Dimension politischer Online- und Offline-Beteiligung, also der Mobilisierungintensität (Anzahl der Partizipierenden) und Partizipationsintensität (Partizipationskosten und Hemmschwelle eines Einzelnen) einschätzen. Bei der Gewichtung dieser Dimensionen sind sich die Politiker darin einig, dass intensive Partizipation vor intensiver Mobilisierung rangiert. 10.000 Demonstranten auf der Straße haben für die Mehrheit der Abgeordneten einen höheren Stellenwert als 180.000 Online-Unterschriften. „[U]mso niedrigschwelliger eine Beteiligungsform ist, desto weniger sozusagen Gewicht hat sie auch“ (MdB4), so lautet der Umkehrschluss. Die Online-Experten argumentieren insgesamt uneinheitlich, teilen aber mehrheitlich die Auffassung, dass Offline-Aktionen stärker wirken:

„Wenn ich in mein Büro will und komme da nicht rein, weil da 20 Leute davor stehen, dann ist das schon physisch eine viel stärkere [...] Präsenz als dass mein Mitarbeiter mir sagt: ‚Wir haben übrigens 80 neue E-Mails heute wieder von Avaaz.‘“ (SH)

Ist die Partizipation mit Hürden und Ressourceneinsatz verbunden, wird daraus von den Politikern gefolgert, dass sich die Menschen stärker mit dem Thema auseinandergesetzt haben und ihnen das Anliegen wichtiger ist. Dennoch kann auch die niedrigschwellige Online-Mobilisierung ab einem bestimmten quantitativen Level eine Wirkung haben, so-

fern ein sich am Politikprozess orientierendes Mittel (z.B. formale Petition) gewählt wird oder es um ein netzpolitisches Thema geht.

### 3 Fazit

Den Interviews mit fünf Bundestagsabgeordneten und den Online-Experten der Parteien zufolge, haben die Online-Beteiligungskampagnen nur eine sehr geringe direkte Wirkung auf politische Entscheidungsprozesse. Die Ergebnisse zeigen aber einen bemerkenswerten indirekten Effekt: Online-Beteiligungskampagnen dienen den etablierten politischen Akteuren als Indikator für Stimmungen und Meinungen innerhalb der Bevölkerung. Hierbei wurde ein gewisser *Agenda Impact* festgestellt, die die Politik den Kampagnen beimisst. Bei netzpolitischen Themen scheint die Themensetzung der Online-Aktivisten die politische Agenda derzeit am meisten beeinflussen zu können. Noch vorhandene Skepsis gegenüber der schnelllebigen Online-Partizipation könnte weiter abgebaut werden, je mehr jüngere, online-affine Politiker in den Bundestag einziehen.

*Johannes Hillje*, M.A., absolviert ein MSc-Programm in Politics and Communication an der London School of Economics and Political Science (LSE). Kontakt: j.hillje@lse.ac.uk

*Dr. Oliver Quiring* ist Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Kontakt: quiring@uni-mainz.de

### Anmerkung

<sup>1</sup> Als Online-Experten wurden interviewt: CDU: Stefan Hennewig [SH], SPD: Sebastian Reichel [SR], FDP: Thomas Diener [TD], Die Linke: Mark Seibert [MS], Grüne: Robert Heinrich [RH]. Die Namen der Bundestagsabgeordneten wurden anonymisiert (MdB1-MdB4).

### Literatur

*Baringhorst, Sigrid* 2009: Politischer Protest im Netz – Möglichkeiten und Grenzen

der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation. In: Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank (Hg.): Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 42, 609-635.

*Earl, Jennifer* 2006: Pursuing Social Change Online. The Use of Four Protest Tactics on the Internet. In: Social Science Computer Review, Jg. 24, Heft 3, 362-377.

*Emmer, Martin/Wolling, Jens* 2010: Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. In: Schweiger, Wolfgang/Beck, Klaus (Hg.): Handbuch Online-Kommunikation. Wiesbaden: VS, 36-58.

*Jungherr, Andreas/Jürgens, Pascal* 2010: The Political Click. Political Participation through E-Petitions in Germany. In: Policy & Internet, Jg. 2, Heft 4, 131-165.

*Kavada, Anastasia* 2009: Collective Action and the Social Web: Comparing the Architecture of Avaaz.org and Openesf.net. [http://homepages.vub.ac.be/~ncarpent/suso/reco\\_book5.pdf#page=130](http://homepages.vub.ac.be/~ncarpent/suso/reco_book5.pdf#page=130) [17.01.2011].

*Meier, Dominik* 2009: Menschen mobilisieren. Effektiveres „Grassroots-Campaigning“ durch den Einsatz Neuer Medien. In: Novy, Leonard (Hg.): Lernen von Obama? Das Internet als Ressource und Risiko von Politik. Gütersloh: Bertelsmann, 125-154.

*Rucht, Dieter* 2010: Engagement im Wandel. Politische Partizipation im Wandel. [http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrief/wzbriefzivileengagement012010\\_rucht.pdf](http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrief/wzbriefzivileengagement012010_rucht.pdf) [05.05.2011].

*Straßner, Alexander* 2006: Funktionen von Verbänden in modernen Gesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 15/16, 10-17.

*Ward, Steven/Gibson, Rachel* 2009: European Political Organizations and the Internet. In: Chadwick, Andrew/Howard, Philip N. (Hg.): Handbook of Internet Politics. London: Routledge, 101-137.

## ANALYSE

### Social Entrepreneurship – Einordnung einer Aktivitätsform

Unter dem Schlagwort „Social Entrepreneurship“<sup>41</sup> wird in letzter Zeit verstärkt die transformative Rolle individueller Akteure diskutiert. Beispiele sind Muhammad Yunus mit seiner Idee der Mikrokredite und John Bird mit der Straßenzeitung *The Big Issue*. Sie begegnen gesellschaftlichen Problemen mit innovativen Lösungen und unternehmerischen Mitteln. Internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Stiftungen wie insbesondere Ashoka, die Skoll- und die Schwab-Stiftung haben inzwischen Tausende engagierter Menschen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen als „Social Entrepreneurs“ gefördert. Bei der Skoll-Stiftung erhalten sie teilweise mehrere Millionen US-Dollar zur Umsetzung ihrer Ideen; Klaus Schwab lädt sie zum von ihm gegründeten Weltwirtschaftsforum nach Davos ein.

Die Dichotomie zwischen Wirtschaft auf der einen und Zivilgesellschaft auf der anderen Seite trifft immer weniger zu. NGOs sehen sich zusehends als Partner, nicht mehr als Gegenspieler transnationaler Unternehmen in der internationalen Politik. Social Entrepreneurship scheint diesem Trend zu folgen, insofern es auf der Vereinbarkeit von sozialem und unternehmerischem Engagement beruht. Der Artikel versucht, eine kritische Diskussion um die Einordnung dieser Aktivitätsform im Kontext sozialer Bewegungen anzustoßen – anhand der drei zentralen Narrative: 1) dass es sich bei den Social Entrepreneurs um Einzelkämpfer handelt, 2) dass sie ein neues Wirtschaftsmodell etablieren und 3) dass sie mit sozialen Innovationen zur Verbesserung gesellschaftlicher Umstände beitragen.

#### 1) Vermeintliche Einzelkämpfer

Internationale Förderorganisationen wie Ashoka, Skoll und Schwab zeichnen Einzelpersonen als Social Entrepreneurs aus – und nicht

die Organisationen oder das Unternehmen, in denen sie in der Regel tätig sind. Es wird suggeriert, dass eine klar identifizierbare Verkettung von Subjekt, Handlung und Wirkung besteht (Grenier 2009: 185). Dadurch schaffen sie das Narrativ, dass es sich bei den Social Entrepreneurs um Einzelkämpfer handelt. Ihre zentrale Annahme und Botschaft ist, dass Individuen die Welt verändern können: „Everyone a changemaker“ (Ashoka-Slogan, siehe auch Drayton 2006). In der Bewegungsforschung wird Individuen zwar mitunter auch entscheidende Erklärungskraft für einen normativen und politischen Wandel zugeschrieben, aber nicht unabhängig von organisationellen Plattformen, Netzwerken und Koalitionen (Finne- more/Sikkink 1998: 899; Kolb 2002: 10).

Durch die Fokussierung auf die jeweilige Einzelperson können dem/der Social Entrepreneur nicht nur normative Vorstellungen herkömmlichen Unternehmertums zugeschrieben werden, z.B. „unternehmerischer Arbeitseifer“ und „Mut zu Neuem“<sup>2</sup>. Die Personalisierung erlaubt auch eine Vermarktung über ansprechende und gefühlsgeladene Geschichten und Mythen, die die Authentizität und Glaubwürdigkeit der Projekte erhöhen. Die Social Entrepreneurs werden als Menschen mit besonderen kognitiven Fähigkeiten und in ihren Handlungen als vornehmlich altruistisch beschrieben (Drayton 2006: 81). Im Fall Yunus wird berichtet, wie er 1974 mit einem PhD aus den USA nach Bangladesch zurückkehrte und dort dann aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen mit der armen Bevölkerung die Grameen („Dorf“) Bank gründete. Sie vergibt sogenannte Mikrokredite, Darlehen in sehr geringer Höhe, an Gruppen von fünf Personen – in der Regel nur Frauen – ohne finanzielle Sicherheit, die allerdings gegenseitig füreinander haften (Spiegel 2006; Yunus/Jolis 2006).

Alternative Deutungen für das Engagement der Einzelnen und „ihren“ Erfolg werden in der Forschung zu Social Entrepreneurship bisher ausgeblendet (kritisch hierzu Mair et al. 2006: 2; Dacin et al. 2011: 1205). Dabei werden Social

Entrepreneurs im Unterschied zu zivilgesellschaftlichen Akteuren gerade dadurch definiert, dass sie nicht nur altruistisch, sondern durchaus auch „unternehmerisch“ und profitorientiert handeln (siehe zweites Narrativ). Yunus gilt als unumstrittenes Vorbild in der entsprechenden Forschungsgemeinschaft (Bornstein 2004: 14), während seine Uneigennützigkeit und die wohlfahrtfördernden Effekte der Mikrokredite in anderen Kontexten durchaus hinterfragt werden (Klas 2010; Muhammad 2009).

## 2) Ein neues Wirtschaftsmodell

Gerade in der Verbindung und vermeintlichen Vereinbarkeit von gemeinnützigem Anliegen und egoistischer Gewinnorientierung liegt ein besonderer Reiz von Social Entrepreneurship – „doing good while doing business“. Gesellschaftliches Engagement scheint bei finanzieller Eigenständigkeit möglich. Yunus (2008: 41-42) selbst spricht von einer neuen Variante des Kapitalismus, die Soziales und Unternehmertum miteinander vereinbart: „It is time to move away from a narrow interpretation of capitalism and broaden the concept of the market by giving full recognition to social business entrepreneurs. Once this is done, social business entrepreneurs can flood the market and make it work for social goals as efficiently as it does for personal goals.“

Social Entrepreneurs werden diesem Narrativ entsprechend nicht notwendig als Einzelpersonen, sondern auch als gemeinnützige NGOs im weiteren Sinne verstanden (z.B. Easterly 2006, Kapitel 11; Mair et al. 2006). Die zentrale Aussage ist, dass sich öffentliche Angelegenheiten über „earned income“ refinanzieren lassen, wie im Fall der Grameen Bank, die zur Armutsbekämpfung und Frauenemanzipation beiträgt, sich aber nicht über öffentliche Mittel, sondern Zinsen und damit den Markt (re-)finanziert, oder im Fall von Straßenzeitungen, die Obdachlosenhilfe über den Verkauf finanzieren. Idealtypisch wird angenommen, dass Social Entrepreneurs gesellschaftliche Verhältnisse in erster Linie über den Markt bzw. die „Bürgergesellschaft“ verändern (Dray-

ton 2006; Hackenberg/Empter 2011). Durch Marktstätigkeiten und die erzielten Gewinne sollen sie politische Prozesse, auf die herkömmliche zivilgesellschaftliche Akteure angewiesen sind, umgehen und ihre gesellschaftlichen Ziele dadurch sogar schneller erreichen können (Cho 2006: 53).

Insbesondere für die Entwicklungszusammenarbeit wird die Einführung einer stärkeren Marktmentalität von verschiedenen Autoren unter dem Social Entrepreneurship-Begriff diskutiert. Sie postulieren, dass über den Markt insbesondere die Verantwortlichkeit gegenüber den Betroffenen („market accountability“) gestärkt, die Messbarkeit von Wirkungen („impact measurement“) verbessert und damit die Wirkung gesellschaftlicher Eingriffe selbst erhöht werden können: „In any human endeavor, the people paying the bills are the ones to keep happy“ (Easterly 2006: 15).

Die Anwendung von Marktstrategien für gesellschaftliche Anliegen bedeutet letztlich eine Kommodifizierung und in weiten Teilen eine Entpolitisierung öffentlicher Aufgaben (Armutsbekämpfung, Obdachlosenhilfe u.a.). Nicht nur von Yunus wurden normative Grundprinzipien wie Selbstinitiative, Selbstverantwortung, Privateigentum und Effizienz als Ersatz für staatliche Abhängigkeit der Armen propagiert (Grenier 2009: 177, 180; Yunus/Jolis 2006: 261, 264). Seit Mitte der 1990er Jahre fand ein grundsätzlicher, u.a. für Yunus' Mikrokredit-Idee förderlicher Paradigmenwechsel statt: „Es ist den neoklassischen, angebotsorientierten Ökonomen gelungen, die staatlichen Finanztransfers als das Problem der Armutsbekämpfung und nicht als Lösung glaubhaft darzustellen“ (Young 2008: 202).

Kritische Untersuchungen zu Yunus zeigen, dass die Rückzahlquoten für seine Mikrokredite weit geringer sind als die angegebenen 99 Prozent (Yunus 2008: 44) und für die Kommodifizierung der Lebensverhältnisse zumindest in einigen Regionen Bangladeschs eine negative gesellschaftliche Bilanz gezogen werden muss (Klas 2010; Muhammad 2009). Das heißt, Social Entrepreneurs können den Staat nicht

nur nicht ergänzen, sondern in seinen Bemühungen der Armutsbekämpfung auch konterkarieren. Fernab der ideologischen Verortung gelingt es in der Praxis zudem nur einer kleinen Anzahl von Social Entrepreneurs, sich über kommerzielle Tätigkeiten zu refinanzieren. Die Mehrzahl der Initiativen finanziert sich über Spenden, Stiftungsgelder und öffentliche Mittel (eigene Erhebung). Selbst Yunus hat zur Verbreitung der Mikrokredit-Idee den Grameen Trust gegründet, der sich nicht selbst refinanziert. Insofern einige NGOs ihre Tätigkeiten schon immer auch über kommerzielle Tätigkeiten finanziert haben, z.B. Oxfam über „Second Hand“-Läden, gehören Social Entrepreneurs mit ihren öffentlich-gemeinschaftlichen Zielen eher in die Kategorie „Zivilgesellschaft“ als die Kategorie „Wirtschaft“. Sie sind eher wirtschaftsfreundliche Gutmenschen als soziale Unternehmer. Es gilt deshalb jeden Einzelfall genau zu prüfen, inwieweit sich wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gewinn tatsächlich miteinander vereinbaren lassen.

### 3) Soziale Innovationen

Für die Förderorganisationen ist zunächst nicht das zugrundeliegende Geschäftsmodell zur Refinanzierung des gesellschaftlichen Engagements das entscheidende Charakteristikum für Social Entrepreneurship. Für sie ist am entscheidendsten, dass Social Entrepreneurs eine „neue Idee“ bzw. „soziale Innovation“ zur Verbesserung öffentlicher Anliegen umsetzen (Dees 1998: 1; Drayton 2006: 83, 89), z.B. Mikrokredite zur Armutsbekämpfung, deren Erfolg sich durch vermeintlich hohe Rückzahlquoten belegen lässt (Klas 2010; Yunus 2008: 44). Konzeptionell wird Bezug auf Joseph Schumpeters Verständnis von Unternehmertum genommen. Schumpeter stellt Unternehmertum als Treiber wirtschaftlicher Entwicklung heraus und sieht Innovation als seinen Kern (Bornstein 2004: 2; Swedberg 2009).

Auf der Homepage von Ashoka Deutschland heißt es: „Viele Menschen arbeiten für positiven gesellschaftlichen Wandel. Aber nicht jeder Engagierte ist ein Social Entrepreneur.“

Social Entrepreneurs treten mit dem Ziel an, innovative unternehmerische Lösungen für drängende soziale Probleme zu finden und umzusetzen (...). Ihre Ansätze sind geeignet, einen langfristigen gesellschaftlichen Wandel zu bewirken.“<sup>3</sup> Während soziale Bewegungen zwar auch einen solchen „grundlegenden sozialen, politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Wandel herbeizuführen“ versuchen, ist ihr Anliegen doch auch oft, „sich ihm zu widersetzen oder ihn rückgängig zu machen“ – mitunter ohne dass eine konkrete Alternative benannt werden kann (Kolb 2002: 9-10). Zudem sind herkömmliche zivilgesellschaftliche Akteure im Unterschied zu den von den Förderorganisationen ausgezeichneten Social Entrepreneurs nicht immer erfolgreich.

Während die Social Entrepreneurs ihre neuen Ideen anfangs vorwiegend im lokalen Kontext realisieren, unterstützen die Förderorganisationen ein „Scaling“ hin zu einem systemischen Wandel, insbesondere durch die Akquirierung finanzieller Mittel (Drayton 2006: 86ff.). Ashoka organisiert beispielsweise mit der Siemens-Stiftung in München Treffen verschiedener in einem bestimmten Bereich, z.B. dem Wassersektor, ausgezeichneter Social Entrepreneurs und Unternehmen. Ziel ist die gewinnbringende Vermarktung und flächendeckende Verbreitung ihrer Innovationen. Yunus und Grameen kooperieren in diesem Sinne mit zahlreichen, auch transnationalen Unternehmen und verbreiten die Mikrokredit-Innovation sowohl sektoral über den Finanzsektor als auch territorial über Bangladesch hinaus. Grameen-Phone beispielsweise mit Telenore aus Norwegen ist der größte Mobilfunkanbieter Bangladeschs. Die Kunden erhalten von der Grameen Bank Darlehen, um sich ihr Mobiltelefon zu finanzieren. Grameen Veolia trägt nach dem gleichen Prinzip zum privaten Ausbau der Wasserinfrastruktur bei (Yunus/Jolis 2006: 266).

Strukturelle Gründe gesellschaftlicher Defizite (Armut, Infrastrukturmangel etc.) treten angesichts des Narrativ der sozialen Innovation zu ihrer Lösung in den Hintergrund. Der Begriff der „Innovation“ ist positiv besetzt und

lässt Alternativen von vorneherein als negativ („nicht innovativ“) beiseite. Politische Konflikte bei der Festlegung und Umsetzung gesellschaftlicher Ziele werden von den Förderorganisationen meist nicht thematisiert. Dabei bestehen sie durchaus. Ein Wasseranschluss für arme Bevölkerungsgruppen lässt sich beispielsweise nicht nur über Mikrokredite, sondern wie in Deutschland auch über öffentliche Mittel und steuerliche Umverteilung regeln. Der Erfolg sozialer Innovationen müsste sich entsprechend nicht nur nach ihrem Markterfolg (Verbreitung von Mikrokrediten, Rückzahlquoten), sondern auch gegenüber alternativen Entwicklungspfaden (Ausbau der Wasserversorgung bei privater oder öffentlicher Finanzierung) evaluieren lassen.

Mit dem Scaling von Ideen findet ein entscheidender Sprung statt. Dacin et al. (2011: 1210) illustrieren die hiermit verbundene „dunkle Seite von Social Entrepreneurship“ am Beispiel des Social Entrepreneur John Bird. Nachdem Birds Innovation einer Obdachlosenzeitung in Großbritannien Verbreitung gefunden hatte, beschloss er Ende der 1990er in die USA zu expandieren. Eine der ersten Städte war Los Angeles, wo er auf heftigen Widerstand einer anderen Social Entrepreneur, Jennafer Waggoner, mit ihrer Straßenzeitung Making Change stieß. Waggoner, die in Los Angeles lokal eingebettet und ehemals selbst obdachlos gewesen war, gelang eine erfolgreiche Kampagne gegen *The Big Issue*, in der sie Bird der „McDonaldisierung“ der Straßenzeitungsbewegung beschuldigte. Während Waggoners Straßenzeitung im vorangegangenen Jahr über ein Budget von 3.000 US-Dollar verfügt hatte, erhielt Bird 1998 eine Startfinanzierung für seinen US-Einstieg von 100.000 US-Dollar von The Body Shop, einer Kette für Kosmetikprodukte (die zu Unilever gehört). In ähnlicher Weise wie *The Big Issue* mit anderen Straßenzeitungen steht auch Grameen weltweit in Konkurrenz zu anderen Banken und NGOs, die Mikrokredite vergeben (Spiegel 2006: 135-136), und wie in jedem Wettbewerb gibt es nicht nur Gewinner.

## Fazit

Die zentrale Botschaft um Social Entrepreneurship ist, dass das Handeln Einzelner Prozesse der wirtschaftlichen Globalisierung beeinflussen kann, die in der Regel als strukturell und nicht akteursbezogen wahrgenommen werden. Den Social-Entrepreneurship-Förderorganisationen geht es nicht um die Ursachen von Staatsversagen, sondern darum, anstehende gesellschaftliche Probleme „auf innovative, nachhaltige und effektive Weise“<sup>4</sup> zu lösen. Wie zivilgesellschaftliche Akteure werden Social Entrepreneurs als Akteure beschrieben, die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht oder zumindest nicht vorrangig über politische Institutionen, sondern direkter über die Gesellschaft verändern – allerdings bei Social Entrepreneurs mit dem Anspruch, sich auch selbst zu finanzieren, eine Hürde, an der in der Praxis wiederum doch viele scheitern.

Ein weiterer Unterschied besteht in dem in- bzw. exklusiven Anspruch der beiden Aktivitätsformen. Social Entrepreneurship ist im Zusammenhang mit den Förderorganisationen eine exklusive Aktivitätsform. Nicht jeder Bürger bzw. jede Bürgerin erhält eine Förderung. Schwab lädt jedes Jahr nur eine Handvoll Social Entrepreneurs nach Davos ein. Beim inklusiven Weltsozialforum in Porto Alegre dagegen geht es um zivilgesellschaftliche Selbstverantwortung und Emanzipation. Einzelne Social Entrepreneurs sind sicher auf beiden Foren anzutreffen. Entscheidend ist, dass sie in Davos *im Namen der Betroffenen* (von Armut, Hunger etc.), in Porto Alegre im möglichen Fall sogar *gemeinsam mit den Betroffenen* handeln. Durch das Scaling geht die soziale Einbettung der Social Entrepreneurs verloren („McDonaldisierung“). Zugleich entfalten sie erst in Kooperation mit den Förderorganisationen und großen Wirtschaftsunternehmen ihre eigentliche Macht.

Social Entrepreneurship wurde bisher vor allem aus einem wirtschaftlichen Kontext heraus diskutiert. Die Verbreitung von Social Entrepreneurship läuft jedoch weniger auf eine Reform der Wirtschaft als auf ein neues Verständ-

nis gesellschaftlichen Engagements hinaus, wie es bisher in sozialen Bewegungen ausgeübt wird. Einzelpersonen mit ihren sozialen Innovationen treten an die Stelle von Bewegungen mit ihren doch auch strittigen Anliegen, Unternehmertum an die Stelle der Politik. Social Entrepreneurship sollte deshalb als Aktivitätsform auch im Kontext der Bewegungsforschung untersucht und wesentlich kritischer diskutiert werden, als das bisher der Fall ist.

*Dr. Lena Partzsch* ist stellvertretende Leiterin der sozial-ökologischen Forschungsgruppe GETIDOS an der Universität Greifswald, Website: [www.getidos.net](http://www.getidos.net), Kontakt: [lena.partzsch@uni-greifswald.de](mailto:lena.partzsch@uni-greifswald.de).

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Auch im Deutschen wird der englische Begriff „Social Entrepreneurship“ bzw. „Social Entrepreneur“ mit seinen spezifischen Konnotationen verwendet (durch Ashoka Deutschland, auch durch die „Juniorprofessur für Social Entrepreneurship“ an der Leuphana-Universität Lüneburg etc.). Daher übernehme auch ich die englischen Bezeichnungen.
- <sup>2</sup> [www.schwabfound.org/sf/SocialEntrepreneurs/Whatisasocialentrepreneur/index.htm](http://www.schwabfound.org/sf/SocialEntrepreneurs/Whatisasocialentrepreneur/index.htm) [10.09.2011, Übersetzung d.V.].
- <sup>3</sup> <http://germany.ashoka.org/unsere-vision> [10.09.2011].
- <sup>4</sup> [www.schwabfound.org/sf/SocialEntrepreneurs/Whatisasocialentrepreneur/index.htm](http://www.schwabfound.org/sf/SocialEntrepreneurs/Whatisasocialentrepreneur/index.htm) [10.09.2011].

## Literatur

- Bornstein, David* 2004: How to change the world. Social entrepreneurs and the power of new ideas. Oxford: Oxford University Press.
- Cho, Albert Hyunbae* 2006: Politics, values and social entrepreneurship: A critical appraisal. In: Mair, Johanna/Robinson, Jeffrey/Hockerts, Kai (Hg.): Social entrepreneurship. London: Palgrave, 34-55.

*Dacin, M. Tina/Dacin, Peter A./Tracey, Paul* 2011: Social entrepreneurship: a critique and future directions. In: *Organization Science*, Jg. 22, Heft 5, 1203-1213.

*Dees, J. Gregory* 1998: The meaning of social entrepreneurship. Kauffman Center for Entrepreneurial Leadership. [www.redalmarza.cl/ing/pdf/TheMeaningofSocialEntrepreneurship.pdf](http://www.redalmarza.cl/ing/pdf/TheMeaningofSocialEntrepreneurship.pdf) [06.03.2012].

*Drayton, Bill* 2006: Everyone a change-maker. Social entrepreneurship's ultimate goal. In: *Innovations*, Jg. 1, Heft 1, 80-96.

*Easterly, William* 2006: The White Man's Burden: Why the West's Efforts to Aid the Rest Have Done So Much Ill and So Little Good. New York: The Penguin Press.

*Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn* 1998: International Norm Dynamics and Political Change. In: *International Organization (IO)*, Jg. 52, Heft 4, 887-91.

*Grenier, Paola* 2009: Social entrepreneurship in the UK: From rhetoric to reality? In: *Ziegler, Rafael* (Hg.): An introduction to social entrepreneurship - Voices, preconditions, contexts. Cheltenham: Edward Elgar, 174-206.

*Hackenberg, Helga/Empter, Stefan* (Hg.) 2011: *Social Entrepreneurship - Social Business: Für die Gesellschaft unternehmen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

*Klas, Gerhard* 2010: Ein Märchen aus Bangladesch. [http://ondemand.mp3.dradio.de/file/dradio/2010/07/20/dlf\\_20100720\\_1915\\_42155b72.mp3](http://ondemand.mp3.dradio.de/file/dradio/2010/07/20/dlf_20100720_1915_42155b72.mp3) [30.09.2010].

*Kolb, Felix* 2002: *Soziale Bewegungen und politischer Wandel*. Studienbrief Zukunftspiloten. Bonn: Deutscher Naturschutzring e.V..

*Mair, Johanna/Robinson, Jeffrey/Hockerts, Kai* (Hg.) 2006: *Social entrepreneurship*. New York: Palgrave Macmillan.

*Muhammad, Anu* 2009: Grameen and microcredit: A tale of corporate success. In: *Economic & Political Weekly*, Jg. XLIV, Heft 35, [http://jahangirnagar.academia.edu/AnuMuhammad/Papers/131710/Grameen\\_and\\_Microcredit\\_A\\_Tale\\_of\\_Corporate\\_Success](http://jahangirnagar.academia.edu/AnuMuhammad/Papers/131710/Grameen_and_Microcredit_A_Tale_of_Corporate_Success) [30.06.2011].

*Spiegel, Peter* 2006: *Muhammad Yunus - Banker der Armen. Der Friedensnobelpreisträger. Sein Leben. Seine Vision. Seine Wirkung*. Freiburg i.B.: Herder.

*Swedberg, Richard* 2009: Schumpeter's full model of entrepreneurship: economic, non-economic and social entrepreneurship. In: *Ziegler, Rafael* (Hg.): An introduction to social entrepreneurship - Voices, preconditions, contexts. Cheltenham: Edward Elgar, 77-106.

*Yunus, Muhammad* 2008: Social business entrepreneurs are the solution. In: *Nicholls, Alex* (Hg.): *Social Entrepreneurship. New models of sustainable social change*. Oxford: Oxford University Press, 39-44.

*Yunus, Muhammad/Jolis, Alan* 2006: Für eine Welt ohne Armut. Die Autobiographie des Friedensnobelpreisträgers. Bergisch-Gladbach: Bastei-Lübbecke.

*Young, Brigitte* 2008: Die Globale Politische Ökonomie der Mikrofinanzprogramme. Ideeller Institutionalismus als Erklärungsansatz für den Wandel der Normen in der Entwicklungsfinanzierung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 15, Heft 2, 187-208.

*Ziegler, Rafael* 2009 (Hg.): An introduction to social entrepreneurship - Voices, preconditions, contexts. Cheltenham: Edward Elgar.

#### ANALYSE

### Finanzinvestoren als Vermieter: Hürden und Strategien für Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen

#### Bewohnerengagement in benachteiligten Stadtteilen

Vielerorts engagieren sich Menschen für ihren Stadtteil. Auch in „benachteiligten Stadtteilen“ setzen sich BewohnerInnen für eine Verbesserung des Zusammenlebens und des Wohnumfeldes ein. Das Spektrum reicht von informel-

len Bürgergruppen und -initiativen über Stadtteilforen bis hin zu eingetragenen Bewohnervereinen und Nachbarschaftsläden, die ein vielfältiges Freizeit-, Bildungs- und Unterstützungsangebot organisieren. Viele Initiativen sind im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ entstanden bzw. wurden von hauptamtlichen GemeinwesenarbeiterInnen oder QuartiersmanagerInnen initiiert.

Um herauszufinden, vor welchen Herausforderungen engagierte BewohnerInnen in solchen Stadtteilen stehen, hat die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. in Kooperation mit dem sozialwissenschaftlichen Institut Zoom e.V. (Göttingen) das Projekt „AKZENT“ durchgeführt. Neben dieser Bestandsaufnahme sollte eine Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeit angeregt werden, um darauf aufbauend Konzepte zur Unterstützung von Engagierten (weiter) zu entwickeln. Die Projekterfahrungen tragen dazu bei, die Relevanz sowie die Möglichkeiten und Grenzen von Bewohnerengagement im Rahmen sozialer Stadtentwicklung realistisch einschätzen zu können.

Im Folgenden werden wir einen Aspekt beleuchten, der für engagierte BewohnerInnen in benachteiligten Stadtteilen von herausragender Bedeutung ist: Wir werden aufzeigen, mit welchen Problemen Bewohnerinitiativen aufgrund der veränderten Wohnungsbesitzverhältnisse in vielen Stadtteilen konfrontiert sind und welche Möglichkeiten und Grenzen zur Durchsetzung von MieterInnenrechten bestehen. Bevor wir uns dieser Problematik zuwenden, stellen wir zunächst kurz die methodische Herangehensweise und die zentralen Ergebnisse des Projekts dar. Die Ausführungen basieren auf dem Abschlussbericht des Projekts AKZENT (vgl. Kotlenga et al. 2011).

Insgesamt haben elf Bewohnergruppen aus ganz Niedersachsen direkt an dem Projekt teilgenommen, v.a. in Stadtteilen, die aktuell als Gebiete im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ gefördert werden. Über landesweite Projektangebote wurden

insgesamt noch deutlich mehr Gruppen einbezogen.

In der ersten Projektphase wurden mit jeder Bewohnerinitiative zwei Gruppendiskussionen durchgeführt: eine zur Bestandsaufnahme mit Blick auf Ziele, Aktivitäten, Rolle im Stadtteil und Ressourcenlage und eine zur Rückspiegelung der Ergebnisse und zur Entwicklung von Ansätzen für die Weiterarbeit. Die Mitglieder gaben in Fragebögen zudem individuell Auskunft zu ihrer Motivation und ihrer Sicht auf die Gruppe. Darüber hinaus wurden externe Stadtteil-Akteure (z.B. andere Vereine, Verwaltung, Kirchen) zu ihrer „Außen-sicht“ auf die jeweilige Initiative befragt.

In der zweiten Projektphase wurden Unterstützungsansätze für Bewohnerinitiativen erarbeitet. In der Abschlussveranstaltung verabschiedeten die beteiligten Gruppen schließlich einen Appell an Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft und forderten geeignete Rahmenbedingungen für ihr Engagement.

### Zentrale Ergebnisse

Ehe wir uns unserem Themenschwerpunkt zuwenden, fassen wir zunächst kurz weitere zentrale Ergebnisse des Projekts zusammen.

#### Mangel an MitstreiterInnen und hohe Ansprüche

Alle Initiativen beklagen einen Mangel an verbindlichen Aktiven, um Angebote weiter zu entwickeln bzw. das erreichte Aktivitätsniveau zu halten. In einzelnen Gruppen sahen sich Gruppenmitglieder angesichts der Fülle an Aufgaben und der notwendigen zeitlichen Ressourcen überfordert. Fast alle Gruppen wünschten sich eine vielfältigere Zusammensetzung, welche die Bevölkerungsstruktur repräsentiert – z.B. mehr jüngere MitstreiterInnen oder mehr mit einem bestimmten Migrationshintergrund. Gleichzeitig haben die Gruppen hohe Ansprüche an ihre eigene Arbeit. Die formulierten Erwartungen auch an Neue sind teilweise anspruchsvoll und erschweren es oftmals, MitstreiterInnen aus der Bewohnerschaft zu gewinnen.

### Freiwilliges Engagement braucht professionelle Unterstützung

Der Anspruch, wie er z.B. im Rahmen des Programms Soziale Stadt formuliert wird, programminterne Beteiligungstrukturen im Sinne eines selbstorganisierten und kontinuierlichen Engagements zu verstetigen, ist angesichts der Ressourcenlage vieler BewohnerInnen und Stadtteile meist unrealistisch. Die Gruppen sind dauerhaft auf Unterstützung von außen angewiesen und fordern diese auch ein, weil sie nicht bereit und/oder in der Lage sind, die Aufgaben von hauptamtlichen SozialarbeiterInnen zu übernehmen. Diese Erkenntnis entspricht auch der in den letzten Jahren aufgebauten praxis- und forschungsbasierten Expertise zum Thema bürgerschaftliches Engagement im Allgemeinen und zur Sozialen Stadt im Besonderen (vgl. z.B. Sauter 2006). Das geringe Maß an „Selbstorganisation“ und die dauerhafte Abhängigkeit des innerhalb top-down initiierten Projekte entstandenen Freiwilligenengagements von einer professionellen Organisation stellen den Ansatz ‚programmatischer Bewohnerbeteiligung‘ jedoch nicht grundsätzlich in Frage. Vielmehr ist deutlich geworden, dass viele der in diesen Gruppen tätigen Menschen auf anderem Wege wahrscheinlich keinen Zugang zu herkömmlichen Beteiligungsstrukturen hätten.

### Stadtplanerisch motivierte Aktivierung hat ihre Grenzen

Im Verlaufe des Projekts hat sich gezeigt, dass viele engagierte BewohnerInnen ihre Gruppe nicht primär aus einer funktionalen Perspektive von Stadtentwicklungsprozessen wahrnehmen, sondern v.a. als unmittelbar sozialen und helfenden Zusammenhang. Professionelle Herangehensweisen und Interessenlagen aus der übergeordneten Perspektive der sozialen Stadtentwicklung stimmen also nicht immer mit der Motivation freiwillig engagierter BewohnerInnen überein.

### Schlechte Wohnverhältnisse – Möglichkeiten von Stadtteilengagement

Als zentrales Thema vieler Initiativen hat sich die Änderung der Wohnungsbesitzverhältnisse

erwiesen. In vielen Stadtteilen sind in den letzten zehn Jahren ehemals kommunale und unternehmensgebundene Wohnungsbestände oder Wohnungsunternehmen privatisiert bzw. an Kapitalanlagegesellschaften verkauft worden. Bekannte Beispiele solcher Gesellschaften sind GAGFAH, PRELIOS, Deutsche Annington und Lonestar. Die Entwicklung des Stadtteils und die Instandhaltung und Modernisierung der Wohnungsbestände spielen für solche international operierenden Anlagegesellschaften keine Rolle. Zudem führt die mit der Umstrukturierung verbundene Zentralisierung dazu, dass die Wohnungsunternehmen weder als Akteure im Stadtteilentwicklungsprozess noch als Verantwortliche für notwendige Instandhaltungsmaßnahmen greifbar sind.

Die Problematik der kapitalmarktorientierten Wohnungseigentümer ist im ganzen Bundesgebiet relevant. Nach Angaben von Sebastian Müller (Büro für Planungs politikforschung Dortmund) sind ca. 700.000 bis 1,4 Mio. Mietwohnungen bzw. 7 Prozent des Mietwohnbestandes bundesweit an Kapitalanlagegesellschaften verkauft worden.<sup>1</sup> Zur Hälfte sind dies Wohnungen aus öffentlichen Wohnungsgesellschaften, zur anderen Hälfte aus dem Privatsektor, v.a. von großen Unternehmen (Werkwohnungen). Zentrales Ziel von Kapitalanlagegesellschaften ist die Generierung von Mehrwert – sei es durch Absenkung der Investitionskosten, Einsparungen bei der Wohnungsbewirtschaftung und/oder die Anhebung des Mietniveaus (vgl. hierzu Müller 2011). Die Durchsetzung dieser unterschiedlichen Verwertungsstrategien durch die gleichen Gesellschaften hat zur Folge, dass die Verwahrlosung von Wohnungsbeständen teilweise mit Mieterhöhungen einhergeht, in manchen Städten auch mit der Aufwertung einzelner Teilbestände und der Verdrängung von MieterInnen unterer Einkommensschichten.

Dadurch hat sich insbesondere für einkommensarme Menschen die Wohnsituation massiv verschlechtert. BewohnerInnen aus den beteiligten Stadtteilen berichten von Schimmel, kaputten Fenstern, Heizungsausfällen, defek-

ten Toilettenspülungen und Fahrstühlen, bröckelnden Häuserfassaden usw.. Teilweise verwahten ganze Wohnungsblöcke und Stadtteile. Dieser Verschlechterung der Wohnungssituation zum Trotz sind die BewohnerInnen häufig zusätzlich mit Mieterhöhungen und falschen Nebenkostenabrechnungen konfrontiert. Eine Folge dieser Wohnverhältnisse sind in vielen Stadtteilen eine starke Fluktuation und hoher Leerstand. Viele BewohnerInnen ziehen weg, sobald sie finanziell dazu in der Lage sind.

Es gibt also eine Fülle an Aktivitätsfeldern für engagierte BewohnerInnen, die Rahmenbedingungen für ihr Engagement sind jedoch äußerst widrig. So fungieren engagierte BewohnerInnen oft als Ansprechpersonen für andere MieterInnen. Meist haben sie jedoch ihrerseits keine verantwortlichen Ansprechpartner vor Ort, sondern sind auf vermeintlich zuständige Hotlines verwiesen, deren Kontaktierung in der Regel folgenlos bleibt. Wenn es in den Stadtteilen überhaupt erreichbare Verwalter oder Hausmeister gibt, verweisen diese ihrerseits auf fehlende Ressourcen zur Mängelbehebung. Mieterbelange können so kaum geltend gemacht werden. Die Bewohnerinitiativen beschreiben und erleben die kapitalmarkt-orientierten Wohnungsgesellschaften als fernes und mächtiges Gegenüber, dem sie trotz allen Engagements nichts entgegensetzen können. All dies verletzt nicht nur das Recht auf menschenwürdiges Wohnen. Es läuft auch den vielfältigen (programminitiierten) Bemühungen engagierter BewohnerInnen entgegen, durch nachbarschaftliche Aktivitäten das soziale Miteinander zu fördern und das gemeinsame Wohnumfeld mit zu gestalten und so zur Aufwertung des Stadtteils und zur stärkeren Identifikation der BewohnerInnen mit diesem beizutragen. Die menschenunwürdigen Wohnverhältnisse stellen diese im Prinzip sinnvollen Ansätze der Bewohnerbeteiligung in Frage.

Während also mit der Verschlechterung der Wohnsituation die Nöte der BewohnerInnen wachsen, haben sich die Möglichkeiten, Mieter- und Stadtteilinteressen gegenüber Woh-

nungsunternehmen durchzusetzen, verschlechtert. Gleichzeitig leben in den betroffenen Stadtteilen häufig Menschen, die in mehrfacher Hinsicht benachteiligt sind und besondere Schwierigkeiten haben, sich zu ermächtigen, ihre Rechte zu artikulieren oder durchzusetzen. Es scheinen nach einer ersten Recherche eher Einzelfälle zu sein, in denen selbstorganisierte Aktivitäten von MieterInnen stattfinden.

Aufgrund der starken Verbreitung des Problems müssen sich unseres Erachtens gemeinwesenbezogene Ansätze zur Förderung freiwilligen Engagements in benachteiligten Stadtteilen verstärkt dieses Themas annehmen und Handlungsoptionen ausloten. Dabei ist auch die Rolle von vor Ort tätigen Hauptamtlichen in den Blick zu nehmen. Sie befinden sich oft in einer Ziel- und Aufgabenambivalenz zwischen Imageförderung und Mängelbenennung und sehen sich widersprüchlichen Anforderungen verschiedener Akteursgruppen gegenüber (BewohnerInnen, Verwaltung, Politik, Wohnungswirtschaft). Viele nehmen sich dieser Problematik daher nur zögerlich an.

Eine erste bundesweite Recherche zeigte, dass in benachteiligten Stadtteilen auch von professioneller Seite bislang eher vereinzelt Strategien entwickelt wurden, um MieterInnen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen. Um Handlungsmöglichkeiten professioneller StadtteilakteurInnen, aktiver BewohnerInnen und der Kommunen auszuloten, wurde im Rahmen des Projekts ein ExpertInnenworkshop mit AkteurInnen aus Gemeinwesenarbeit, Stadtteilgruppen und Mieternetzwerken durchgeführt. Im Folgenden werden einige der diskutierten Handlungsmöglichkeiten angesprochen.

### **Mietrecht nutzen, ...**

Auf zivilrechtlicher Ebene können MieterInnen fehlerhaften Nebenkostenabrechnungen widersprechen oder durch Mietminderungen oder Selbstvornahme auf eine Mängelbehebung hinwirken. Vorzeigbare Erfolge gibt es v.a. bei fehlerhaft erhöhten Nebenkosten-Abrechnungen, die zurückgezahlten Beträge belaufen sich

in Einzelfällen auf 1000 Euro. Den befragten ExpertInnen und BewohnerInnen zufolge reagieren Vermieter hingegen auf Mietminderungen oft nicht oder aber es werden Kündigungsdrohungen verschickt. Ein weiteres Instrument ist die Selbstvornahme: Hier wird die Miete teilweise einbehalten, um – nach Ankündigung und Forderung nach Schadensbeseitigung – z.B. einen Handwerker selbst zu beauftragen. Nach Auskunft von Mieterinitiativen hat sich dies als ein wirksames Mittel erwiesen, um Mängel selbst zu beseitigen, solange sich der Finanzaufwand im Rahmen hält und es sich um Mängel in der eigenen Wohnung handelt. Manchmal werden Hausverwaltungen nach Ankündigung einer solchen Selbstvornahme auch selber aktiv.

Eine bislang nur im Einzelfall genutzte Möglichkeit ist die kollektive Einrichtung von (treuhänderischen) Konten zur Einzahlung von Mietminderungsbeträgen oder sogar einbehaltenen Komplettmieten. In Neunkirchen-Vlyun hatte ein Mieterverein – in Absprache mit der Sozialbehörde, die für viele BewohnerInnen für die Kosten der Unterkunft aufkommt – ein Mietenkonto eingerichtet, nachdem aufgrund der Zahlungssäumigkeit der NAU Real Estate die Energie- und Wasserversorgung eingestellt zu werden drohte.<sup>2</sup> Dort gingen nach der Einverständniserklärung der MieterInnen alle Mieten ein, um die Wohnungen bzw. ganze Häuserblocks zu bewirtschaften. Dieses Modell ist allerdings mit erheblichem personellem Aufwand für den Mieterverein verbunden und nicht ohne Weiteres verallgemeinerbar.

Die bestehenden Möglichkeiten des Mietrechts greifen in vielen benachteiligten Stadtteilen jedoch nicht, da die BewohnerInnen keinen Zugang zu den entsprechenden Ressourcen haben (z.B. Rechtskenntnisse, sprachliche „Verhandlungssicherheit“, Mitgliedschaft in Mietervereinen). Hinzu kommt, dass nach der Erfahrung der einbezogenen ExpertInnen v.a. Menschen im Transferleistungsbezug Angst haben, Risiken einzugehen. Sie ließen sich von Kündigungsdrohungen, z.B. als Antwort auf Mietminderungsschreiben, oft einschüchtern.

Eine weitere Schwierigkeit wird darin gesehen, dass MieterInnen kein Interesse z.B. an Mietminderungen hätten, da sie einbehaltene Beträge mit der ARGE verrechnen müssen. Viele Beispiele zeigen jedoch, dass MieterInnen vor allem Interesse an einem wirksamen Hebel zur Durchsetzung menschenwürdiger Wohnverhältnisse haben. Um BewohnerInnen aus benachteiligten Stadtteilen zur Nutzung mietrechtlicher Instrumente zu motivieren, erweisen sich niedrigschwellige Unterstützungsangebote in den Stadtteilen als unerlässlich. Aus Erfahrungsberichten geht zudem hervor, dass Erfolge, z.B. im Bereich der Nebenkostenabrechnungen, weitere Menschen ermutigen, den Vermietungsgesellschaften etwas entgegenzusetzen und Unterstützung zu nutzen.

Der Gemeinwesenarbeit und auch den Kommunen kommt hier eine wichtige Aufgabe zu. Sie können auf eine Reihe von erprobten Ansätzen zurückgreifen, um mietrechtliche Interventionen zu verbreitern, z.B.:

- Durchführung von Mieterversammlungen in Verbindung mit dem Angebot kostenfreier Mieterberatung
- Ausgabe von Vordrucken für Nebenkosten-Widersprüche und Mietminderungsschreiben
- Unterstützung mietrechtlicher Schritte von SozialleistungsbezieherInnen durch
- die Ausgabe von Mieterberatungsscheinen (ohne Kopplung an sanktionsbewehrte Mitwirkungspflichten) durch die Kommunen
- die Gewinnung von Bürgen für evtl. zu tragende Prozesskosten, wie z.B. in Freiburg, wo Kirchen diese Rolle übernahmen
- Eine Kooperation mit den Mietervereinen ist sinnvoll, aber nicht überall gegeben, hier muss nach Alternativen gesucht werden. In Köln-Chorweiler etwa wurde eine Mieterberatung über Stiftungsmittel aufgebaut.

### ... Öffentlichkeit und Kommune einbeziehen

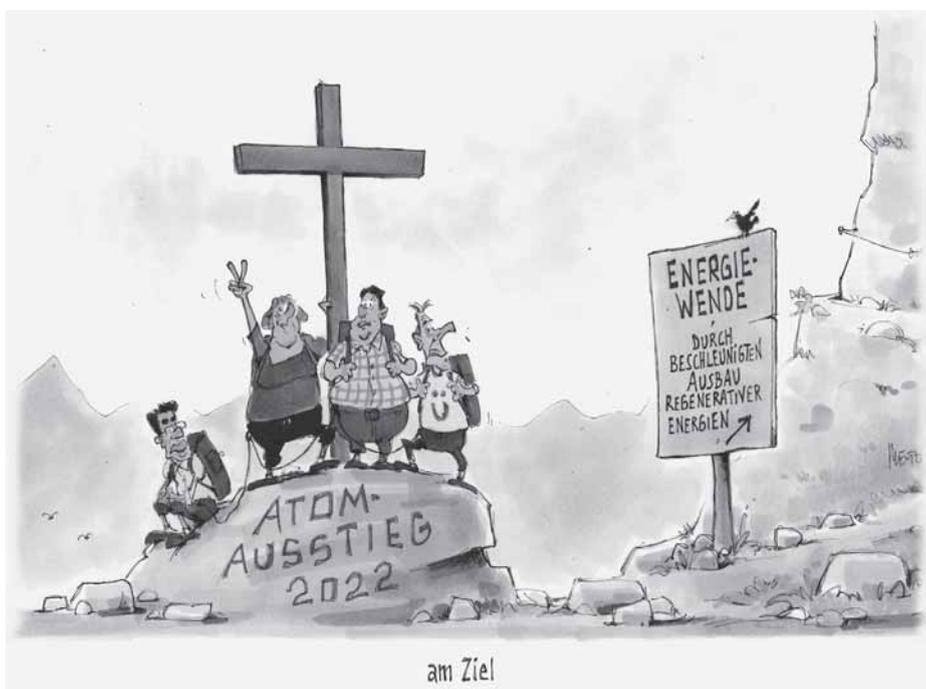
Erfolge auf der mietrechtlichen Ebene sind – mit Ausnahme des Treuhandkontenmodells – immer individuell, an der Gesamtsituation ändert sich dadurch oft nichts. Mietrechtliche

Ansätze sollten daher in eine gemeinsame Strategie des Agendasettings eingebettet sein. Erforderlich ist dazu ein regelmäßiger Informationsaustausch über Vorgehensweisen sowie eine gebündelte Mängeldokumentation, um sowohl Defizite als auch positive Effekte mietrechtlicher Auseinandersetzungen zu belegen und andere zu ermutigen. Gute Erfahrungen liegen aus verschiedenen Stadtteilen mit aktivierenden Befragungen von BewohnerInnen zu Wohnungsmängeln vor, deren Ergebnisse zusammen mit BewohnerInnen öffentlichkeitswirksam und unter Einbezug von Politik und Verwaltung vorgestellt werden können.

ExpertInnen aus dem Bereich der Gemeinwesenarbeit weisen darauf hin, dass diese im Sinne ihres sozialanwaltschaftlichen Auftrags Konflikte nicht scheuen sollte (vgl. Hollenstein/Kollmann 2010). Auch im Rahmen des Projekts wurde deutlich, dass Beschäftigte aus Gemeinwesenarbeit oder Quartiersmanagement in städtischer Trägerschaft oder auch von Wohnungsunternehmen mit Rollenkonflikten

bewusst umgehen sollten. Es hat sich an manchen Orten als sinnvoll erwiesen, vorhandene professionelle Ressourcen im Sinne der Vernetzung und Organisation von MieterInnen zu nutzen, in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit aber arbeitsteilig vorzugehen. Hauptamtliche sollten den BewohnerInnen Rollenkonflikte transparent machen und diese darin unterstützen, eigene Ausdrucksformen und Vorgehensweisen zu entwickeln bzw. Kooperationspartner mit einzubeziehen (z.B. Kirchen), die andere „Freiheiten“ haben.

Eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung um Finanzinvestoren als Vermieter kommt den Kommunen zu: neben der Ausgabe von Mieterberatungsscheinen zur Unterstützung von MieterInnen können sie auf öffentlichrechtliche Interventions- und Gestaltungsmöglichkeiten zurückgreifen. Welche Instrumente aus dem Bereich Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Wohnungsaufsicht (in vier Bundesländern) oder auch Ordnungsrecht in Verwahrlosungsfällen Anwendung finden können, wurde



in einem Leitfaden für Kommunen zum Umgang mit „Schrottimmobilien“ zusammengestellt und anhand von Fallbeispielen erläutert (vgl. BBSR/BMVBS 2009).

### Fazit

Mit Blick auf die Forschungsdebatte um Bürgergesellschaft verweist die hier behandelte Problematik auf die Grenzen eines Ansatzes, durch Engagementförderung und die Beteiligung „aller Akteure“ vor Ort kooperative Lösungen für lokal sichtbar werdende Probleme zu entwickeln (vgl. FJNSB 2005: Schwerpunkt-Heft „Local Power“). Erforderlich sind vielmehr auch strukturelle Veränderungen, z.B. rechtlicher Art (Wohnungsaufsicht), aber auch eine Finanzausstattung der Kommunen, die ihnen wohnungs(bau)politische Gestaltungsmöglichkeiten lässt (sozialer Wohnungsbau). Darauf kann lokal begrenztes ehrenamtliches Engagement von Bewohnerinitiativen kaum Einfluss nehmen.

Die Erfahrung zeigt zudem, dass oft erst politischer Druck und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich sind, damit Kommunen überhaupt aktiv werden und die (noch) vorhandenen Möglichkeiten nutzen. Hier haben Professionelle und BewohnerInnen aus den Stadtteilen durchaus Einflussmöglichkeiten. Die offensive Auseinandersetzung mit der Thematik und die Unterstützung von MieterInnen vor Ort haben sich als zentral erwiesen, um Anlaufpunkte zur Initiierung und Bündelung von Gegenwehr durch die Betroffenen zu schaffen. Sie sind zugleich Kristallisationspunkte für eine öffentlichkeitswirksame Skandalisierung der Wohn- und Besitzverhältnisse im politischen Raum und damit Grundlage für ineinander greifende Aktivitäten von Kommunen, Gemeinwesenarbeit und Zivilgesellschaft.

*Sandra Kotlenga* und *Dr. Doreen Müller* sind Diplom-Sozialwissenschaftlerinnen und arbeiten bei Zoom e.V. – Gesellschaft für pro-

spektive Entwicklungen in Göttingen. Kontakt: [s.kotlenga@prospektive-entwicklungen.de](mailto:s.kotlenga@prospektive-entwicklungen.de); [d.mueller@prospektive-entwicklungen.de](mailto:d.mueller@prospektive-entwicklungen.de)

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Input im Rahmen eines Projektworkshops, Protokoll unter [www.akzent-setzen.de](http://www.akzent-setzen.de).

<sup>2</sup> Der Westen vom 18.5.2009: Immobilienhai kriegt nichts mehr. [www.derwesten.de](http://www.derwesten.de).

### Literatur

BBSR/BMVBS 2009: Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien. [www.bbr.bund.de/nr\\_335560/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/WP/2009/H65.html](http://www.bbr.bund.de/nr_335560/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/WP/2009/H65.html) [27.02.2012].

*Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2005: Schwerpunktheft „Local Power – Mehr Bürgerengagement durch Governance?“, Jg. 18, Heft 3.

*Hollenstein, Erich/Kollmann, Thomas* 2010: Stadtteilarbeit und Wohnraumspekulation. Wie lässt sich Widerstand organisieren? In: *Soziale Arbeit*, Jg. 59, Heft 8, 302-312.

*Kotlenga, Sandra/Müller, Doreen/Scholz, Carmen/Simon, Heribert/Wölfle, Daniel* 2011: AKZENT: Bewohnerengagement erkunden und unterstützen. Projektbericht, Göttingen/Hannover, 2011. Bericht und weitere Materialien: [www.akzent-setzen.de](http://www.akzent-setzen.de).

*Müller, Sebastian* 2011: Von Investoren und Wohnungsmärkten. Mieter kämpfen gegen Mieterhöhungen und Herunterwirtschaften von Wohnungen. In: *Analyse & Kritik*, Heft 562 vom 17.06.2011, 21.

*Sauter, Matthias* 2006: Mobilisierung von Bewohnerengagement im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. In: *Selle, Klaus (Hg.): Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung – Analysen, Erfahrungen, Folgerungen (Planung neu denken, Bd. 2)*. Dortmund: Rohn, 318-330.

### Internetportal zur Klimafinanzierung

Einen umfassenden Überblick über den deutschen Beitrag zur internationalen Finanzierung von klimaverbessernden Maßnahmen bietet seit neuem das Portal [deutscheklimafinanzierung.de](http://deutscheklimafinanzierung.de). Gestartet hat den Internetauftritt die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit Brot für die Welt, Germanwatch und Oxfam. Das Portal bietet Analysen zu den finanziellen Hilfen Deutschlands für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern, Informationen zu Entwicklungen bei den UN-Klimaverhandlungen sowie aktuelle Artikel zum Thema Klimafinanzierung. Zugesagte und tatsächliche Leistungen werden benannt, die verwendeten Instrumente und Kanäle dargestellt und so die Klimafinanzierung der deutschen Bundesregierung transparent gemacht.

### Lausitzer Klima- und Energiecamp 2012

Für eine Zukunft ohne Kohle und Atom setzen sich die OrganisatorInnen des zweiten Lausitzer Klima- und Energiecamps ein, das vom 11. bis 19. August 2012 wie bereits im vergangenen Jahr in Jänschwalde/Janšojce stattfinden wird. Das erste Camp war unter Beteiligung unterschiedlicher lokaler Bürgerinitiativen und politischer Gruppierungen sehr gut von der ansässigen Bevölkerung angenommen worden – über 300 Personen nahmen laut OrganisatorInnen an dem Camp teil. Ziel des Camps ist es, den Neubau eines Braunkohlekraftwerks und den daran gekoppelten Tagebau, an dem die Brandenburgische Landesregierung weiterhin festhält, zu verhindern. Für Vorbereitung und Durchführung des Camps werden noch MitstreiterInnen gesucht; das nächste Vorbereitungstreffen findet am 9. und 10. Juli in Berlin statt – weiterführende Infos unter [lausitzcamp.info](http://lausitzcamp.info).

### Atomausstieg international

Die Katastrophe von Fukushima – nicht zuletzt maßgebliches Ereignis für den deutschen Atomausstieg – jährt sich zum ersten Mal, und die Bundesregierung plant die Förderung einer

Milliardenbürgschaft für den Bau eines Atomkraftwerks in Brasilien. Weitere Anträge für Bürgschaften für den Bau von Atomkraftwerken liegen vor, so aus China, Finnland, Indien und Großbritannien. Die Umweltorganisation Urgewald lässt dies nicht als Atomausstieg Deutschlands gelten und ruft dazu auf, Protestkarten an Bundeskanzlerin Merkel zu schicken. Weitere Informationen zur Aktion „Ich bin doch kein Atom-Bürger“ unter <http://urgewald.org/protestaktion/onlineprotest-mir-nicht-frau-merkel>.

### Stopp Acta

Nach dem ersten erfolgreichen ACTA-Protesttag am 11. Februar 2012 – allein in Deutschland gingen über 100.000 Menschen auf die Straße – wird der Protest gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA, Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen) fortgesetzt. Das Abkommen, das Schutzrechte für geistiges Eigentum festschreiben und so als gefährlich erachtete Produktimitate verhindern soll, wird von den Gegnern insbesondere als bedrohlich für die freie Meinungsäußerung im Internet angesehen. Weitere Kritikpunkte äußert beispielsweise Amnesty International (ai): Die Menschenrechtsorganisation erwartet mit dem Abkommen negative Auswirkungen auf mehrere Menschenrechte, unter anderem auf das Recht auf Achtung des Privatlebens, Informationsfreiheit und auf das Recht auf Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten. Eine ausführliche Kritik sowie Information zu anstehenden Protesten unter [stopacta.de](http://stopacta.de) und unter <http://wiki.stopacta-protest.info>.

### Volksbegehrenbericht 2011

Zum zehnten Mal veröffentlichte der Verein Mehr Demokratie e.V. zu Beginn des Jahres den aktuellen Volksbegehrenbericht. Als klare Tendenz geht aus dem Bericht hervor, dass im Zuge von Stuttgart 21 Volksentscheide im Verlauf des letzten Jahres deutlich mehr Aufmerksamkeit erfahren haben. Insgesamt liefen im Jahr 2011 auf Landesebene 33 direktdemokratische Verfahren, von denen 18 im vergange-

nen Jahr gestartet wurden. Thematisch lag hierbei mit 39 Prozent aller Verfahren ein Schwerpunkt auf dem Bereich Bildung und Kultur, zudem waren mit je 17 Prozent erkennbar die Themen Demokratie und Innenpolitik sowie Verkehr relevant. Dreimal kam es im Verlauf des letzten Jahres zu einem Volksentscheid: Der Volksentscheid über die Berliner Wasserversorgung war von BürgerInnen initiiert worden, die Abstimmung über die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung Hessens hingegen war vorgeschrieben und der Entscheid um einen Stopp des Bauprojekts Stuttgart 21 von der Regierung eingeleitet. Der vom Verein Mehr Demokratie e.V. verfasste Volksbegehrenbericht 2011 beschreibt auf 52 Seiten die Lage in den Ländern und umreißt die Situation auf Bundesebene. Der Bericht ist kostenfrei als pdf-Datei zugänglich sowie als gedrucktes Heft für 2,50 Euro bestellbar unter [nrw.mehr-demokratie.de/nrw-volksbegehrensbericht2011.html](http://nrw.mehr-demokratie.de/nrw-volksbegehrensbericht2011.html).

### Revolutionspatenschaft für Syrien

Angesichts der anhaltenden brutalen Verfolgung des friedlichen Aufstands gegen das Regime in Syrien haben deutsche und syrische AktivistInnen das Projekt adopt a revolution ins Leben gerufen. Die Aktion verfolgt das Ziel, die lokalen Komitees im Zentrum des syrischen Protests finanziell zu unterstützen – vielen Komitees fehlt das Geld für Flugblätter, AnwälInnen, Miete oder Internetanschlüsse. Das PatInnenmodell soll zudem eine stärkere Nähe zwischen SpenderInnen und AktivistInnen herstellen und einen Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und syrischen Gruppen fördern. Träger des im Herbst 2011 gegründeten Projekts ist der Verein about:change e.V. mit Sitz in Leipzig. Wer RevolutionspatIn werden oder sich weiterführend informieren möchte, wird auf den Seiten des Projekts ([adoptrevolution.org](http://adoptrevolution.org)) fündig. Hier finden sich zudem Berichte einzelner syrischer Komitees.

### Keine Zeit für Jugendarbeit?

Wie viel Zeit bleibt Jugendlichen zwischen Ganztagschulen, durch G8 verdichteten Schulzeiten, straffen Bachelor-Strukturen und dem Leben im Web 2.0 noch für ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit? Dieser Frage geht eine Online-Befragung nach, die im Frühjahr 2012 mit Unterstützung der Landesjugendringe durch das Deutsche Jugendinstitut und die TU Dortmund durchgeführt wird. Die Studie möchte untersuchen, welche Auswirkung die zeitliche Verknappung auf das Engagement von Jugendlichen hat und wie Vereine und Verbände mit der veränderten Situation umgehen, um so Strategien und Modelle für die Praxis zu erarbeiten, mit denen jugendliche Teilhabe trotz Zeitnot gelingen kann. Die Onlinebefragung endete im April, im Juli kann mit den Ergebnissen gerechnet werden. Mehr Informationen unter [forschungsverbund.tu-dortmund.de/index.php?id=289](http://forschungsverbund.tu-dortmund.de/index.php?id=289).

### Publikation: Baustelle Demokratie

Politisch-gesellschaftliche Teilhabe ist das gewichtigste Element einer demokratischen Bürgergesellschaft und ein, wenn nicht der relevante Faktor, wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. So sieht es der Politikwissenschaftler Serge Embacher, konstatiert jedoch eine mangelnde Bereitschaft, Partizipation als notwendigen Baustein einer modernen Gesellschaft zu begreifen. Dies gelte nicht nur für den Staat, sondern für das Gemeinwesen als Ganzes. Entsprechend fordert Embacher alle Beteiligten zu einem demokratischen Wandel auf: Die Wirtschaft muss sich demokratisieren, die Politik Kontrollmacht abgeben und die Bürgergesellschaft sich öffnen – nur durch ein Zusammenwirken dieser drei Bereiche kann der Wandel gelingen.

*Embacher, Serge* 2012: Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land. 224 Seiten, 16,00 Euro.

### Schokopistolen & ziviler Ungehorsam

Es stellt keine Straftat dar, mit einer Schokoladenpistole eine Bank zu betreten – zu diesem Ergebnis kam im Januar 2012 ein Lindauer Richter, nachdem der Berliner Bankenkritiker Peter Grottian wegen Aufruf zu einer öffentlichen Straftat angeklagt worden war. Grottian hatte während einer Attac-Veranstaltung im Sommer 2010 die Idee entwickelt, man könne am Bankenprotesttag, zu dem Attac für den 29. September 2010 aufgerufen hatte, mit Schokopistolen bewaffnet eine Filiale der Deutschen Bank in Friedrichshafen besuchen und dort bleiben, bis das Sicherheitspersonal einschreitet. Tatsächlich fand die Aktion – wenn auch in Ravensburg – am Bankenprotesttag statt. Da Grottian jedoch nicht zur Aktion aufgefordert hat, sondern diese eher fiktiv beschrieb, sprach das Gericht ihm vom Vorwurf der Anstiftung frei. Sein Schlusswort vor Gericht nutzte der emeritierte Politikprofessor als Plädoyer für zivilen Ungehorsam. Ein kurzes Video über den Prozess findet sich unter [www.regio-tv.de/video/176851.html](http://www.regio-tv.de/video/176851.html).

### Soziale Ungleichheit und Protest

Nicht zuletzt durch die Proteste rund um Stuttgart 21 und die Occupy-Bewegung wird in letzter Zeit immer intensiver über Mängel der parlamentarischen Demokratie nachgedacht – gleichermaßen rückt die Betrachtung direktdemokratischer Verfahren, wenn nicht als Allheilmittel, so doch als Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe und Integration wieder stärker in den Mittelpunkt. Ein gewichtiger Aspekt, der hierbei immer wieder außer Acht gelassen wird, ist die soziale Bedingtheit politischen Protests: Trotz der seit Jahrzehnten sich in Deutschland wie Westeuropa verschärfenden sozialen Ungleichheit findet der Aspekt, dass politische Partizipation ganz eindeutig von Einkommen, Herkunft und Bildungsgrad abhängt, kaum Erwähnung. Tatsächlich verstärkt die demokratische Praxis somit soziale Ungleichheiten. Die im März 2012 durch die Otto-Brenner-Stiftung (OBS) veröffentlichte Studie „Soziale Ungleichheit und Protest“ setzt sich mit

dem empirischen Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation auseinander und möchte einen Überblick über Folgen dieses Zusammenhangs geben. Auf Grundlage umfassender Umfragedaten und der Untersuchung verschiedener Partizipationsformen belegt Sebastian Bödeker, der Autor der Studie, die soziale Bedingtheit politischen Engagements. Die von der OBS in Auftrag gegebene 52-seitige Studie ist als pdf-Datei auf den Internetseiten der Stiftung kostenfrei lesbar ([otto-brenner-shop.de](http://otto-brenner-shop.de) > OBS-Arbeitspapiere). *Bödeker, Sebastian* 2012: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. OBS-Arbeitspapier Nr. 1. 52 Seiten, kostenlos.

### Antifeministische Männerrechtsbewegung

In den letzten Jahren treten antifeministische Gruppierungen immer stärker in den Vordergrund. Im Zeitalter von Gleichstellungspolitik und Frauenquote, so das Credo der AntifeministInnen, seien es die Männer, die mehr und mehr ins Hintertreffen geraten. Die Positionen und Ideologien der Aktivisten unterscheiden sich jedoch stark und wurden nun in einer im Januar 2012 durch die Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Studie zur antifeministischen Männerrechtsbewegung herausgearbeitet. Eine Strömung vertritt laut Studie etwa eine Mischung aus Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Nationalismus und (Rechts-)Populismus, und propagiert ein kriegerisches Männerbild sowie den Kreuzzug gegen den Feminismus. Eine weitere Strömung lehnt jegliche Einmischung des Staates in die Geschlechterverhältnisse und die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung ab, radikalere Flügel dieser Richtung plädieren gar für die Abschaffung des Frauenwahlrechts. Gemeinsam ist den unterschiedlichen Gruppierungen dieser Strömung die häufig auf Einzelpersonen abzielende Hasspropaganda; der Kampfbegriff „lila Pudel“ diffamiert den an Gleichstellungspolitik interessierten Mann, stereotyp wird von

Männerhass, Frauenherrschaft und dem Niedergang des Volkes gesprochen. Die Bewegung zeigt sich damit letztlich frauen- wie männerfeindlich. Gleichzeitig wird der Mann zum Opfer stilisiert, was – so der Autor der Studie Hinrich Rosenbrock – einen Bruch mit dem früheren Antifeminismus darstellt, der lediglich von einer naturgegebenen Vorherrschaft des Mannes ausging.

Erfolgreich ist die Bewegung bislang nicht, auch wenn es ihr immer wieder gelingt, sich in Geschlechterdiskussionen etwa in Online-Foren einzuschalten und konstruktive Debatten zu verhindern. Die antifeministische Männerrechtsbewegung kann demnach als kleine, wenn auch lautstarke Minderheit betrachtet werden – ungefährlich ist sie jedoch nicht: Die Mehrheit der Männer, so Rosenbrock, sei hinsichtlich der Geschlechterrolle verunsichert; insbesondere in ökonomischen und sozialen Krisenzeiten bestehe die Gefahr eines Rückfalls auf traditionelle Geschlechterordnungen.

*Rosenbrock, Hinrich* 2012: Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. 176 Seiten, kostenlos (PDF und gedrucktes Exemplar über boell.de).

### Tagungsbericht: Feministische Kritik & Widerstand

Vom 12. bis 14. Januar 2012 tagte der Arbeitskreis Politik und Geschlecht (Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft) im Schloss Raisholzhausen bei Marburg, um zum Thema „Feministische Kritik und Widerstand“ einen Dialog zwischen Theorie und Praxis anzustreben. Ob dies gelungen ist, kann im Tagungsbericht nachgelesen werden, der auf den Seiten von [reflect-online.org](http://reflect-online.org) > Publikationen > Tagungsberichte veröffentlicht wurde.

### Jagd auf Kony 2012

Gerade fünf Tage stand das dreißigminütige Video „Kony 2012“ auf Youtube, als es bereits 50 Millionen Mal angeklickt worden war. Das Video ist Teil der gleichnamigen Kampagne, die die Organisation Invisible Child (IC) ge-

startet hat, um Joseph Kony, Chef der Rebellengruppe Lord's Resistance Army (LRA), das Handwerk zu legen. Seit 1987 terrorisiert die LRA Uganda und greift vermehrt auf Kinder und Jugendliche zurück, um die Truppen zu bestücken – bis zu 60.000 Kinder sollen durch die LRA bereits entführt worden sein, um sie als Kindersoldaten oder Sexsklaven einzusetzen. Aufwühlend berichtet der Film die Geschichte eines ugandischen Jungen, dessen Bruder von der LRA getötet wurde, und schildert die Verbrechen von Kony und seiner Miliz. 2005 gründeten die US-amerikanischen Filmemacher Jason Russel und Laren Poole, die zwei Jahre zuvor während der Produktion einer Reportage in Darfur auf die Verbrechen Konys aufmerksam geworden waren, die Organisation Invisible Child. Im Jahr 2005 hatte der Internationale Gerichtshof einen Haftbefehl gegen Kony erlassen, gefasst wurde er jedoch noch nicht. Trotz der geäußerten Kritik an IC – so nutzte die Organisation einen Großteil ihrer Spendengelder die Öffentlichkeitsarbeit – und der berechtigten Zweifel, ob es reicht, allein Kony und nicht der gesamten Armee das Handwerk zu legen, ist die Weltöffentlichkeit erkennbar auf die Taten der LRA aufmerksam geworden. Das Video kann bei Youtube angesehen werden: [www.youtube.com/watch?v=Y4MnpzG5Sqc](http://www.youtube.com/watch?v=Y4MnpzG5Sqc).

### Dokumentation: Engagement junger Flüchtlinge

Am 25. und 26. November 2011 fand in Köln die Fachtagung „Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen durch freiwilliges Engagement fördern“ statt. Die von der Stiftung Mitarbeit zusammen mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (EJSA) organisierte Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, Handlungsansätze zu vermitteln, die freiwilliges Engagement für junge Flüchtlinge und von jungen Flüchtlingen fördern und den Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft und mit engagierten

jungen Flüchtlingen selbst ermöglichen. Die 64-seitige Dokumentation der Tagung ist nun auf den Internetseiten der Stiftung kostenfrei als pdf-Datei unter [mitarbeit.de](http://mitarbeit.de) > Veranstaltungen - Rückblick abrufbar. Neben dem einführenden Vortrag von Karin Weiss, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, der die Lebenssituation junger Flüchtlinge in Deutschland schildert, stellt die Dokumentation u.a. die Diskussionsergebnisse der diversen Foren, so etwa zur Selbstorganisation und Partizipation junger Flüchtlinge, dar.

### Denken fördern

Einer im Januar 2012 durch den Bundesverband Deutscher Stiftungen und die Vodafone Stiftung Deutschland veröffentlichten Kurzstudie zur Folge sollten deutsche Stiftungen Thinktanks stärker unterstützen. Bislang investiert nur ein sehr geringer Teil von Stiftungen in die Entwicklung neuer Ideen und Konzepte durch unabhängige Institute: „In der deutschen Thinktank-Landschaft fehlen privat finanzierte Ideenschmiedern, die in Ergänzung zum Staat und zur Wirtschaft zur Vielfalt von Lösungsansätzen beitragen“, so Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen Hans Fleischer. Zudem wird aus der Studie ersichtlich, dass projektgebundene Förderung weniger nachhaltig ist als langfristige Förderung und Unterstützung beim Aufbau einer Organisation. Die Studie ist unter [stiftungen.org/thinktank](http://stiftungen.org/thinktank) frei zugänglich.

### DGS-Kongress 2012 zu Protest und Partizipation

Unter dem Motto „Vielfalt und Zusammenhalt“ findet vom 1. bis 5. Oktober 2012 an RU Bochum und TU Dortmund der 36. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) statt. In einer gemeinsamen Veranstaltung werfen die Sektion „Politische Soziologie“ und das Nachwuchsnetzwerk „Neue Perspektiven auf soziale Bewegungen und Protest“ einen Blick auf „Protest und Partizipation in heterogenen Gesellschaften – Neue Perspektiven auf soziale Bewegungen“. Die Ver-

anstaltung möchte die Frage aufwerfen, inwieweit die etablierten Ansätze zur Erklärung sozialer Bewegungen – v.a. auf die Mesoebene von Gesellschaft, Bewegung und Bewegungsorganisationen abzielende Ansätze wie Ressourcenmobilisierung und die Analyse politischer Gelegenheitsstrukturen – noch tragen. Dem gegenüber stehen in jüngerer Zeit (reaktivierete) Ansätze, die kulturelle Praktiken betonen oder aber soziale Bewegungen in Verbindung mit grundlegenden gesellschaftlichen Dynamiken sehen bzw. sozialstrukturell im Kontext von sozialen Milieus, Schichten oder Lebensstilen erklären. Gesellschaftliche Heterogenisierung bedeutet in diesem Kontext das Erstarken von neuen Konfliktlinien, an denen sich neue Proteste entzünden können; gleichzeitig steigt mit der Tendenz zur Individualisierung und dem dadurch einhergehenden Verlust engerer Parteibindung die Attraktivität neuer Protestformen und -bewegungen. Dies wirft alte Fragen neu auf: Wann führt Vielfalt zu Protest? Ist entgegen bisheriger Annahmen der Gegensatz von subjektiven und objektiven Interessen entscheidend? Werden soziale Bewegungen mit steigender Individualisierung einer Gesellschaft wahrscheinlicher oder werden sie gerade dadurch scheitern müssen? Diese und weitere Fragen sollen in der Sektionsveranstaltung beantwortet werden. Weitere Informationen im Netz unter [www.dgs2012.de/programm/sektionen-ags](http://www.dgs2012.de/programm/sektionen-ags).

## RENZENSIONEN

## Analysen über die Politikwissenschaften hinaus – Neue und neuere Werke rund um die Klimapolitik

*Welzer, Harald/Soeffner, Hans-Georg/Giesecke, Dana* 2009: *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt/New York: Campus.

*Neverla, Irene/Schäfer, Mike S.* 2012: *Das Medien-Klima. Fragen und Befunde der kommunikationswissenschaftlichen Klimaforschung*. Wiesbaden: Springer VS.

*Eide, Elisabeth/Kunelius, Risto/Kumpu, Ville* 2010: *Global Climate – Local Journalisms. A transnational study of how media make sense of climate summits*. Bochum/Freiburg: Projektverlag.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an das International Panel on Climate Change (IPCC) und der Trubel um die internationale Klimakonferenz in Kopenhagen haben auch das Themenfeld „Klimapolitik“ aus dem Nischendasein der Betrachtungen von Naturwissenschaften befreit. Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften waren es vor allem aber die Politikwissenschaften, welche sich in ihren Analysen auch der komplexen Zusammenhänge im Bereich der internationalen Umweltpolitik und hierbei auch der Klimapolitik angenommen haben. In den letzten drei Jahren sind weitere Beiträge über die Politikwissenschaften hinaus entstanden, hier insbesondere auch im Bereich der Soziologie, der Kultur- und der Medienwissenschaften, die die klimapolitische Analyse bislang eher vernachlässigt hatten. Drei dieser neueren und neuen Werke sollen im Folgenden vorgestellt werden. Sie liefern auch gute Impulse für Untersuchungen zu sozialen Bewegungen.

### Was ist Klimakultur?

Bereits im Jahr 2009 ist der Band „KlimaKulturen“ erschienen. Ziel der Autoren des 300-

seitigen Werkes ist es, einen Beitrag zur geistes- und kulturwissenschaftlichen Klimaforschung zu leisten und die Debatte rund um die „KlimaKultur“ zu befördern. Hierbei kritisieren die Autoren dann gleich zu Beginn, dass sich die Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften bislang „allenfalls privat, kaum aber professionell für die globale Erwärmung interessiert haben“ (9), sie wollen mit ihrem Band diese Lücke schließen. Auch wenn diese Aussage nicht ganz stimmt und das Werk von stärkeren Bezügen zur bereits umfangreichen politikwissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel sicherlich profitiert hätte, gelingt den Autoren der 16 Beiträge eine interessante Auseinandersetzung mit soziologischen und kulturwissenschaftlichen Fragen rund um die Klimapolitik. Ohne sich in langen Abhandlungen über naturwissenschaftliche Grundlagen zu verlieren, adressiert jeder Beitrag auf profunde Weise unterschiedliche Problemstellungen und verschiedene Ebenen, auch wenn dem Band die ein oder andere gender-orientierte Sichtweise oder auch der ein oder andere Beitrag einer Autorin gut getan hätte. Die Beiträge profitieren darüber hinaus davon, dass sie über den eher beratenden Stil einiger politikwissenschaftlicher Arbeiten hinaus kommen und sind somit auch für Neulinge ein guter Einstieg in verschiedene Diskussionen rund um die Klimapolitik.

Insgesamt kann der Band in vier thematische Blöcke gegliedert werden. Einerseits finden sich soziologische und philosophische Beiträge, darunter auch von namhaften Autoren wie Ulrich Beck oder Dieter Birnbacher. Beck skizziert in seinem Beitrag die globalen Herausforderungen an Politik und Gesellschaft in den nächsten Jahren und stellt dabei acht provokante Thesen auf. Birnbachers Beitrag beschäftigt sich auf philosophischer Ebene mit Gerechtigkeitsdimensionen und adressiert somit auch theoretisch die auf internationaler Ebene zerfahrene Diskussion rund um die Lastenteilung zwischen den Verursacherstaaten und denen, die unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Andere Artikel im Sammel-

band beschäftigen sich mit der schwierigen Frage des individuellen Umweltverhaltens oder auch Nicht-Verhaltens (Beitrag von Andreas Ernst) und verschiedenen kulturellen Besonderheiten. Unterhaltsam ist dabei der Essay über die Klimakultur des französischen Südwestens. Andere Beiträge sind konkreten Politikfeldern zugeordnet, wie beispielsweise zwei Beiträge zur Stadtsoziologie, die die Herausforderungen an die „Urban Governance“ und die architektonischen Herausforderungen durch den Klimawandel thematisieren. Eine gute Ergänzung liefern dann aber auch die historischen Analysen des Buchs, welche sowohl soziologische Veränderungsprozesse als auch Prozesse kulturellen Wandels analysieren und gelungen in die aktuelle Debatte einordnen.

Für Fortgeschrittene ist Vieles, was in dem Band angesprochen wird, nicht neu. Auch wäre eine fundierte Definition des Begriffs Klimakultur wünschenswert gewesen, obwohl die Vielseitigkeit der Themenbeiträge nahe legt, dass das hier verwendete Verständnis von Kultur eine Reihe von Disziplinen umfasst. Aber auch wenn das Werk bereits vor drei Jahren erschienen ist, ist es empfehlenswert für alle, die sich mit dem Phänomen des Klimawandels auf sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlicher Sicht beschäftigen wollen. Es liefert sicherlich auch für die Naturwissenschaften gute Impulse, eignet sich aber auch einfach für interessierte Leserinnen und Leser. Gerade der in manchen Beiträgen eher feuilletonistische als wissenschaftliche Schreibstil adressiert ein breites Publikum, liefert aber auch neue Impulse für weitere sozialwissenschaftliche Probleme und Analysen. Die Vielseitigkeit des Sammelbandes macht ihn zu einer empfehlenswerten Lektüre.

### Kommunikation und Klimawandel

Einen wichtigen und längst überfälligen wissenschaftlichen Beitrag liefern Mike S. Schäfer und Irene Neverla mit dem Sammelband „Das Medien-Klima“. In dem Werk setzen sich die Autorinnen und Autoren mit der medialen

Analyse des Klimawandels auseinander. Gut gelungen ist die Verknüpfung aktueller politischer Diskussionen mit der kommunikationswissenschaftlichen Analyse. Daher ist das Werk nicht nur für den Wissenschaftsbetrieb geeignet, sondern sicherlich auch für Praktikerinnen und Praktiker von Interesse.

Im ersten Teil des Sammelbandes werden die Medienkommunikationsstrategien verschiedener Akteure analysiert. Zwei Beiträge sind dabei besonders hervorzuheben. Inga Schlichting zeigt in ihrem Artikel zum „Strategischen Framing von Klimawandel durch Industrieakteure“, wie sich die Strategien der Industrie im Laufe der Zeit gewandelt haben. Die Einteilung der Industriestrategien zwischen den Jahren 1990 und 2010 in drei Phasen, weg von der Destruktion des Klimawandels als soziales Problem bis hin zur Selbstlegitimierung der Industrieakteure als Problemlöser, erscheint sinnvoll und fasst das zusammen, was in vielen sozialwissenschaftlichen Analysen, die sich mit ökonomischen und ökologischen Konflikten im Politikfeld Klima beschäftigen, häufig nur implizit mitschwingt. Gelungen ist auch der Literaturüberblick zur Klimakommunikation zivilgesellschaftlicher Akteure, der die heterogenen Wahrnehmungen von Klima und die unterschiedlichen Kommunikationen durch NGOs und soziale Bewegungen aufzeigt und benennt. Wie der Autor Andreas Schmidt richtig bemerkt, sind es gerade die unterschiedlichen (Kommunikations-) Strategien zivilgesellschaftlicher Organisationen, welche bislang nur marginal untersucht worden sind und weiterer Analysen bedürfen.

Im zweiten Teil des Sammelbandes werden mediale Konstruktionen des Klimawandels einer kritischen Analyse unterzogen. Hierunter fallen Beiträge, die sich mit Konstruktionen des Klimawandels in populären Kino- und TV-Filmen beschäftigen, aber auch visuelle Konstruktionen von Klimawandel und soziale Konstruktionen in den Blick nehmen. Schäfer, Ivanova und Schmidt betrachten in einer komparativen Fallstudie die veränderte Medienberichterstattung zum Thema Klimawandel in dem

Zeitraumen von 1996 bis 2010 in 26 Ländern weltweit. Für den Vergleich wurden sowohl Länder ausgewählt, denen ein unterschiedlicher Grad an Verantwortung für den Klimawandel zugeschrieben wird, als auch solche, die von den Klimafolgen betroffen sind. Somit adressiert der Artikel die sogenannten Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichermaßen. Die Autoren kommen letztendlich zu dem Fazit, dass sich Medienberichterstattung in allen Ländern ähnlich entwickelt und vor allem während internationaler Klimakonferenzen stark ansteigt. Sie stellen aber auch die unterschiedlichen Tendenzen in den Ländern heraus und versuchen am Fallbeispiel Deutschland unterschiedliche Faktoren für eine breite Medienberichterstattung zu erklären.

Im dritten Teil des Sammelbands analysiert die Forschergruppe die „Rezeption und Wirkungen medialer Konstruktionen des Klimawandels“. Hier ist besonders der Beitrag zur medialen und politischen Konstruktion des Begriffs Klimaflüchtlinge zu empfehlen, da er die aktuelle politische Diskussion rund um das Thema sehr gut mit der wissenschaftlichen Analyse verknüpft und hier auch die wichtige Frage aufwirft, inwiefern die Darstellung eines Themas als existentielle Bedrohung das Verhältnis von Medien und Politik prägt und wie Klimaflüchtlinge als Sicherheitsproblem in den Medien beschrieben werden.

Insgesamt ist „Das Medien-Klima“ ein sehr gelungenes Werk, das zwar leider viele der spannenden Fragestellungen eher skizzieren als tiefgreifend beantwortet kann. Gut gelungen ist daher, dass die Buchkapitel mit Empfehlungen für weitere Forschungsfragen enden und das komplexe Themenfeld somit auch strukturieren helfen. In jedem Fall weckt das Buch das Interesse an weiteren medien- und kommunikationswissenschaftlichen Analysen rund um die Klimapolitik.

### Mediale Analyse der Klimagipfel in Kopenhagen und Bali

Ergänzend zur Analyse von Schäfer und Ne-verla empfiehlt sich der Band von Elisabeth

Eide, Risto Kunelius und Ville Kumpu. Die Autorinnen und Autoren nehmen in ihrem Sammelwerk „Global Climate - Local Journalism. A transnational study of how media make sense of climate summits“ die mediale Berichterstattung während der Klimakonferenzen in Bali 2007 und in Kopenhagen im Jahr 2009 in insgesamt 19 Ländern weltweit in den Blick. Für die Fallstudien wurden jeweils zwei Zeitungen aus dem politischen Mainstream, allerdings mit unterschiedlichem Fokus und unterschiedlicher Zielgruppe ausgewählt, um so ein möglichst breites Analysespektrum abzubilden. Die Berichte aus den Zeitungen wurden dann sowohl mit qualitativen als auch quantitativen Methoden ausgewertet.

Der Band beginnt mit einer Zusammenführung der einzelnen Ergebnisse und zeigt hierbei auch das, was auch Schäfer u.a. im oben angesprochenen Artikel schon zeigen konnten: Die Klimaberichterstattung ist in allen analysierten Ländern während der Klimagipfel stark angestiegen. Dies sehen die Autorinnen und Autoren als einen Beleg für die Einordnung des Gipfels in die Forschung zu Global Public Spheres. Auch wenn diese Aussage plausibel erscheint, ist es schade, dass das Buch außer zwei knappen Seiten keine umfassende theoretische Diskussion zu dem Begriff beinhaltet und das Ergebnis daher auch nur unzureichend eingeordnet werden kann von denen, die mit der wissenschaftlichen Diskussion um das Konzept nicht stark vertraut sind. Spannender ist daher die politische Analyse des Gipfels. Die Untersuchung zeigt, dass zum Ausgang des Gipfels global in einer ähnlichen Art und Weise bewertet wurde, wer als Gewinner und Verlierer der Konferenzen eingestuft wurde. In dem Beitrag wird zudem aufgezeigt, welche Hoffnungen mit dem Gipfel, aber auch mit der Zeit nach dem Gipfel verknüpft wurden oder welche Akteure in den jeweiligen Ländern am häufigsten zu Wort gekommen sind.

Ein großer Gewinn des Buches ist der Blick sowohl auf Länder des globalen Nordens und des globalen Südens. Somit werden nicht nur ohnehin gut erforschte Länder wie Deutsch-

land, die skandinavischen Staaten oder die USA in den Blick genommen, sondern auch fundierte Analysen über die klimapolitische Berichterstattung in nicht-westlichen Staaten, wie zum Beispiel Russland, China, aber auch Pakistan und Ägypten geliefert. Jedes Kapitel liefert einen kurzen Überblick über das politische System in den jeweiligen Ländern und ordnet die – in einigen Ländern problematische – Situation für die Medien kurz und prägnant ein, um dann die medienpolitische Diskussion im Politikfeld darzustellen. Den fundierten Länderanalysen merkt man an, dass sie meist von heimischen Autorinnen und Autoren verfasst wurden. Da die Kapitel auch ohne Probleme getrennt voneinander gelesen werden können, hätte man sich an der ein oder anderen Stelle eine noch tiefere Beschreibung der Rolle der Länder und der medienpolitischen Analyse gewünscht, die aber aufgrund des Formats der Untersuchung nicht möglich war. Trotz allem liefert das Buch einen guten Überblick über die medienpolitische Diskussion in den jeweiligen Ländern, zumindest was den Mainstream der Berichterstattung angeht. Letztendlich ist der Sammelband aber eher durch die interessanten Länderanalysen als mit Blick auf den Beitrag zur Global Public Spheres Forschung ein Gewinn.

*Melanie Müller, Berlin*



## Wider die Evergreens konservativer Rhetorik

*Roth, Roland (2011): Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg: edition Körber-Stiftung.*

Das Buch „Bürgermacht“ von Roland Roth versteht sich aus seinem Untertitel als „Eine Streitschrift für mehr Partizipation“. Es handelt sich um ein Plädoyer für eine stärkere bürgerschaftliche Betätigung und nicht um eine wertfreie Abhandlung zur Beurteilung

der Demokratie. Es ist entsprechend daran zu messen, wie stark die Argumente beeindrucken.

Roland Roth macht klar, dass er sich gegen die „Evergreens konservativer Rhetorik“ (S. 36) wendet: Einerseits die Befürchtungen, dass Partizipation der politischen Gleichheit schade, weil sich ohnehin nur mobilisierungsstarke Gruppen beteiligten, und andererseits die Annahme, dass mehr und bessere Einflusschancen für Bürgerinnen und Bürger zu Entscheidungsblokkaden führten. Ähnlich wie auch der Aufsatz von Heribert Prantl (2011): „Wir sind Viele“, sieht das Buch in den aktuellen Bewegungen, von Stuttgart 21 über Occupy Wall Street bis hin zum arabischen Frühling, Chancen zur Belebung der Demokratie und richtet sich gegen die Angst, eine Veränderung der demokratischen Entscheidungsmodi könne demokratische Errungenschaften gefährden.

Argumente gegen die Furcht

In seinen drei Hauptteilen führt das Buch wichtige Debatten über die Entwicklung der Demokratie zusammen, um die in diesen Debatten enthaltenen Befürchtungen zu entkräften. Der erste Teil „Bürgerschaftliches Unbehagen“ legt dar, dass die Abkehr der Bürgerinnen und Bürger von konventionellen Institutionen in der Regel ein durchaus demokratisch gesinntes Unbehagen gegenüber den Enttäuschungen der institutionell inszenierten Politik darstellt, nicht eine passiv duldende Politikverdrossenheit. Dabei verknüpft er diesem Teil gekonnt verschiedene Debattenstränge wie zum Beispiel die normative Debatte über das Für und Wieder zu direktdemokratischen Verfahren, das empirisch immer wieder bestätigte reflektierte Ohnmachtsgefühl vieler Teile der Bevölkerung, Debatten über die neue Formen der politischen Exklusion durch Migration und die Herausbildung prekärer Lebenssituationen, eine als „Postdemokratie“ (Crouch 2008) beschriebene Aushöhlung und Inszeniertheit von Politik, abnehmende Gestaltungsfähigkeit der Kommunen aufgrund struktureller Unterfinanzierung bis hin zu den tiefgreifenden Reformen der letzten Jahrzehnte, die jede Reform

in der Öffentlichkeit als Drohung erscheinen lasse.

Dennoch stehen diese Befunde nicht einer resignierten Öffentlichkeit, sondern Menschen gegenüber, die sich einbringen wollen und können, wie er im zweiten Teil darlegt. Die Handlungspraktiken der sozialen Bewegungen, Beteiligungsverfahren und ihre Gestaltungskraft werden im zweiten Teil in einer *tour d'horizon* diesem Krisenbefund entgegengestellt. Bürgermacht ist, das stellt Roland Roth klar, die deutsche Entsprechung von „Empowerment“ und meint die Befähigung von einzelnen Menschen oder von Gruppen, sich wirkungsvoll einzubringen. Der Begriff der Macht im „Empowerment“ wird dabei explizit als gemeinsame gesellschaftliche Gestaltungsmacht gesehen (Hannah Arendt), nicht – jedenfalls nicht in erster Linie – als staatszentrierte Durchsetzung von Entscheidungen (Max Weber). Bürgermacht bedeutet vor diesem Hintergrund Inklusion durch Bildung und eigenes Handeln. Demokratie werde durch das Zusammenwirken der Vielzahl von partizipativen Handlungspraktiken und das Zusammenwirken mit verschiedenen Verfahren wie Bürgerhaushalt, Planungszellen, Bürgerentscheiden und Bürgerforen in der Tendenz gestärkt, auch wenn Roth explizit konzediert, dass auch rechtsextreme Handlungspraktiken als Bewegungen zu verstehen sind.

Bewegt sich also die Bürgermacht in jedem Fall in die Richtung eines „Mehr“ an Demokratie? In der Chancenabwägung im dritten Teil des Buches „Demokratie lernen“ sieht Roth die Entwicklung als Lernprozess, wobei er die Perspektive der Demokratie nicht auf staatliches Entscheiden verengt wissen möchte. Den Rahmen demokratiefördernder Entwicklung der Bürgermacht steckt er anhand von acht „Grundüberzeugungen“, innerhalb dessen er für eine stärkere Offenheit gegenüber möglichen Veränderungen plädiert.

### Vage in der Frage der Umsetzung

Am Schluss der Lektüre stellt sich die Frage: Wie weit reichen die Argumente gegen die

„Evergreens konservativer Rhetorik“? Roland Roth sieht, dass Vorbehalte gegen mehr Bürgermacht in den Gefahren sozialer Exklusion liegen und sieht hier eine besondere Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Eine andere bestehe in der drohenden Kommerzialisierung von Beteiligung und Protest, wie dies etwa von der Kampagnenindustrie im Rahmen der amerikanischen Direktdemokratie bekannt ist.

Nach Roth stehen „die verschiedenen Demokratieformen meist in einem Spannungsverhältnis, [...] sie lassen sich nicht gleichzeitig und zum selben Thema optimieren“. Dies führt zur Feststellung, dass wer über den Entscheidungsmodus entscheidet, das Ergebnis präjudiziert – bei der Frage, wie der aktuelle Impuls der Bürgermacht nachhaltig in neue Formen der Verbindlichkeit umgesetzt werden kann, bleibt die Streitschrift etwas vage. Mit der Frage, *wie* verhindert werden kann, dass die „Leiter der Partizipation“ (Arnstein) nicht zu einer „Leiter ins Nichts“ (Roth) wird, lässt das Buch den Leser allein zurück.

Bürgermacht bedeutet also die gemeinsame Anstrengung, möglichst alle Menschen in die Lage zu versetzen, sozial, kulturell und politisch zu partizipieren, und den Willen, Veränderungen zuzulassen. Dennoch wünschte man sich am Ende, Roth würde die gemeinsamen Potenziale direktdemokratischer Verfahren, zivilgesellschaftlicher Partizipationsverfahren oder etwa „aleatorischer Verfahren“ (Buchstein) genauer ausführen, denn sonst verschiebt sich die Frage nach der Verbindlichkeitswirkung einer stärkeren Einbeziehung von Bürgern auf die Metaebene der Frage, wer das Entscheidungsverfahren bestimmt. Der Streit, so lässt sich nach der Streitschrift folgern, beginnt erst hier: Wie können die Impulse aus den aktuellen Demokratiebewegungen verstetigt werden oder zumindest offen sein für zukünftiges?

Roland Roth liefert mit dieser sehr flüssig geschriebenen Streitschrift eine lesenswerte Erklärung für aktuelle Probleme legitimen Entscheidens, einen kenntnisreichen Überblick über demokratische Innovationen und die Möglichkeiten und Chancen, die in einer früh-

zeitigen und umfassenden Beteiligung liegen. Das Buch gibt einen Anstoß für die Debatte über das Wie der Demokratie in Zeiten nachlassender Integrationskraft der „konventionellen“ Institutionen. Es legt dar, dass die aktuellen Entwicklungen keine Angst vor Veränderungen machen müssen, und das „Mehr Demokratie“ kein Wagnis ist, sondern eine wichtiger Baustein, um die real existierende Demokratie zu qualifizieren.

*Volker Mittendorf, Wuppertal*

### Verwendete Literatur

*Arnstein, Sherry R* 1969: A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners (JAIP), Jg. 35, Nr. 4, 216-224.

*Buchstein, Hubertus* 2009: Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument seit der Antike. Frankfurt: Campus.

*Crouch, Colin* 2008: Postdemokratie. Frankfurt: edition suhrkamp.

*Prantl, Heribert* 2011: Wir sind Viele. Eine Anklage gegen den Finanzkapitalismus. München: Süddeutsche Zeitung Edition.



## Kompodium der Engagementpolitik: Breiter Blickwinkel auf deutschlandbezogene Themenstellungen

*Olk, Thomas/Hartnuß, Birger* (Hg.) 2011: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim: Juventa.

Die Herausgeber Olk und Hartnuß legen mit dem Handbuch Bürgerschaftliches Engagement eine knapp 850 Seiten starke Veröffentlichung vor, die sich vornimmt, wesentliche Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements einem breiten Publikum in Deutschland nahe zu bringen. Sie leisten insgesamt eine umfassende und

gelungene Zusammenfassung wichtiger Themen, speziell zu Engagementpolitik.

Das Handbuch fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Konzepten sowie nach Organisationen und Ausdrucksformen von bürgerschaftlichem Engagement.

Mit dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement“ positionieren sich die Autoren vornehmlich im deutschen Diskurs. Nach einem einführenden Beitrag von Christoph Sachße zu den Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, der mit einem Verweis auf bürgerliche Selbstverwaltungsrechte und -pflichten im Rahmen der Preußischen Städteordnung von 1808 beginnt, fächert Ansgar Klein die Begriffe Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft auf. Klein beginnt seinen historisch, politisch und wissenschaftlich kenntnisreichen und gut formulierten Beitrag mit einem Verweis auf das bereichslogische Verständnis der Begriffe. Er wählt damit einen Einstieg, der sich von einem normativ aufgeladenen oder staatszentrierten Diskurs, der lange die Debatten in der deutschen politischen Praxis bestimmte, abhebt und einen Anschluss an verschiedene Diskurse in Wissenschaft und Praxis, auch auf internationaler Ebene, sucht und findet. Der Beitrag Kleins schafft damit einen Bezugsrahmen, der den intellektuellen Anspruch und die überwiegend auf den Standort Deutschland bezogene Reichweite des Handbuchs erkennbar erweitert. Die sich dem Beitrag von Klein anschließenden Beiträge und Kapitel 2-4, die mit einer Länge zwischen zehn und zwanzig Seiten sehr leserfreundlich und klar strukturiert präsentiert werden, befassen sich dann mit den Themen Gender und Partizipation und den rechtlichen Rahmenbedingungen, Formen und Feldern des bürgerschaftlichen Engagements sowie Organisationen und Strukturen in Deutschland.

### Breite Darstellung der Themenfelder und Strukturen

In Kapitel 3 wird deutlich, dass die Herausgeber den Anspruch verfolgen, das Thema bür-

gerschaftliches Engagement in großer Breite vorzustellen.

Die Herausgeber beleuchten zunächst in Kapitel 3.1 den Bedeutungsaufschwung des Konzepts „Bürgerschaftliches Engagement“. Sie betrachten dabei die Debatten um die Reform des Sozialstaats, die Diskussion um die Folgen von Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen, die Demokratisierung der Demokratie und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Dabei konstatieren sie, dass das gestiegene Interesse am bürgerschaftlichem Engagement höchst unterschiedliche und ambivalente Erwartungen und Hoffnungen beinhaltet. Ihnen gelingt insgesamt eine gelungene Verortung des Begriffs. Ihr Anliegen ist es, das Potenzial der sozial integrativen Wirkung des Begriffs herauszustellen und ihn abschließend gegenüber alternativen Begrifflichkeiten zu verteidigen. Ob der Begriff des zivilen Engagements oder Zivilengagements, den die Autoren mit Verweis auf Priller andiskutieren, nicht doch passender gewesen wäre, weil er sich noch deutlicher von politischer Partizipation abgrenzt, soll dahingestellt bleiben. In Deutschland wird zunächst noch der Begriff bürgerschaftliches Engagement führend bleiben, mit dem auch die entsprechende Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags (1999 bis 2002) arbeitete.

Die Begriffe Ehrenamt (Michael Stricker), Selbsthilfe (Dieter Grunow), Freiwilligendienste (Gisela Jakob), Bürgerbeteiligung (Hans-Liudger Dienel) und Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen (Holger Backhaus-Maul und Peter Friedrich) werden ebenso gut dargestellt. Der Band bietet dabei auch einige Tabellen und Übersichten, z.B. eine Übersicht über Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide in den Bundesländern (205).

In Kapitel 3.2 werden dann zahlreiche Felder und Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements vorgestellt, darunter Sport, Kunst und Kultur, Kirche, Natur- und Umweltschutz, Hilfs- und Rettungsdienste, kommunalpolitisches Engagement, Politik und Interessenvertretung, Soziale Arbeit, Jugendarbeit, Arbeit

mit behinderten Menschen, Schule, Gesundheitswesen, Altenhilfe und Altenpflege, Justiz, Stadt- und Dorfentwicklung sowie Migration und Integration. Kapitel 4 behandelt Organisationsformen (Vereine, Verbände, Stiftungswesen, Soziale Bewegungen, Genossenschaften, Netzwerke) sowie Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung. Hier wird das Buch dann dem Anspruch eines Handbuchs gerecht.

Die Kapitel 5 bis 7 präsentieren Methoden und Strategien der Engagementförderung, widmen sich der Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement und der Engagementpolitik. Die Beiträge in Kapitel 5 befassen sich dabei mit Freiwilligenmanagement, Netzwerkmanagement, Qualifizierung, Anerkennungskultur, Organisationsentwicklung, Internet und Öffentlichkeitsarbeit. In Kapitel 6 widmet sich das Werk den Themen Freiwilligen-survey, qualitative Forschung organisationsbezogener Daten, Engagement im internationalen Vergleich und Engagement und soziale Gerechtigkeit.

Das Buch sollte damit auf Interesse bei Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stoßen, was den Herausgebern sehr zu wünschen wäre. Die Qualität der Beiträge reicht nämlich in ihrer Prägnanz, ihrer Ausführlichkeit und in ihren Bezugspunkten zu wichtigen gesellschaftlichen und politischen Debatten und Entwicklungen in Deutschland über andere Veröffentlichungen oder entsprechende Einzelbeiträge bei Wikipedia weit hinaus.

Die Autoren möchten verschiedene Zielgruppen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, aus Politik und Wissenschaft ansprechen. Der Name Handbuch vermittelt eine gewisse Prioritätensetzung bei Praktikern, die möglicherweise in der Darstellung und Schwerpunktsetzung nicht allen Erwartungen an ein Lern- und Arbeitsbuch gerecht werden, denn die Autoren möchten auf wissenschaftliche Standards nicht verzichten. Praktisch ausgerichtete Analysen finden sich jedoch durchaus an einigen Stellen, speziell in Kapitel 4.2 und auch in einigen anderen Beiträgen, z.B. in dem Beitrag von Jörg Deppe zum Internet. Deppe führt

z.B. aus, dass zwar kaum eine große Organisation mehr darauf verzichtet, im Netz über bürgerschaftliches Engagement zu informieren, die Auswahl der Darstellung der Informationen jedoch eher dem Interesse der Anbieter als dem der Nutzer folgt (661).

### Wenig internationale Bezüge

Aus der Perspektive des Rezensenten fällt der geringe Bezug zu internationalen Diskursen, Themen und Akteuren auf. Begriffe wie *social enterprises* oder *social entrepreneur*, *venture philanthropy* oder transnationale soziale Arbeit, die auch in Deutschland zunehmend Konjunktur haben, werden nicht speziell behandelt. Auch findet sich in den Beiträgen im Kapitel über die Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement kein Hinweis auf CIVICUS – World Alliance for Citizen Participation und speziell das Civil-Society-Index-Projekt (CSI). Das CSI war bzw. ist noch aus Sicht des Autors das quasi weltweit in Wissenschaft und Praxis verbreitetste Vorhaben, das sich mit Strukturen, Rahmenbedingungen, Werten und Wirkungen von zivilgesellschaftlichem Engagement in vielen Ländern und Regionen befasst, einschließlich z.B. der Volksrepublik China, allerdings ohne Teilnahme einer Organisation aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Insgesamt nehmen rechtliche Rahmenbedingungen, transnationale Wertedebatten und die

politischen und sozialen Wirkungen von zivilgesellschaftlichem Engagement auf transnationaler Ebene keinen großen Raum in diesem Kapitel und im gesamten Handbuch ein. Die Herausgeber setzen andere Schwerpunkte. Das letzte Kapitel 7 wird von den Herausgebern mit einem einführenden Beitrag zu Engagementpolitik eröffnet. Sie beschreiben, dass es in zwei Dekaden Engagementpolitik gelungen ist, ein umfassendes und reformorientiertes Agenda-Setting für das Politikfeld Engagementpolitik zu etablieren (774). Sie resümieren aber auch, dass es noch nicht gelungen sei, das Projekt der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in den Kern politischer Maßnahmen und Programme zu integrieren (775).

Es folgen Beiträge zu Engagementpolitik auf kommunaler Ebene, auf der Ebene der Bundesländer und schließlich auf Bundesebene. Abschließend darf Markus Held mit Engagementpolitik in Europa doch noch einmal einen Akzent über Deutschland hinaus setzen. Die Herausgeber hätten dem gelungenen Handbuch noch einen abrundenden Beitrag hinzufügen können, der die historisch und theoretisch interessanten Bezugspunkte der Autoren im ersten Kapitel noch einmal hätte aufnehmen und einen Bogen zu transnationalen Perspektiven und der internationalen Zusammenarbeit hätte schaffen können.

*Berthold Kuhn*, Xiamen, V.R. China

**Martina Sauer:** *Bürgerschaftliches Engagement türkeistämmiger Migranten* (FJ SB 2/2012, S. 6-20). In ihrer Aktuellen Analyse vergleicht Martina Sauer die Ergebnisse einer 2010 durchgeführten Studie zum bürgerschaftlichen Engagement türkeistämmiger MigrantInnen mit denen früherer Studien. Die Aktivität der MigrantInnen findet mehrheitlich nicht in einem ausschließlich türkisch geprägten Kontext statt. Und auch die Aktivitäten derjenigen, die sich in Gruppen beteiligen, die überwiegend aus türkeistämmigen Personen bestehen, sind zum größten Teil auf die Aufnahmegesellschaft gerichtet – dies ist also kein Zeichen von Segregationsbemühungen, sondern belegt im Gegenteil die Integrationsbemühungen der MigrantInnen. Für eine weitere Verbesserung des freiwilligen Engagements türkeistämmiger MigrantInnen – Potenzial ist laut Sauer durchaus vorhanden – seien Anstöße von außen notwendig. Hierbei sei insbesondere auf das Empowerment von Migrantenorganisationen einerseits und die interkulturelle Öffnung von mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen andererseits abzielen.

**Martina Sauer:** *Civil society activities of migrants of Turkish heritage* (FJ SB 2/2012, pp. 6-20) In her current analysis, Martina Sauer compares the results of a 2010 study on the civil society activities of migrants of Turkish heritage with those of earlier studies. Migrants' activities mainly take place in contexts that are not exclusively Turkish. The activities of those taking part in groups mainly belonging to people of Turkish backgrounds are overwhelmingly focused on the accepting society. This means that they do not indicate segregation efforts, but on the contrary, prove migrants' integration efforts. Sauer believes there is potential to further improve the civil society engagement of migrants with Turkish backgrounds, but outside impetus is needed. Towards this, special focus should be placed on empowering migrant organisations, and majority society organisations should open up towards inter-cultural influences.

**Achim Brunnengraber:** *Die neue Klima-Geopolitik. Konflikte und Chancen im Klimaschutz durch Deutungsverschiebungen* (FJ SB 2/2012, S. 21-29)

Die Klimaschutzpolitik hat sich lange auf internationale Abkommen zur Emissionsreduktion konzentriert. In diesem Zusammenhang spielen auch Schuldzuschreibungen für die Verhandlungen eine wichtige Rolle. Der Beitrag von Brunnengraber zeigt, wie es zu dieser Fokussierung kam und macht deutlich, dass es sich dabei um eine Engführung der Thematik handelt. So wurden Kompensationsstrategien weitgehend ausgeklammert. Auch grundlegendere Kritik an der kapitalistischen Lebensweise war an den Rand gedrängt. Da die internationalen Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind, ergibt sich nun die Möglichkeit, grundsätzlicher politische Strategien und Verständnisse der Klimaproblematik zu hinterfragen. Der Beitrag zeigt mögliche Richtungen auf.

**Achim Brunnengraber:** *The new climate geopolitics. Conflicts and opportunities in climate change through shifts in meaning* (FJ SB 2/2012, pp. 21-29)

Climate change policy has long focused on international agreements on emission reductions. In this context, the assignation of debt for negotiations also plays an important role. Brunnengraber's contribution demonstrates how this focus came about and elucidates that it constitutes too narrow a view on the topic. For example, compensation strategies are largely disregarded. More fundamental critiques of the capitalist way of life were also marginalised. Now that international negotiations are in deadlock, there is a possibility of questioning political strategies and understandings of the climate issue in more fundamental ways. The contribution highlights possible directions.

**Inga Schlichting/Andreas Schmidt:** *Strategische Deutungen des Klimawandels. Frames und ihre Sponsoren* (FJ SB 2/2012, S. 29-39)

Auf Basis eines strukturierten Literaturüberblicks zeigen wir, mit welchen strategischen Frames Akteure aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen versuchen, die gesellschaftliche Wahrnehmung des Klimawandels zu beeinflussen. Vier zentrale Frames lassen sich dabei unterscheiden, die die klimapolitische Debatte seit Ende der 1980er Jahre prägen: Der „Scientific Uncertainty“-Frame stellt die wissenschaftliche Gesicherheit des Klimawandels in Frage. Der „Global Economics“-Frame erkennt den Klimawandel als gesellschaftliches Problem an, lehnt aber klimapolitische Regulierungen, die (nur) Industrien in den entwickelten Ländern beschränken, als ineffektiv und wettbewerbsverzerrend ab. Der „Ecological Modernization“-Frame stellt demgegenüber die Chancen grüner Technologien für die Wirtschaft in den Vordergrund. Mit dem „Climate Justice“-Frame schließlich werden vielfältige Ungerechtigkeiten moralisch kritisiert und radikale Veränderungen der Lebensweise gefordert.

**Inga Schlichting/Andreas Schmidt:** *Strategic interpretations of climate change. Frames and their sponsors* (FJ SB 2/2012, pp. 29-39)

Based on a structured overview of the literature, the authors show the strategic frames employed by actors from various societal backgrounds in their attempts to influence the social perception of climate change. The climate policy debate since the end of the 1980s can be broken down into four central frames: the „scientific uncertainty“ frame questions the scientific basis of climate change. The „global economics“ frame only recognises climate change as a societal problem, but opposes climate policy regulations which limit themselves to constraining industries in the developed countries as inefficient and contorting competition. The „ecological modernisation“ frame highlights the opportunities of green technologies for industry. Finally, the „climate justice“ frame morally criticises multiple injustices and calls for radical changes to lifestyles.

*„Greenpeace will ein Problem und eine Lösung auf die Agenda setzen“.* Interview mit Michael Hopf, Greenpeace (FJ SB 2/2012, S. 41-44)

Für Greenpeace sind Klimawandel und Klimapolitik gegenwärtig das zentrale Thema – so der Chef vom Dienst der deutschen Greenpeace-Pressestelle, Michael Hopf, im Interview mit Mike S. Schäfer. Dabei fokussiere man vornehmlich auf die Ursachen des Klimawandels in den Bereichen Energie, Verkehr und Urwaldzerstörung, bringe sich aber auch in die internationale und nationale Klimapolitik ein. Man wolle informieren und aufklären, aber auch energie- und klimapolitische Entscheidungsträger beeinflussen. Medien seien dabei ein wichtiger Kanal – und neben Massenmedien sei gerade auch das Social Web zu einem wichtigen Faktor geworden. Gerade dort könne man das erreichen, was mittlerweile die Hauptaufgabe sei: Nachdem bei den meisten Menschen angekommen sei, dass es den Klimawandel gebe, müsse man nun zum Handeln animieren.

*„Greenpeace wants to put a problem and a solution on the agenda.“* Interview with Michael Hopf, Greenpeace (FJ SB 2/2012, pp. 41-44)

Climate change and climate policy are currently the main issue for Greenpeace, states Michael Hopf, head of the press office of Greenpeace Germany, in an interview with Mike S. Schäfer. The focus is chiefly on the causes of climate change in the areas of energy, transport and destruction of primeval forests, but Greenpeace is also actively raising its voice in international and national climate policy. The aim is to inform and explain, but also to influence energy and climate policy decision makers. Media is an important channel, and the social web – in addition to mass media – has become an important factor, as it allows the achievement of what has

become the main task: as most people have by now realised that climate change is a reality, the call is to action.

„*Unser Ziel ist mehr Sachlichkeit*“. Interview mit Joachim Löchte, Leiter Corporate Responsibility / Umweltschutz bei der RWE AG (FJ SB 2/2012, S. 44-46)

Im Interview mit Mike S. Schäfer betont der Leiter des Bereichs Corporate Responsibility / Umweltschutz bei RW, Joachim Löchte, dass Klimawandel und -politik von hoher Bedeutung für den Konzern sind. Entsprechend versuche RWE, die eigene Energieerzeugung nachhaltiger zu gestalten und beteilige sich an Klimaschutzprojekten. In der öffentlichen Debatte schlage sich dies allerdings höchstens partiell nieder. Zwar gebe es „seriös recherchierende Journalisten, die sachgerecht und ausgewogen über Klimawandel und -forschung informieren“, aber auch solche, die ein „Feindbild ‚Energieversorger‘“ hätten. Dort Überzeugungsarbeit zu leisten, sei schwierig, auch weil das Thema Klima so komplex sei. Dennoch ist Löchte überzeugt: In einer sachlichen Debatte werde man sich auch durchsetzen können.

„*Our goal is more objectivity*“. Interview with Joachim Löchte, Head Corporate Responsibility / Environmental Protection, RWE AG (FJ SB 2/2012, pp. 44-46)

In an interview with Mike S. Schäfer, Joachim Löchte, head of the department Corporate Responsibility / Environmental Protection at RW, emphasises that climate change and policy are of great concern to the company. RWE consequently tries to move towards greater sustainability in its energy production and takes part in climate protection projects. However, this is only partially being recognised in the public debate. While there are „journalists who research thoroughly, who report in an objective and balanced manner about climate change and research“, there were also those who regard „energy suppliers as the enemy“. It is difficult to convince these journalists otherwise, all the more so because climate change as a topic is so complex. But Löchte is convinced that RWE will be able to prevail in an objective debate.

**Silke Beck:** *Kommunikation als Schutzschild. Zur Strategie des Weltklimarats IPCC* (FJ SB 2/2012, S. 47-52)

Das Thema Kommunikation gewinnt für den Weltklimarat Ende 2009 schlagartig mit der Veröffentlichung von gestohlenen Emails renommierter Klimaforscher („Climategate“) und der Entdeckung von Fehlern in den jüngsten IPCC-Berichten von 2007 („Gletschergate“) an Bedeutung. Dieser Beitrag zeigt, dass und warum nicht nur die Veröffentlichung von Fehlern in IPCC-Berichten, sondern vor allem die zögerliche und ungeschickte Reaktion des IPCC-Vorsitzenden Rajendra Pachauri dazu beigetragen hat, die öffentliche Glaubwürdigkeit der Institution aufs Spiel zu setzen. Dieser Beitrag rekonstruiert, wie das Thema Kommunikation in dem 2010 eingeleiteten IPCC-Reformprozess aufgegriffen wird, und diskutiert, ob die vom IPCC im November 2011 beschlossene Kommunikationsstrategie funktional ist, um öffentliches Vertrauen in den Rat aufrecht zu halten. Der Beitrag argumentiert, dass ein Kurswechsel aus der Defensive in die Offensive nötig ist, da Transparenz und Öffentlichkeit das öffentliche Vertrauen in Forschung nicht notwendigerweise unterlaufen müssen, sondern dieses auch maßgeblich fördern können.

**Silke Beck:** *Communication as a shield. On the strategy of the International Panel on Climate Change* (FJ SB 2/2012, pp. 47-52)

The issue of communication suddenly rose to the top of the IPCC's agenda at the end of 2009, when stolen emails of reknowned climate scientists („climategate“) were published and mistakes

in the most recent IPCC reports of 2007 were discovered („glacier gate“). The contribution shows how and why not only the publication of mistakes in IPCC reports, but most of all the hesitant and clumsy reaction of IPCC chairman Rajendra Pachauri have contributed to jeopardising the public credibility of the institution. This contribution traces how the topic of communication is being integrated into the IPCC reform process which started in 2010 and discusses whether the communication strategy agreed upon by the IPCC in November 2010 serves to maintain public trust in the Council. The contribution argues that it is necessary to change tactics from defence to offence, as transparency and publicity do not necessarily undermine public trust in research, but can also promote it significantly.

**Markus Rhomberg:** *Zwischen „Blame Game“ und Vernachlässigung. Die klimapolitische Debatte in den Massenmedien* (FJ SB 2/2012, S. 52-61)

Rhomberg setzt sich in seinem Beitrag mit der politischen Debatte um den Klimawandel auseinander. Nach dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 hatte es das Thema schwer, auf der politischen und medialen Agenda zu verbleiben. Ursache dafür mag die Dominanz der Politik in der medialen Darstellung sein. Die Wissenschaft spielt auch in der historischen Evolution der Klimadebatte nur eine geringe Rolle. Insbesondere politische Ereignisse tragen dazu bei, den Klimawandel in den Medien prominent zu platzieren. Der politische Umgang mit dem Klimawandel konzentriert sich auf die Fragen der Reduktion, während Anpassungsstrategien im Hintergrund bleiben. Ursache dafür ist nicht zuletzt die mediale Konzentration auf das Kyoto-Protokoll und die damit verbundenen, medial leicht vermittelbaren Reduktionsziele. Andere mögliche Reaktionen wären in der medialen Darstellung komplexer, erhalten dadurch weniger Medienaufmerksamkeit und bleiben deshalb von der Politik wenig beachtet.

**Markus Rhomberg:** *Between „Blame Game“ and neglect. The climate policy debate in the mass media* (FJ SB 2/2012, pp. 52-61)

In his contribution, Rhomberg addresses the political debate surrounding climate change. After the climate summit in Copenhagen in 2009, it was difficult to keep the topic on the political and media agenda. The dominance of politics in the media representation may have caused this. Science only plays a small role in the climate debate, including its historical evolution. Political events specifically contribute to climate change being placed prominently in the media. Policy makers focus on reduction issues in their dealings with climate change, while adaptation strategies remain in the background. One cause of this is the media focus on the Kyoto protocol and its associated reduction goals, which are easy for media to portray. Other possible reactions would be more complex to explain; hence they gain less media attention and are therefore not a focus of politics.

**Axel Bojanowski:** *Sorry, wir wollen nicht stören. Wissenschaftsjournalisten ergründen die Klimaforschung? Eine Relativierung* (FJ SB 2/2012, S. 62-64)

Wissenschaftsjournalisten sind zentrale, wichtige Schaltstellen zwischen wissenschaftlichen Experten und der breiteren Öffentlichkeit. Der Beitrag beschreibt ihre Rolle in der aktuellen Klimadebatte anhand der persönlichen Erfahrungen des Autors: Einerseits wird von den Journalisten oft gefordert, dass sie kritisch und vorsichtig mit den Ergebnissen der Wissenschaft umgehen und diese mit dem Interesse der Öffentlichkeit im Blick aufbereiten. Andererseits erwarten einige Wissenschaftler, dass ihre Resultate von den Journalisten willfährig und möglichst unverändert an das Publikum vermittelt werden. Zu diesem ohnehin schon schwierigen Spagat

kommt im Falle der Klimaforschung noch hinzu, dass innerhalb der „scientific community“ selbst teilweise erhebliche Uneinigkeit über den aktuellen Stand des Wissens besteht. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik an Journalisten, wie sie in der Klimadebatte verbreitet ist, zu relativieren – sie agieren in einer unübersichtlichen und schwierigen Lage in einer Weise, die selbst von vielen Klimawissenschaftlern gutgeheißen wird.

**Axel Bojanowski:** *Sorry, we do not want to disturb. Science journalists work out climate change? A relativisation* (FJ SB 2/2012, pp. 62-64)

Science journalists are important interfaces between scientific experts and the broader public. The contribution describes their role in the current climate debate using the author's personal experience: on the one hand, journalists are often advised to exercise criticism and caution in relation to scientific findings and report them with a view to the public interest. On the other hand, some scientists expect journalists to communicate their results uncritically and nearly unchanged. In the area of climate research, this already difficult exercise is further complicated by the fact that there is large disagreement among the scientific community about the current state of knowledge. Against this background, the criticism of journalists, as it is common in the climate change, needs to be tempered – in an unclear and difficult situation, they act in a manner that even many climate scientists approve of.

**Markus Lehmkuhl:** *Journalismus und Klimaforschung: Ausschnitte einer spannungsreichen Beziehung* (FJ SB 2/2012, S. 65-69)

Zwischen dem Journalismus und der Klimaforschung kommt es punktuell immer wieder zu Konflikten. Es wird die These vertreten, dass diese letztlich durch die mangelhafte Integration von sozialwissenschaftlichen Einsichten verursacht werden. Dies prägt sich unter anderem in der Unfähigkeit einzelner Klimaforscher aus, im Journalismus etwas anderes zu sehen als einen passiven Übersetzer wissenschaftlicher Botschaften, der er nicht ist und nicht sein kann, ohne seine Identität zu verlieren.

**Markus Lehmkuhl:** *Journalism and climate research: Sketches of a tumultuous relationship* (FJ SB 2/2012, pp. 65-69)

Conflict continues to rise sporadically between journalism and climate research. The author contends that this is ultimately caused by failures in integrating social science perspectives, among others, reflected by some climate researchers' inability to regard journalism as anything other than a passive translator of scientific messages – which it isn't and cannot be without losing its identity.

**Mike S. Schäfer:** *„Hacktivism“? Online-Medien und Social Media als Instrumente der Klimakommunikation zivilgesellschaftlicher Akteure* (FJ SB 2/2012, S. 70-79)

Klimawandel und Klimapolitik sind für viele Menschen nicht unmittelbar wahrnehmbar und erreichen sie entsprechend medial vermittelt. Dabei spielen Online-Medien resp. Social Media eine zunehmend größere Rolle. Gerade für – oftmals ressourcenschwache – NGOs stellen sie angesichts ihrer geringen Kosten und vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten zentrale Instrumente zur Mobilisierung öffentlicher Meinung dar. Der Artikel liefert einen Überblick über die Internet-Strategien klimabezogener NGOs. Er unterscheidet drei kommunikative Grundmuster: Informationsstrategien, mit denen Umwelt- und Klima-NGOs sich selbst, ihre Ziele und ihr Handeln vorstellen; Aktivierungsstrategien, mit denen Sympathisanten zur Unterstützung und Entscheidungsträger zu Handlungsänderungen veranlasst werden sollen; sowie Vernetzungsstra-

regionen, mit denen sich NGOs untereinander oder mit Aktivist:innen an der Basis verlinken. Deutlich wird dabei, dass sich bei Klima-NGOs eine breite Palette unterschiedlicher Strategien findet – aber auch, dass sich viele auf bloße Informationsstrategien beschränken und damit stärker persuasiv und mobilisierend wirkende Wege der Online-Kommunikation, etwa in Social Media, vernachlässigen.

**Mike S. Schäfer:** „Hacktivism“? *Online media and social media as instruments of climate communication by civil society actors* (FJ SB 2/2012, pp. 70-79)

Climate change and climate policy are not immediately perceptible by many people; they learn about these topics through the media. Online media and social media take an increasingly important part in this. Especially for NGOs, who often lack in resources, the cost-effectiveness and variety of communication possibilities offered by online and social media makes them central instruments for mobilising public opinion. The article provides an overview of the internet strategies of climate-focused NGOs. It distinguishes between three patterns of communication: information strategies through which environmental and climate NGOs present themselves, their goals and activities; activation strategies geared towards moving sympathisers to support and decision-makers to change their stance; and networking strategies by which NGOs link to one another or with activists at grassroots level. It becomes clear that climate NGOs employ a vast palette of different strategies, but many restrain themselves to mere information strategies, thereby neglecting more persuasive and mobilising methods of online communication, for example in social media.

**Roger Pielke jr.:** *Experten in Blogs. Positive und negative Aspekte* (FJ SB 2/2012, S. 79-83)

Experten spielen in der Klimadebatte eine zentrale Rolle, und ihre Debatte hat sich in jüngster Zeit auch und insbesondere ins Internet, vor allem in Weblogs verlagert. Aus der Sicht eines Teilnehmers dieser Debatte, der seit Jahren eines der häufiger genutzten Klima-Blogs betreibt, beschreibe ich Vor- und Nachteile des Bloggens aus Expertensicht. Zu dessen zentralen Stärken zählt meines Erachtens, dass Blogs dazu beitragen, einen öffentlichen Dialog mit Experten zu realisieren, was nicht nur die Vernetzung zwischen Experten erleichtert, sondern auch das Spektrum der verfügbaren Informationen zum Thema verbreitert. Blogs können zudem eine unerschlagbare Informationsquelle für Experten sein, wenn diese komplexe und widersprüchliche Informationen umzusetzen in der Lage sind. Und sie bieten einen Überblick über die Argumente einer Diskussion. Umgekehrt machen Blogs Meinungsunterschiede zwischen Experten nur allzu deutlich. Dies kann dazu führen, dass das Publikum dies nur noch als politisierten Meinungsstreit sieht. In diesem wiederum ist – auch das ist problematisch – die Glaubwürdigkeit einzelner Teilnehmer teils nur schwer einzuschätzen. Diese Schwierigkeiten gilt es sich bewusst zu machen. Dann lassen sich Blogs mit Gewinn nutzen – für alle Beteiligten.

**Roger Pielke, Jr.:** *Experts in blogs. Positive and negative aspects* (FJ SB 2/2012, pp. 79-83)

Experts play a central role in climate debates, and debate has recently moved towards the internet, especially in weblogs. The author, who has actively participated in the debate for years as the owner of a popular climate blog, describes the advantages and disadvantages of blogging from an expert's perspective. Among the strengths of blogging is that it contributes to creating a public dialogue with experts, which makes networking among experts easier, but also broadens the spectrum of available information on the topic. Blogs can also be an excellent source of information for experts, provided they are able to condense complex and contradictory information. And they provide an overview of the arguments of a discussion. By the same token, blogs highlight differences of opinion between experts, which can lead to them only being

regarded as politicised spat by public opinion. In this, it is difficult to assess the credibility of individual participants, which in itself is also problematic. It is important to be conscious of these difficulties. If this is the case, blogs can provide important added value – for all those involved.

**Werner Krauss:** *Ausweitung der Kampfzone: Die Klimablogosphäre* (FJ SB 2/2012, S. 83-89)  
Blogs zum Thema Klima sind vielfältig und in der öffentlichen Debatte ausgesprochen einflussreich. Dabei ist die Spannweite der in Blogs vertretenen Einschätzungen und Meinungen breiter als in den klassischen Massenmedien. Allerdings fließen die Einschätzungen und Meinungen aus Blogs gerade bei der Klimaberichterstattung auch in die sonstige massenmediale Berichterstattung ein. Krauss, selbst ein aktiver Blogger, stellt die verschiedenen Blogs mit ihren Orientierungen in Klimafragen vor. In seinem Resümee diskutiert der Autor die Effekte der erheblichen Bedeutung von Blogs für die öffentliche Wahrnehmung des Klimathemas und die Klimawissenschaft mit den Vorzügen und Nachteilen.

**Werner Krauss:** *Extension of the war zone: the climate blogosphere* (FJ SB 2/2012, pp. 83-89)  
Blogs on the topic of climate are manifold and exceedingly influential in public debate. The span of assessments and opinions represented in blogs is broader than in classical mass media. But assessments and opinions drawn from blogs also seep into other mass media reporting. Krauss, an active blogger himself, introduces several blogs and their orientation on climate issues. In his conclusion, the author discusses the effects of the great significance of blogs for the way public opinion perceives the topic of climate change and climate science in their advantages and disadvantages.

**Jochen Roose:** *Wollen die Deutschen das Klima retten? Mobilisierung, Einstellungen und Handlungen zum Klimaschutz* (FJ SB 2/2012, S. 89-100)

Ist das Thema Klimawandel in der deutschen Gesellschaft angekommen? Diese Frage wird in drei Schritten beleuchtet. *Bewegungsmobilisierung* zur Klimaproblematik kommt aus der Umweltbewegung. Klimawandel ist seit Mitte der 1990er und vor allem seit 2005 ein wichtiges Thema, das aber vom Atomkonflikt weit in den Schatten gestellt wird. Für die *Bevölkerungsmeinung* zeigt eine Clusteranalyse drei unterschiedliche Haltungen zum Klimawandel, wobei das Problem vielfach anerkannt wird, die Einstellungen zum Umgang mit dem Problem aber unterschiedlich sind. Die häufigste Einstellung ist das aktive Transformationsstreben, das viele Maßnahmen gegen den Klimawandel durch Politik und Lebensführung ergreifen will. Die Status Quo-Orientierung hält die bisher ergriffenen Maßnahmen für ausreichend. Die machtlose Politikorientierung erwartet Abhilfe allenfalls von der Politik, ist dabei aber skeptisch. *Handlungen zum Klimaschutz* sind vor allem dann verbreitet wenn sie wenig aufwändig sind. Die Gruppen unterscheiden sich nicht sehr stark bei ihren Handlungen. Die Klimaproblematik wird in Deutschland konsensuell als wichtig und drängend angesehen. Es gibt kaum Konflikt darüber und auch keine Konfliktdynamik. Es ist ein Thema, das keine starken Emotionen weckt und der Einsatz für Änderungen der Lebensweise ist nicht stark ausgeprägt. An eine dem Atomkonflikt ähnliche Dynamik ist beim Klimathema nicht zu denken.

**Jochen Roose:** *Do the Germans want to save the climate? Mobilisation, view and actions on climate change* (FJ SB 2/2012, pp. 89-100)

Is the topic of climate change here to stay in German society? This question is elucidated in three steps. Movement mobilisation on climate issues comes from the environment movement. Climate change has been an important topic since the mid-1990s, and particularly since 2005, but it is increasingly pushed into the background by the nuclear conflict. On public opinion, a cluster analysis shows three different views on climate change: the problem is largely recognised, but views on addressing it differ. The most commonly held view is actively seeking transformation, which aims to take many measures against climate change through politics and lifestyle. The status quo orientation believes that measures taken so far are sufficient. The powerless policy orientation expects politics to take measures, but is skeptical. Activities in climate protection are popular especially when they are effortless. The groups do not differ greatly on their activities. There is consensus in Germany that the climate issue is important and urgent. There is hardly any conflict or conflict dynamics. The topic does not evoke strong emotions and efforts towards changes in lifestyle are not widespread. Climate change will not trigger a dynamic similar to the nuclear conflict.

## Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 25, Heft 2, Juni 2012

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart  
 Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *SB* herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

**Redaktion:** Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kuleba, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

**Redaktionelle Mitarbeit:** Hans-Georg Feldbauer, Berlin; Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Miriam Küller, Berlin; Maria Langenthal, Berlin; Markus Mertens, Mannheim; Regina Vierkant, Berlin

**Gastherausgeber für den Themenschwerpunkt:** Jun.-Prof. Dr. Mike S. Schäfer, Hamburg

**Verantwortlich für den Themenschwerpunkt:** Jun.-Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin (Vi.S.d.P.); verantwortlich für *Puls-schlag*: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Aktuelle Analyse*: Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaful.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Katzbachstr. 26, 10965 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

**Beratung und wissenschaftlicher Beirat:** Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wiczorek-Zeul, Berlin

**Redaktionsanschrift:** Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

**Homepage:** www.forschungsjournal.de

**Förderverein:** *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaful.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

**Bezugsbedingungen:** Jährlich erscheinen 4 Hefte.

**Jahresabonnement 2012:** Bibliotheken € 62,-, persönliches Abonnement € 42,-, Studierende (gegen Studienbescheinigung) € 30,-, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,-/Ausland € 8,-). Der Bezugspreis schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 16,- (zzgl. Versandkosten). Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

**Abonnentenverwaltung** (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung: Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim  
 Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

**Anzeigenverwaltung** beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2012.

© 2012 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

*Karikaturen:* Gerhard Mester, Wiesbaden

*Um-schlag:* Nina Faber de.sign, Wiesbaden

*Satz:* com.plot Klemm & Leiby, Mainz

*Druck und buchbinderische Verarbeitung:* Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 2192-4848

	<p><b>Forschungsjournal</b>  <small>Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft</small>  <b>Soziale Bewegungen</b></p>  <p><b>Praxisanalysen mit Tiefgang</b></p>	<p>Forschungsjournal Soziale Bewegungen</p> <p><b>Im nächsten Heft:</b></p> <p><b>Früchte des Zorns</b> Was bleibt von der arabischen Revolution?</p> <p><b>Mit Beiträgen von:</b>          Kristian Brakel          Ingrid El Masry          Maximilian Felsch          Nadine Sika          u.a.</p> <p><b>September 2012</b></p>
<p><b>Die Themenhefte 2012 im Überblick:</b></p> <p>1/12 Vom Scheitern und Gelingen          Berichte aus der Praxis sozialer Bewegungen</p> <p>2/12 Kampf um die Köpfe          Der Meinungskampf um die Klimapolitik</p> <p>3/12 Früchte des Zorns          Was bleibt von der arabischen Revolution?</p> <p>4/12 Die Europäische Bürgerinitiative          Beschäftigungstherapie für das Volk?</p> <p>Einzelheft € 16 • Jahresabonnement € 42 – für Studierende € 30  <b>Bestellungen über Ihre Buchhandlung, direkt beim Verlag oder im Internet!</b>  <a href="http://www.luciusverlag.com">www.luciusverlag.com</a> • <a href="http://www.forschungsjournal.de">www.forschungsjournal.de</a></p>		
<p style="text-align: center;">           Stuttgart       </p>		